



Der
Rechnungshof

Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2002

Band 1

Auszug aus dem
Verzeichnis der Abkürzungen

AB	Aufgabenbereich
ADV	Automationsunterstützte Datenverarbeitung
ATS	Österreichische Schilling
BFG	Bundesfinanzgesetz
BHG	Bundeshaushaltsgesetz
BHV	Bundeshaushaltsverordnung
BKA	Bundeskanzleramt
BM	Bundesministerium
BMA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
BMBWK	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMLS	Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport
BMSG	Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BRA	Bundesrechnungsabschluss
BVA	Bundesvoranschlag
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
D	Darlehen
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
GG	Gehaltsgesetz
GOG	Geschäftsordnungsgesetz
H	Haben (vor Beträgen in Tabellen)
Kap.	Kapitel
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
ÖPSK	Österreichische Postsparkasse AG
PG	Pensionsgesetz
PTA	Post und Telekom Austria AG
RGV	Reisegebührenvorschrift
RH	Rechnungshof
RHG	Rechnungshofgesetz
RLV	Rechnungslegungsverordnung
RT-Schuld	Rechtsträgerschuld(en)
S	Soll (vor Beträgen in Tabellen)
VA	Voranschlag
VAP	Voranschlagspost
ZEDVA	Zentrale elektronische Datenverarbeitungsanlage
zw.	zweckgebunden

Bundesrechnungsabschluss 2002

Kapitelmäßige Gliederung der Voranschlagsvergleichsrechnung

Kapitel

- 01 Präsidentschaftskanzlei
- 02 Bundesgesetzgebung
- 03 Verfassungsgerichtshof
- 04 Verwaltungsgerichtshof
- 05 Volksanwaltschaft
- 06 Rechnungshof
- 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen
- 11 Inneres
- 12 Bildung und Kultur
- 13 Kunst
- 14 Wissenschaft
- 15 Soziale Sicherheit und Generationen
- 16 Sozialversicherung
- 17 Gesundheit
- 19 Jugend, Familie und Senioren
- 20 Äußeres
- 30 Justiz
- 40 Militärische Angelegenheiten
- 50 Finanzverwaltung
- 51 Kassenverwaltung
- 52 Öffentliche Abgaben
- 53 Finanzausgleich
- 54 Bundesvermögen
- 55 Pensionen
- 58 Finanzschuld, Währungstauschverträge
- 60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft
- 61 Umwelt neu
- 63 Wirtschaft und Arbeit
- 64 Bauten und Technik
- 65 Verkehr, Innovation und Technologie
- 70 Öffentliche Leistung und Sport

Republik Österreich

BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS

FÜR DAS JAHR

2002

Band 1

Bericht zum Bundesrechnungsabschluss

Wien, im September 2003

Der Präsident des Rechnungshofes

Dr. Franz Fiedler

BAND 1: BERICHT ZUM BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS 2002

	Seite
1. Allgemeine Bemerkungen	15
1.1 Rechtliche Grundlagen	15
1.2 Prüfung und Richtigstellung der Jahresrechnungen	15
1.3 Kontinuität der Rechnungsabschlüsse	15
1.4 Statistische Daten	16
1.5 Grundsätze der Bundeshaushaltsverrechnung und Begriffsbestimmungen	16
1.5.1 Verrechnungsverfahren	16
1.5.2 Abschlussrechnungen	18
2. Gesamtwirtschaft und Finanzwirtschaft des Bundes	20
2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen	21
2.1.1 Verschiedene Wirtschaftsindikatoren	21
2.1.2 Entstehung des Brutto-Inlandsprodukts	24
2.1.3 Nationaleinkommen	24
2.1.4 Verwendung des Güter- und Leistungsvolumens	26
2.2 Der Bundeshaushalt und verschiedene konjunkturpolitische Saldenrechnungen	27
2.2.1 Der Bundeshaushalt 2002 im Überblick	27
2.2.2 Konjunkturpolitische Saldenrechnungen	28
2.3 Der Staatshaushalt im Licht EU-rechtlicher Verpflichtungen („Maastricht-Kriterien“)	29
2.4 Der Bundeshaushalt und der Österreichische Stabilitätspakt	34
2.5 Finanzwirtschaftliche Betrachtung des Allgemeinen Haushalts des Bundes	34
2.6 Fiskalische Gesamtbelastung	36
3. Gesamtergebnisse der Haushaltsführung des Bundes	38
3.1 Rechtliche Grundlagen der Gebarung	38
3.1.1 Gesetzliche Grundlagen	38
3.1.2 Verfügungen des Bundesfinanzgesetzgebers	39
3.1.3 Ermächtigungen des Bundesministers für Finanzen	40
3.2 Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung	40
3.2.1 Hauptergebnisse der Gebarung im Vergleich zum Voranschlag	40
3.2.2 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln gegliedert	41
3.2.3 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Aufgabenbereichen gegliedert ..	46
3.2.4 Gliederungen der Einnahmen und Ausgaben nach verschiedenen Gesichtspunkten	48
3.2.4.1 Gesamtausgaben	48
3.2.4.2 Personalausgaben	48
3.2.4.3 Sachausgaben	49
3.2.4.4 Gesamteinnahmen	49
3.2.5 Vorjahresvergleich des Gesamthaushalts in finanzwirtschaftlicher Gliederung	50
3.3 Gesamtergebnis der Jahresbestandsrechnung	51
3.3.1 Allgemeines zur Darstellung des Vermögens und der Schulden sowie des Kapitalausgleichs	51

INHALT

	Seite
3.3.2	Gesamtstand des Vermögens 52
3.3.3	Gesamtstand der Schulden 52
3.3.4	Betriebsähnliche Einrichtungen 53
3.4	Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung 53
3.5	Abgang des Allgemeinen Haushalts 55
3.6	Ergebnis der geldwirksamen Gebarung 56
3.7	Voranschlagsabweichungen 58
3.7.1	Rechtliche Grundlagen der Voranschlagsabweichungen 58
3.7.2	Neue Ausgaben und Mehrausgaben (außer- und überplanmäßige Ausgaben) sowie Minderausgaben, Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts 58
3.7.3	Voranschlagsabweichungen des Ausgleichshaushalts 60
3.7.4	Negative Verfügungsreste bei den Ausgaben-Voranschlagsansätzen 60
3.7.5	Überwachung von Ansatzabweichungen 61
3.8	Ausfälle und Rückstände bei Einnahmen 62
3.8.1	Rückstände an öffentlichen Abgaben 62
3.8.2	Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen sowie von Abgabenschuldigkeiten 63
3.9	Vorgriffe auf künftige Finanzjahre 64
3.9.1	Gesamtstand der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre 64
3.9.2	Gesamtstand der Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre 65
3.9.3	Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Schulden 65
3.9.4	Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Forderungen 66
3.9.5	Leasing- und Bauträgerverpflichtungen sowie -schulden 66
3.10	Haushaltsrücklagen 67
3.11	Zahlungsflüsse im Rahmen der Mitgliedschaft zur Europäischen Union 68
3.11.1	Besondere Einnahmen-Rücklage 70
4.	Erläuterung der Abweichungen vom Bundesvoranschlag in der Voranschlagsvergleichsrechnung 71
4.1	Erklärung der Darstellung der ansatzweisen Erläuterungen 71
4.2	Ansatzweise Erläuterungen zu den Ausgaben 72
4.3	Ansatzweise Erläuterungen zu den Einnahmen 163
	Kapitel (Ausgaben/Einnahmen)
	01 Präsidentschaftskanzlei - / -
	02 Bundesgesetzgebung 72/ -
	03 Verfassungsgerichtshof - / -
	04 Verwaltungsgerichtshof - / -
	05 Volksanwaltschaft - / -
	06 Rechnungshof - / -
	10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen 73/163
	11 Inneres 74/163
	12 Bildung und Kultur 80/164
	13 Kunst 86/ -
	14 Wissenschaft 87/166
	15 Soziale Sicherheit und Generationen 93/168

	Seite
16 Sozialversicherung	97/168
17 Gesundheit	99/169
19 Jugend, Familie und Senioren	103/170
20 Äußeres	105/171
30 Justiz	107/171
40 Militärische Angelegenheiten	110/172
50 Finanzverwaltung	112/173
51 Kassenverwaltung	117/175
52 Öffentliche Abgaben	120/178
53 Finanzausgleich	120/185
54 Bundesvermögen	124/186
55 Pensionen	126/189
58 Finanzschuld, Währungstauschverträge	129/191
60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	134/196
61 Umwelt neu	144/197
63 Wirtschaft und Arbeit	146/198
64 Bauten und Technik	151/201
65 Verkehr, Innovation und Technologie	154/202
70 Öffentliche Leistung und Sport	162/205
5. Erläuterung der Veränderungen des Vermögens und der Schulden in der Jahresbestandsrechnung	206
6. Erläuterung der Veränderungen der Aufwendungen und Erträge in der Jahreserfolgsrechnung	214
7. Bericht zur Finanzierung des Bundeshaushalts und zum Stand der Bundesschulden	221
7.1 Allgemeines	221
7.2 Entwicklung und Stand der gesamten Bundesschulden	222
7.3 Gliederung des Ausgleichshaushalts	223
7.4 Finanzschulden	224
7.4.1 Ausnützung des Ermächtigungsrahmens	224
7.4.2 Aufnahme nach Schuldgattungen	224
7.4.3 Tilgung	225
7.4.4 Zinsendienst und sonstiger Aufwand	225
7.4.5 Entwicklung und Stand der Finanzschulden sowie der diesbezüglichen Zinsen	225
7.4.6 Finanzschuldquote	227
7.5 Währungstauschverträge	228
7.5.1 Kapitaltausch und Verzinsung	228
7.5.2 Entwicklung und Stand der Währungstauschverträge sowie der diesbez. Zinsen	228
7.6 Netto-Gesamtbetrachtung der Finanzschulden einschließlich der Währungstauschverträge	230
7.6.1 Nettozinsenaufwand	230
7.6.2 Nettostand	230
7.7 Kreditoperationen zur Kassenstärkung	231

INHALT

	Seite
7.8	Nicht voranschlagswirksam zu verrechnende Kreditoperationen 231
7.8.1	Umwandlung von Finanzschulden und Währungstauschverträgen 231
7.8.2	Kreditoperationen gemäß § 65b Abs. 3 Z. 1 lit. c BHG 232
7.9	Rechtsträgerfinanzierung 232
8.	Bericht zu den Bundeshaftungen 234
8.1	Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen 234
8.2	Schadenszahlungen zu und Rückersätze aus Haftungsübernahmen 235
9.	Bericht zu den Abschlussrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger 236
9.1	Allgemeines 236
9.2	Ausstehende Fondsabschlüsse 236
9.3	Reservefonds für Familienbeihilfen 237
9.4	Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds 237
9.5	Erstmals veröffentlichte Jahresabschlüsse 237
9.6	Nachträglich veröffentlichte Fondsabschlüsse 237
9.7	Agrarmarkt Austria (AMA) 238
9.8	Bundes-Wertpapieraufsicht und Finanzmarktaufsichtsbehörde 238
10.	Äußerungen des Bundesministers für Finanzen 239
11.	Gegenbemerkungen des Rechnungshofes 240
	Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung 241
	Verzeichnis der Abkürzungen 242



INHALT

BAND 2: ABSCHLUSSRECHNUNGEN UND ÜBERSICHTEN ZUM BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS 2002

	Seite
A	Voranschlagswirksame Verrechnung
1.	Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages 2002
A.1.1	Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung 11
A.1.2	Zusammenfassung der Voranschlagsvergleichsrechnung nach Gruppen und Kapiteln .. 12
A.1.3	Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages 14
	(Ausgaben/Einnahmen)
Kapitel	
01	Präsidentenkanzlei 14/ 84
02	Bundesgesetzgebung 15/ 85
03	Verfassungsgerichtshof 16/ 86
04	Verwaltungsgerichtshof 17/ 87
05	Volksanwaltschaft 18/ 88
06	Rechnungshof 19/ 89
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen 20/ 90
11	Inneres 23/ 92
12	Bildung und Kultur 27/ 95
13	Kunst 34/ 99
14	Wissenschaft 36/100
15	Soziale Sicherheit und Generationen 39/102
16	Sozialversicherung 44/103
17	Gesundheit 42/104
19	Jugend, Familie und Senioren 45/106
20	Äußeres 47/107
30	Justiz 49/108
40	Militärische Angelegenheiten 51/109
50	Finanzverwaltung 52/110
51	Kassenverwaltung 56/112
52	Öffentliche Abgaben 58/114
53	Finanzausgleich 59/116
54	Bundesvermögen 61/117
55	Pensionen 63/120
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge 64/121
60	Land, Forst- und Wasserwirtschaft 66/123
61	Umwelt neu 71/127
63	Wirtschaft und Arbeit 72/128
64	Bauten und Technik 76/130
65	Verkehr, Innovation und Technologie 79/132
70	Öffentliche Leistung und Sport 83/135

INHALT

	Seite
2. Gesamtübersichten zur Voranschlagsvergleichsrechnung	
A.2.1.1 Gesamtübersicht über die Ausgaben getrennt nach gesetzlichen Verpflichtungen und Ermessensausgaben	136
A.2.1.2 Gesamtübersicht über die Ausgaben getrennt nach Personal- und Sachausgaben	137
A.2.1.3 Gesamtübersicht über die Sachausgaben getrennt nach erfolgswirksamen Ausgaben und bestandswirksamen Ausgaben	138
A.2.1.4 Gesamtübersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) getrennt nach Gebarungsgruppen	139
A.2.2.1 Gesamtübersicht über die Einnahmen getrennt nach erfolgswirksamen Einnahmen und bestandswirksamen Einnahmen	140
A.2.2.2 Gesamtübersicht über die Einnahmen getrennt nach zweckgebundenen Einnahmen und sonstigen Einnahmen	141
A.2.3.1 Gesamtübersicht über die Ausgaben und Einnahmen (Zahlungen) gegliedert nach Aufgabenbereichen	142
A.2.3.2 Gesamtübersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) gegliedert nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen	143
3. Übersichten zur Voranschlagsvergleichsrechnung	
A.3.1.1 Übersicht über die Verpflichtungen	144
A.3.1.2 Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren	145
A.3.2.1 Übersicht über die Schulden	146
A.3.2.2 Übersicht über die nichtfälligen Schulden getrennt nach Finanzjahren	147
A.3.3.1 Übersicht über die Berechtigungen	148
A.3.3.2 Übersicht über die Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren	149
A.3.4.1 Übersicht über die Forderungen	150
A.3.4.2 Übersicht über die nichtfälligen Forderungen getrennt nach Finanzjahren	151
4. Nachweise über die Abschreibungen von Forderungen	
A.4.1 Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen.....	152
5. Nachweise über die Haushaltsrücklagen	
A.5.1 Nachweis über die Gebarung aus zweckgebundenen Einnahmen	153
A.5.2 Nachweis über die allgemeinen Rücklagen	176
A.5.3 Nachweis über die besonderen Rücklagen	182
A.5.4 Nachweis über die besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU)	186
A.5.5 Nachweis über die besonderen Aufwendungen-Rücklagen	188
A.5.6 Nachweis über die Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel	197
A.5.7 Nachweis über die Ausgleichsrücklage	198

	Seite
B Bestands- und Erfolgsverrechnung	
1. Bestandsverrechnung	
B.1 Jahresbestandsrechnung des Bundes 2002	199
B.2.1 Gesamtübersicht über das Vermögen des Bundes nach Vermögensarten	200
B.2.2 Gesamtübersicht über die Schulden des Bundes nach Schuldarten	204
3. Übersichten zur Jahresbestandsrechnung	
B.3.1 Übersicht über das unbewegliche (einschließlich in Bau befindliche) Anlagevermögen ..	199
B.3.2 Übersicht über die Beteiligungen des Bundes	201
B.3.3.1 Übersicht über die Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen	206
B.3.3.2 Übersicht über die allgemeinen Rücklagen	208
B.3.3.3 Übersicht über die besonderen Rücklagen	211
B.3.3.4 Übersicht über die besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU)	213
B.3.3.5 Übersicht über die besonderen Aufwendungen-Rücklagen	214
B.3.3.6 Übersicht über die Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel	217
B.3.3.7 Übersicht über die Ausgleichsrücklage	218
4. Erfolgsverrechnung	
B.4 Jahreserfolgsrechnung des Bundes 2002	228
5. Gesamtübersichten zur Jahreserfolgsrechnung	
B.5.1 Gesamtübersicht über die Aufwendungen des Bundes nach Aufwandsarten	229
B.5.2 Gesamtübersicht über die Erträge des Bundes nach Ertragsarten	231
6. Abschlussrechnungen der betriebsähnlichen Einrichtungen	
B.6.1 Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig	233
C Finanzierung des Bundeshaushalts; Rechtsträgerfinanzierung; Bundeshaftungen	
1. Finanzierung des Bundeshaushalts	
C.1.1 Kapitel 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand (Voranschlagsvergleichsrechnung)	234
C.1.2 Kapitel 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen)	235
C.1.3 Kapitel 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand in künftigen Jahren (Schulden und Forderungen, Verpflichtungen und Berechtigungen).....	236
C.2.1 Kapitel 51, 54 und 58 - Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt	237
C.2.2 Kapitel 51, 54 und 58 - Voranschlagsvergleichsrechnung, Ausgleichshaushalt	241
C.3.1.1 Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Finanzschulden getrennt nach Finanzjahren - Kapitel 58	245
C.3.1.2 Übersicht über die nichtfälligen Finanzschulden (Tilgung) getrennt nach Finanz- jahren - Kapitel 58	246

INHALT

	Seite
C.3.2.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 247
C.3.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden (Tilgung) aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 248
C.3.3.1	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 249
C.3.3.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 250
C.3.4.1	Übersicht über sonstige nichtfällige Verpflichtungen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58..... 251
C.3.4.2	Übersicht über sonstige nichtfällige Schulden getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58... 252
C.3.5.1	Übersicht über sonstige nichtfällige Berechtigungen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58..... 253
C.3.5.2	Übersicht über sonstige nichtfällige Forderungen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58..... 254
C.4	Nachweis über die Gebarung des Ausgleichshaushalts 255
C.5.1	Nachweis über Konversionen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen 263
C.5.2	Nachweis über Aufnahmen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen gemäß § 65b Abs. 3 Z 1 lit. c BHG 266
C.6.1	Übersicht über die Finanzschulden – Kapitel 58 268
C.6.2	Übersicht über die Schulden aus Währungstauschverträgen – Kapitel 58 278
C.6.3	Übersicht über die Forderungen aus Währungstauschverträgen – Kapitel 58 280
C.7.1.1	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld im Jahr 2002 – Kapitel 58 284
C.7.1.2	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld in fremder Währung im Jahr 2002 – Kapitel 58 286
C.7.1.3	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2002 – Kapitel 58 288
C.7.2.1	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen im Jahr 2002 – Kapitel 58 290
C.7.2.2	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2002 – Kapitel 58 292
C.7.2.3	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2002 – Kapitel 58 294
C.7.3.1	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen im Jahr 2002 – Kapitel 58 296
C.7.3.2	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2002 – Kapitel 58 298
C.7.3.3	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2002 – Kapitel 58 300
2.	Rechtsträgerfinanzierung
K56.C.1.1	Übersicht über den Nettoaufwand (Voranschlagsvergleichsrechnung) 302
K56.C.1.2	Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen) 303
K56.C.1.3	Übersicht über den Nettoaufwand in künftigen Jahren (Schulden und Forderungen, Verpflichtungen und Berechtigungen) 304

	Seite
K56.C.2.1 Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt	305
K56.C.2.2 Voranschlagsvergleichsrechnung, Ausgleichshaushalt	307
K56.C.3.1.1 Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Rechtsträgerschulden getrennt nach Finanzjahren	309
K56.C.3.1.2 Übersicht über die nichtfälligen Rechtsträgerschulden (Tilgung) getrennt nach Finanzjahren.....	310
K56.C.3.2.1 Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren	311
K56.C.3.2.2 Übersicht über die nichtfälligen Forderungen an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren.....	312
K56.C.3.3.1 Übersicht über die Zinsen (Verpflichtungen) für nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren	313
K56.C.3.3.2 Übersicht über die nichtfälligen Schulden (Tilgung) aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren.....	314
K56.C.3.4.1 Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren.....	315
K56.C.3.4.2 Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren.....	316
K56.C.3.5.1 Übersicht über sonstige nichtfällige Verpflichtungen getrennt nach Finanzjahren.....	317
K56.C.3.6.1 Übersicht über sonstige nichtfällige Berechtigungen getrennt nach Finanzjahren.....	318
K56.C.4 Nachweis über die Gebarung des Ausgleichshaushalts	319
K56.C.5.1 Nachweis über Konversionen von Rechtsträgerschulden und Währungstauschverträgen	325
K56.C.5.2 Nachweis über Aufnahmen von Rechtsträgerschulden gem. § 65c Abs. 2 BHG	326
K56.C.6.1 Übersicht über die Rechtsträgerschulden.....	327
K56.C.6.2 Übersicht über die Forderungen an Rechtsträger.....	329
K56.C.6.3 Übersicht über die Schulden aus Währungstauschverträgen	331
K56.C.6.4 Übersicht über die Forderungen aus Währungstauschverträgen.....	334
K56.C.7.1.1 Übersicht über die Entwicklung der Rechtsträgerschuld im Jahr 2002.....	338
K56.C.7.1.2 Übersicht über die Entwicklung der Rechtsträgerschuld in fremder Währung im Jahr 2002	340
K56.C.7.1.3 Übersicht über die Entwicklung der Rechtsträgerschuld in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2002	342
K56.C.7.2.1 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger im Jahr 2002.....	344
K56.C.7.2.2 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger in fremder Währung im Jahr 2002	346
K56.C.7.2.3 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2002	348
K56.C.7.3.1 Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen im Jahr 2002.....	350
K56.C.7.3.2 Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2002	352
K56.C.7.3.3 Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2002.....	354
K56.C.7.4.1 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen im Jahr 2002.....	356

INHALT

	Seite
K56.C.7.4.2 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2002.....	358
K56.C.7.4.3 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2002	360
K56.C.7.4.1 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen im Jahr 2002.....	341
K56.C.7.4.2 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2002.....	343
K56.C.7.4.3 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2002	345
3. Bundeshaftungen	
C.8.1 Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen im Jahr 2002.....	362
C.8.2.1 Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in heimischer Währung im Jahr 2002	363
C.8.2.2 Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 2002	364
C.8.2.3 Übersicht über die Entwicklung der nach Fremdwährungen aufgegliederten Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 2002	365
C.8.2.4 Übersicht über die Entwicklung der in Fremdwährungen zusammengefassten Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 2002	366
C.8.3 Nachweis der Bundeshaftungen	367
D Abschlussrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger (wenn nicht anders vermerkt, für das Jahr 2002)	
1. Parlamentsdirektion	
D.1.1 Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus	378
D.1.2 Allgemeiner Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus	380
2. Bundeskanzleramt	
D.2.1 Österreichisches Filminstitut	382
D.2.2 Bundesanstalt Statistik Österreich	384
3. Bundesministerium für Inneres	
D.3.1 Unterstützungsinstitut der Bundes-Sicherheitswache in Wien	386
D.3.2 Wiener Stadterweiterungsfonds	388
D.3.3 Fonds zur Integration von Flüchtlingen	390
D.3.4 Gendarmeriejubiläumfonds 1949	392
D.3.5 Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei	394
D.3.6 Wohlfahrtsfonds für die Exekutive des Bundes	396
4. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	
D.4.1 Stiftung Theresianische Akademie	398
D.4.2 Kunsthistorisches Museum mit Museum für Völkerkunde und Österreichischem Theatermuseum, Wien	400

	Seite
D.4.3	Österreichisches Institut für Sportmedizin 402
D.4.4	ERP-Fonds (für das Jahr 2001/2002) 404
D.4.5	ERP-Fonds..... 406
D.4.6	Albertina 408
D.4.7	MAK - Österreichisches Museum für angewandte Kunst 410
D.4.8	Technisches Museum Wien mit Österreichischer Mediathek, Wien 412
D.4.9	Österreichische Galerie Belvedere..... 414
D.4.10	Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien 416
D.4.11	Österreichische Nationalbibliothek..... 418
5.	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
D.5.1	Arbeitsmarktservice Österreich 420
D.5.2	Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds 422
D.5.3	Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft 424
D.5.4	Bundeswohnbauaufonds 426
6.	Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen
D.6.1	Ausgleichstaxfonds 428
D.6.2	Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung 430
D.6.3	Kriegsopfer- und Behindertenfonds 432
D.6.4	Erzbischof Ladislaus von Pyrker- und Erzherzog Albrecht-Gasteiner Badestiftung; Kurhaus Ferdinand Hanusch 434
D.6.5	Fonds zur besonderen Hilfe für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung - Hilfsfonds 436
D.6.6	Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen 438
D.6.7	Fonds "Gesundes Österreich" 440
D.6.8	Strukturfonds 442
D.6.9	Reservefonds für Familienbeihilfen 444
D.6.10	Bundesstelle für Sektenfragen 446
D.6.11	In-Vitro-Fertilisationsfonds 448
7.	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
D.7.1	Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland 450
D.7.2	Diplomatische Akademie Wien 452
8.	Bundesministerium für Landesverteidigung
D.8.1	Vereinigte Altösterreichische Militärstiftungen 454
9.	Bundesministerium für Finanzen
D.9.1	Bundes-Wertpapieraufsicht 456
D.9.2	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur 458
D.9.3	Finanzmarktaufsichtsbehörde 460

INHALT

	Seite
10. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	
D.10.1 Agrarmarkt Austria	462
D.10.2 Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	464
11. Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	
D.11.1 Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung	466
E Tabellen zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 2002	
1. Wirksame Ausgaben und Einnahmen des Bundes nach Abzug der Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige	
E.1 Gesamtübersicht über die wirksamen Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen und funktionellen Gesichtspunkten	468
2. Wirksame Ausgaben und Einnahmen des Bundes – Gesamtgebarung nach der Gliederung des Bundesvoranschlages	
E.2.1 Gesamtübersicht der wirksamen Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Gesichtspunkten	469
E.2.2 Gesamtübersicht der Gesamtausgabengebarung nach ökonomischen Gesichtspunkten ..	470
E.2.3 Aufgliederung der Instandhaltungsausgaben	471
E.2.4 Aufgliederung der Bruttoinvestitionen	472
E.2.5.1 Aufgliederung der Investitionsförderung (Kapitaltransfers)	473
E.2.5.2 Aufgliederung der Investitionsförderung (Darlehen)	474
E.2.6.1 Aufgliederung der Vermögensgebarung (Ausgaben)	475
E.2.6.2 Aufgliederung der Vermögensgebarung (Einnahmen)	476
E.2.7.1 Aufgliederung der Ausgaben an andere Stellen des öffentlichen Sektors	478
E.2.7.2 Aufgliederung der Einnahmen von anderen Stellen des öffentlichen Sektors	479
Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung	466
Verzeichnis der Abkürzungen	467



ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

1. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

1.1 Rechtliche Grundlagen

Der Rechnungshof (RH) legt gemäß Art. 121 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes und gemäß § 9 Abs. 1 des Rechnungshofgesetzes 1948 (RHG) i.d.g.F. den von ihm verfassten Bundesrechnungsabschluss (BRA) für das Jahr 2002 zur verfassungsmäßigen Behandlung vor. Der gemäß § 9 Abs. 2 RHG vorzulegende Nachweis über den Stand der Bundesschulden ist darin enthalten (TZ 7).

Der BRA enthält gemäß § 98 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG), BGBl. Nr. 213/1986, i.d.g.F., die Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages, die Jahresbestandsrechnung und die Jahreserfolgsrechnung des Bundes. Der Textteil des BRA (= Band 1: Bericht zum Bundesrechnungsabschluss) wurde vom RH angefertigt. Der Zahlenteil (= Band 2: Abschlussrechnungen und Übersichten) wurde vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) im Wege der Bundesrechenzentrum GmbH unter Berücksichtigung der vom RH veranlassten Richtigstellungen erstellt und durch die vom RH geprüften Abschlussrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger vervollständigt.

Der vom RH verfasste BRA wurde gemäß § 9 Abs. 1 RHG dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme übermittelt. Hiezu gab der Bundesminister für Finanzen eine Äußerung ab (siehe TZ 10).

Die Bilanzen sowie die Gewinn- und Verlustrechnungen der betriebsähnlichen Einrichtungen, die Abschlussrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger sowie ein Nachweis der Bundeshaftungen sind gesondert dargestellt (siehe Band 2, Tabellen B.6 und C.8 sowie Tabellen des Abschnittes D).

1.2 Prüfung und Richtigstellung der Jahresrechnungen

Gemäß § 9 Abs. 1 RHG hat der RH die ihm vorgelegten Jahresrechnungen geprüft. Diese Prüfung umfasste die Feststellung der formalen und rechnerischen Richtigkeit sowie die Einhaltung der haushaltsrechtlichen Vorschriften bei der Vollziehung des Bundesfinanzgesetzes (BFG). Zu diesem Zweck wurde an Ort und Stelle bei den Buchhaltungen der anweisenden Organe stichprobenweise Einsicht in die Verrechnungsaufschreibungen und Belege genommen. Vorgefundene Mängel wurden im unmittelbaren Verkehr mit den rechnungslegenden Stellen behoben.

Eine eingehende Überprüfung des Budgetvollzuges wird im Rahmen zahlreicher laufender Gebärungsüberprüfungen des RH im Bereich der gesamten öffentlichen Verwaltung durchgeführt. Über deren Ergebnis geben die Tätigkeits- und Wahrnehmungsberichte des RH Auskunft.

1.3 Kontinuität der Rechnungsabschlüsse

Der BRA für das Jahr 2001 wurde vom Nationalrat mit Bundesgesetz, BGBl. I Nr. 14/2003, genehmigt. Der mit Abschluss des Finanzjahres 2001 ausgewiesene Bestand der flüssigen Mittel,

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

der sich aus den in der Jahresbestandsrechnung des Bundes 2001 (BRA 2001, Band 2, Tabelle B.1) in den Punkten II.4 bis II.9 ausgewiesenen Teilbeständen des Umlaufvermögens zusammensetzt, stimmt mit dem diesbezüglichen anfänglichen Gesamtbestand des Finanzjahres 2002 überein, wie er in Übersicht 11 über das Ergebnis der geldwirksamen Gebarung im vorliegenden BRA ausgewiesen ist.

In den Entwicklungs- und Vergleichstabellen wurden die Beträge für die Jahre vor 2002 von ATS in EUR umgerechnet. Aufgrund vorgenommener Rundungen entsprechen die EUR-Beträge für diese Jahre, sowie die daraus errechneten Vergleichszahlen, nicht immer exakt den ursprünglichen ATS-Beträgen in früheren BRA.

Im BRA 2001 wurden die ATS-Beträge erst nach eventuellen Summenbildungen in EUR umgerechnet. Da seit dem BRA 2002 die Beträge in EUR ermittelt werden, erfolgt die Aufsummierung zweckmäßigerweise auch für frühere Jahre nur noch mit bereits umgerechneten EUR-Werten. Dadurch können sich bei Summenzahlen für die Jahre bis 2001 Abweichungen von den im BRA 2001 enthaltenen EUR-Beträgen ergeben.

1.4 Statistische Daten

Soweit im BRA für das Jahr 2002 Daten der Statistik Austria, des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) sowie des Institutes für Höhere Studien, Wien (IHS) verwendet werden, entsprechen sie – soweit nicht anders angegeben – dem Stand vom Mai 2003 und haben teilweise noch vorläufigen Charakter. Allenfalls für frühere Jahre vorzunehmende Revisionen und Aktualisierungen von Zahlenwerten wurden dabei berücksichtigt. Dadurch können sich Abweichungen gegenüber den im BRA 2001 enthaltenen – und zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls noch vorläufigen – Daten ergeben.

1.5 Grundsätze der Bundeshaushaltsverrechnung und Begriffsbestimmungen

1.5.1 Verrechnungsverfahren

Das in der Verrechnung des Bundes angewandte Verrechnungssystem beruht auf einer Zusammenführung finanzplanerischer und doppischer Elemente. Es ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Alle rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge in der Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung des Bundes werden nach einheitlichen Grundsätzen dezentral von den einzelnen Buchhaltungen erfasst und an die Bundesrechenzentrum GmbH zur zentralen Verarbeitung weitergeleitet.
- Die Verrechnung der einzelnen Geschäftsfälle erfolgt in einem oder mehreren Verrechnungskreis(en), deren Ergebnisse jeweils zum Ende eines Verrechnungszeitraumes (Monats- und Jahresende) für die Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung des Bundes unmittelbar zur Verfügung stehen.

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

- Ein Verrechnungskreis stellt eine selbständige, in sich geschlossene Verrechnungseinheit gleichartiger Konten zwecks zusammenfassender Darstellung von Verrechnungsgrößen dar. Die Verrechnungskreise sind derart miteinander verbunden, dass ein Geschäftsfall durch eine einzige Buchung gleichzeitig in mehreren Verrechnungskreisen erfasst wird und die Salden sofort verändert werden (Simultanbuchführung). Bei den Verrechnungskreisen ist zwischen Haupt- und Nebenverrechnungskreisen zu unterscheiden.
- Hauptverrechnungskreise stellen zwingend vorzusehende Verrechnungskreise dar und umfassen die voranschlagswirksame Verrechnung (VWV) für das laufende Finanzjahr und für die künftigen Finanzjahre (zur Erfassung der Vorberechtigungen und Vorbelastungen) sowie die Bestands- und Erfolgsverrechnung (BEV).
- Nebenverrechnungskreise werden zur gesonderten Erfassung abgrenzbarer Tätigkeiten eines Aufgabenträgers gebildet und sind entweder in die Buchführung integriert (z.B. Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung, Projekt- und Vorhabensabrechnung) oder dieser vorgelagert (z.B. Besoldung der Bundesbediensteten, Bundespensionen, Abgabeneinhebung der Finanz- und Zollämter); sie werden einzeln oder zusammengefasst in die Hauptverrechnungskreise übernommen.

Die voranschlagswirksame Verrechnung stellt das "Kernstück" des Rechnungswesens des Bundes dar und enthält die aufgrund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen einzuhebenden Einnahmen und zu leistenden Ausgaben des Bundes, wie sie im Bundesvoranschlag finanzgesetzlich genehmigt wurden. Gemäß § 16 Abs. 1 BHG sind in den Bundesvoranschlag sämtliche im folgenden Finanzjahr zu erwartende Einnahmen und voraussichtlich zu leistende Ausgaben des Bundes voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) aufzunehmen.

In der VWV werden die rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge im Gebarungsaufbau festgehalten (§ 78 BHG); sie dient vor allem der Überwachung der Jahresvoranschlagsbeträge und der Aufstellung der Voranschlagsvergleichsrechnung. Sie stellt ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Budgeterstellung und den Budgetvollzug dar.

Die voranschlagsunwirksame Verrechnung enthält jene Einnahmen und Ausgaben, die nicht endgültig solche des Bundes oder die aufgrund gesetzlicher Anordnung nicht zu veranschlagen sind. Es sind dies nach § 16 Abs. 2 BHG beispielsweise die einbehaltenen Sozialversicherungsbeiträge von Bediensteten des Bundes oder Konversionen und Prolongationen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen.

Der im § 75 Abs. 1 BHG enthaltene Grundsatz der Bruttoverrechnung wird in Ausnahmefällen (§§ 16 Abs. 2 ff. sowie 78 Abs. 7 und 8 BHG) durchbrochen. In diesen Fällen können Ausgaben oder Einnahmen auf den Konten der ursprünglichen Zahlungen rückverrechnet werden (absetzbare Zahlungen). Dies erfolgt beispielsweise bei Rückzahlungen von Einnahmen oder Ausgaben (Stornobuchungen) sowie bei der vermittlungsweisen Leistung von Zahlungen für ein anderes anweisendes Organ. Ab 1. Jänner 1995 sind auch die an die Europäische Union abzuführenden Mittel, die gemäß Art. 269 (= alt 201) des EG-Vertrages zur Finanzierung des Gesamthaushalts dienen, als Verminderungen der Einnahmen an öffentlichen Abgaben zu veranschlagen (§ 16 Abs. 3a BHG i.d.F. BGBl. Nr. 297/1995).

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

In Zusammenhang mit der Absetzbarkeit von Zahlungen werden Schulden und Forderungen als Ersatzschulden und Ersatzforderungen festgehalten, sofern die Rückzahlung noch nicht durchgeführt wurde.

1.5.2 Abschlussrechnungen

Die Voranschlagsvergleichsrechnung entspricht in ihrer Form der im Bundesvoranschlag festgelegten Gliederung. Sie enthält das Ergebnis aller rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge von der Genehmigung der Voranschlagsansätze bis zur Verwirklichung der Einnahmen und Ausgaben und spiegelt den Budgetvollzug wider.

Die Jahresbestandsrechnung ist grundsätzlich einer Bilanz nachgebildet: Sie gibt Aufschluss über Stand und Struktur des Bundesvermögens am Ende des Verrechnungszeitraumes.

Wenn auch der RH weiterhin bemüht ist, das Vermögen des Bundes möglichst vollständig zu erfassen, ist der Aussagewert der Vermögensrechnung des Bundes allerdings eingeschränkt und mit der Bilanz einer Unternehmung nicht vergleichbar, weil beispielsweise wesentliche Vermögensteile mangels Bewertbarkeit überhaupt nicht erfasst sind (wie etwa historische Bauwerke, Kunstschatze oder der Musealbesitz) und das Verwaltungsvermögen bei den Amtsorganen bereits bei der Anschaffung mit 50 % abgeschrieben wird. Daraus folgt, dass jüngere Vermögenswerte unterbewertet und ältere Vermögenswerte überbewertet werden. Weiters werden – einer internationalen Übung folgend – militärische Anlagen und Ausrüstungsgegenstände nicht in die Bestandsrechnung aufgenommen. Auch wird die finanzwissenschaftlich für eine "Staatsbilanz" als bedeutsam erachtete Steuerkraft der Bevölkerung nicht aktiviert.

Die sich in der Verwaltung von Straßensondergesellschaften befindlichen Vermögensteile (Autobahnen und Schnellstraßen) werden seit dem Jahre 1984 wertmäßig erfasst und dargestellt. Die wertmäßige Erfassung des übrigen Bundesstraßenvermögens erfolgte erstmals im Jahre 1985.

Bemerkenswert ist weiters, dass der Kapitalausgleich (109 454,25 Mill. EUR) unter den Aktiva ausgewiesen wird. Diese Position ist jedoch nicht als negatives Eigenkapital im betriebswirtschaftlichen Sinn zu verstehen, sondern ergibt sich aus den zuvor erwähnten Eigenheiten bei der Erfassung und Bewertung des Vermögens sowie aus weiteren Besonderheiten des Verrechnungsverfahrens. Der Position des Kapitalausgleichs kommt daher lediglich die Bedeutung einer Rechnungsgröße zu, die den Unterschied zwischen den höheren Passiva und den niedrigeren Aktiva ausgleicht.

Die Jahreserfolgsrechnung ist grundsätzlich einer Gewinn- und Verlustrechnung nachgebildet. Durch die Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen entspricht sie einer finanzwirtschaftlichen Saldorechnung. Der mit 1 860,67 Mill. EUR ausgewiesene Vermögensabgang stellt ebenfalls eine rechentechnische Ausgleichsposition dar. Von der voranschlagswirksamen Verrechnung unterscheidet sich die Jahreserfolgsrechnung durch die Periodenabgrenzung der Zahlungsströme, durch die Ausgrenzung der bloß bestandswirksamen Zahlungen und durch bestimmte Bewertungsvorgänge.



ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

Die Jahresbestandsrechnung wird ebenso wie die Jahreserfolgsrechnung nach den Grundsätzen der kaufmännischen Doppik erstellt, weshalb der Kontenplan des Bundes in Anlehnung an den Einheitskontenrahmen der österreichischen Wirtschaft erstellt wurde.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

2. GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Die nominelle Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft lag im Jahr 2002 mit 2,2 % nur knapp über der Hälfte der bei Erstellung des Bundesvoranschlags angenommenen Höhe.

Der Saldo der Leistungsbilanz wies mit + 1,57 Mrd. EUR erstmals seit 1990 einen positiven Wert auf.

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts des Bundes überstieg deutlich – wie zuletzt im Jahr 1995 – die im Bundesvoranschlag vorgesehene Höhe. Mit 2,390 Mrd. EUR erreichte er nahezu das Dreifache des präliminierten Wertes. Erstmals seit 1995 verschlechterte sich auch der Primärsaldo des Bundeshaushalts.

Der Referenzwert der "Maastricht-Kriterien" bezüglich des Staatsdefizits wurde eingehalten. Hingegen überstieg der Schuldenstand des Gesamtstaates die Marke von 60 % des BIP um über zehn Prozent dieses Referenzwertes.

Hinsichtlich des Österreichischen Stabilitätspaktes wurde nach den Berechnungen der Statistik Austria der vorgesehene Stabilitätsbeitrag des Bundes eingehalten.

Die steuerliche Gesamtbelastung der Bevölkerung sank nach dem bisherigen Spitzenwert im Jahr 2001 von 45,6 % auf 44,6 %.

Die Bemühungen, das öffentliche Defizit auf "Null" zu stellen, werden vom RH grundsätzlich begrüßt. Während im Jahr 2001 der angestrebte Konsolidierungseffekt hauptsächlich durch höhere Einnahmen des Haushalts erzielt wurde, so haben die Maßnahmen der vorangegangenen Jahre bewirkt, dass 2002 der Anteil der Ausgabeneinsparungen an der Konsolidierung des Staatshaushaltes gegenüber jenem der Einnahmen gestiegen ist.

Nach einem Überschuss von 0,3 % im Jahr 2001 wurde im Jahr 2002 ein Defizit von 0,2 % erreicht. Mitursächlich für das geringe Defizit und das Abweichung vom ursprünglich vorgesehen Nulldefizit (erstellt im Jahr 2000) waren die anhaltende Konjunkturschwäche, der Rückgang der Investitionstätigkeit, die Folgekosten der Hochwasserkatastrophe, soweit sie im Jahr 2002 budgetwirksam wurden, und das gesunkene Abgabenaufkommen, da dessen Steigerung im Jahr 2001 zu einem nicht geringen Teil auf Einmaleffekten beruhte, die sich 2002 nicht wiederholen ließen.

Dass dieser Wert nicht ungünstiger wurde, ist auf die von den Ländern und Gemeinden erzielten Überschüsse, die Anrechnung der im Jahr 2003 für das Jahr 2002 geleisteten Umsatzsteuerzahlungen, die höher als erwartet ausfielen, und die günstige Gebarung des Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds zurückzuführen.

Der Rechnungshof hält daher, um eine tatsächliche und nachhaltige Budgetsanierung zu erzielen, die Setzung von strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen weiterhin für geboten.



GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1.1 Verschiedene Wirtschaftsindikatoren

Der Bundesvoranschlag wurde gemäß Art. III Abs. 1 BFG 2002 auf der Grundlage einer nominalen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 4,1 % erstellt.

Nach den bisherigen und vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Stand: Mai/Juni 2003) belief sich das Brutto-Inlandsprodukt 2002 zu laufenden Preisen auf 216,598 Mrd. EUR und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (211,857 Mrd. EUR) um nominell 2,2 %. Es lag damit 1,9 Prozentpunkte unter der bei der Erstellung des Bundesvoranschlags angenommenen Wachstumsrate.

Mit einer jahresdurchschnittlichen realen Zunahme des Brutto-Inlandsproduktes von 1,0 % (2001: + 0,7 %) lag Österreich damit knapp über dem Durchschnitt der EU (EU: + 0,9 %). Im Vergleich: USA + 2,4 %, Deutschland + 0,2 %, Japan + 0,3 % und OECD insgesamt + 1,8 %.

Bei der vom AMS ermittelten Arbeitslosenrate trat eine Verschlechterung ein (Jahresdurchschnitt 2002: 6,9 %, Jahresdurchschnitt 2001: 6,1 %); die Ermittlungsmethode nach EUROSTAT ergab einen Anstieg von 3,6 % auf 4,3 %. Erstmals seit 1997 gab es auch einen Rückgang des Beschäftigtenstandes.

Der Preisauftrieb (= Veränderung der Verbraucherpreise im Jahresabstand) sank im vergangenen Jahr und belief sich im Jahresdurchschnitt 2002 auf + 1,8 % (2001: + 2,7 %).

Der Leistungsbilanzsaldo betrug im Jahr 2002 + 1,57 Mrd. EUR (2001: – 3,94 Mrd. EUR rückgerechnet) oder + 0,7 % des BIP (2001: – 1,9 %).

Die im § 2 BHG als Ziele der Haushaltsführung und zugleich als Erfordernisse eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes angeführten Indikatoren (hoher Beschäftigungsstand, hinreichend stabiler Geldwert, Sicherung des Wachstumspotentials sowie Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts) zeigen für 2002 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklungen:

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

	Gegenüberstellung	
	2001	2002
BIP-Wachstum real ("Sicherung des Wachstumspotentials")	+ 0,7 %	+ 1,0 %
Inflationsrate (durchschnittliche VPI-Entwicklung)	+ 2,7 %	+ 1,8 %
Arbeitslosenquote *)	6,1 %	6,9 %
Arbeitslosenquote nach EUROSTAT **)	3,6 %	4,3 %
Unselbständig Beschäftigte ("hoher Beschäftigtenstand")	+ 0,4 %	- 0,5 %
Leistungsbilanzsaldo (absolut)	- 3,94 Mrd. EUR	+ 1,57 Mrd. EUR
Leistungsbilanzsaldo (im Verhältnis zum BIP) ("Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts")	- 1,9 %	+ 0,7 %

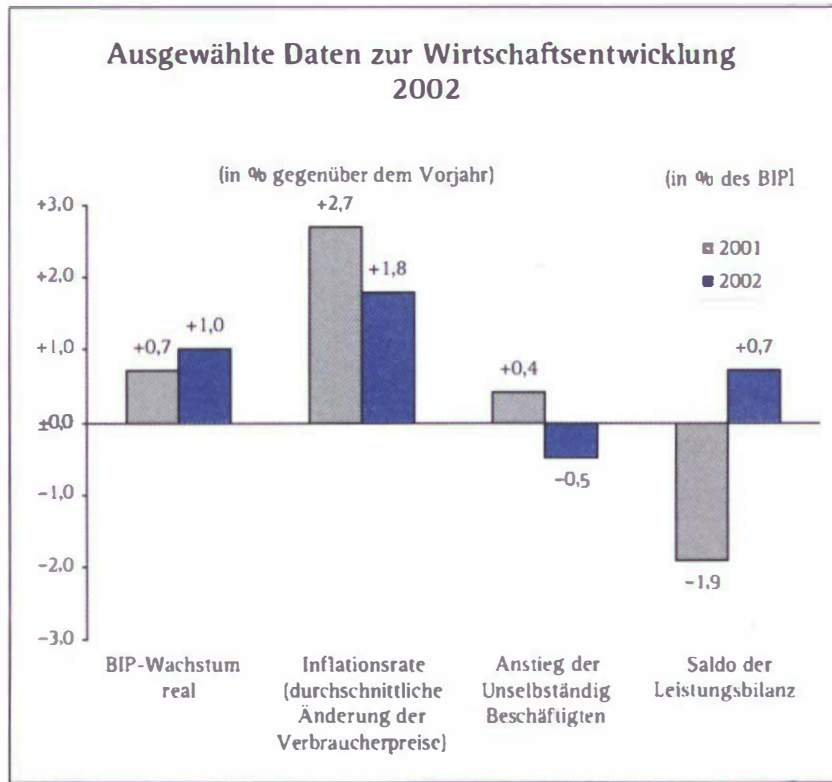
*) Die österreichische Arbeitslosenquote stellt das Verhältnis von im Jahresdurchschnitt bei den Geschäftsstellen des AMS vorgemerkten Arbeitslosen zum Arbeitskräftepotential (= unselbständig Beschäftigte laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger und vorgemerkte Arbeitslose) dar.

**) Die Arbeitslosenquote des EUROSTAT ist der Anteil an den nach den Kriterien des EUROSTAT definierten Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (Summe von Erwerbstätigen und Arbeitslosen). Diese Quote wird aufgrund des Mikrozensus und einer Befragung nach einem standardisierten Fragenprogramm ermittelt (hinsichtlich der Fragestellungen und der Berechnungshinweise darf auf die Statistischen Nachrichten Nr. 5/1996, Seiten 357 ff. hingewiesen werden).

Quellen der Arbeitslosenquote: AMS; WIFO; Statistik Austria.



GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



Quelle: WIFO.

Die weitere Ausgangslage der österreichischen Wirtschaft lässt sich anhand der vorläufigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie der sich gegen Jahresmitte 2003 abzeichnenden Wirtschaftslage anhand ausgewählter Indikatoren folgendermaßen darstellen:

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für 2002 und 2003	Gegenüberstellung in %	
	2002	2003
BIP-Wachstum, real	+ 1,0	+ 0,7
Privater Konsum, real	+ 0,9	+ 1,3
Brutto-Anlageinvestitionen, real	- 4,6	+ 0,8
Exporte, real	+ 2,7	+ 1,5
Importe, real	- 1,3	+ 1,3
Unselbständig Beschäftigte	- 0,5	+ 0,1

Quelle: WIFO - Juni-Prognose 2003.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

2.1.2 Entstehung des Brutto-Inlandsprodukts

Bei der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen waren 2002 gegenüber dem Vorjahr folgende prozentuelle Veränderungen zu verzeichnen:

Land- und Forstwirtschaft	- 1,5
Sachgütererzeugung und Bergbau	+ 0,3
Energie und Wasserversorgung	+ 9,3
Bauwesen	+ 0,4
Handel	+ 1,6
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 2,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 0,5
Kredit- und Versicherungswesen	- 4,6
Realitätenwesen	+ 1,7
Sonstige Dienstleistungen	+ 0,9
Öffentliche Dienste	- 0,3

Aus der Bruttowertschöpfung kann das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) abgeleitet werden. Es betrug im Jahr 2002 216,598 Mrd. EUR und stieg gegenüber dem Vorjahr real um 1,0 %.

Quelle: WIFO – Juni-Prognose 2003.

2.1.3 Nationaleinkommen

Die Steigerung des Bruttonationaleinkommens zu laufenden Preisen betrug 2002 + 3,1 % (2001: + 2,0 %), wobei die Arbeitnehmerentgelte um 1,9 % und die Betriebsüberschüsse und Selbständigeinkommen um 1,8 % stiegen. Das verfügbare Nettonationaleinkommen erhöhte sich von 2001 auf 2002 von 176,01 Mrd. EUR auf 180,40 Mrd. EUR (Quelle: WIFO – Juni-Prognose 2003).



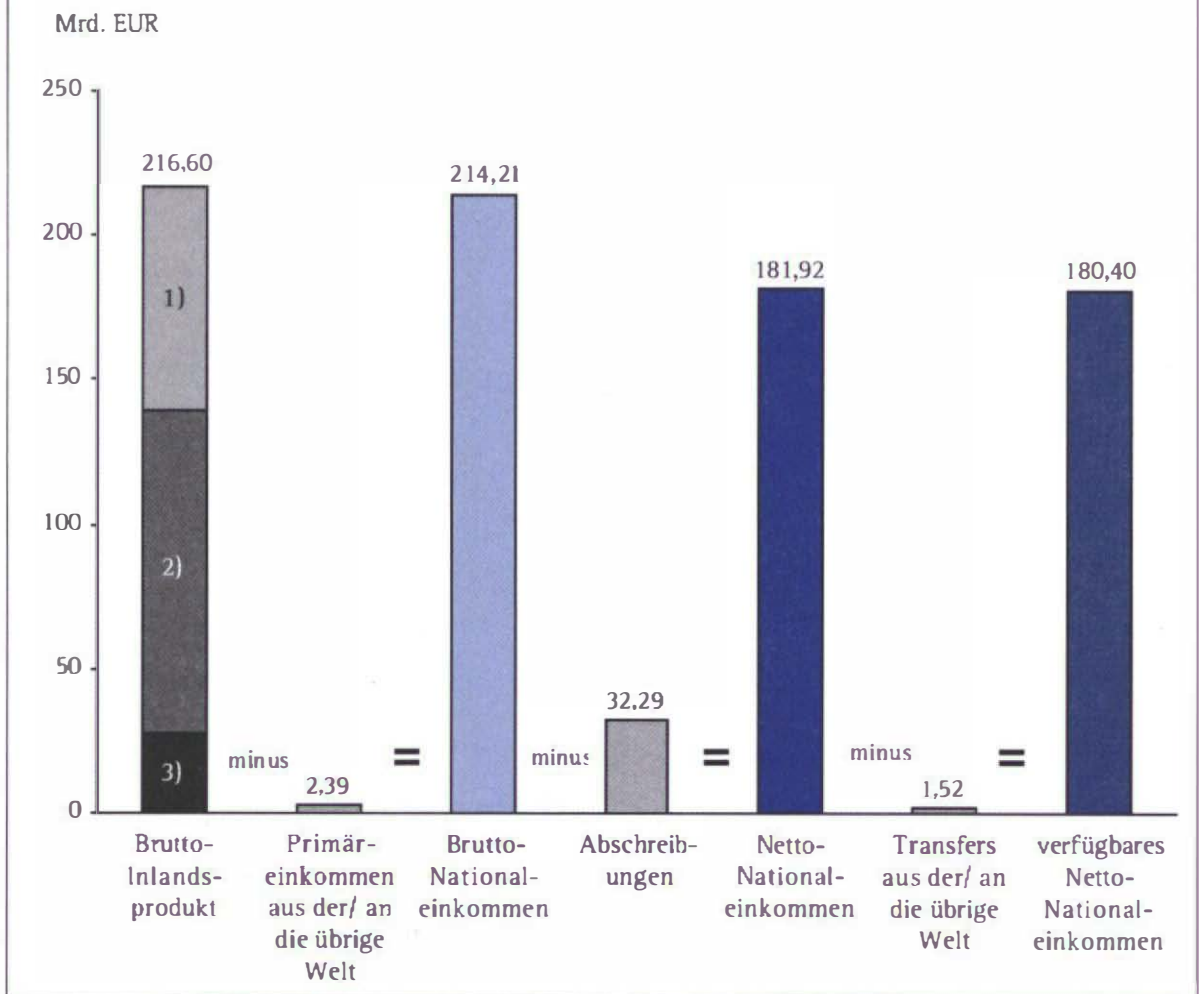
GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Vom BIP zum verfügbaren Netto-Nationaleinkommen

1) Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen 77,41 Mrd. EUR

2) Arbeitnehmerentgelte 111,80 Mrd. EUR

3) Einkommen des Staates aus der Produktion (Produktionsabgaben minus Subventionen) 27,38 Mrd. EUR



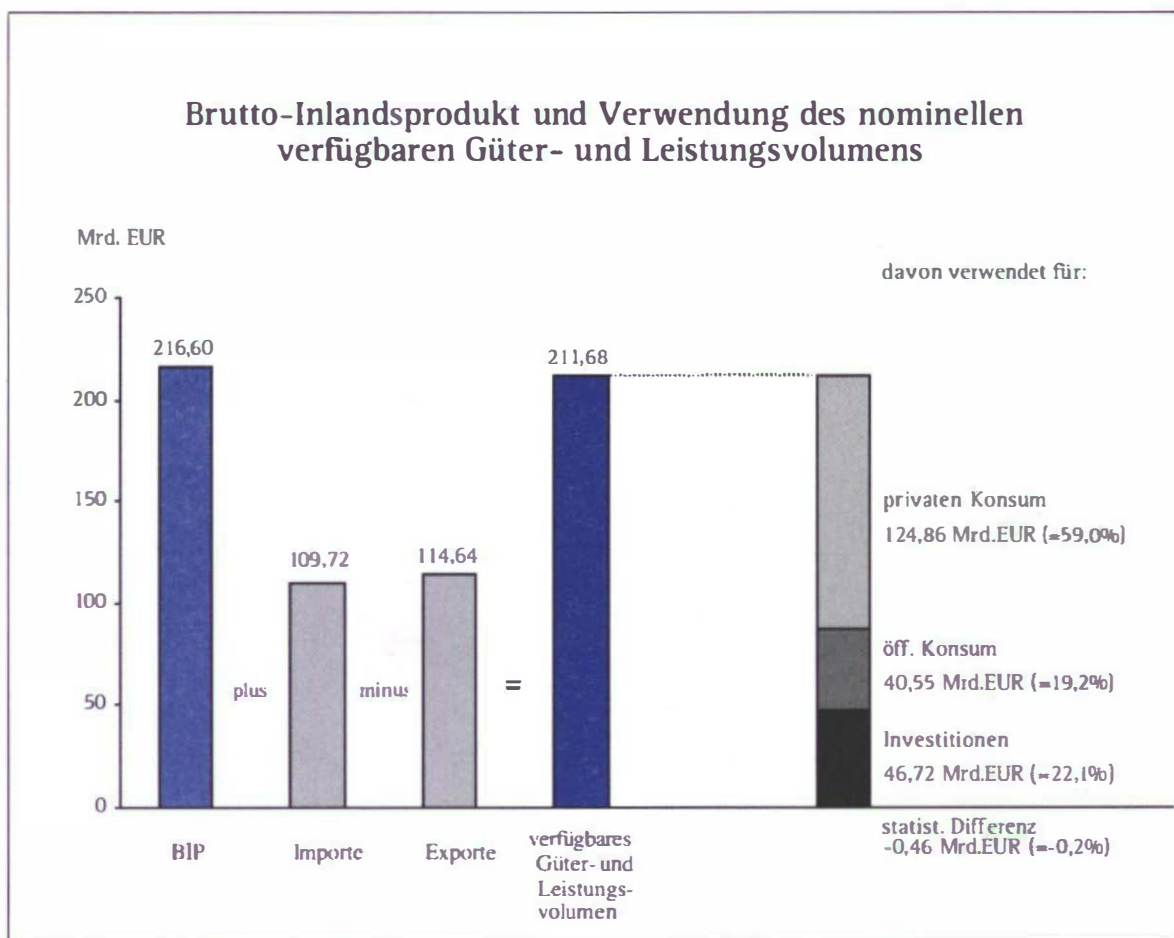
Quelle: WIFO – Juni-Prognose 2003.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

2.1.4 Verwendung des Güter- und Leistungsvolumens

Werden vom BIP (216,60 Mrd. EUR) die Exporte (114,64 Mrd. EUR) abgezogen und die Importe (109,72 Mrd. EUR) hinzugerechnet, so ergibt sich daraus das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen für 2002 in der Höhe von 211,68 Mrd. EUR.

Die Steigerungsrate der Exporte i.w.S. betrug gegenüber 2001 + 3,2 %, die Importe sanken um - 1,3 %. Der private Konsum stieg gegenüber 2001 um 2,7 %, während der öffentliche bei 0,0 % stagnierte.



Quelle: WIFO – Juni-Prognose 2003.



GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

2.2 Der Bundeshaushalt und verschiedene konjunkturpolitische Saldenrechnungen

2.2.1 Der Bundeshaushalt 2002 im Überblick

Zusammengefasst zeigt der Bundeshaushalt für 2001 und 2002 folgende Ergebnisse:

	Bundesrechnungs- abschluss 2001 Mrd. EUR	Bundesvor- anschlag 2002 Mrd. EUR	Bundesrechnungs- abschluss 2002 Mrd. EUR	Veränderungen BRA 2001:2002 %
Allgemeiner Haushalt:				
Ausgaben	60,409	59,374	61,818	+ 2,3
Einnahmen	58,995	58,546	59,428	+ 0,7
Saldo (= Abgang)	- 1,415	- 0,827	- 2,390	+ 68,9
Ausgleichshaushalt:				
Ausgaben	37,114	41,839	34,697	- 6,5
Einnahmen	38,529	42,667	37,087	- 3,7
Saldo (= Überschuss)	+ 1,415	+ 0,827	+ 2,390	+ 68,9

Bezogen auf das nominelle BIP-Wachstum von + 2,2 % lagen die Zuwächse der Einnahmen um 1,5 Prozentpunkte unter und die der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts um 0,1 Prozentpunkte über diesem Wert. Im Budgetvollzug wurden die veranschlagten Ausgabenansätze des Allgemeinen Haushalts um 2,444 Mrd. EUR überschritten, wobei in diesem Betrag die Rücklagenzuführungen in der Höhe von 1,662 Mrd. EUR enthalten sind. Die Einnahmen des Allgemeinen Haushalts stiegen gegenüber dem Voranschlag um 0,882 Mrd. EUR.

Das Haushaltsjahr 2002 schloss mit einem Abgang von 2,390 Mrd. EUR; das entspricht einem Anteil von 1,1 % am BIP. Dieser Anteil ist etwa um die Hälfte höher als im vorangegangenen Jahr 2001 (0,7 %). Ohne Rücklagenzuführungen wäre statt des zuvor angeführten Abganges ein solcher von 0,728 Mrd. EUR entstanden, womit der präliminierte Abgang um 0,100 Mrd. EUR unterschritten worden wäre.

Eine Bereinigung durch Ausblendung der durchlaufenden Einnahmen und Ausgaben, deren schwankende Höhe die Ableitung mittelfristiger Trends beeinträchtigt, liefert für die Jahre 2001 und 2002 folgendes Bild:

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Modifizierte Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts

Allgemeiner Haushalt	Bundesrechnungsab-	Bundesrechnungsab-	Veränderungen BRA
	schluss 2001	schluss 2002	2001:2002
	Mrd. EUR	Mrd. EUR	%
Ausgaben gesamt	60,409	61,818	+ 2,3
- Durchlaufer	- 1,178	- 1,874	+ 59,1
Ausgaben bereinigt	59,231	59,944	+ 1,2
Einnahmen gesamt	58,995	59,428	+ 0,7
- Durchlaufer	- 1,178	- 1,874	+ 59,1
Einnahmen bereinigt	57,817	57,554	- 0,5

Quellen: Eigene Berechnungen (siehe Band 2 , Tabelle E.1); WIFO.

2.2.2 Konjunkturpolitische Saldenrechnungen

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts – der dem Überschuss des Ausgleichshaushalts zu entsprechen hat, um den Ausgleich im Gesamthaushalt herstellen zu können – kann als Saldo für die ökonomische Beurteilung der Budgetpolitik wegen der Außerachtlassung längerfristig wirk-samer Gesichtspunkte nicht alleine herangezogen werden.

Bereinigt man den Saldo des Allgemeinen Haushalts um die vermögenswirksamen Transaktio-nen, so erhält man den BIP-relevanten Saldo. Dieser Vorgangsweise liegt die Vorstellung zugrunde, dass die vermögenswirksamen Transaktionen, das heißt die Ausgaben für den Vermö-genserwerb und die Einnahmen aus Vermögensveräußerungen, zu einer zeitlichen Verschiebung von Ausgaben und Einnahmen führen und folglich saldenneutral wirken.

Der Primärsaldo wiederum bringt vom Saldo des Allgemeinen Haushalts die Ausgaben für den Zinsendienst in Abzug und kann als Indikator der Auswirkungen der aktuellen Finanzpolitik auf künftige Haushalte angesehen werden. Er ermöglicht dadurch Rückschlüsse auf die längerfristige Stabilität der Budgetentwicklung.



GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Die genannten Größen stehen zueinander in folgender Beziehung:

	BRA 2001 Mrd. EUR	BRA 2002 Mrd. EUR
Saldo laufender Transaktionen	+ 5,611	+ 3,707
Investitionen und Kapitaltransfers (netto)	- 5,374	- 5,437
BIP-relevanter Saldo	+ 0,237	- 1,730
Saldo vermögenswirksamer Transakt. u. Rücklagenzuführg. (netto)	- 1,652	- 0,660
Saldo Allgemeiner Haushalt	- 1,415	- 2,390
Zinsen (ohne Währungstauschverträge)	+ 7,107	+ 7,099
Primärsaldo	+ 5,693	+ 4,709

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts auf Kassenbasis liegt mit - 2,390 Mrd. EUR weit über dem Voranschlag (- 0,827 Mrd. EUR). Auch der BIP-relevante Saldo ist mit - 1,730 Mrd. EUR (2001 noch + 0,237 Mrd. EUR) nunmehr wieder im negativen Bereich.

2.3 Der Staatshaushalt im Licht EU-rechtlicher Verpflichtungen ("Maastricht-Kriterien")

Der Vollständigkeit der Betrachtung der gesamt- und finanzwirtschaftlichen Situation halber werden auch die Eckdaten der "Maastricht-Kriterien" und ihre Erfüllung im BRA 2002 veröffentlicht.

Nach Artikel 104 (= alt 104c) des EG-Vertrages haben die Mitgliedstaaten übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden und sich zur Haushaltsdisziplin verpflichtet. Diese ist dann gegeben, wenn

- a) die Defizitquote entweder erheblich und laufend zurückgegangen ist und einen Wert in der Nähe des Referenzwertes (= 3 % des BIP) erreicht hat oder der Referenzwert nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird und
- b) die Staatsschuldenquote den Referenzwert (= 60 % des BIP) nicht überschreitet, es sei denn, dass das Verhältnis hinreichend rückläufig ist und sich rasch genug dem Referenzwert nähert.

Neben den genannten Kriterien der öffentlichen Verschuldung sieht der Vertrag von Maastricht noch die Kriterien der Preisstabilität, der Wechselkurse und der Zinsen vor, deren Erfüllung für den Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion maßgeblich war.

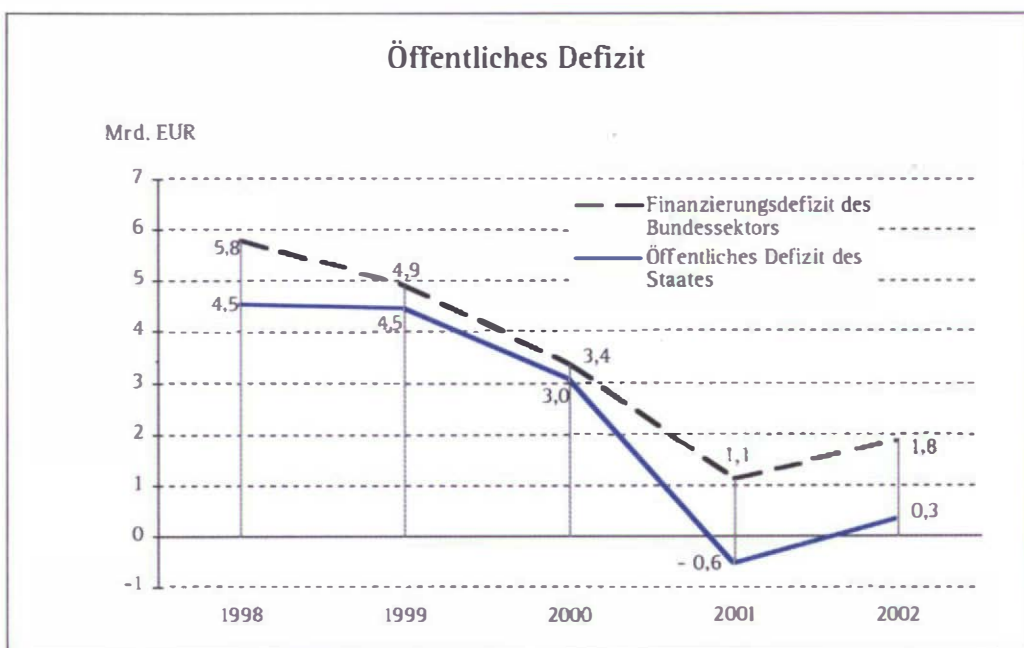
Den Hintergrund für die Fiskalkriterien bildet die Zielsetzung nach einer auf Dauer tragbaren Finanzlage der Mitgliedsstaaten (Artikel 121[= alt 109j] Abs. 1, zweiter Spiegelstrich des EG-Vertrages). Diese Vorgabe gilt nicht alleine für den Bund, sondern für den gesamten öffentlichen Sektor. Bei einer Evaluierung der Zielerreichung ist daher die budgetmäßige Darstellung nach

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

den Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) aufzubereiten und das öffentliche Defizit der weiteren Analyse zugrunde zu legen.

Für die Darstellung des öffentlichen Defizits nach der EU-Berechnungsweise ist das Finanzierungsdefizit des Bundes in das Finanzierungsdefizit des Bundessektors nach VGR-Kriterien überzuleiten (plus/minus Finanzierungsdefizite bzw. -überschüsse z.B. der Bundeskammern) und sind die Finanzierungsdefizite bzw. -überschüsse der Gebietskörperschaften sowie weiterer öffentlicher Rechtsträger (z.B. Landeskammern und Sozialversicherungsträger) zu berücksichtigen. Die Darstellung folgt dem Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995 Verordnung). Das öffentliche Defizit nahm in den Jahren 1998 bis 2002 folgende Entwicklung:

	1998	1999	2000	2001	2002
	Mrd. EUR				
Finanzierungsdefizit des Bundes laut ESVG 95	- 5,798	- 4,755	- 3,380	- 1,449	- 1,698
Finanzierungsdefizit des Bundessektors laut ESVG 95	- 5,794	- 4,915	- 3,364	- 1,113	- 1,843
Finanzierungsüberschuss der Landesebene laut ESVG 95	+ 0,832	+ 0,524	+ 0,475	+ 1,135	+ 0,948
Finanzierungssaldo der Gemeindeebene laut ESVG 95	+ 0,272	- 0,025	+ 0,077	+ 0,555	+ 0,555
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung laut ESVG 95	+ 0,176	- 0,043	- 0,231	- 0,011	0,000
Öffentliches Defizit des Staates laut ESVG 95	- 4,514	- 4,459	- 3,042	+ 0,567	- 0,340



Quelle: Statistik Austria (Stand August 2003).

Rundungsdifferenzen möglich.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Der Schuldenstand im Sinne des Maastrichter Vertrages wird definiert als Brutto-Gesamt-schuldenstand zum Nominalwert am Jahresende nach Konsolidierung innerhalb und zwischen den einzelnen Bereichen des Staatssektors. Einzelheiten und Begriffsbestimmungen wurden mit EG-Rats-Verordnung festgelegt.¹⁾ In dieser Verordnung hat der Rat in großem Umfang auf Begriffe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) Bezug genommen und die Schlüsselbegriffe "öffentlich", "Defizit" und "Schuldenstand" klargestellt. Dabei stehen weniger rechtlich formale Gegebenheiten als die Art der wirtschaftlichen Aktivität im Vordergrund.

Im Jänner 2003 änderte sich die Sichtweise von EUROSTAT bezüglich der Zurechnung von Schulden der ausgegliederten Rechtsträger für die Zwecke der budgetären Notifikation an die EU-Kommission. Die im Wege der ÖBFA aufgenommenen Schulden der Rechtsträger sind nunmehr dem Bundessektor zuzurechnen, wodurch sich ein um mehrere Prozentpunkte höherer "Maastricht-Schuldenstand" des Staates ergibt. Die diesbezüglichen Zahlen für die vergangenen Jahre im BRA 2002 weichen daher von den entsprechenden Werten des BRA 2001 deutlich ab.

Gegliedert nach Sektoren hat sich der öffentliche Schuldenstand in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

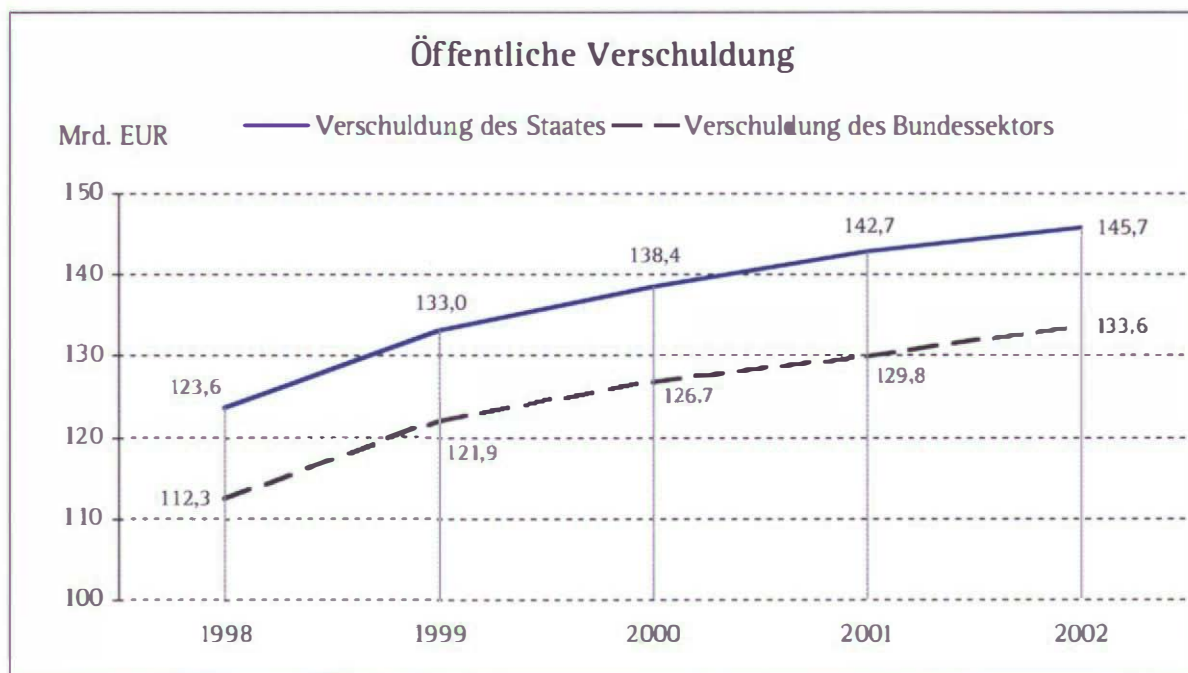
	1998	1999	2000	2001	2002
	Mrd. EUR				
Verschuldung des Bundes²⁾	114,3	122,8	127,0	128,9	131,1
- Eigene Bundestitel	2,7	4,9	6,3	7,5	8,2
- Bundesanleihen im Besitz von öffentlichen Rechtsträgern	2,8	2,7	3,1	2,6	2,7
+ Verschuldung der Bundesfonds ³⁾	1,3	1,1	1,1	0,9	0,8
+ Finanzierungen des Bundes für Dritte	2,2	5,5	8,0	10,1	12,6
Verschuldung des Bundessektors	112,3	121,9	126,7	129,8	133,6
Verschuldung der Länder ohne Wien	5,0	4,9	5,2	6,6	5,9
Verschuldung der Gemeinden mit Wien	5,7	5,6	5,7	5,2	5,0
Verschuldung der Sozialversicherungsträger	0,6	0,7	0,9	1,0	1,2
Verschuldung des Staates	123,6	133,0	138,4	142,7	145,7
Bruttoinlandsprodukt	190,6	197,2	207,0	211,9	216,6
	in % des BIP				
Verschuldung des Staates in % des BIP	64,9	67,5	66,8	67,3	67,3

¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 3603/93 des Rates vom 13. Dezember 1993 zur Festlegung der Begriffsbestimmungen für die Anwendung der in Artikel 104 und Artikel 104b Absatz 1 des Vertrages vorgesehenen Verbote.

²⁾ Finanzschulden des Bundes laut BRA abzüglich Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern, zuzüglich bzw. abzüglich Swap-Schulden bzw. -Forderungen.

³⁾ Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds und IESG-Fonds (abzüglich Bundesdarlehen).

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



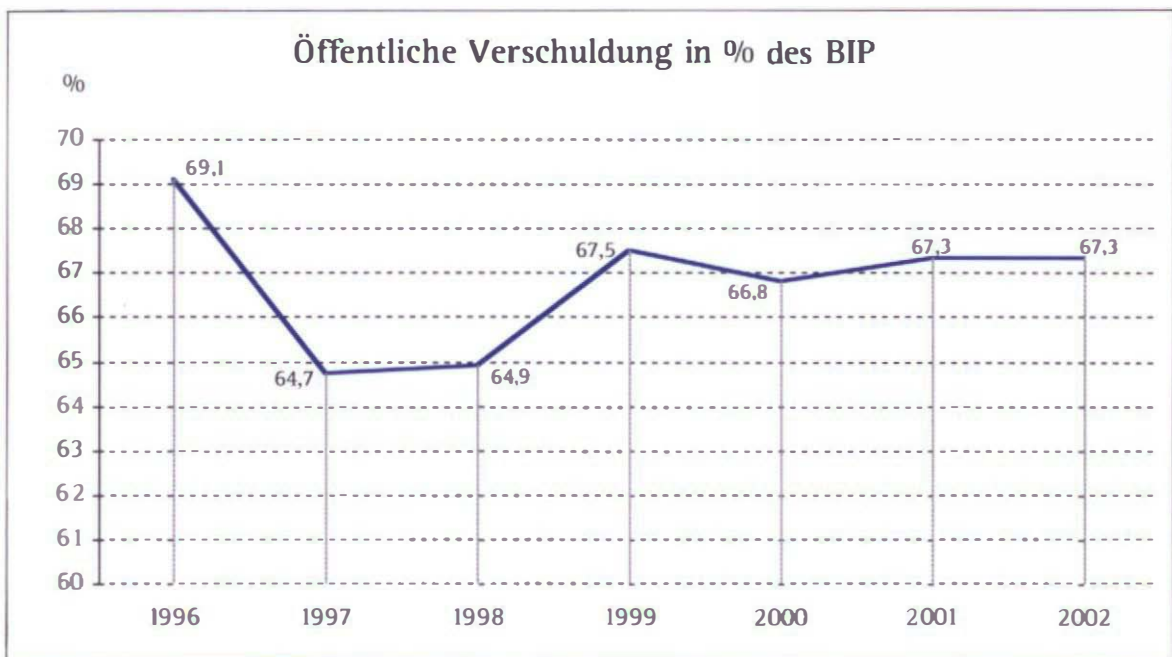
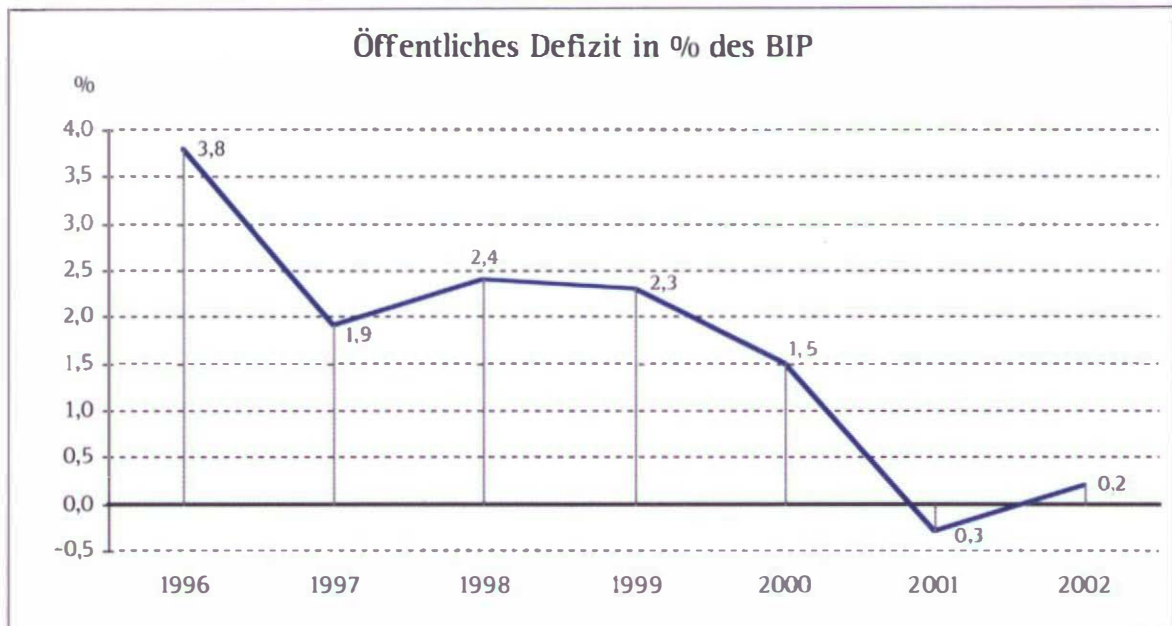
Quelle: Statistik Austria (Stand August 2003).

Rundungsdifferenzen möglich.

Die Entwicklung des öffentlichen Defizits, des öffentlichen Schuldenstandes und – zum Vergleich – des Primärsaldos des Bundes (dieser gibt Aufschluss über das aktuelle Einnahmen- und Ausgabenverhältnis, wobei Schuldenbelastungen aus der Vergangenheit nicht berücksichtigt werden) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der letzten Jahre zeigen die folgende Übersicht sowie die beiden Diagramme:

	BIP		öffentliches Defizit bzw. Überschuss		öffentlicher Schuldenstand		Primärsaldo des Bundes	
	Mrd. EUR		Mrd. EUR	in % d. BIP	Mrd. EUR	in % d. BIP	Mrd. EUR	in % d. BIP
1996	178,05		- 6,81	3,8	123,02	69,1	- 1,06	0,6
1997	182,49		- 3,40	1,9	118,14	64,7	1,52	0,8
1998	190,63		- 4,51	2,4	123,63	64,9	1,98	1,0
1999	197,15		- 4,46	2,3	133,05	67,5	2,23	1,1
2000	207,04		- 3,04	1,5	138,39	66,8	5,09	2,5
2001	211,86		+ 0,57	0,3	142,66	67,3	5,69	2,7
2002	216,60		- 0,34	0,2	145,68	67,3	4,71	2,1

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



Diese Übersicht und die beiden Diagramme geben für 2002 die Ende August 2003 von der Statistik Austria bekanntgegebene Notifizierung wieder.

Quelle: Statistik Austria.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Hinsichtlich der hier wiedergegebenen Werte für das öffentliche Defizit und den Schuldenstand wird angemerkt, dass diese vorbehaltlich der Anerkennung – insbesondere der defizitsenkenden Maßnahmen – durch EUROSTAT und die EU-Kommission zu sehen sind.

2.4 Der Bundeshaushalt und der Österreichische Stabilitäts- **pakt**

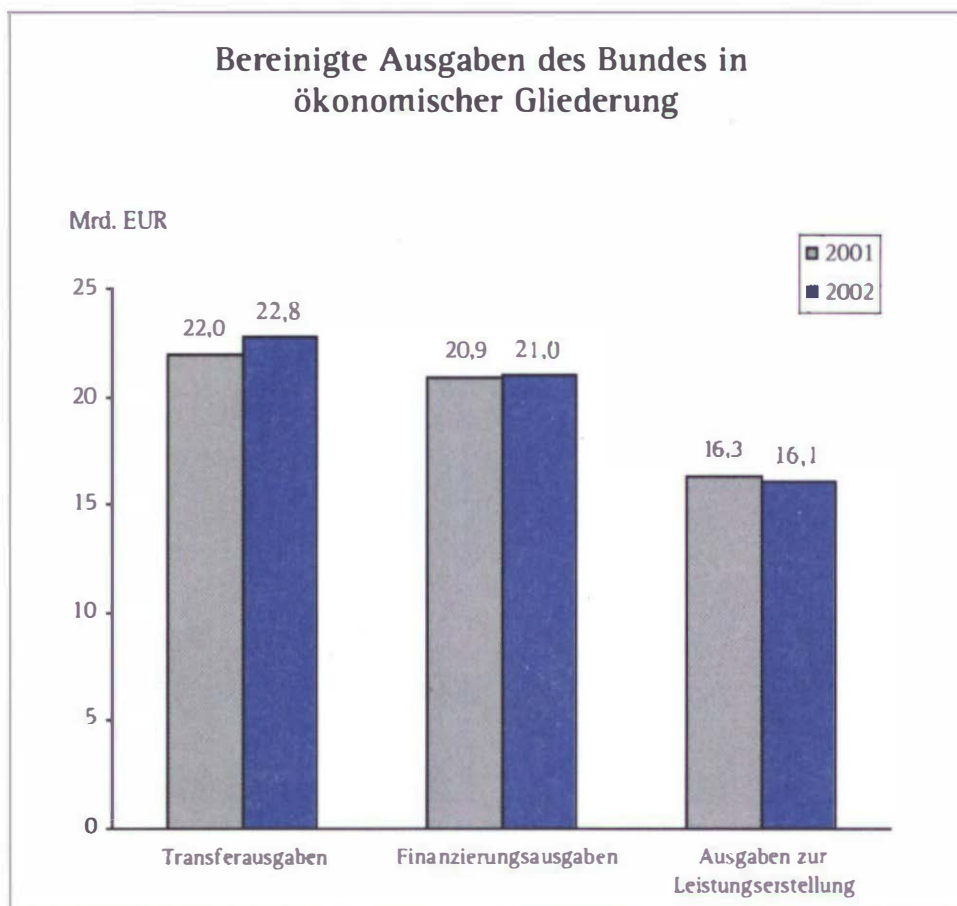
Der zwischen den Gebietskörperschaften abgeschlossene Österreichische Stabilitätspakt 2001 wurde nach dem Bericht der Statistik Austria über die Haushaltsergebnisse vom Bund bezüglich der Haushaltsdisziplin für die Jahre 2001 und 2002 erfüllt. Der für 2002 vorgesehene Stabilitätsbeitrag bestand in einem Defizit (nach ESVG 95 gemäß den Regeln des Österreichischen Stabilitätspakts) von maximal 0,75 % des BIP, der erreichte Wert betrug 0,37 %.

2.5 Finanzwirtschaftliche Betrachtung des Allgemeinen **Haushalts des Bundes**

Setzt man die bereinigten Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts (siehe oben, TZ 2.2.1) mit dem Brutto-Inlandsprodukt in Beziehung, so sank die Ausgabenquote auf 27,7 % (2001: 28,2 %). Die Einnahmenquote fiel gegenüber 2001 von 27,5 % auf 26,6 %. Eine nach ökonomischen Kriterien vorgenommene Betrachtung legt die dafür maßgeblichen Ursachen offen.

Die bereinigten Ausgaben des Bundes (59,944 Mrd. EUR) stiegen im Jahresabstand um 0,713 Mrd. EUR oder 1,2 % an, wobei die Ausgaben nach ökonomischen Kriterien gegliedert folgendes Bild zeigen:

- Auf die Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen entfielen 2002 16,099 Mrd. EUR oder 26,9 % (2001: 27,5 %) der bereinigten Bundesausgaben. Im Gegensatz dazu betrugen die Ausgaben für Investitionen einschließlich Liegenschaftserwerb bloß 0,419 Mrd. EUR; das entspricht einem Anteil von 0,7 % der bereinigten Ausgaben. Gegenüber 2001 bedeutet dies einen Rückgang um 0,2 Prozentpunkte. Dazu ist allerdings festzustellen, dass aufgrund der Ausgliederungen öffentliche Investitionen in beträchtlichem Ausmaß auch außerbudgetär erfolgen.
- Auf die Transferausgaben entfiel mit 22,849 Mrd. EUR oder 38,1 % der größte Teil der Bundesausgaben; als größte Ausgabenpositionen sind dabei die Pensionen für die Bundesbediensteten (2,750 Mrd. EUR), die Landeslehrer (0,758 Mrd. EUR), die ÖBB-Beamten (1,746 Mrd. EUR), die Postbeamten (0,972 Mrd. EUR) und der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung (einschließlich Pflegegeld: 8,757 Mrd. EUR) sowie die Familienbeihilfen (einschließlich Geburten-, Schulfahrt- und Lehrlingsbeihilfen: 2,826 Mrd. EUR) anzuführen.
- Der Anteil der Finanzierungsausgaben fiel gegenüber 2001. Auf sie entfielen 2002 20,997 Mrd. EUR oder 35,0 % (2001: 35,3 %) der bereinigten Ausgaben des Bundes.

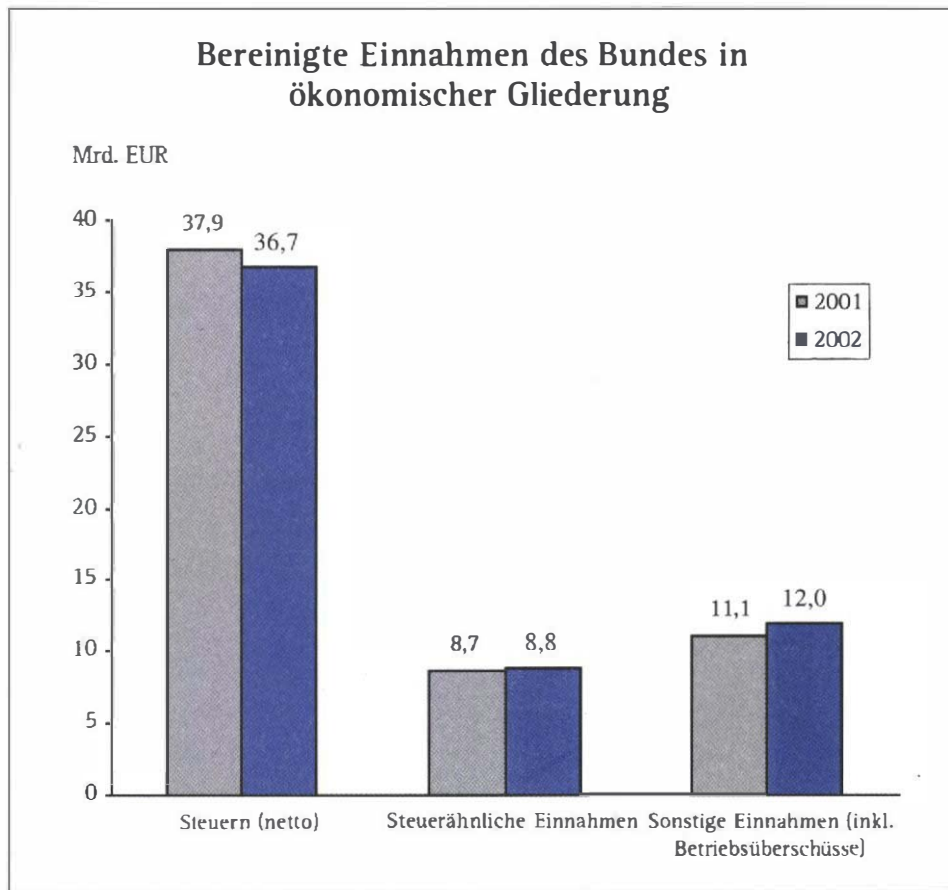
GESAMTWIRTSCHAFT UND
FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Quelle: WIFO

Die bereinigten Einnahmen des Bundes (57,554 Mrd. EUR) in ökonomischer Gliederung stellen sich für 2001 und 2002 wie folgt dar:

- Das Steueraufkommen erbrachte 2002 Gesamteinnahmen von brutto 54,951 Mrd. EUR (- 2,2 % gegenüber 2001) bzw. nach Abzug der Überweisungen netto 36,666 Mrd. EUR (- 3,3 %). Dabei stammten ca. 90 % der Einnahmen aus lediglich zehn der über hundert in Österreich bestehenden Steuerarten.
- Gegenüber 2001 stieg das Steueraufkommen bei der Lohnsteuer von 15,672 Mrd. EUR auf 16,219 Mrd. EUR; jenes aus der veranlagten Einkommensteuer fiel von 3,987 Mrd. EUR auf 3,126 Mrd. EUR; die Körperschaftsteuer sank auf 4,559 Mrd. EUR (2001: 6,235 Mrd. EUR). Die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer I und II betragen 2002 2,123 Mrd. EUR (2001: 2,048 Mrd. EUR). Das extreme Absinken der Einkommen- und Körperschaftsteuer ist auf vorgezogene Steuerentrichtungen im Jahr 2001 zurückzuführen.
- Weitere Steuereinnahmen betragen 2002 bei der Umsatzsteuer 17,639 Mrd. EUR (2001: 17,354 Mrd. EUR), bei der Mineralölsteuer 3,109 Mrd. EUR (2001: 2,880 Mrd. EUR) und bei der Tabaksteuer 1,297 Mrd. EUR (2001: 1,234 Mrd. EUR).

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



Quelle: WIFO

2.6 Fiskalische Gesamtbelastung

Gemessen am Brutto-Inlandsprodukt belief sich der Anteil der Abgaben aller Gebietskörperschaften und der abgabenähnlichen öffentlichen Einnahmen (wie Kammerumlagen, Beiträge an die Träger der Sozialversicherung und Fonds) 2002 auf 44,1 %. (2001: 44,8 %).

Die Berechnung der Abgabenquote nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erfolgt nach dem sogenannten "accrual-principle", d.h. dass der Zeitpunkt der Abgabefälligkeit maßgebend ist. Im Gegensatz dazu arbeitet die OECD-Steuerliste nach dem "cash-principle" oder "Kassenprinzip". Entscheidend für die Zuordnung ist diesfalls der Zahlungszeitpunkt.

Die Darstellung der Quote nach der OECD-Steuerliste, die für zwischenstaatliche Vergleiche besser geeignet ist, zeigt einen Rückgang von 45,3 % (2001) auf 44,1 % (2002).



GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Übersicht I

Entwicklung der fiskalischen Gesamtbelastung

Bezeichnung	Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge) ¹⁾									
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Millionen EUR									
Bund ²⁾	44.547	44.490	45.478	49.614	52.226	54.829	56.485	58.512	64.492	64.458
Länder ohne Wien	420	453	505	523	490	504	509	508	520	531
Gemeinden mit Wien	2.230	2.876	3.010	3.119	3.191	3.261	3.394	3.308	3.122	3.066
Kammern	836	870	981	1.020	1.035	1.105	1.133	1.174	1.141	1.141
Sozialversicherungsträger	19.291	20.469	21.417	22.113	22.752	23.480	24.341	24.994	25.602	26.141
Fonds	406	201	83	77	74	71	80	100	103	103
Staat (Summe)	67.730	69.359	71.474	76.466	79.768	83.250	85.942	88.596	94.980	95.439
Beiträge zum EU-Haushalt ³⁾	-	-	1.659	1.640	1.735	1.468	1.523	1.514	1.528	1.091
Staat + EU (Summe)	67.730	69.359	73.133	78.106	81.503	84.718	87.465	90.110	96.508	96.530
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	156.939	165.411	172.287	178.045	182.486	190.628	197.154	207.037	211.857	216.598
Abgaben in % des BIP										
Staat (Summe)	43,2	41,9	41,5	42,9	43,7	43,7	43,6	42,8	44,8	44,1
Staat + EU (Summe)	43,2	41,9	42,4	43,9	44,7	44,4	44,4	43,5	45,6	44,6

Anmerkungen:

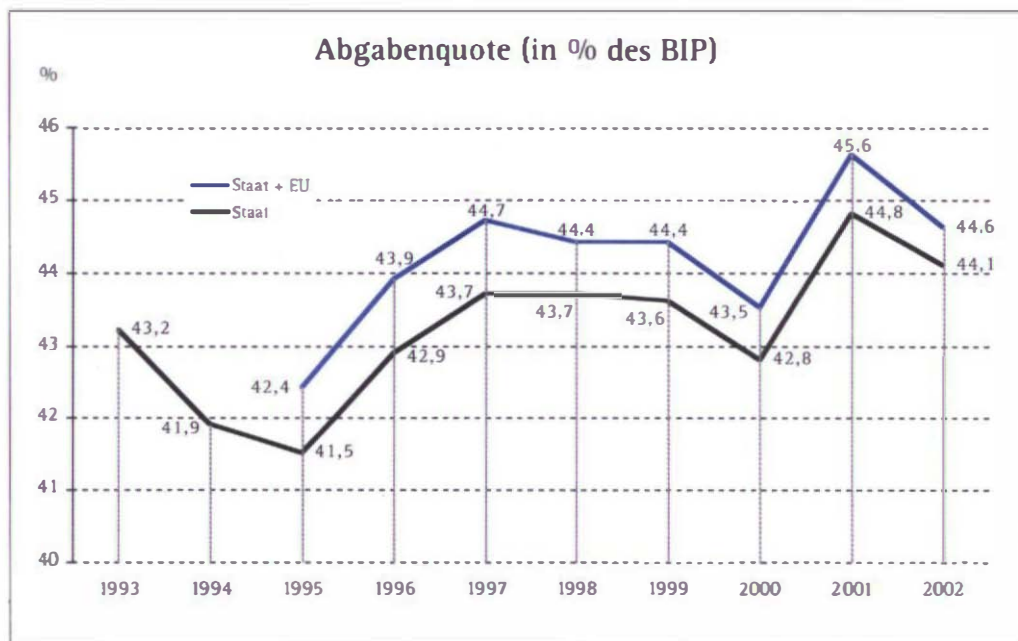
1) Daten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995), Stand: März 2002.

2) Ab Berichtsjahr 1997 "zeitlich angepasste Kasseneingänge".

3) Einschließlich an der nicht-österreichischen Außengrenze des EU-Binnenmarktes eingehobene Importabgaben.

OECD-Steuerliste

in Mill. EUR	67.088	70.455	71.726	77.461	80.945	84.136	86.706	89.602	96.019	95.422
in % des BIP	42,7	42,6	41,6	43,5	44,4	44,1	44,0	43,3	45,3	44,1



Quellen: Statistik Austria (bis einschließlich 2002, BIP bis einschließlich 2001); WIFO - Juni-Prognose 2003 (BIP 2002); eigene Berechnungen.

GESAMTERGEBNISSE

3. GESAMTERGEBNIS DER HAUSHALTSFÜHRUNG DES BUNDES

Gemäß §§ 94 bis 96 BHG hat die Rechnungslegung eine Voranschlagsvergleichsrechnung, eine Jahresbestandsrechnung und eine Jahreserfolgsrechnung zu enthalten.

Die gesetzlichen Anforderungen an die Haushaltsführung des Bundes waren nach den für die Erstellung des BRA vorliegenden Daten im Allgemeinen erfüllt. Bei einem Voranschlagsansatz wurden Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage getätigt.

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts hat sich nach einem starken Absinken in den Jahren 2000 und 2001 nunmehr wieder auf 2,390 Mrd. EUR erhöht. Er erreichte damit nahezu die dreifache Höhe des im Bundesvoranschlag vorgesehenen Ausmaßes.

3.1 Rechtliche Grundlagen der Gebarung

3.1.1 Gesetzliche Grundlagen

Bindende Grundlage der Ausgaben- und Einnahmegerbarung waren gemäß § 37 Abs. 1 BHG

- das Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2002 (Bundesfinanzgesetz 2002 – BFG 2002), BGBl. I Nr. 38/2001, in der Fassung
 - der BFG-Novelle 2002, BGBl. I Nr. 140/2001,
 - der 2. BFG-Novelle 2002, BGBl. I Nr. 156/2001,
 - des Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Bundeswettbewerbsbehörde (Wettbewerbsgesetz - WettbG) erlassen und das Kartellgesetz 1988, das Strafgesetzbuch und das Bundesfinanzgesetz 2002 geändert werden, BGBl. I Nr. 62/2002,
 - des Bundesgesetzes, mit dem das Krankenanstaltengesetz, das Umweltkontrollgesetz, das Behörden-Überleitungsgesetz und das Bundesfinanzgesetz 2002 geändert werden, BGBl. I Nr. 64/2002,
 - des Bundesgesetzes, mit dem das Fremden-gesetz und das Bundesfinanzgesetz geändert werden, BGBl. I Nr. 69/2002,
 - der 6. BFG-Novelle 2002, BGBl. I Nr. 88/2002,
 - des Bundesgesetzes, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehalts-gesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Pensionsgesetz 1965, das Bun-destheaterpensionsgesetz, das Bundesbahn-Pensionsgesetz, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungs-gesetz, das Religionsunterrichtsgesetz, das Überbrückungshilfen-gesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985, das Landesvertragslehrergesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrergesetz, das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, die Reisegebührevorschrift 1955, das EU-Beamten-

Sozialversicherungsgesetz, das Dienstrechtsverfahrensgesetz 1984, das Richterdienstgesetz, das Bundesbediensteten-Sozialplangesetz, das Einsatzzulagengesetz und das Bundesfinanzgesetz 2002 geändert werden (Deregulierungsgesetz - Öffentlicher Dienst 2002), BGBl. I Nr. 119/2002,

- des Bundesgesetzes, mit dem die Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mit beschränkter Haftung errichtet wird (Austria Wirtschaftsservice-Gesetz) und das Bundesgesetz vom 13. Juni 1962 über die Verwaltung der ERP-Counterpart-Mittel (ERP-Fonds-Gesetz), das Bundesgesetz über besondere Förderungen von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Förderungsgesetz), das Bundesgesetz betreffend die Erleichterung der Finanzierung von Unternehmungen durch Garantien der Finanzierungsgarantie-Gesellschaft m.b.H. mit Haftungen des Bundes (Garantiegesetz 1977), das Bundesgesetz über die Errichtung einer Innovationsagentur, das Bundesgesetz betreffend die Arbeitsmarktförderung (AMFG) und das Bundesfinanzgesetz 2002 (7. BFG-Novelle 2002) geändert werden (Austria Wirtschaftsservice - Errichtungsgesetz), BGBl. I Nr. 130/2002, und
- des Bundesgesetzes, mit dem ein Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbau-Gesetz 2002 - HWG 2002 erlassen wird und das Katastrophenfondsgesetz 1996, das Bundesfinanzgesetz 2002, das Umweltförderungsgesetz, das Altlastensanierungsgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Einkommensteuergesetz 1988, das Körperschaftsteuergesetz 1988 und die Bundesabgabenordnung geändert werden, BGBl. I Nr. 155/2002.

3.1.2 Verfügungen des Bundesfinanzgesetzgebers

Der Bundesfinanzgesetzgeber hat gemäß Art. I BFG 2002 in der geltenden Fassung den Ausgabenrahmen des Allgemeinen Haushalts mit 59 373,91 Mill. EUR bewilligt und zu dessen Bedeckung Einnahmen von 58 546,46 Mill. EUR vorgesehen. Weiters wurde verfügt, dass sich der Abgang des Allgemeinen Haushalts von 827,45 Mill. EUR um jene Beträge zu vermindern habe, die voraussichtlich während des Finanzjahres 2002 an Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen anfallen und nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 BHG sowie der Art. IV bis VII BFG 2002 oder zum Ausgleich von Mindereinnahmen heranzuziehen sind.

Der in Art. I dargestellte Abgang des Allgemeinen Haushalts zuzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und von Kapital aus Währungstauschverträgen abzüglich der Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen war gemäß Art. II durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken. Der für die Rückzahlung von Schulden veranschlagte Betrag war um jene Beträge zu vermindern, die voraussichtlich während des Finanzjahres 2002 für die Rückzahlung von Finanzschulden nicht in Anspruch genommen und die nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 BHG sowie Art. V und VI BFG 2002 herangezogen werden. Schließlich erhöhte sich die Bedeckungsermächtigung noch um jene Beträge, die sich aus der Ausnützung der Ermächtigungen gemäß Art. III und VII BFG 2002 sowie gemäß § 41 Abs. 3 Z. 1 BHG ergeben, sofern diese Überschreitungen nicht durch Ausgabeneinsparungen und/oder andere Mehreinnahmen bedeckt werden können.

Im Ausgleichshaushalt war bei Ausgaben von 41 839,37 Mill. EUR und Einnahmen von 42 666,82 Mill. EUR ein Überschuss von 827,45 Mill. EUR vorgesehen, der damit dem Abgang

GESAMTERGEBNISSE

des Allgemeinen Haushalts entsprach. Daraus ergab sich ein veranschlagter Rahmen des Gesamthaushalts von 101 213,28 Mill. EUR.

3.1.3 Ermächtigungen des Bundesministers für Finanzen

Art. III Abs. 1 BFG 2002 ermächtigte den Bundesminister für Finanzen, bei einem sich abzeichnenden Konjunkturrückgang und einem Zurückbleiben der veranschlagten Einnahmen des Allgemeinen Haushalts einen höheren Abgang durch zusätzliche Kreditoperationen im Höchstausmaß von 3 % der veranschlagten Einnahmen des Allgemeinen Haushalts zu bedecken. Ein eigener Konjunkturausgleichs-Voranschlag war im BFG 2002 nicht vorgesehen.

Weiters wurde der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, einen gegenüber dem veranschlagten Betrag aufgrund der Eigenmittelvorschriften der EU entstehenden Mehrbedarf für den Beitrag an dem Gesamthaushalt der EU bis zu 20 % des veranschlagten Betrages durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Rahmen des Ausgleichshaushalts zu bedecken.

Von diesen Ermächtigungen hat der Bundesminister für Finanzen keinen Gebrauch gemacht.

3.2 Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung

Für die zeitliche Zugehörigkeit zur Rechnung des Finanzjahres ist bei den Zahlungen gemäß § 52 Abs. 1 BHG der Zeitpunkt maßgebend, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind (Grundsatz der Jährlichkeit und des Kassenbudgets). Dieser Grundsatz wird durch den "Auslaufzeitraum" (§ 52 Abs. 2 bis 4 und 6 BHG) und den "Vorlaufzeitraum" (§ 52 Abs. 5 BHG) durchbrochen.

3.2.1 Hauptergebnisse der Gebarung im Vergleich zum Voranschlag

Im Finanzjahr 2002 wurden für Rechnung aller Voranschlagsansätze im Allgemeinen Haushalt 61 818,06 Mill. EUR ausgegeben und 59 428,08 Mill. EUR eingenommen. Verglichen mit dem Bundesvoranschlag wurde die bewilligte Ausgabensumme um 2 444,15 Mill. EUR (+ 4,1 %) und die Einnahmensumme um 881,62 Mill. EUR (+ 1,5 %) überschritten. Der Abgang von 2 389,98 Mill. EUR lag somit um 1 562,53 Mill. EUR (+ 188,8 %) über dem in Art. I BFG 2002 ausgewiesenen Betrag. Das Gesamtergebnis ist in Band 2, Tabelle A.1.1, dargestellt.

Der Ausgleichshaushalt erbrachte bei Ausgaben von 34 696,98 Mill. EUR und Einnahmen von 37 086,97 Mill. EUR einen Überschuss von 2 389,98 Mill. EUR in Höhe des Abgangs des Allgemeinen Haushalts. Dabei war gegenüber dem Voranschlag bei den Ausgaben eine Unterschreitung von 7 142,39 Mill. EUR (- 17,1 %) und bei den Einnahmen eine solche von 5 579,85 Mill. EUR (- 13,1 %) zu verzeichnen. Daraus ergibt sich - spiegelbildlich zum Allgemeinen Haushalt - eine rechnerische Überschreitung des veranschlagten Überschusses um 1 562,53 Mill. EUR (+ 188,8 %).



GESAMTERGEBNISSE

Der Gesamthaushalt belief sich auf 96 515,05 Mill. EUR und wurde gegenüber dem Voranschlag um 4 698,23 Mill. EUR (- 4,6 %) unterschritten. Unter Verwendung der Schlusssummen zeigt der Bundesrechnungsabschluss 2002 folgendes Ergebnis:

Übersicht 2

		Einnahmen		Ausgaben		Überschuss	Abgang
		in Mill. EUR					
	Bundesvoranschlag 2002		58.546,46		59.373,91		827,45
Allgemeiner Haushalt	Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	+	881,62	+	2.444,15		+ 1.562,53
	Bundesrechnungsabschluss		59.428,08		61.818,06		2.389,98
	+						
	Bundesvoranschlag 2002		42.666,82		41.839,37	827,45	
Ausgleichshaushalt	Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	-	5.579,85	-	7.142,39	+ 1.562,54	
	Bundesrechnungsabschluss		37.086,97		34.696,98	2.389,98	
	=						
	Bundesvoranschlag 2002		101.213,28		101.213,28		
Gesamthaushalt	Gesamtveränderungen	-	4.698,23	-	4.698,23		
	Bundesrechnungsabschluss		96.515,05		96.515,05		

Von den Ausgaben wurden insgesamt 1 399,92 Mill. EUR (2001: 1 465,47 Mill. EUR) während des Auslaufzeitraumes vom 1. bis zum 20. Jänner 2003 noch zu Lasten der Voranschlagsätze für das Finanzjahr 2002 vollzogen, das sind 1,5 % der Ausgaben des Gesamthaushalts.

3.2.2 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Kapitel gegliedert

Eine Aufgliederung der Ergebnisse der Voranschlagsvergleichsrechnung nach Gruppen und Kapitel ist in Band 2, Tabelle A.1.2 enthalten. Die Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben und Einnahmen in kapitelweiser Aufgliederung für die Finanzjahre 1993 bis 2002 sowie deren Anteil am Gebarungsrahmen kann den Übersichten 3 und 4 entnommen werden.

GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 3

Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt

Kap.	Bezeichnung	1993		1994		1995		1996	
		Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidialkanzlei	4,58	0,0	5,23	0,0	5,74	0,0	4,51	0,0
02	Bundesgesetzgebung	83,14	0,1	89,97	0,1	97,53	0,1	138,73	0,2
03	Verfassungsgerichtshof	4,14	0,0	4,22	0,0	4,43	0,0	4,43	0,0
04	Verwaltungsgerichtshof	8,21	0,0	8,65	0,0	9,01	0,0	9,16	0,0
05	Volksanwaltschaft	3,12	0,0	3,20	0,0	3,27	0,0	3,27	0,0
06	Rechnungshof	18,24	0,0	19,84	0,0	19,19	0,0	19,04	0,0
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	325,65	0,5	355,37	0,6	336,11	0,5	364,24	0,6
11	Innere	1.333,33	2,1	1.416,68	2,3	1.486,01	2,1	1.529,84	2,4
12	Bildung und Kultur	4.333,12	7,0	4.610,44	7,4	4.845,39	6,9	4.887,32	7,6
13	Kunst	73,76	0,1	83,57	0,1	84,01	0,1	82,41	0,1
14	Wissenschaft	2.101,26	3,4	2.248,13	3,6	2.164,05	3,1	1.973,58	3,1
15	Soziale Sicherheit und Generationen	4.214,73	6,8	5.868,69	9,5	6.142,82	8,7	6.707,56	10,4
16	Sozialversicherung	4.919,66	7,9	4.014,59	6,5	4.974,24	7,1	5.060,28	7,9
17	Gesundheit	478,41	0,8	500,93	0,8	433,86	0,6	714,88	1,1
18	Umwelt	4.176,94	6,7	4.915,88	7,9	203,56	0,3	171,00	0,3
19	Jugend, Familie und Senioren	-	-	-	-	4.289,15	6,1	4.039,30	6,3
20	Äußeres	195,85	0,3	219,11	0,4	293,38	0,4	283,64	0,4
30	Justiz	575,57	0,9	644,03	1,0	705,58	1,0	714,59	1,1
40	Militärische Angelegenheiten	1.406,15	2,3	1.463,41	2,4	1.486,89	2,1	1.503,82	2,3
50	Finanzverwaltung	844,97	1,3	903,98	1,5	935,88	1,3	1.810,64	2,8
51	Kassenverwaltung	724,33	1,2	1.860,42	3,0	1.180,13	1,7	667,65	1,0
52	Öffentliche Abgaben	14,97	0,0	7,63	0,0	9,37	0,0	9,01	0,0
53	Finanzausgleich	2.176,91	3,5	2.339,12	3,8	2.342,25	3,3	2.595,95	4,0
54	Bundesvermögen	1.677,43	2,7	1.436,16	2,3	1.257,02	1,8	1.322,57	2,1
55	Pensionen	3.551,38	5,7	4.072,95	6,6	4.263,86	6,1	4.936,23	7,7
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	-	-	-	-	-	-	-	-
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	6.201,25	10,0	6.256,77	10,1	7.153,77	10,2	7.275,50	11,3
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1.294,09	2,1	1.487,32	2,4	2.408,01	3,4	2.119,29	3,3
61	Umwelt neu	-	-	-	-	-	-	-	-
63	Wirtschaft und Arbeit	238,44	0,4	249,41	0,4	255,45	0,4	224,85	0,4
64	Bauten und Technik	1.925,10	3,1	1.952,94	3,2	1.939,57	2,8	1.975,68	3,1
65	Verkehr, Innovation und Technologie	974,03	1,6	1.988,26	3,2	1.980,48	2,8	1.770,89	2,8
70	Öffentliche Leistung und Sport	-	-	-	-	-	-	-	-
71	Bundestheater	211,55	0,3	220,71	0,4	220,49	0,3	219,98	0,4
75	Alkohol (Monopol)	25,36	0,1	22,46	0,0	17,88	0,0	17,30	0,0
77	Österreichische Bundesforste	137,50	0,2	143,17	0,2	136,92	0,2	134,59	0,2
78	Post- und Telegraphenverwaltung	3.558,93	5,7	3.743,09	6,1	3.879,86	5,5	1.560,87	2,4
79	Österreichische Bundesbahnen	3.035,98	4,9	-	-	-	-	-	-
	Summe Allgemeiner Haushalt	50.848,09	81,70	53.156,33	85,80	55.565,14	78,90	54.852,58	85,30
Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung	5.786,65	9,3	2.255,26	3,6	4.361,68	6,2	250,36	0,4
54	Bundesvermögen	105,74	0,2	90,99	0,2	316,05	0,4	138,81	0,2
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	-	-	-	-	-	-	-	-
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	5.476,70	8,8	6.453,86	10,4	10.208,57	14,5	9.075,02	14,1
	Summe Ausgleichshaushalt	11.369,08	18,3	8.800,10	14,2	14.886,30	21,1	9.464,18	14,7
	Gesamtausgaben	62.217,18	100,0	61.956,43	100,0	70.451,44	100,0	64.316,77	100,0



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 3

Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt (Fortsetzung)

Kap.	1997		1998		1999		2000		2001		2002	
	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
01	4,43	0,0	4,43	0,0	5,16	0,0	4,87	0,0	5,89	0,0	5,66	0,0
02	137,21	0,2	139,17	0,2	108,79	0,1	105,01	0,1	269,83	0,3	119,42	0,1
03	4,65	0,0	4,80	0,0	5,38	0,0	5,16	0,0	5,45	0,0	5,61	0,0
04	9,37	0,0	9,88	0,0	10,76	0,0	10,97	0,0	11,19	0,0	11,31	0,0
05	3,20	0,0	3,56	0,0	3,71	0,0	3,85	0,0	4,00	0,0	4,33	0,0
06	19,11	0,0	20,06	0,0	22,02	0,0	21,80	0,0	22,38	0,0	22,99	0,0
10	392,65	0,6	430,22	0,5	430,30	0,5	316,49	0,3	566,92	0,6	308,82	0,3
11	1.551,27	2,1	1.625,98	2,0	1.717,48	2,0	1.668,93	1,4	1.671,33	1,7	1.695,88	1,8
12	4.920,90	6,8	5.161,08	6,3	5.409,18	6,2	5.533,16	4,5	5.733,01	5,9	5.769,30	6,0
13	85,54	0,1	84,88	0,1	140,04	0,2	215,91	0,2	246,36	0,3	218,17	0,2
14	1.870,31	2,6	2.001,99	2,5	2.093,12	2,4	2.244,36	1,8	2.386,50	2,5	2.529,26	2,6
15	6.457,85	8,9	6.324,28	7,8	6.444,12	7,3	2.822,69	2,3	1.852,94	1,9	1.880,84	2,0
16	5.102,21	7,0	5.258,17	6,5	5.478,88	6,2	4.997,27	4,1	5.398,94	5,5	5.944,16	6,2
17	800,20	1,1	822,00	1,0	855,80	1,0	626,73	0,5	507,18	0,5	520,13	0,5
18	214,53	0,3	257,33	0,3	291,49	0,3	26,02	0,0	-	0,0	-	0,0
19	3.995,63	5,5	4.116,70	5,1	4.210,52	4,8	4.322,14	3,6	4.493,58	4,6	4.531,89	4,7
20	287,57	0,4	319,54	0,4	297,81	0,3	326,96	0,3	328,77	0,3	314,33	0,3
30	727,82	1,0	761,47	0,9	793,66	0,9	803,18	0,7	859,50	0,9	872,52	0,9
40	1.535,72	2,1	1.552,29	1,9	1.602,87	1,8	1.733,68	1,4	1.665,88	1,7	1.664,45	1,7
50	2.981,98	4,1	3.302,33	4,1	3.353,71	3,8	2.213,54	1,8	2.291,16	2,4	2.156,53	2,2
51	512,85	0,7	1.130,28	1,4	881,30	1,0	1.577,51	1,3	2.074,08	2,1	1.948,24	2,0
52	9,52	0,0	11,12	0,0	10,17	0,0	7,12	0,0	6,83	0,0	4,91	0,0
53	2.964,76	4,1	3.173,11	3,9	3.191,94	3,6	3.279,94	2,7	3.451,81	3,5	4.587,59	4,8
54	1.377,51	1,9	712,48	0,9	775,56	0,9	774,84	0,6	822,44	0,8	729,59	0,8
55	5.253,88	7,2	5.349,16	6,6	5.509,25	6,3	5.739,63	4,7	5.992,09	6,1	6.204,92	6,4
56	-	-	99,93	0,1	253,70	0,3	562,27	0,5	-	0,0	-	0,0
58	7.268,52	10,0	7.658,55	9,4	8.026,57	9,1	8.677,65	7,1	8.195,39	8,4	8.485,50	8,8
60	1.933,32	2,7	1.828,30	2,2	1.749,16	2,0	1.952,06	1,6	1.924,09	2,0	1.993,82	2,1
61	-	-	-	-	-	-	289,02	0,2	370,27	0,4	409,09	0,4
63	255,88	0,4	270,85	0,3	281,24	0,3	3.990,97	3,3	5.291,96	5,4	6.008,30	6,2
64	7.509,79	10,3	1.295,10	1,6	1.234,42	1,4	601,51	0,5	174,49	0,2	202,87	0,2
65	2.117,61	2,9	2.556,56	3,1	1.905,12	2,2	2.732,50	2,3	3.706,17	3,8	2.589,14	2,7
70	-	-	-	-	-	-	59,08	0,1	78,70	0,1	78,49	0,1
71	218,75	0,3	224,78	0,3	155,81	0,2	-	-	-	-	-	-
75	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
77	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
78	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
79	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	60.524,55	83,30	56.510,40	69,40	57.249,04	65,10	58.246,84	47,90	60.409,15	61,90	61.818,06	64,0
51	3.843,38	5,3	3.713,22	4,6	11.077,67	12,6	39.234,03	32,2	22.664,48	23,4	14.328,46	14,9
54	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
56	-	-	6.953,77	8,5	4.737,25	5,4	6.427,04	5,3	-	-	-	-
58	8.317,26	11,4	14.219,68	17,5	14.839,94	16,9	17.757,17	14,6	14.449,61	14,8	20.368,53	21,1
	12.160,64	16,7	24.886,67	30,6	30.654,85	34,9	63.418,24	52,1	37.114,09	38,1	34.696,99	36,0
	72.685,19	100,0	81.397,06	100,0	87.903,90	100,0	121.665,08	100,0	97.523,24	100,0	96.515,05	100,0

GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 4

Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt

Kap.	Bezeichnung	1993		1994		1995		1996	
		Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentenkanzlei	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0
02	Bundgesetzgebung	2,25	0,0	2,18	0,0	4,43	0,0	4,43	0,0
03	Verfassungsgerichtshof	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0
04	Verwaltungsgerichtshof	0,36	0,0	0,36	0,0	0,22	0,0	0,36	0,0
05	Volksanwaltschaft	0,07	0,0	0,07	0,0	0,15	0,0	0,15	0,0
06	Rechnungshof	0,15	0,0	0,07	0,0	0,15	0,0	0,15	0,0
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	47,82	0,1	64,02	0,1	66,57	0,1	59,66	0,1
11	Inneres	49,05	0,1	56,47	0,1	79,50	0,1	88,81	0,1
12	Bildung und Kultur	41,35	0,1	43,75	0,1	53,85	0,1	67,51	0,1
13	Kunst	0,22	0,0	0,36	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0
14	Wissenschaft und Forschung	109,30	0,2	111,12	0,2	87,86	0,1	70,27	0,1
15	Soziale Sicherheit und Generationen	2.795,36	4,5	3.891,19	6,3	4.132,18	5,9	4.475,63	7,0
16	Sozialversicherung	185,17	0,3	74,20	0,1	15,99	0,0	105,88	0,2
17	Gesundheit	145,71	0,2	153,12	0,2	143,89	0,2	159,37	0,2
18	Umwelt	3.901,22	6,3	4.290,39	6,9	17,15	0,0	0,73	0,0
19	Jugend, Familie und Senioren	-	-	-	-	4.049,11	5,7	3.964,09	6,2
20	Äußeres	6,61	0,0	6,10	0,0	7,12	0,0	9,08	0,0
30	Justiz	365,98	0,6	410,67	0,7	436,33	0,6	462,05	0,7
40	Militärische Angelegenheiten	34,08	0,1	41,79	0,1	39,46	0,1	33,07	0,1
50	Finanzverwaltung	94,33	0,2	91,28	0,1	148,11	0,2	1.028,25	1,6
51	Kassenverwaltung	1.012,26	1,6	1.355,06	2,2	2.642,89	3,8	2.552,12	4,0
52	Öffentliche Abgaben	24.643,87	39,6	26.046,09	42,0	25.128,30	35,7	27.867,85	43,3
53	Finanzausgleich	318,96	0,5	328,92	0,5	337,86	0,5	275,65	0,4
54	Bundesvermögen	1.519,59	2,4	1.435,80	2,3	1.897,63	2,7	1.972,99	3,1
55	Pensionen	415,47	0,7	798,82	1,3	882,47	1,3	1.182,10	1,8
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	-	-	-	-	-	-	-	-
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	689,16	1,1	627,75	1,0	1.044,38	1,5	841,48	1,3
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	214,89	0,3	222,81	0,4	172,45	0,2	185,82	0,3
61	Umwelt neu	-	-	-	-	-	-	-	-
63	Wirtschaft und Arbeit	49,13	0,1	52,40	0,1	67,08	0,1	68,24	0,1
64	Bauten und Technik	381,82	0,6	407,11	0,7	415,03	0,6	457,18	0,7
65	Verkehr, Innovation und Technologie	127,18	0,2	290,98	0,5	315,91	0,4	554,35	0,9
	Summe 01 bis 65	37.151,52	59,8	40.803,03	65,9	42.186,22	59,9	46.487,43	72,3
70	Öffentliche Leistung und Sport	-	-	-	-	-	-	-	-
71	Bundestheater	44,91	0,1	47,31	0,1	50,80	0,1	53,63	0,1
75	Alkohol (Monopol)	83,57	0,1	83,57	0,1	20,20	0,0	7,12	0,0
77	Österreichische Bundesforste	128,85	0,2	151,09	0,2	152,98	0,2	147,38	0,2
78	Post- und Telegraphenverwaltung	4.152,38	6,7	4.453,90	7,2	4.586,60	6,5	1.662,54	2,6
79	Österreichische Bundesbahnen	2.147,48	3,4	-	-	-	-	-	-
	Summe 70 bis 79	6.557,20	10,5	4.735,87	7,6	4.810,58	6,8	1.870,67	2,9
	Summe Allgemeiner Haushalt	43.708,71	70,3	45.538,91	73,5	46.996,80	66,7	48.358,10	75,2
Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung	5.735,99	9,2	2.262,67	3,7	4.362,26	6,2	250,36	0,4
54	Bundesvermögen	-	-	-	-	-	-	-	-
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	-	-	-	-	-	-	-	-
58	Finanzschuld, Währungstauschverträge	12.772,47	20,5	14.154,85	22,8	19.092,39	27,1	15.708,31	24,4
	Summe Ausgleichshaushalt	18.508,46	29,7	16.417,52	26,5	23.454,65	33,3	15.958,66	24,8
	Gesamteinnahmen	62.217,18	100,0	61.956,43	100,0	70.451,44	100,0	64.316,77	100,0

GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 4

Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt (Fortsetzung)

Kap.	1997		1998		1999		2000		2001		2002	
	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
01	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0	0,12	0,0
02	4,29	0,0	2,47	0,0	2,18	0,0	2,11	0,0	4,51	0,0	2,91	0,0
03	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0	0,05	0,0
04	0,36	0,0	0,29	0,0	0,29	0,0	0,29	0,0	0,22	0,0	0,25	0,0
05	0,15	0,0	0,07	0,0	0,15	0,0	0,15	0,0	0,15	0,0	0,14	0,0
06	0,15	0,0	0,15	0,0	0,15	0,0	0,15	0,0	0,15	0,0	0,12	0,0
10	53,92	0,1	56,76	0,1	51,96	0,1	20,28	0,0	17,01	0,0	14,96	0,0
11	92,66	0,1	92,80	0,1	97,67	0,1	95,64	0,1	83,86	0,1	82,86	0,1
12	58,28	0,1	62,50	0,1	63,44	0,1	77,98	0,1	77,91	0,1	80,40	0,1
13	0,00	0,0	0,00	0,0	0,94	0,0	3,34	0,0	3,34	0,0	3,35	0,0
14	59,23	0,1	61,34	0,1	58,07	0,1	43,31	0,0	112,13	0,1	205,21	0,2
15	4.345,40	6,0	4.252,96	5,2	4.245,62	4,8	810,37	0,7	31,69	0,0	24,50	0,0
16	15,92	0,0	12,43	0,0	379,86	0,4	398,76	0,3	28,56	0,0	346,45	0,4
17	59,30	0,1	59,96	0,1	54,72	0,1	56,61	0,0	65,41	0,1	57,20	0,1
18	0,80	0,0	10,97	0,0	171,51	0,2	1,45	0,0	-	-	-	-
19	4.027,96	5,5	4.530,72	5,6	4.373,02	5,0	4.312,41	3,5	4.481,37	4,6	4.519,46	4,7
20	8,28	0,0	14,61	0,0	10,46	0,0	7,56	0,0	4,80	0,0	5,24	0,0
30	486,91	0,7	509,95	0,6	544,10	0,6	569,83	0,5	620,41	0,6	630,03	0,6
40	49,13	0,1	41,06	0,0	40,70	0,0	44,40	0,0	45,35	0,0	58,65	0,1
50	1.450,26	2,0	1.416,90	1,7	1.399,90	1,6	1.416,61	1,2	1.373,44	1,4	1.347,23	1,4
51	1.657,16	2,3	1.537,18	1,9	2.322,91	2,6	3.071,81	2,5	2.005,62	2,1	2.731,30	2,8
52	30.027,62	41,3	33.445,49	41,1	32.678,28	37,2	33.041,36	27,1	37.932,89	38,9	36.666,23	38,0
53	359,51	0,5	338,58	0,4	351,01	0,4	382,11	0,3	368,89	0,4	885,53	0,9
54	9.269,35	12,7	1.845,31	2,3	1.737,17	2,0	2.376,69	1,9	2.913,45	3,0	2.605,94	2,7
55	1.597,35	2,2	1.369,66	1,7	1.368,07	1,5	1.411,74	1,2	1.456,29	1,5	1.463,99	1,5
56	-	-	99,93	0,1	253,70	0,3	562,27	0,5	-	-	-	-
58	820,26	1,1	1.404,48	1,7	1.380,86	1,6	1.685,07	1,4	1.732,08	1,8	1.916,79	2,0
60	184,44	0,2	196,87	0,2	190,04	0,2	196,80	0,2	244,47	0,3	223,27	0,2
61	-	-	-	-	-	-	187,64	0,2	218,67	0,2	244,47	0,3
63	70,49	0,1	60,68	0,1	67,22	0,1	3.520,27	2,9	4.747,50	4,9	4.987,56	5,2
64	188,00	0,3	165,91	0,2	171,00	0,2	73,11	0,1	37,79	0,0	42,50	0,0
65	699,11	1,0	67,08	0,1	242,51	0,3	1.022,14	0,8	385,17	0,4	280,41	0,3
	55.586,43	76,5	51.657,23	63,4	52.257,65	59,5	55.392,40	45,5	58.993,26	60,5	59.427,12	61,6
70	-	-	-	-	-	-	0,94	0,0	1,24	0,0	0,96	0,0
71	53,12	0,1	54,80	0,1	35,54	0,0	-	-	-	-	-	-
75	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
77	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
78	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
79	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	53,12	0,1	54,80	0,1	35,54	0,0	0,94	0,0	1,24	0,0	0,96	0,0
	55.639,56	76,6	51.712,03	63,5	52.293,19	59,5	55.393,34	45,5	58.994,50	60,5	59.428,08	61,6
51	3.843,52	5,3	3.726,74	4,6	11.089,29	12,6	39.234,03	32,3	22.664,55	23,2	14.328,51	14,9
54	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
56	-	-	6.953,77	8,5	4.737,25	5,4	6.427,04	5,3	-	-	-	-
58	13.202,11	18,1	19.004,53	23,4	19.784,16	22,5	20.610,67	16,9	15.864,19	16,3	22.758,46	23,6
	17.045,63	23,4	29.685,04	36,5	35.610,71	40,5	66.271,74	54,5	38.528,74	39,5	37.086,97	38,4
	72.685,19	100,0	81.397,06	100,0	87.903,90	100,0	121.665,08	100,0	97.523,24	100,0	96.515,05	100,0

GESAMTERGEBNISSE

3.2.3 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Aufgabenbereichen gegliedert

Zwecks besserer inner- und zwischenstaatlicher Vergleichbarkeit werden die einzelnen Voranschlagsansätze in Anlehnung an ein von den Vereinten Nationen empfohlenes Schema einem oder mehreren Aufgabenbereichen zugeordnet und durch entsprechende finanzstatistische Kennziffern unterschieden. Dieser funktionellen Gliederung kommt jedoch nicht die Eigenschaft von Voranschlagsansätzen und daher auch keine Bindungswirkung zu.

Über die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in der funktionellen Gliederung für die Finanzjahre 1993 bis 2002 gibt die Übersicht 5 Aufschluss (Kapitelbezeichnungen beziehen sich jeweils auf das letzte Nachweisungsjahr).

Übersicht 5

Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur

Kz.	Aufgabenbereiche Bezeichnung	1993		1994		1995		1996	
		Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
Ausgaben									
Bildungssektor:									
11	Erziehung und Unterricht	4.486,89	7,2	4.770,97	7,7	4.902,87	7,0	4.918,28	7,6
12	Forschung und Wissenschaft	1.953,23	3,1	2.082,37	3,3	2.090,51	3,0	2.091,81	3,2
13	Kunst	580,29	0,9	618,08	1,0	624,84	0,9	625,64	1,0
14	Kultus	38,59	0,1	39,24	0,1	40,04	0,0	42,73	0,1
	Summe	7.059,00	11,3	7.510,66	12,1	7.658,26	10,9	7.678,47	11,9
Sozialsektor:									
21	Gesundheit	506,09	0,8	533,20	0,8	527,39	0,7	616,99	1,0
22	Soziale Wohlfahrt	13.301,38	21,4	14.540,53	23,5	15.500,24	22,0	15.897,04	24,7
23	Wohnungsbau	1.717,48	2,8	1.674,24	2,7	1.755,48	2,5	1.840,08	2,9
	Summe	15.524,95	25,0	16.747,96	27,0	17.783,12	25,2	18.354,11	28,6
Wirtschaftssektor:									
32	Straßen	1.123,74	1,8	1.126,43	1,8	1.163,78	1,7	1.186,53	1,8
33	Sonstiger Verkehr	8.643,05	13,9	7.026,81	11,4	7.243,45	10,3	6.439,25	10,0
34	Land- und Forstwirtschaft	1.303,46	2,1	1.487,39	2,4	2.415,72	3,4	2.128,15	3,3
35	Energiewirtschaft	19,91	0,0	19,04	0,0	14,68	0,0	10,17	0,0
36	Industrie und Gewerbe	1.638,63	2,7	1.617,19	2,6	1.532,45	2,2	1.236,31	1,9
37	Öffentliche Dienstleistungen	235,61	0,4	451,95	0,7	270,71	0,4	240,69	0,4
38	Private Dienstleistungen	329,21	0,5	266,64	0,5	441,78	0,6	415,76	0,7
	Summe	13.293,61	21,4	11.995,45	19,4	13.082,56	18,6	11.656,87	18,1
Hoheitssektor:									
41	Landesverteidigung	1.434,13	2,3	1.491,97	2,4	1.506,65	2,1	1.521,91	2,4
42	Staats- und Rechtssicherheit	1.633,98	2,6	1.786,23	2,9	1.910,93	2,7	1.963,26	3,0
43	Übrige Hoheitsverwaltung	23.271,51	37,4	22.424,15	36,2	28.509,92	40,5	23.142,16	36,0
	Summe	26.339,61	42,3	25.702,35	41,5	31.927,50	45,3	26.627,33	41,4
	Gesamtausgaben	62.217,18	100,0	61.956,43	100,0	70.451,44	100,0	64.316,77	100,0
Einnahmen									
	Bildungssektor	222,74	0,4	228,19	0,4	200,58	0,3	207,04	0,3
	Sozialsektor	7.032,04	11,3	8.327,22	13,4	8.373,15	11,9	8.732,22	13,6
	Wirtschaftssektor	8.714,71	14,0	7.343,59	11,9	7.835,29	11,1	6.113,46	9,5
	Hoheitssektor	46.247,68	74,3	46.057,43	74,3	54.042,43	76,7	49.264,04	76,6
	Gesamteinnahmen	62.217,18	100,0	61.956,43	100,0	70.451,44	100,0	64.316,77	100,0

Übersicht 5

Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur (Fortsetzung)

AB	1997		1998		1999		2000		2001		2002		
	Kz.	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
11		4.958,98	6,8	5.232,66	6,4	5.459,69	6,2	5.562,67	4,6	5.650,31	5,8	5.657,27	5,8
12		2.118,34	2,9	2.268,26	2,8	2.386,94	2,7	2.387,16	1,9	2.484,18	2,6	2.566,06	2,7
13		617,86	0,8	636,03	0,8	631,82	0,7	563,94	0,5	608,05	0,6	643,96	0,7
14		42,66	0,1	43,31	0,1	44,04	0,1	44,48	0,0	45,20	0,0	45,42	0,0
		7.737,84	10,6	8.180,27	10,1	8.522,49	9,7	8.558,24	7,0	8.787,74	9,0	8.912,71	9,2
21		1.461,74	2,0	1.835,50	2,3	1.859,70	2,1	839,08	0,7	747,95	0,8	792,37	0,8
22		15.608,45	21,5	15.767,61	19,4	16.187,15	18,4	15.763,90	12,9	16.890,04	17,3	18.206,32	18,9
23		1.835,50	2,5	1.826,34	2,2	1.822,78	2,1	1.819,22	1,5	1.811,81	1,8	1.807,31	1,9
		18.905,69	26,0	19.429,45	23,9	19.869,62	22,6	18.422,20	15,1	19.449,79	19,9	20.806,00	21,6
32		6.785,03	9,3	551,22	0,7	533,85	0,6	494,76	0,4	550,71	0,6	570,98	0,6
33		5.948,49	8,2	6.367,16	7,8	5.816,59	6,6	6.006,12	4,9	6.807,56	7,0	6.155,42	6,4
34		1.798,43	2,5	1.693,13	2,1	1.602,73	1,8	1.770,75	1,4	1.728,52	1,8	1.797,73	1,8
35		5,67	0,0	3,20	0,0	1,82	0,0	2,47	0,0	1,09	0,0	1,55	0,0
36		906,88	1,2	891,62	1,1	832,98	1,0	919,53	0,8	917,42	0,9	872,30	0,9
37		277,61	0,4	314,82	0,4	339,96	0,4	311,77	0,3	330,08	0,3	346,43	0,4
38		325,86	0,5	226,01	0,2	259,01	0,3	446,07	0,4	274,78	0,3	179,37	0,2
		16.047,98	22,1	10.047,16	12,3	9.386,93	10,7	9.951,45	8,2	10.610,16	10,9	9.923,78	10,3
41		1.555,34	2,1	1.574,75	1,9	1.622,28	1,8	1.690,52	1,4	1.627,44	1,7	1.624,33	1,7
42		2.007,37	2,8	2.103,44	2,6	2.194,28	2,5	2.165,87	1,8	2.231,42	2,3	2.253,42	2,3
43		26.430,96	36,4	40.061,99	49,2	46.308,29	52,7	80.876,80	66,5	54.816,68	56,2	52.994,81	54,9
		29.993,68	41,3	43.740,18	53,7	50.124,85	57,0	84.733,18	69,7	58.675,54	60,2	56.872,56	58,9
		72.685,19	100,0	81.397,06	100,0	87.903,90	100,0	121.665,08	100,0	97.523,24	100,0	96.515,05	100,0
BS		186,48	0,2	189,68	0,2	164,53	0,2	160,10	0,1	227,54	0,2	323,03	0,2
SS		8.576,19	11,8	8.998,86	11,1	8.131,29	9,2	7.046,14	5,8	7.149,70	7,3	7.697,59	7,3
WS		5.711,94	7,9	4.179,49	5,1	4.014,59	4,6	4.298,31	3,5	4.628,17	4,8	4.411,31	4,8
HS		58.210,58	80,1	68.029,04	83,6	75.593,48	86,0	110.160,53	90,6	85.517,83	87,7	84.083,12	87,7
		72.685,19	100,0	81.397,06	100,0	87.903,90	100,0	121.665,08	100,0	97.523,24	100,0	96.515,05	100,0

GESAMTERGEBNISSE

3.2.4 Gliederungen der Einnahmen und Ausgaben nach verschiedenen Gesichtspunkten

3.2.4.1 Gesamtausgaben (96 515,05 Mill. EUR)

Gliederung	Mill. EUR	%
- nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:		
Erfolgswirksame Ausgaben	59 139,25	61,3
Bestandswirksame Ausgaben	37 375,80	38,7
- nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen:		
Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	40 467,60	41,9
Ermessensausgaben	56 047,45	58,1
(Eine genauere Aufteilung – kapitelweise dargestellt und den Voranschlagsbeträgen gegenübergestellt – ist in Band 2, Tabelle A.2.1.1 enthalten.)		
- nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten:		
Personalausgaben (Ges. Verpfl. im Allg. Haushalt)	10 451,52	10,8
Sachausgaben des Allgemeinen Haushalts	51 366,54	53,2
Sachausgaben des Ausgleichshaushalts	34 696,99	36,0
(Die kapitelweise Aufteilung enthält die Tabelle A.2.1.2 in Band 2.)		

3.2.4.2 Personalausgaben (10 451,52 Mill. EUR)

	Mill. EUR	%
Davon entfielen auf:		
Aktivbezüge	7 803,35	74,7
Pensionen	2 648,17	25,3
Die Aktivbezüge setzen sich wie folgt zusammen:		
Geldbezüge für Beamte	4 783,23	61,3
Geldbezüge für Vertragsbedienstete	1 341,96	17,2
Sonstige Personalausgaben einschl. Dienstgeberbeiträge	1 678,16	21,5
Von den Abweichungen gegenüber dem Voranschlag der Personalausgaben (das sind alle Ausgabenansätze mit der Unterteilung 0) entfielen auf		
Aktivbezüge	- 197,12	- 2,5
Pensionen	+ 35,44	+ 1,4



GESAMTERGEBNISSE

3.2.4.3 Sachausgaben (86 063,53 Mill. EUR)

Gliederung

	Mill. EUR	%
- nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:		
Erfolgswirksame Ausgaben	48 687,73	56,6
Bestandswirksame Ausgaben	37 375,80	43,4
- nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen:		
Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	30 016,08	34,9
Ermessensausgaben	56 047,45	65,1
- nach Gebarungsgruppen:		
Anlagen	522,19	0,6
Förderungen	3 710,13	4,3
Übrige Sachausgaben (Aufwendungen) des Allgemeinen Haushalts	47 134,22	54,8
Sachausgaben (Aufwendungen) des Ausgleichshaushalts	34 696,99	40,3

(Einzelheiten zu den Sachausgaben sind in Band 2, Tabellen A.2.1.3 und A.2.3.2 dargestellt.)

3.2.4.4 Gesamteinnahmen (96 515,05 Mill. EUR)

Gliederung

	Mill. EUR	%
- nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:		
Erfolgswirksame Einnahmen	57 155,52	59,2
Bestandswirksame Einnahmen	39 359,53	40,8
(Eine kapitelweise Aufgliederung enthält Band 2, Tabelle A.2.2.1.)		
- nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:		
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgelegt aufgrund gesetzlichen Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	11 673,58	12,1
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung).	84 841,47	87,9
(Eine kapitelweise Aufgliederung enthält Band 2, Tabelle A.2.2.2.)		
- nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten:		
Einnahmen aus öffentlichen Abgaben (netto)	36 666,23	38,0
Weitere Einnahmen des Allgemeinen Haushalts	22 761,85	23,6
Einnahmen des Ausgleichshaushalts	37 086,97	38,4



GESAMTERGEBNISSE

3.2.5 Vorjahresvergleich des Gesamthaushalts in finanzwirtschaftlicher Gliederung

Gegenüber dem Finanzjahr 2001 fielen die Ausgaben des Gesamthaushalts um 1 008,16 Mill. EUR oder 1,0 %. Dies ist auf folgende Veränderungen zurückzuführen (Band 2, Tabellen A.2.1.2 und A.2.1.4):

	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
	Mill. EUR	%
Personalausgaben	+ 4,86	+ 0,0
Ausgaben für Anlagen	- 617,78	- 54,2
Ausgaben für Förderungen	+ 31,10	+ 0,8
Übrige Sachausgaben des Allgemeinen Haushalts	+ 1 990,76	+ 4,4
Sachausgaben des Ausgleichshaushalts	- 2 417,09	- 6,5

Die gegenüber 2001 erzielten Mindereinnahmen im Gesamthaushalt von insgesamt 1 008,16 Mill. EUR (- 1,0 %) setzen sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabelle A.1.2):

	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
	Mill. EUR	%
Nettoaufkommen an öffentlichen Abgaben (Kapitel 52)	- 1 266,69	- 3,3
Einnahmen der übrigen Budgetkapitel des Allgemeinen Haushalts	+ 1 700,29	+ 8,1
Einnahmen des Ausgleichshaushalts	- 1 441,76	- 3,7

Als Summe der Veränderungen aller Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts ergab sich die Veränderung des Abgangs, der 2002 um 975,34 Mill. EUR oder um 68,9 % höher als im vorangegangenen Jahr lag.

3.3 Gesamtergebnis der Jahresbestandsrechnung

3.3.1 Allgemeines zur Darstellung des Vermögens und der Schulden sowie des Kapitalausgleichs

Das Vermögen des Bundes umfaßt grundsätzlich die Gesamtheit der in der Verfügung des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach ihrer dauernden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Rechnerisch werden hier die Endbestände der aktiven Bestandskonten dargestellt.

Dabei können die Ergebnisse der Jahresbestandsrechnungen bzw. der Bilanzen von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchführung abweichen, weil für die voranschlagswirksame Verrechnung der Zeitpunkt maßgebend ist, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind.

Die in der VWV behandelten Berechtigungen und Verpflichtungen sind in der Bestandsrechnung nicht enthalten (siehe TZ 3.9).

Die Darstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ist ein Nachweis für die ordnungsgemäße Verrechnung und Rechnungslegung bezüglich der Bestands- und Erfolgsverrechnung für den gesamten Bereich des Bundes und erfüllt somit wesentliche Grundsätze einer ordnungsgemäßen Buchführung.

Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Rechnerisch werden hier die Endbestände der passiven Bestandskonten dargestellt.

Die Gliederung der Jahresbestandsrechnung des Bundes entspricht den Vorgaben des § 21 RLV und des Kontenplanes des Bundes.

Die Darstellung in der Jahresbestandsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung des Vermögens und der Schulden des Bundes, sodass der Darstellung des Kapitalausgleichs lediglich die Bedeutung einer rechnungstechnischen Bilanzausgleichsposition zukommt. Deren Aussagewert ist beschränkt, weil das Anlagevermögen hohe Bewertungsreserven enthält und weil die finanzwissenschaftlich für eine "Staatsbilanz" bedeutsame Steuerkraft der Bevölkerung nicht aktiviert ist. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen zur Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung in den Begriffsbestimmungen (TZ 1.5.2) verwiesen.

Der anfängliche Kapitalausgleich des Jahres 2002 entspricht dem schließlichen Kapitalausgleich des Jahres 2001. Die unentgeltlichen Zu- und Abgänge im Anlage- und Umlaufvermögen sind in der Kapitalerhöhung und Kapitalverminderung enthalten. Der Vermögensabgang ist im Band 2 in den Tabellen B.1 (Aktiva) und B.4 (Erträge) und in der Übersicht 9 jeweils als letzte Position ausgewiesen.

Details zum Stand der Schulden und der Forderungen finden sich auch in den TZ 7 und 3.9, die Rücklagen werden in der TZ 3.10 ausführlich dargestellt.

GESAMTERGEBNISSE

3.3.2 Gesamtstand des Vermögens

Dem Vermögensnachweis liegt das erfasste Vermögen des Bundes zugrunde, das in den Bestandsrechnungen für das Jahr 2002 der anweisenden Organe enthalten ist.

In der Aktiven Rechnungsabgrenzung sind zur periodengerechten Abgrenzung unter anderen auch die vor dem 1. Jänner 2003 zu Lasten des Finanzjahres 2003 geleisteten Zahlungen enthalten.

Die Bewertung und Abschreibung der Bestandteile des Vermögens erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, wobei die Amtsorgane gemäß § 57 Abs. 3 BHG pauschal abzuschreiben haben.

Die Übersicht zeigt die Entwicklung des Vermögens von 1993 bis 2002.

Übersicht 6

Bezeichnung	Jahresbestandsrechnung des Bundes									
	Aktiva									
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Mill. EUR									
I. Anlagevermögen	44.100,01	34.215,93	34.507,68	34.766,53	24.460,18	25.593,43	26.562,78	27.621,10	24.075,41	15.554,46
II. Umlaufvermögen	21.489,92	24.603,35	25.228,53	25.640,36	25.099,93	26.721,41	38.934,87	47.680,88	42.494,96	44.805,86
III. Aktive Rechnungsabgrenzung	1.502,88	3.318,71	2.349,69	1.373,20	1.356,29	1.893,44	1.816,15	1.145,14	1.311,29	1.376,18
IV. Grundkapital u. Kapitalausgleich	50.939,92	65.203,52	74.463,19	78.242,69	79.571,15	85.197,07	93.484,05	94.510,70	99.751,59	109.454,25
Summe Aktiva	118.032,73	127.341,51	136.549,09	140.022,78	130.487,54	139.405,34	160.797,84	170.957,82	167.633,25	171.190,75

Die erhebliche Senkung des Anlagevermögens während der vergangenen zehn Jahre ist auf Ausgliederungen und Umwandlungen von Bundesbetrieben in Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit zurückzuführen. Die beträchtliche Steigerung des Umlaufvermögens resultiert hauptsächlich aus der Ausweitung des Volumens der Währungstauschverträge in der Bundesfinanzierung.

Eine weitere Aufgliederung der Aktiva nach Vermögensarten, getrennt nach Amtsorganen (früher: Hoheitsverwaltung) und betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabelle B.2.1).

3.3.3 Gesamtstand der Schulden

Dem Schuldennachweis liegen alle Zahlungsverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen für das Jahr 2002 der anweisenden Organe enthalten sind.

In der Passiven Rechnungsabgrenzung sind unter anderen auch die gemäß § 52 Abs. 2 BHG (Auslaufzeitraum) zu Lasten des Finanzjahres 2002 geleisteten Zahlungen enthalten.

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Passiva von 1993 bis 2002:



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 7

Bezeichnung	Jahresbestandsrechnung des Bundes									
	Passiva									
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Mill. EUR									
I. Rücklagen	4.177,67	2.119,41	1.536,72	1.393,94	1.568,58	2.359,18	2.152,39	2.428,20	3.715,57	4.298,76
II. Wertberichtigungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
III. Schulden	112.889,24	122.397,22	133.267,74	137.466,99	127.602,16	135.380,87	156.621,17	166.883,05	162.377,02	165.379,81
IV. Rückstellungen	274,86	319,78	86,90	86,76	-	-	-	-	-	-
V. Passive Rechnungsabgrenzung	690,96	2.505,10	1.657,74	1.075,10	1.316,81	1.665,30	2.024,29	1.646,56	1.540,67	1.512,18
Summe Passiva	118.032,73	127.341,51	136.549,09	140.022,78	130.487,54	139.405,34	160.797,84	170.957,82	167.633,25	171.190,75

Eine weitere Aufgliederung der Passiva nach Schuldarten, getrennt nach Amtsorganen und betriebsähnlichen Einrichtungen, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabelle B.2.2).

3.3.4 Betriebsähnliche Einrichtungen

Gemäß § 98 Abs. 2 Z. 4 BHG sind in den BRA die Vermögens- und Schuldenrechnungen (die Bilanzen) der betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes aufzunehmen (Band 2, Tabellen B.6.1). Die bundeseinheitliche Gliederung ist vom RH im Einvernehmen mit dem BMF festzulegen. Siehe dazu aber auch TZ 3.3.1.

3.4 Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung

§ 98 Abs. 2 Z. 3 bzw. 4 BHG sieht die Aufstellung von Erfolgsrechnungen für den gesamten Bereich des Bundes vor. Für die betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes ist der Abschluss der Erfolgsrechnung in der Gestalt einer Gewinn- und Verlustrechnung verpflichtend vorgeschrieben, deren Form und Gliederung durch die Rechnungslegungsverordnung bundeseinheitlich festgelegt ist. Dabei können die Ergebnisse der Erfolgsrechnungen bzw. der Gewinn- und Verlustrechnungen von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen – doppelten – Buchführung abweichen, weil für die voranschlagswirksame Verrechnung der Zeitpunkt maßgebend ist, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind.

Die Darstellung des Gesamtergebnisses aller Stellen des Bundes in der Erfolgsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge des Bundes, sodass der Darstellung des Vermögensabgangs lediglich die Rolle einer rechnungstechnischen Ausgleichsposition zukommt, die für Abstimmzwecke als Mindestvoraussetzung erforderlich ist (siehe Band 2, Tabelle B.4 sowie Übersicht 9). Die einschränkenden Bemerkungen hinsichtlich der Aussagekraft des Kapitalausgleichs in der Jahresbestandsrechnung (TZ 3.3.1) gelten sinngemäß.

Die Darstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ist ein Nachweis für die ordnungsgemäße Verrechnung und Rechnungslegung bezüglich der Bestands- und Erfolgsverrechnung für den gesamten Bereich des Bundes und erfüllt somit wesentliche Grundsätze einer ordnungsgemäßen Buchführung.

GESAMTERGEBNISSE

Die Erstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes führt beispielsweise zur Aufdeckung von unzulässigen Salden und ist für die Abstimmung der Verrechnungsdaten erforderlich.

Die Aufgliederung der Aufwendungen und Erträge nach Aufwands- und Ertragsarten (Gliederung gemäß Anlage 2 zu § 22 RLV) gibt Auskunft über die Aufbringung der Mittel für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes und deren Verwendung (Band 2, Tabelle B.4). Die Übersichten 8 und 9 zeigen die Entwicklung der gesamten Aufwendungen und Erträge während der Jahre 1993 bis 2002.

Übersicht 8

Bezeichnung	Jahreserfolgsrechnung des Bundes Aufwendungen									
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Mill. EUR									
I. Aufwand für Bedienstete	13.203,32	10.441,54	10.813,63	10.158,74	9.810,68	10.064,57	10.355,09	10.442,67	10.545,39	10.569,66
II. Öffentliche Abgaben	83,66	70,79	82,5	66,54	45,25	38,89	35,96	31,86	20,77	21,92
III. Abschreibungen u. Wertbericht.	1.989,42	1.556,82	2.056,7	1.145,62	922,96	567,63	603,96	567,34	422,83	673,47
IV. Übrige Aufwendungen	15.204,27	14.357,4	15.391,51	14.701,81	16.028,79	14.323,21	17.830,83	18.372,62	16.091,25	20.323,26
V. Bestandsminderung	29,73	31,73	25,42	31,64	24,64	79,41	259,08	43,88	751,31	59,95
VI. Transfers	22.358,18	25.432,26	26.512,09	27.632,45	28.304,6	29.528,05	31.535,46	29.257,11	31.155,8	32.914,63
VII. Zuf. sonst. Rücklag., Rückstell.	-	232,55	-	-	1.599,04	-	-	-	-	-
Summe Aufwendungen	52.868,57	52.123,1	54.881,86	53.736,79	56.735,96	54.601,76	60.620,38	58.715,48	58.987,35	64.562,89

Übersicht 9

Bezeichnung	Jahreserfolgsrechnung des Bundes Erträge									
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Mill. EUR									
I. Haupterträge (Erlöse, Abgaben)	40.739,12	40.389,56	40.585,	43.196,27	43.333,83	43.650,04	45.969,85	47.834,96	49.494,51	51.381,99
II. Nebenerträge	110,73	55,02	57,21	30,29	9,89	9,46	8,92	5,75	4,66	5,67
III. Wertberichtigungen	-	60,46	-	-	-	-	-	-	-	-
IV. Übrige Erträge	2.685,24	2.709,89	4.188,2	4.461,29	11.259,37	3.517,	4.201,63	6.761,79	5.250,2	9.107,44
V. Aktivierte Eigenleistungen	400,85	220,15	219,41	168,77	9,76	12,08	9,33	,59	1,16	2,37
VI. Bestandsminderungen	29,75	33,53	38,29	11,62	43,16	36,39	396,97	37,44	733,87	12,84
VII. Transfers	2.234,53	1.695,59	651,24	1.987,	2.079,95	1.809,26	1.607,02	2.313,08	1.833,73	2.191,91
VIII. Aufl. sonst. Rückl., Rückstell.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IX. Vermögensabgang	6.668,35	6.958,9	9.142,5	3.881,56	-	5.567,54	8.426,67	1.761,86	1.669,21	1.860,67
Summe Erträge	52.868,57	52.123,1	54.881,86	53.736,79	56.735,96	54.601,77	60.620,38	58.715,48	58.987,35	64.562,89

Die Steigerungen bei den Positionen „Übrige Aufwendungen“ und „Übrige Erträge“ im Jahr 2002 sind größtenteils auf die Art und Weise zurückzuführen, mittels derer die Berichtigungen verbucht wurden, die der RH bezüglich der Vermögensabgrenzung zwischen dem Bund und der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH (SCHIG) vorgenommen hat. Während diese Berichtigungen im Jahr 2001 „netto“ vorgenommen wurden, wurde 2002 eine „Brutto-Darstellung“ gewählt.

Eine weitere Aufgliederung nach Aufwands- und Ertragsarten, getrennt nach Amtsorganen und den betriebsähnlichen Einrichtungen, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabellen B.5.1 und B.5.2).



GESAMTERGEBNISSE

3.5 Abgang des Allgemeinen Haushalts

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts gemäß Art. I BFG 2002 war in Verbindung mit Art. II und den Ermächtigungen gemäß Art. III durch Erlöse aus Schuldaufnahmen zu bedecken. Diese werden im Ausgleichshaushalt verrechnet.

Von der im Art. III Abs. 1 BFG 2002 eingeräumten Ermächtigung, einen infolge eines Konjunkturrückganges durch Zurückbleiben der Einnahmen des Allgemeinen Haushalts entstehenden höheren Abgang in Höhe der Mindereinnahmen bis zu 3 % der veranschlagten Einnahmen durch zusätzliche Kreditoperationen zu bedecken, hat der Bundesminister für Finanzen keinen Gebrauch gemacht.

Für die Bedeckung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts waren die im folgenden dargestellten Ermächtigungen vorgesehen:

	Mill. EUR
Bedeckung des veranschlagten Abgangs des Allgemeinen Haushalts aufgrund der Ermächtigung gemäß Art. II Abs. 1 BFG 2001	827,45
+ Ermächtigung gemäß Art. II Abs. 2 Z. 2 BFG 2001	3 281,97
+ Ermächtigung gemäß Art. II Abs. 2 Z. 3 BFG 2001	550,87
Gesamter Bedeckungsrahmen	4 660,29

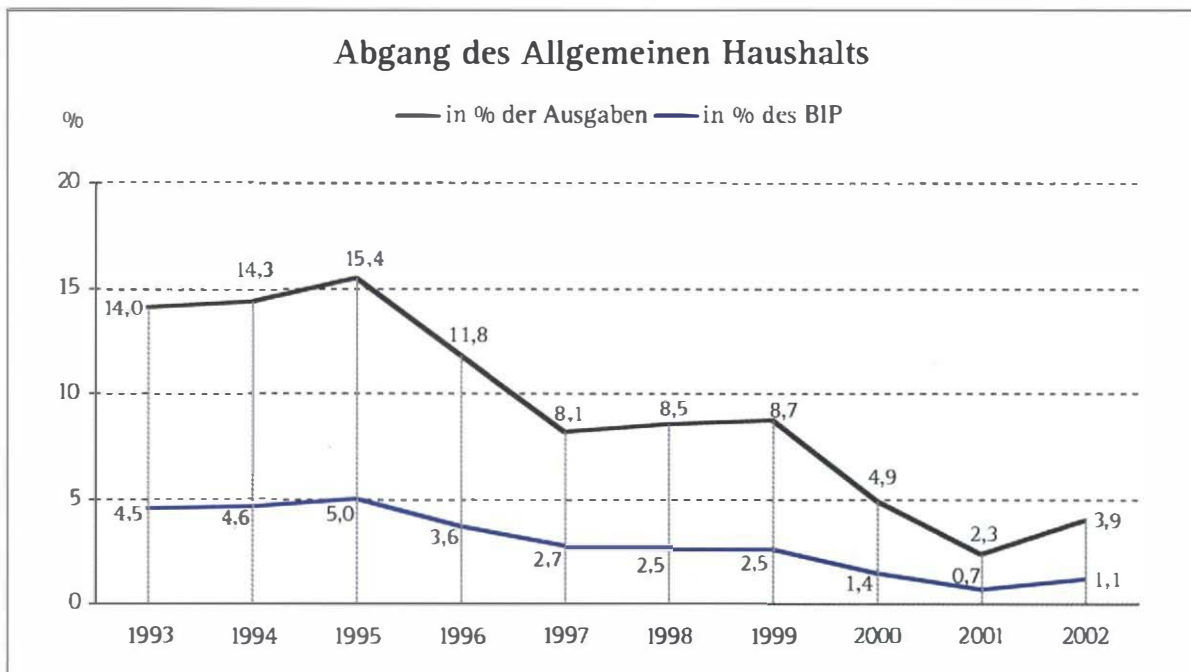
Der tatsächliche Abgang des Allgemeinen Haushalts in Höhe von 2 389,98 Mill. EUR war dadurch haushaltsrechtlich bedeckt.

In Übersicht 10 und dem folgenden Diagramm wird die Entwicklung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts dargestellt und zum Brutto-Inlandsprodukt in Beziehung gesetzt.

Übersicht 10

Bezeichnung	Entwicklung des Abgangs									
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Millionen EUR (Index 1993 = 100)									
1 Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	50.848,09 (100)	53.156,33 (105)	55.565,14 (109)	54.852,58 (108)	60.524,55 (119)	56.510,40 (111)	57.249,04 (113)	58.246,84 (115)	60.409,15 (119)	61.818,06 (122)
2 Einnahmen des Allgemeinen Haushalts	43.708,71 (100)	45.538,91 (104)	46.996,80 (108)	48.358,10 (111)	55.639,56 (127)	51.712,03 (118)	52.293,19 (120)	55.393,34 (127)	58.994,50 (135)	59.428,08 (136)
3 Abgang des Allgemeinen Haushalts	7.139,38 (100)	7.617,40 (107)	8.568,35 (120)	6.494,48 (91)	4.885,00 (68)	4.798,37 (67)	4.955,85 (69)	2.853,50 (40)	1.414,65 (20)	2.389,98 (33)
4 3 in % von 1	14,0	14,3	15,4	11,8	8,1	8,5	8,7	4,9	2,3	3,9
5 Brutto-Inlandsprodukt	156.939 (100)	165.411 (105)	172.287 (110)	178.045 (113)	182.486 (116)	190.628 (121)	197.154 (126)	207.037 (132)	211.857 (135)	216.598 (138)
6 3 in % von 5	4,5	4,6	5,0	3,6	2,7	2,5	2,5	1,4	0,7	1,1

GESAMTERGEBNISSE



3.6 Ergebnis der geldwirksamen Gebarung

Sie ergänzt die Darstellung des Ergebnisses der voranschlagswirksamen Gebarung durch die voranschlagsunwirksame Gebarung. Die daraus ermittelte kassenmäßige Gesamtgebarung erhöhte den anfänglichen Gesamtbestand von 4 967,57 Mill. EUR um 393,53 Mill. EUR auf 5 361,10 Mill. EUR (+ 7,9 %). Die Steigerung ist im Wesentlichen auf höhere Guthaben bei Kreditunternehmungen zurückzuführen.

Gesetzliche Bestimmungen über die Verwendung von Kassenbeständen in Bezug auf die Bedeckung des Abgangs gibt es nicht.



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 11

Ergebnis der geldwirksamen Gebarung 2002

Bezeichnung	Voranschlag	Zahlungen	Unterschied	
			Günstiger (+)	Ungünstiger (-)
EUR				
1. Voranschlagswirksame Gebarung				
1.1 Allgemeiner Haushalt				
Ausgaben	59.373.909.000,00	61.818.061.870,41	-	2.444.152.870,41
Einnahmen	58.546.457.000,00	59.428.077.060,22	+	881.620.060,22
Abgang	827.452.000,00	2.389.984.810,19	-	1.562.532.810,19
1.2 Ausgleichshaushalt				
Ausgaben	41.839.370.000,00	34.696.983.398,68	+	7.142.386.601,32
Einnahmen	42.666.822.000,00	37.086.968.208,87	-	5.579.853.791,13
Überschuss	827.452.000,00	2.389.984.810,19	+	1.562.532.810,19
2. Voranschlagsunwirksame Gebarung				
Ausgaben		460.880.653,23		
Einnahmen		854.407.469,14		
Überschuss		393.526.815,91		
3. Kassenmäßiger Gesamtüberschuss		393.526.815,91		
4. Gesamtbestand				
Anfänglicher Gesamtbestand		4.967.569.174,00		
Kassenmäßiger Gesamtüberschuss		393.526.815,91		

Der in Übersicht 11 ausgewiesene schließliche Gesamtbestand der geldwirksamen Gebarung (5 361,10 Mill. EUR) setzt sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabelle B.2.1):

	Mill. EUR	
Bargeld	+	10,68
Wertzeichen	+	0,99
Guthabenstände bei:		
Österreichische Postsparkasse AG	+	71,58
Österreichische Nationalbank	+	0,05
Sonstige Kreditunternehmungen	+	5 362,30
Schecks	+	0,03
schwebende Geldgebarung	-	84,53
Summe flüssiger Mittel:	+	5 361,10

GESAMTERGEBNISSE

3.7 Voranschlagsabweichungen

3.7.1 Rechtliche Grundlagen der Voranschlagsabweichungen

Neben § 41 Abs. 3 BHG enthält das BFG 2002 in seinen Art. III bis VIII Ermächtigungen zum Abweichen von den grundsätzlich als unüberschreitbare Höchstbeträge anzusehenden Voranschlags-Ausgabenansätzen. Die Bedeckung der bewilligten Ansatzüberschreitungen sollte zum Teil in Mehreinnahmen sowie in Einsparungen bei anderen Ausgabenansätzen (Ausgabenrückstellungen), zum Teil auch in Erlösen aus zusätzlichen Kreditoperationen und in Einzelfällen durch Entnahmen aus Haushaltsrücklagen gefunden werden.

Der in einem Voranschlags-Ausgabenansatz bzw. in einer bewilligten Ansatzüberschreitung enthaltene Betrag wird dem betreffenden anweisenden Organ zur Inanspruchnahme zugewiesen. Seit Geltung der RLV ist bei Ausgabenansätzen zu begründen, wenn aufgrund der buchmäßigen Erfassung von Anordnungen jener gemäß § 78 Abs. 3 BHG im Finanzjahr zur Verfügung gestandene Betrag nicht eingehalten wurde. Aus diesem Grund ist in Band 2, Tabellen A.1.2 und A.1.3 eine Spalte "Verfügungsrest" enthalten, aus der kapitel- und ansatzweise ein positiver bzw. allenfalls auch ein negativer Verfügungsrest ersichtlich ist.

3.7.2 Neue Ausgaben und Mehrausgaben (außer- und überplanmäßige Ausgaben) sowie Minderausgaben, Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts

Bei den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts erfolgten gegenüber den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Voranschlagsansätzen Mehrausgaben (Überschreitungen) von 6 436,62 Mill. EUR und Minderausgaben (Einsparungen) von 3 992,47 Mill. EUR. Überschritten wurden die VA-Ansätze für Personalausgaben um 141,27 Mill. EUR, die VA-Ansätze für Sachausgaben um 6 295,35 Mill. EUR, hievon erfolgswirksam 4 497,20 Mill. EUR und bestandswirksam 1 798,15 Mill. EUR. Erspart wurden bei VA-Ansätzen für Personalausgaben 302,95 Mill. EUR, bei VA-Ansätzen für Sachausgaben 3 689,52 Mill. EUR, hievon erfolgswirksam 3 187,14 Mill. EUR und bestandswirksam 502,38 Mill. EUR.

Bei den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts ergaben sich gegenüber den einzelnen Voranschlagsansätzen Mehreinnahmen von 4 897,44 Mill. EUR und Mindereinnahmen von 4 015,82 Mill. EUR. In der erfolgswirksamen Gebarung beliefen sich die Mehreinnahmen auf 4 239,32 Mill. EUR und die Mindereinnahmen auf 3 550,25 Mill. EUR. In der bestandswirksamen Gebarung waren Mehreinnahmen von 658,12 Mill. EUR und Mindereinnahmen von 465,57 Mill. EUR zu verzeichnen.

Die Abweichungen von den veranschlagten Beträgen haben sich zum Teil finanziell ausgeglichen und wirken sich daher bei den ausgewiesenen Ausgaben- und Einnahmensummen des Allgemeinen Haushalts nicht in voller Höhe aus. Die aus den Minderausgaben und Mehreinnahmen (ermittelt als Abweichung von den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Ansatzbeträgen) erzielten zusätzlichen Deckungsmittel betragen 8 889,91 Mill. EUR. Da die zusätzlich gewonnenen Deckungsmittel für die Bedeckung der Mehrausgaben und für den Ausgleich der Mindereinnahmen von zusammen 10 452,44 Mill. EUR (das sind 16,9 % der Ausgaben des Allgemeinen Haus-



GESAMTERGEBNISSE

halts) nicht ausreichen, erfolgte durch diese Umschichtungen im Rahmen des Budgetvollzuges eine Erhöhung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts um 1 562,53 Mill. EUR.

Übersicht 12 gibt über das jeweilige Ausmaß der Flexibilität des Budgetvollzugs in den Finanzjahren 1993 bis 2002 Auskunft.

Übersicht 12

Entwicklung der Mehr- und Minderausgaben sowie der Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts

Bezeichnung	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Millionen EUR									
1.1 Gewonnene zusätzliche Deckungsmittel										
Minderausgaben:										
Personalausgaben	426,73	91,50	126,74	95,71	98,11	73,47	134,88	136,99	353,12	302,95
Sachausgaben – Erfolgswirksame Gebarung	1.901,27	1.813,33	1.250,77	1.078,68	3.394,69	1.552,07	2.374,80	2.360,70	3.034,16	3.187,14
Sachausgaben – bestandswirksame Gebarung	390,40	156,97	288,51	360,53	705,65	501,95	421,79	475,43	765,03	502,38
Mehreinnahmen:										
erfolgswirksame Gebarung	898,74	1.824,67	2.161,14	1.773,80	7.675,63	3.510,90	3.913,94	3.879,64	5.288,47	4.239,32
bestandswirksame Gebarung	647,01	627,02	334,51	302,39	1.517,99	294,40	558,71	727,89	338,00	658,12
Summe 1.1	4.264,15	4.513,49	4.161,67	3.611,11	13.392,07	5.932,79	7.404,12	7.580,65	9.778,78	8.889,91
1.2 Erhöhung des Abgangs	2.479,60	1.752,72	1.135,88	-	-	-	-	-	-	1.562,53
Summe 1	6.743,75	6.266,21	5.297,55	3.611,11	13.392,07	5.932,79	7.404,12	7.580,65	9.778,78	10.452,44
2.1 Verwendung der zusätzlichen Deckungsmittel										
Ausgleich der Mindereinnahmen:										
erfolgswirksame Gebarung	2.597,40	1.921,83	2.245,52	1.324,17	2.568,11	1.479,18	2.295,37	1.858,24	2.653,50	3.550,25
bestandswirksame Gebarung	609,22	673,97	530,51	551,66	346,79	525,72	568,88	175,21	395,19	465,57
Bedeckung der Mehrausgaben:										
Personalausgaben	634,87	343,38	59,52	99,27	236,40	152,10	258,79	73,98	96,51	141,27
Sachausgaben – Erfolgswirksame Gebarung	2.318,12	1.242,71	1.505,71	1.075,49	8.782,00	1.934,99	3.263,37	2.514,41	3.269,33	4.497,20
Sachausgaben – bestandswirksame Gebarung	584,14	2.084,33	956,30	528,11	1.405,27	1.747,56	875,85	1.840,88	2.397,62	1.798,15
Summe 2.1	6.743,75	6.266,22	5.297,56	3.578,70	13.338,57	5.839,55	7.262,26	6.462,72	8.812,15	10.452,44
2.2 Verminderung d. Abgangs	-	-	-	32,41	53,49	93,24	141,86	1.117,93	966,62	-
Summe 2	6.743,75	6.266,22	5.297,56	3.611,11	13.392,06	5.932,79	7.404,12	7.580,65	9.778,77	10.452,44
3. Summe 1 bzw. 2 in % der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	13,3	11,8	9,5	6,6	22,1	10,5	12,9	13,0	16,2	16,9

GESAMTERGEBNISSE

3.7.3 Voranschlagsabweichungen des Ausgleichshaushalts

Diese entsprechen in Summe genau den Abweichungen des Allgemeinen Haushalts. Details dazu sind aus TZ 7.3 ersichtlich.

3.7.4 Negative Verfügungsreste bei den Ausgaben-Voranschlagsansätzen

Ein positiver Verfügungsrest entsteht, wenn ein haushaltsleitendes bzw. anweisendes Organ die ihm zur Inanspruchnahme zugewiesenen Beträge nicht zur Gänze ausgenützt hat, sodass dessen Ausgabenermächtigung durch Bindungen und durch eingegangene Geschäfte, die zu Verpflichtungen, Schulden und Zahlungen führten, eingehalten wurde. Ein negativer Verfügungsrest bedeutet hingegen wirtschaftlich gesehen eine "Überziehung des Kontos", das heißt eine Art "Vorgriff" auf künftige Haushalte, auch wenn es nicht durch Auszahlungen zu Mehrausgaben gekommen ist. Er zeigt an, dass über die Verfügungsermächtigungen hinaus Bindungen oder Verpflichtungen (etwa durch Bestellungen) eingegangen wurden, Schulden (insbesondere durch Lieferungen oder Leistungen) entstanden sind, deren Richtigkeit dem Grunde und der Höhe nach bereits feststeht, oder Zahlungen erfolgt sind. Damit wird ein negativer Verfügungsrest zu einer wichtigen Kennzahl zur Beurteilung der Finanzmittelbewirtschaftung eines haushaltsleitenden bzw. anweisenden Organs. Die Ursachen der damit zum Ausdruck kommenden Entwicklung können beispielsweise entweder im Vollzug des Haushalts ("Überziehung" der Ausgabenermächtigung) oder in einer unzureichenden Veranschlagung begründet liegen. Andererseits können zum Jahresende offen gebliebene positive Verfügungsreste bedeuten, dass Verfügungsermächtigungen nicht in Anspruch genommen wurden (z.B. durch überhöhte Veranschlagung, sparsamen Budgetvollzug oder ausgebliebene Lieferungen).

Zu Ende des Finanzjahres 2002 waren im Gesamthaushalt bei 207 Ausgabenansätzen negative Verfügungsreste von insgesamt 2 389,88 Mill. EUR, hievon 1 662,10 Mill. EUR für nicht veranschlagbare Rücklagenzuführungen, zu verzeichnen. In Übersicht 13 sind kurze Begründungen zu jenen negativen Verfügungsresten enthalten, die 5 % der Voranschlagsbeträge, jedoch mindestens den Betrag von 100 000 EUR überstiegen und dementsprechend zu erläutern waren.

Übersicht 13

Negative Verfügungsreste bei Ausgabenansätzen im Gesamthaushalt 2002

Kap.	Anzahl der Ansätze	Gesamtbetrag in Mill. EUR	Begründung der zu erläuternden Positionen
02	7	2,76	Offene Aufwendungsvergütungen für Mitglieder des Nationalrats gemäß § 10 Bundesbezügegesetz sowie offene Verpflichtungen und unbeglichene Rechnungen der Parlamentsdirektion.
03	1	0,07	War nicht zu erläutern.
04	1	0,02	War nicht zu erläutern.
05	2	0,13	Unbeglichene Rechnungen für das IT-Konzept der Volksanwaltschaft.
06	1	0,00	War nicht zu erläutern.
10	3	1,00	Fällige Schulden des Jahres 2002 im Zusammenhang mit dem Bundesgesetzblatt.
11	12	18,27	Waren nicht zu erläutern.
12	50	40,02	Offene Bestellaufträge, unbeglichene Rechnungen und sonstige offene Verpflichtungen für Aufwendungen der Zentraleitung, der Museen, für allgemein-pädagogische Erfordernisse, der Bundesanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik und der Sozialakademien.
13	1	0,00	War nicht zu erläutern.
14	15	496,58	Anstieg der Miet- und Betriebskosten durch die Übertragung von Liegenschaften an die BIG sowie Nachzahlungen im Bereich des klinischen Mehraufwandes.
15	5	9,40	Mehrbedarf für Maßnahmen für Behinderte.
17	4	0,10	Waren nicht zu erläutern.
19	1	0,02	War nicht zu erläutern.
20	12	1,56	Offene Verpflichtungen für Bauprojekte und Aufwendungen für Versicherungsleistungen nach § 58 B-KUVG u. § 130 ASVG der Vertretungsbehörden.
30	12	6,34	Offene Verpflichtungen und unbeglichene Rechnungen hauptsächlich für Aufwendungen und Anlagen der Justizanstalten.
40	9	44,09	Unrichtige Verrechnung von Bauvorhaben bei Fleer und Heeresverwaltung, unterbliebene Rückbuchung von Restsalden sowie offene Schulden im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz.
50	3	0,16	Waren nicht zu erläutern.
51	6	1.662,10	Nicht veranschlagbare Rücklagenzuführungen.
54	1	0,22	Offene Verpflichtungen für Beratungstätigkeit.
55	1	0,04	War nicht zu erläutern.
58	1	0,36	Eingelöste fällige Finanzschulden in fremder Währung.
60	18	6,46	Offene Verpflichtungen für die Behebung der Hochwasserschäden des Jahres 2002.
61	2	0,25	Waren nicht zu erläutern.
63	14	65,98	Offene Verpflichtungen für diverse arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und zur Förderung der sonstigen Wirtschaft, Verbuchung der ausständigen Bareinlagen für die Elektrizitäts-Controlli GmbH.
64	9	23,21	Offene Verpflichtungen und unbeglichene Rechnungen für bereits erbrachte bzw. laufende Bauvorhaben bei Bundesgebäuden sowie für Förderungsmaßnahmen in der Wohnbauforschung.
65	14	10,74	Vermehrte Auszahlung von Kapitalzuschüssen, offene Verpflichtungen im Zusammenhang mit Technologie und Forschung sowie für diverse Förderungsmaßnahmen.
70	2	0,00	Waren nicht zu erläutern.
02 – 70	207	2.389,88	

3.7.5 Überwachung von Ansatzabweichungen

Gemäß § 1 Abs. 2 RHG hat der RH Ausgaben, die vom Bundesvoranschlag hinsichtlich ihrer Höhe oder ihrer Natur abweichen (überplanmäßige Ausgaben) laufend überwacht und insbesondere geprüft, ob in allen derartigen Gebarungsfällen die gesetzlich erforderliche Bewilligung vorlag und ob die vorgesehenen Bedeckungsmaßnahmen eingehalten wurden. In den ansatzweisen Erläuterungen zur Voranschlagsvergleichsrechnung (TZ 4.2 und 4.3) wird vom RH nur bei jenen

GESAMTERGEBNISSE

Gebarungsfällen, bei denen Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage oder nicht eingehaltene Bedeckungsmaßnahmen (Ansatzbindungen) festzustellen waren, auf diesen Mangel hingewiesen.

Im Jahre 2002 lag ein derartiger Mangel in Höhe von 69 314 EUR vor.

Übersicht 14

Zusammenstellung der nicht gedeckten Ansatzabweichungen

Kapitel	Ansatz	Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage	Nicht eingehaltene Ansatzbindungen (nicht erzielte Mehreinnahmen)
in EUR			
15 "Soziale Sicherheit und Generationen"	1/15000	69.313,81	-

3.8 Ausfälle und Rückstände bei Einnahmen

3.8.1 Rückstände an öffentlichen Abgaben

Die auf Abgabekonten ausgewiesenen Rückstände an vom Bund einzuhebenden und allenfalls nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes auf die Gebietskörperschaften aufzuteilenden öffentlichen Abgaben (Kapitel 52) betragen insgesamt 6 761,41 Mill. EUR (2001: 6 307,30 Mill. EUR). Diesen fälligen und nichtfälligen Abgabenrückständen standen Guthaben von 1 563,12 Mill. EUR (2001: 1 368,16 Mill. EUR) gegenüber, so dass mit 31. Dezember 2002 Nettorückstände von 5 198,29 Mill. EUR (2001: 4 939,13 Mill. EUR) verblieben. Bezogen auf die Brutto-Einnahmen beim Kapitel 52 (54 950,80 Mill. EUR) waren dies 9,5 % (2001: 8,8 %).

Von den auf Abgabekonten ausgewiesenen Rückständen (6 761,41 Mill. EUR) entfallen 6 554,33 Mill. EUR auf fällige Forderungen (Band 2, Tabelle A.1.3) und 207,08 Mill. EUR auf nichtfällige Forderungen.

Eine Aufgliederung der fälligen Abgabenrückstände nach Abgabenarten für die Jahre 1993 bis 2002 zeigt die Übersicht 15.

Von den bei den Finanzämtern und Zollämtern zum 31. Dezember 2002 bestehenden fälligen Abgabenrückständen waren zu diesem Stichtag 3 064,65 Mill. EUR in Vollstreckung. Bei Abgabenrückständen in Höhe von 2 070,68 Mill. EUR war die Einhebung bzw. Einbringung gemäß den §§ 212a und 231 Bundesabgabenordnung ausgesetzt. Für 329,26 Mill. EUR waren zu diesem Stichtag Ansuchen um Zahlungserleichterungen angemerkelt bzw. bewilligt. Vom Gesamtrückstand entfielen 1 039,02 Mill. EUR auf Insolvenzverfahren.

Übersicht 15

Entwicklung der fälligen Abgabenrückstände (Kapitel 52) gemäß BHG

Bezeichnung	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Millionen EUR									
Einkommen- und Vermögensteuern	1.216,3	1.247,1	1.462,7	1.873,8	1.929,8	2.009,4	2.166,3	2.285,2	2.275,3	2.457,1
Umsatzsteuern	1.743,6	2.267,0	2.065,6	2.390,7	2.512,8	2.588,8	2.726,3	2.923,1	2.785,9	3.060,6
Einfuhrabgaben	66,1	88,4	56,0	47,2	60,4	65,8	73,5	89,4	97,3	92,6
Verbrauchssteuern	49,8	55,3	116,8	74,0	116,3	111,0	128,3	139,2	162,0	167,6
Stempel- und Rechtsgebühren	9,6	54,8	226,5	121,0	138,6	124,7	126,8	117,9	117,7	114,2
Verkehrssteuern	53,5	63,0	56,4	70,7	67,5	78,3	73,0	82,1	84,3	100,7
Nebenanprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	180,7	190,3	207,2	434,4	468,2	485,0	517,6	539,9	535,0	561,7
Gesamtsumme Kapitel 52	3.319,6	3.966,0	4.191,1	5.011,8	5.293,6	5.463,1	5.811,8	6.176,7	6.057,5	6.554,3
	Entwicklung der Guthaben von Abgabepflichtigen									
Guthaben	886,4	923,2	1.090,6	1.090,7	1.081,8	988,9	1.101,7	1.264,2	1.368,2	1.563,1

3.8.2 Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen sowie von Abgabenschuldigkeiten

Gemäß § 13 der Rechnungslegungsverordnung (RLV), BGBl. Nr. 150/1990, ist ein Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen in den Bundesrechnungsabschluss aufzunehmen. Dieser Nachweis ist in Band 2, Tabelle A.4.1 enthalten.

Die von den Finanzämtern gemäß den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschungen und Nachsichten) betragen 316,29 Mill. EUR (2001: 779,81 Mill. EUR); bezogen auf die Brutto-Gesamteinnahmen beim Kapitel 52 (54 950,80 Mill. EUR) (2001: 56 210,47 Mill. EUR) waren dies 0,58 % (2001: 1,39 %).

Die von den Zollämtern gemäß den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschungen und Erlassungen) betragen rd. 60,24 Mill. EUR (2001: 5,29 Mill. EUR).

Bezogen auf die Brutto-Gesamteinnahmen beim Kapitel 52 (54 950,80 Mill. EUR) betragen daher die Abschreibungen bei den Finanzämtern und Zollämtern im Jahre 2002 (376,53 Mill. EUR) 0,69 % (2001: 1,40 %).

Das seit 2001 festgestellte Abgehen von der restriktiven Lösungspraxis der vorangegangenen Jahre liegt darin begründet, dass die Verordnung (EG) Nr. 2516/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. November 2001 ab 2001 eine alternative Verbuchung von Steuern und Sozialbeiträgen in den für den Finanzierungssaldo maßgebenden Konten zulässt. Deren Verbuchung kann seit dieser VO auch auf Basis der Kasseneinnahmen erfolgen, die dann zeitlich entsprechend zugeordnet werden (Zuordnung zu dem Zeitpunkt, an dem die Tätigkeit ausgeübt

GESAMTERGEBNISSE

wurde, die zur Steuerschuld geführt hat). Der Unterschied zur "accrual" Buchung besteht darin, dass diese "time adjusted cash" Buchung keine uneinbringlichen Steuerschulden mitführt, sondern nur den tatsächlichen, zeitlich bereinigten Steuereingang berücksichtigt. Die Höhe der wegen Uneinbringlichkeit jährlich abzuschreibenden Abgabebeträge bleibt dabei außer Betracht. Durch den mit 2001 vollzogenen Übergang auf diese Verbuchungsmethodik konnte das BMF ohne Einfluss auf das Maastricht-Defizit Abschreibungen uneinbringlicher Abgabenschuldigkeiten vornehmen.

3.9 Vorgriffe auf künftige Finanzjahre

Vorbelastungen und Vorberechtigungen werden in einem eigenen Verrechnungskreis erfasst. So wie die VWV kennt auch dieser Verrechnungskreis Verpflichtungen und Berechtigungen sowie Schulden und Forderungen. Bei Letzteren handelt es sich beispielsweise um die erst in künftigen Finanzjahren fällig werdenden Schulden bzw. Forderungen. (Der Unterschied zwischen einer Verpflichtung/Berechtigung einerseits und einer Schuld/Forderung andererseits liegt in der unterschiedlichen Konkretisierungsstufe der betreffenden Belastung/Berechtigung. Während beispielsweise ein Liefervertrag meist eine Verpflichtung/Berechtigung begründet, entsteht eine Schuld/Forderung erst mit der gelegten Rechnung). Im Folgenden werden jeweils die Gesamtstände des Verrechnungskreises „Vorbelastungen und Vorberechtigungen“ zu Ende des Finanzjahres 2002 zuzüglich der sich zu Jahresende aus der VWV ergebenden, aus dem Vollzug im Finanzjahr 2002 offen gebliebenen Stände angeführt. Der Gesamtstand der Schulden erfasst beispielsweise somit den Stand der nichtfälligen (erst in künftigen Finanzjahren fälligen) Schulden zuzüglich der aus dem Finanzjahr 2002 offen gebliebenen (fälligen) Schulden einschließlich der empfangenen Anzahlungen und der Ersatzschulden.

3.9.1 Gesamtstand der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre in Band 2, Tabelle A.3.1.2, weist eine Gesamtsumme von 62 356,36 Mill. EUR aus (2001: 63 505,34 Mill. EUR). Der größte Teilbetrag von 50 626,29 Mill. EUR entfiel auf die Verzinsung der Finanzschuld, von Währungstauschverträgen und auf sonstige Aufwendungen des Kap. 58 in künftigen Jahren und wird in Band 2, Tabellen C.3.1.1, C.3.2.1 und C.3.4.1 aufgeschlüsselt. Um den Gesamtstand der Verpflichtungen des Bundes zu ermitteln, sind die aus dem Finanzjahr 2002 offen gebliebenen Verpflichtungen in Höhe von 1 670,92 Mill. EUR hinzuzuzählen. Sie sind in Band 2, Tabelle A.1.3, ansatzweise in einer eigenen Spalte bei den Ausgaben ausgewiesen und werden kapitelweise in Band 2, Tabelle A.3.1.1, zusammengefasst. Der Gesamtstand an Verpflichtungen zum Jahresende 2002 beträgt somit 64 027,28 Mill. EUR (2001: 64 281,39 Mill. EUR), wobei die Verpflichtungen im Bereich Wirtschaft und Arbeit am stärksten gestiegen waren.

Die Entwicklung der Verpflichtungen des Bundes in den Jahren 1993 bis 2002 ist in Übersicht 16 dargestellt.



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 16

Bezeichnung	Entwicklung der Verpflichtungen des Bundes									
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Millionen EUR (Index 1993 = 100)									
Verpflichtungen des Bundes	59.659,38 {100}	63.782,69 {107}	64.160,01 {108}	63.342,81 {106}	58.593,78 {98}	58.448,29 {98}	64.827,51 {109}	69.923,40 {117}	64.281,39 {108}	64.027,28 {107}

3.9.2 Gesamtstand der Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.3.2) weist 12 735,92 Mill. EUR (2001: 17 164,07 Mill. EUR) aus. Vermehrt um die aus dem Finanzjahr 2002 offen gebliebenen Berechtigungen (ansatzweise bei den Einnahmen in Band 2, Tabelle A.1.3, kapitelweise in Band 2, Tabelle A.3.3.1 dargestellt) in Höhe von 155,19 Mill. EUR folgt daraus ein Gesamtstand an Berechtigungen zum Jahresende 2002 von 12 891,11 Mill. EUR (2001: 17 234,78 Mill. EUR).

3.9.3 Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Schulden

Der Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Schulden belief sich zum Jahresende 2002 auf 162 387,61 Mill. EUR (Band 2, Tabelle A.3.2.1) und lag damit um 4 508,79 oder 2,9 % über dem Wert des Vorjahres (2001: 157 878,82 Mill. EUR). Der Gesamtstand setzte sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabellen A.3.2.1 und A.3.2.2):

	Mill. EUR
Empfangene Anzahlungen (fällige)	0,46
Ersatzschulden (fällige)	1 565,23
Fällige Finanzschulden (Tilgung)	0,51
Fällige sonstige Schulden	374,13
Nichtfällige Finanzschulden (Kap. 58)	131 653,89
Nichtfällige Währungstauschvertragsschulden (Kap. 58)	14 541,46
Nichtfällige sonstige Schulden (Kap. 58)	1 499,32
Nichtfällige sonstige Schulden	12 752,61
Summe VAV-Schulden	162 387,61

Über die Zusammensetzung der nichtfälligen Finanzschulden (Kap. 58) von 131 653,89 Mill. EUR und die Fälligkeiten der künftigen Tilgungsraten, getrennt nach Finanzjahren, gibt Band 2, Tabelle C.3.1.2 Aufschluss. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresstand von 129 349,59 Mill. EUR beträgt + 1,8 %.

GESAMTERGEBNISSE

Hinsichtlich der Unterschiede zwischen den Ausweisungen im Bericht des Staatsschuldenausschusses über die öffentlichen Finanzen 2002 und jenen des vorliegenden Bundesrechnungsabschlusses wird auf TZ 7 verwiesen.

Die Entwicklung des Schuldenstandes des Bundes, der Zinsenverpflichtungen sowie der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen für die Jahre 1993 bis 2002 wird in den Übersichten 19 bis 22 unter TZ 7 dieses Berichtes dargestellt.

3.9.4 Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Forderungen

Der Gesamtbestand an voranschlagsverbundenen Forderungen betrug zum Jahresende 2002 35 065,56 Mill. EUR und lag damit um 2 372,33 Mill. EUR oder 7,3 % über dem Vergleichswert des Vorjahres (32 693,23 Mill. EUR). Die Erhöhung gegenüber dem Jahr 2001 ist vor allem auf gestiegene Wertpapierforderungen zurückzuführen. Der Forderungsbestand setzte sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabellen A.3.4.1 und A.3.4.2):

	Mill. EUR
Anzahlung für Anlagen	1,24
Sonstige gegebene Anzahlungen	162,64
Ersatzforderungen	157,67
Fällige Darlehensforderungen	22,37
Sonstige fällige Forderungen	9 500,67
Nichtfällige Darlehensforderungen	10 489,44
Nichtfällige Forderungen aus Währungstauschverträgen (Kap. 58)	14 008,77
Sonstige nichtfällige Forderungen	722,76
Summe VAV-Forderungen	35 065,56

3.9.5 Leasing- und Bauträgerverpflichtungen sowie -schulden

Die sich aus Leasingverträgen ergebenden Verpflichtungen sind im Zeitpunkt des Abschlusses des Rechtsgeschäftes voll zu erfassen und werden in die Darstellung der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.1.2) einbezogen.

Leasingraten für bereits erbrachte Leistungen werden unter den fälligen Schulden nachgewiesen.

An Verpflichtungen und nicht fälligen Schulden aus Leasingverträgen (zusammen 516,01 Mill. EUR) sind nachgewiesen: Im Bereich BMBWK 515,93 Mill. EUR für diverse Gebäude, für Büro- und Geschäftsausstattung, sowie in den Bereichen BMI 32 248 EUR und BMA 47 467 EUR für Dienstkraftfahrzeuge.

Beim Abschluss von Bauträgerverträgen werden die Verpflichtungen in Höhe der zu erwartenden Gesamtbaukosten voll erfasst und in die Darstellung der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.1.2) einbezogen.

Verpflichtungen für bereits erbrachte Leistungen werden unter den fälligen Schulden nachgewiesen.

An Verpflichtungen und nicht fälligen Schulden aus Bauträgervorhaben sind im Bereich BMWA 18,80 Mill. EUR für Kulturbauten nachgewiesen.

3.10 Haushaltsrücklagen

Der Bundesminister für Finanzen war gemäß § 53 Abs. 1 BHG sowie Art. X Abs. 1 Z. 1 BFG 2002 ermächtigt, nicht in Anspruch genommene Teile bestimmter Ausgabenansätze einer Haushaltsrücklage zuzuführen (Allgemeine Rücklage). Gemäß § 53 Abs. 2 BHG war er zur Rücklagenzuführung hinsichtlich der während des Finanzjahres nicht verwendeten zweckgebundenen Einnahmen verpflichtet (Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage). Ferner hatte der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs. 3 BHG einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Ausgleichsrücklage zuzuführen und einen Ausgabenüberschuss im Gesamthaushalt durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen. Anderen als den in § 53 Abs. 1 bis 3 BHG angeführten Rücklagenzuführungen durfte der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs. 4 BHG nur aufgrund bundesfinanzgesetzlicher Ermächtigung zustimmen. Diese Zuführungsermächtigung wurde in Art. X Abs. 1 Z. 2 und 3 BFG 2002 ausgesprochen (besondere Rücklage). Gemäß Art. X Abs. 2 BFG 2002 war der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 2002 durch Zahlungen nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen bestimmter Voranschlagsansätze der Titel 2/513 und 2/514 einer Rücklage zuzuführen (besondere Einnahmen-Rücklage). Weiters wurde der Bundesminister für Finanzen mit Art. X Abs. 1 Z.1a BFG 2002 ermächtigt, durch Zahlungen nicht in Anspruch genommene bestimmte Voranschlagsbeträge der Ausgabenansätze mit der Unterteilung 8 (Ermessensausgaben) in Höhe von 50 v.H. im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Aufwendungen-Rücklage) für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr zu reservieren. Zu Entnahmen aus Haushaltsrücklagen, die aus früheren Finanzjahren stammen, war der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs. 6 BHG ermächtigt, wobei gemäß § 53 Abs. 7 erster Satz BHG von dieser Ermächtigung insoweit Gebrauch zu machen ist, als dies der Erfüllung fälliger Verpflichtungen dient. Gemäß § 53 Abs. 7 zweiter Satz BHG sind jene Haushaltsrücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und zur Bedeckung des gesamten Ausgabenbedarfs des Bundes zu verwenden, wenn die seinerzeitige Zweckbestimmung dem Grunde oder der Höhe nach weggefallen ist.

Über Stand und Entwicklung der Haushaltsrücklagen geben die Übersichten 17 und 18 Auskunft. Betragliche Einzelheiten können den Tabellen A.5.1 bis A.5.7 sowie B.3.3.1 bis B.3.3.7 im Band 2 entnommen werden.

GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 17

Stand der Haushaltsrücklagen

Bezeichnung	Anfänglicher Stand 2002	Entnahmen	Auflösungen Verringerung		Zuführungen	Schließlicher Stand 2002
			in Millionen EUR			
Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	1.048,24	- 307,75	-	23,70	+ 605,38	1.322,17
Allgemeine Rücklage	511,18	- 104,69	-	48,19	+ 170,34	528,64
Besondere Rücklage	1.591,65	- 340,60	-	214,80	+ 677,51	1.714,53*)
Besondere Einnahmen-Rücklage	24,10	- 0,21	-	-	+ 138,10	161,99
Besondere Aufwendungen-Rücklage	157,37	- 14,23	-	1,32	+ 69,33	210,38*)
Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel	1,30	- 0,53	-	-	+ 1,67	2,44
Ausgleichsrücklage	381,74	- 23,13	-	-	-	358,61
Summe	3.715,57	- 791,14	-	288,01	+ 1.662,33	4.298,76

*) darin sind Umbuchungen in der Höhe von 0,77 Mill. EUR enthalten

Übersicht 18

Entwicklung der Rücklagen des Bundes

Bezeichnung	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Millionen EUR									
Haushaltsrücklagen	2.206,72	2.119,91	1.536,72	1.393,94	1.568,58	2.359,18	2.152,39	2.428,20	3.715,57	4.298,76

3.11 Zahlungsflüsse im Rahmen der Mitgliedschaft zur Europäischen Union

In der Folge werden jene Kapitel bzw. jene Bereiche angeführt, zu deren Gunsten bzw. Lasten Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der EU-Zahlungen erzielt bzw. geleistet wurden (Bruttonachweisung).

Zu den Einnahmen werden Zuschüsse, Förderungen, Rückerstattungen, Einhebungsvergütungen, Kostenersätze und Kostenbeiträge gerechnet. Zu den Ausgaben zählen Eigenmittel, Mitgliedsbeiträge, Ausfuhrerstattungen, Auszahlungen von überwiesenen EU-Mitteln, Kofinanzierungen bzw. Vorfinanzierungen (EU-Anteil und nationaler Bundesanteil), EU-Dienstreisen und besondere Verwaltungsaufwendungen für die EU.

Es handelt sich somit einerseits um Zahlungen zwischen dem Bundshaushalt und den EU-Haushalten, insbesondere dem Gesamthaushalt der EU, sowie andererseits um EU-induzierte Einnahmen und Ausgaben des Bundshaushaltes zu Lasten bzw. zu Gunsten von Wirtschaftsteilnehmern in Österreich.

Weiters wird bemerkt, dass durch die derzeitige Verrechnung (z.B. Bruttovorfinanzierung) einer projektbezogenen Verrechnung der EU-Mittel, die eine leichtere Nachvollziehbarkeit gewährleisten würde, oft nicht Rechnung getragen wird.



GESAMTERGEBNISSE

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen	Ausgaben
		(voranschlagswirksam verrechnet)	
		in EUR	
02	Bundesgesetzgebung	116.434,60	2.467.210,77
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	860.017,81	77.232.240,58
11	Inneres	3.639.206,66	4.481.005,53
12	Bildung und Kultur	10.962.848,42	6.199.884,79
14	Wissenschaft	889.472,72	4.286.956,91
15	Soziale Sicherheit und Generationen	420.270,83	745.987,24
17	Gesundheit	672.939,76	66.923,32
19	Jugend, Familie und Senioren	-	328.126,97
20	Äußeres	315.019,77	3.103.746,07
30	Justiz	187.335,68	267.276,81
40	Militärische Angelegenheiten	-	507.349,21
50	Finanzverwaltung	93.645.638,73	57.965.365,75
51	Kassenverwaltung	1.445.605.993,02	139.208.017,53
52	Öffentliche Abgaben	218.600.495,65	2.108.176.711,51 ⁴
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	24.976.310,95	1.061.671.703,86
61	Umwelt neu	213.286,87	2.415.591,67
63	Wirtschaft und Arbeit	1.839.027,73	1.081.901,25
65	Verkehr, Innovation und Technologie	179.238,23	620.763,74
70	Öffentliche Leistung und Sport	263.640,34	275.010,50
		(nicht voranschlagswirksam verrechnet)	
		in EUR	
Bereich 63	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	8.096.098,49	-
Bereich 65	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	13.133.581,06	13.066.878,--
	Gesamtsumme	1.824.616.857,32	3.484.168.652,01

Insgesamt flossen daher 1.659.551.794,69 EUR im Rahmen der EU-Gebärung, die aber nicht "Nettozahlungen an die EU" gleichgesetzt werden dürfen, weil – wie oben ausgeführt – auch nationale Anteilzahlungen in den Ausgaben enthalten sind.

⁴ Beitrag zur EU (2/52904).



GESAMTERGEBNISSE

3.11.1 Besondere Einnahmen-Rücklage

Wie in TZ 3.10 ausgeführt, war der Bundesminister für Finanzen gemäß Art. X Abs. 2 BFG 2002 ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 2002 durch Zahlungen nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen bestimmter Voranschlagsansätze der Titel 2/513 und 2/514 einer besonderen Einnahmen-Rücklage zuzuführen (siehe auch Band 2, Tabelle A.5.4).

Der Endbestand dieser Rücklage beträgt aufgrund von Entnahmen in der Höhe von 0,21 Mill. EUR und Zuführungen von 138,10 Mill. EUR Ende 2002 161,99 Mill. EUR (2001: 24,10 Mill. EUR).



ABWEICHUNGEN VOM VORANSCHLAG

4. ERLÄUTERUNG DER ABWEICHUNGEN VOM BUNDESVORAN- SCHLAG IN DER VORANSCHLAGSVERGLEICHSRECHNUNG

4.1 Erklärung der Darstellung der ansatzweisen Erläuterungen

Bei den Erläuterungen ist im Folgenden einnahmen- und ausgabenseitig aufgrund der Haushaltsgliederung gemäß § 16 Abs. 1 BHG vom Rahmen des Gesamthaushalts in der Höhe von 96 499,66 Mill. EUR auszugehen.

Unterschiede zwischen Voranschlag und Zahlungen (Voranschlagsabweichungen) von mehr als 1 Mill. EUR werden ansatzweise (in der Regel mit Angabe des Prozentsatzes der Abweichung) unter TZ 4.2 und 4.3 erläutert.

Bei jenen Gebarungsfällen, bei denen Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage oder nicht eingehaltene Bedeckungsmaßnahmen (Ansatzbindungen) festzustellen waren, wird auf diesen Mangel ansatzweise ab 50 000 EUR in den Erläuterungen hingewiesen.

Die finanziell bedeutsamsten Voranschlagsabweichungen werden jeweils vor den Erläuterungen zu den Ausgaben bzw. Einnahmen (TZ 4.2 bzw. 4.3) kapitelweise zusammengefasst. Dabei werden jene Budgetkapitel besprochen, bei denen die Summen der ansatzweisen Mehr- oder Minderausgaben bzw. Mehr- oder Mindereinnahmen den Betrag von 10 Mill. EUR übersteigen.

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



4.2 Ansatzweise Erläuterungen zu den Ausgaben

1/02 Bundesgesetzgebung

Mehrausgaben in Höhe von 22 Mill. EUR ergaben sich vor allem für Leistungen im Zusammenhang mit Restitutionsfragen (13 Mill. EUR) und Förderungen des Nationalrats (2 Mill. EUR) sowie für Aufwendungen (4 Mill. EUR), Anlagen und Förderungen (zusammen 3 Mill. EUR) der Parlamentsdirektion.

Die Minderausgaben betragen 0,8 Mill. EUR.

1/021 Nationalrat

1/02106
Förderungen
(+ 300,3 %)

+ 1 745 000,-- EUR

Mehrausgaben für zusätzliche Leistungen aus dem Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus.

1/02118

Leistungen im Zusammenhang mit Restitutionsfragen

+ 12 821 055,48 EUR

Mehrausgaben für Zuwendungen des Bundes an den Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus gemäß Nationalfondsgesetz (11,7 Mill. EUR) sowie an den Allgemeinen Entschädigungsfonds gemäß Entschädigungsfondsgesetz (1,1 Mill. EUR).

1/024 Parlamentsdirektion

1/02403
Anlagen
(+ 129,3 %)

+ 1 445 382,07 EUR

Mehrausgaben vor allem bei Hardware (ADV) (0,9 Mill. EUR) wegen der Anschaffung von Notebooks für die Mitglieder des Nationalrates und Bundesrates und bei der Amts- und Parlamentseinrichtung (0,6 Mill. EUR) für den Umbau von Klubsitzungsräumlichkeiten und für die Installation eines Zeiterfassungssystems.

1/02406
Förderungen

+ 1 440 722,63 EUR

Mehrausgaben bei sonstigen Subventionen infolge Überweisung von Nachlassvermögen an eine Stiftung.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/02408
Aufwendungen
(+ 27,6 %)

+ 3 838 904,70 EUR

Mehrausgaben vor allem bei der Instandhaltung von Gebäuden (1,0 Mill. EUR), bei sonstigen Leistungen (ADV) (0,9 Mill. EUR), bei Entgelten an Unternehmungen (Historikerkommission) (0,5 Mill. EUR) sowie bei Bezugsrefundierungen für Bedienstete und bei Lizenzgebühren für ADV-Software (insgesamt 0,8 Mill. EUR).

1/10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Minderausgaben von 96 Mill. EUR betrafen hauptsächlich geringere Aufwendungen für regional- und strukturpolitische Maßnahmen (84 Mill. EUR) und der Zentralleitung (7 Mill. EUR) sowie geringere Ausgaben für die Presseförderung (2 Mill. EUR).

Mehrausgaben von 38 Mill. EUR entstanden vorwiegend bei den Förderungen der Zentralleitung (19 Mill. EUR) und den Zuwendungen an politische Parteien (12 Mill. EUR) sowie für Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz (4 Mill. EUR) und durch höhere Ausgaben für das Bundesgesetzblatt (2 Mill. EUR).

1/100 Bundeskanzleramt

1/1000 Zentralleitung

1/10006
Förderungen
(+ 834,1 %)

+ 19 142 283,65 EUR

Mehrausgaben vor allem wegen der Hochwasserkatastrophe 2002 (18,2 Mill. EUR) und für Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung im Ausland (0,6 Mill. EUR).

1/10008
Aufwendungen
(- 23,4 %)

- 7 438 873,88 EUR

Minderausgaben vor allem bei Entschädigungen für den Auslandsdienst des Kurzwellenfunks (8,7 Mill. EUR) aufgrund geänderter Rechtslage sowie bei Informationsmaßnahmen zum Thema EURO (1,4 Mill. EUR) wegen geringerer Inanspruchnahme.

Mehrausgaben vor allem bei Entgelten an Unternehmungen (1,7 Mill. EUR), bei sonstigen Leistungen (0,8 Mill. EUR) sowie bei Repräsentationsaufwendungen (0,7 Mill. EUR).

1/10038
Bundesgesetzblatt
(+ 109,1 %)

+ 1 746 147,23 EUR

Mehrausgaben infolge des größeren Umfangs des Bundesgesetzblattes.

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



1/1004 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen

1/10048
Aufwendungen
(- 52,8 %)

- 84 396 869,28 EUR

Minderausgaben infolge geringerer Inanspruchnahme von Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.

1/10078
Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz

+ 4 224 256,91 EUR

Mehrausgaben insbesondere für Normmieten (3,8 Mill. EUR) aufgrund des Bundesimmobiliengesetzes, BGBl. I Nr. 141/2000.

1/104 Presse- und Parteienförderung

1/1043 Zuwendungen an politische Parteien

1/10434
Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 80,6 %)

+ 11 528 092,36 EUR

Mehrausgaben für die Rückerstattung von Wahlwerbungskosten an politische Parteien wegen vorgezogener Nationalratswahlen.

1/1046 Presseförderung (Besondere Förderung)

1/10466
Förderungen
(- 23,2 %)

- 2 227 790,-- EUR

Minderausgaben bei Zuschüssen an Unternehmungen infolge Ansatzbindung.

1/11 Inneres

Mehrausgaben von 101 Mill. EUR betrafen vorwiegend vermehrte Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz (49 Mill. EUR), Personalausgaben (11 Mill. EUR) und Aufwendungen (8 Mill. EUR) der Zentralleitung, Anlagen (8 Mill. EUR) und Personalausgaben (zusammen 8 Mill. EUR) der Bundesgendarmerie sowie Aufwendungen für die Flüchtlingsbetreuung und Integration (zusammen 8 Mill. EUR) und höhere Ausgaben für Anlagen der Bundespolizei (5 Mill. EUR).

Minderausgaben in Höhe von 50 Mill. EUR betrafen vor allem die Personalausgaben (11 Mill. EUR) und Aufwendungen (6 Mill. EUR) der Bundespolizei, Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen des Zivildienstes (9 Mill. EUR) sowie geringere Aufwendungen für Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997 (2 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben entstanden durch verminderte Aufwendungen der Bundesgendarmerie (zusammen 8 Mill. EUR), für die KZ-Gedenkstätte Mauthausen (1 Mill. EUR), bei Flugpolizei und Flugrettungsdienst (1 Mill. EUR) und durch geringere Ausgaben für Anlagen der Zentralleitung (6 Mill. EUR) und der Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung (1 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/110 Bundesministerium für Inneres

1/1100 Zentraleitung

1/11000
Personalausgaben
(+ 15,4 %)

+ 11 260 449,91 EUR

Mehrausgaben vor allem für Beamtenbezüge (5,2 Mill. EUR), für Mehrleistungsvergütungen (2,2 Mill. EUR), Vertragsbedienstetenentgelte (zusammen 1,6 Mill. EUR), Nebentätigkeitsvergütungen (1,0 Mill. EUR) sowie Dienstgeberbeiträge für Beamte und Vertragsbedienstete (zusammen 1,0 Mill. EUR) und sonstige Nebengebühren (0,3 Mill. EUR), insbesondere wegen vermehrter Zuteilungen von Exekutivbeamten (Errichtung des Bundeskriminalamtes) und aufgrund der tatsächlichen Auswirkungen der allgemeinen Bezugserhöhung und des jährlichen Struktureffektes.

1/11003
Anlagen
(- 39,0 %)

- 5 928 374,83 EUR

Minderausgaben vor allem aufgrund geringerer Zahlungen für Datenfernübertragungseinrichtungen (4,8 Mill. EUR) und bei der ADV-Betriebsausstattung (1,2 Mill. EUR).

1/11008
Aufwendungen
(+ 19,2 %)

+ 8 432 032,17 EUR

Mehrausgaben vor allem für sonstige ADV-Leistungen (4,7 Mill. EUR) durch vermehrte externe Dienstleistungen für Outsourcing-Projekte, insbesondere das Projekt „Zentrales Melderegister“, für ADV-Lizenzgebühren (4,0 Mill. EUR) durch die geänderte Lizenzpolitik der Firma Microsoft, für Druckwerke (zusammen 0,8 Mill. EUR), insbesondere für die Nationalratswahl 2002, für ADV-Konzepte, -Analysen und -Gutachten (zusammen 0,7 Mill. EUR), Miet- und Pachtzinse (zusammen 0,7 Mill. EUR) sowie für Auslandzulagen (0,6 Mill. EUR) durch vermehrte Entsendung von Verbindungsbeamten zu österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und für Entgelte für Zivildienstverwaltung (0,5 Mill. EUR) durch gesonderte Darstellung der Ausgaben ab 2002.

Minderausgaben bei ADV-Instandhaltungen von Maschinen und maschinellen Anlagen (2,1 Mill. EUR), ADV-Mieten für Datenfernübertragungsleitungen (zusammen 0,9 Mill. EUR) und bei sonstigen Firmenleistungen (zusammen 0,6 Mill. EUR).

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



1/1101	Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz	
1/11018	Aufwendungen	
(+ 318,5 %)		+ 48 702 000,-- EUR
	Mehrausgaben für Miet-, Betriebs- und Instandhaltungskosten infolge Nutzung von Gebäuden der Bundesimmobiliengesellschaft aufgrund der BIG-Gesetz-Novelle 2000.	
1/111	Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)	
1/1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst	
1/11108	Aufwendungen	
(- 24,1 %)		- 1 091 734,75 EUR
	Minderausgaben bei Instandhaltung von Luftfahrzeugen (zusammen 0,6 Mill. EUR) im Wesentlichen aufgrund der Rückstellung von Reparaturen in Anbetracht der geplanten Beschaffung von neuen Exekutivhubschraubern sowie für Firmenleistungen (0,3 Mill. EUR) und Treibstoffen für Luftfahrzeuge (zusammen 0,3 Mill. EUR).	
1/1116	Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997	
1/11168	Aufwendungen	
(- 49,3 %)		- 1 865 537,79 EUR
	Minderausgaben vor allem bei Auslandzulagen (1,5 Mill. EUR) sowie bei Bekleidung und Ausrüstung (0,2 Mill. EUR) durch eine geringere Anzahl von eingesetzten Exekutivbeamten bei Auslandseinsätzen.	
1/1117	Zivildienst	
1/11177	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	
(- 19,1 %)		- 8 723 142,89 EUR
	Minderausgaben bei Pauschalvergütungen (23,1 Mill. EUR) und Sozialversicherungsbeiträgen (13,6 Mill. EUR) aufgrund der im Rahmen der Zivildienstgesetz-Novelle 2001 erfolgten Übertragung von Kosten an die Rechtsträger von Zivildiensteinrichtungen.	
	Mehrausgaben für Ersätze gemäß § 28 Abs. 4 des Zivildienstgesetzes (26,4 Mill. EUR) für die Anweisung des Zivildienstgeldes an die Rechtsträger der Zivildiensteinrichtungen aufgrund der Zivildienstgesetz-Novelle 2001, für Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfen der Zivildienstleistenden (1,3 Mill. EUR) und für Reisekostenvergütungen (0,3 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/1118	Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung	
1/11183	Anlagen (zweckgebundene Gebarung)	
(- 66,7 %)		- 1 391 754,52 EUR
	Minderausgaben bei technischen Geräten durch Verzögerungen bei deren Beschaffung.	
1/113	Bundespolizei	
1/1130	Bundespolizei	
1/11300	Personalausgaben	
(- 2,1 %)		- 10 812 598,55 EUR
	Minderausgaben bei Beamtenbezügen (7,9 Mill. EUR), Vertragsbedienstetenentgelten (zusammen 4,1 Mill. EUR) und sonstigen Dienstgeberbeiträgen für Beamte und Vertragsbedienstete (zusammen 1,1 Mill. EUR) vor allem in Folge restriktiver Planstellennachbesetzungen.	
	Mehrausgaben für sonstige Nebengebühren (1,7 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung sowie für Dienstgeberbeiträge – Überweisungsbeiträge für Beamte (0,4 Mill. EUR) durch vermehrte Austritte.	
1/11303	Anlagen	
(+ 55,4 %)		+ 4 970 366,53 EUR
	Mehrausgaben für Kraftfahrzeuge (zusammen 4,0 Mill. EUR) aufgrund der verzögerten Lieferung 2001, für Bekleidung und Ausrüstung (0,9 Mill. EUR) sowie für den Erkennungsdienst (0,5 Mill. EUR).	
	Minderausgaben bei Fernmeldeeinrichtungen (zusammen 0,6 Mill. EUR) vor allem durch Planungsverzögerungen von Firmen und fehlende Datenleitungen.	
1/11308	Aufwendungen	
(- 5,7 %)		- 5 520 576,90 EUR
	Minderausgaben bei Transferzahlungen an den Massafonds (2,6 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung, Energiebezügen (zusammen 1,1 Mill. EUR) durch milde Witterungsverhältnisse, Leistungen der Post (1,0 Mill. EUR), bei der Planung für das Funknetz ADONIS (0,8 Mill. EUR) durch geringere Beraterkosten, bei sonstigen Miet- und Pachtzinsen (0,8 Mill. EUR), Druckwerken (zusammen 0,7 Mill. EUR), bei Instandhaltung von Gebäuden (0,6 Mill. EUR) durch die BIG-Gesetz-Novelle 2000, bei Entgelten für die Sicherheitsfachkräfte nach dem Bundes-Bedienstetenschutzgesetz (0,5 Mill. EUR), bei sonstiger Amtsausstattung (0,4 Mill. EUR), bei Mietenvorauszahlungen (0,4 Mill. EUR), Verpflegungskosten für Polizeiarrestanten (0,4 Mill. EUR), Instandhaltungen von sonstigen Anlagen (0,4 Mill. EUR), bei Treibstoffen (0,2 Mill. EUR), Aus-	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

landsreisen (0,2 Mill. EUR) sowie bei übrigen Gerichtsgebühren (0,2 Mill. EUR) und Ersatzteilen (zusammen 0,2 Mill. EUR).

Mehrausgaben für Entgelte für die Flughafenüberwachung (1,3 Mill. EUR), für Schadensvergütungen (1,2 Mill. EUR), für Munition (0,7 Mill. EUR) aufgrund verzögerter Beschaffung 2001, für Entschädigungen gemäß Gebührenanspruchsgesetz (0,6 Mill. EUR), für Bekleidung und Ausrüstung (zusammen 0,6 Mill. EUR) sowie für sonstige Leistungen von Firmen (0,6 Mill. EUR).

1/114 Bundesgendarmerie

1/1140 Bundesgendarmerie

1/11400
Personalausgaben
(+ 0,8 %)

+ 4 399 854,64 EUR

Mehrausgaben für Mehrleistungsvergütungen (6,4 Mill. EUR) aufgrund verschiedener Sondereinsätze (u.a. Auswirkungen der Terrorereignisse in den USA, für verstärkte Überwachungstätigkeiten auf den österreichischen Autobahnen), für Beamtenbezüge (8,0 Mill. EUR) und sonstige Dienstgeberbeiträge für Beamte (0,9 Mill. EUR) aufgrund der Auswirkungen der allgemeinen Bezugserhöhung, des jährlichen Struktureffektes und der Überleitung von Vertragsbediensteten in das Beamtenschema.

Minderausgaben bei Vertragsbedienstetenentgelten (zusammen 7,6 Mill. EUR), für sonstige Dienstgeberbeiträge für Vertragsbedienstete (2,3 Mill. EUR) sowie sonstige Nebengebühren (0,8 Mill. EUR) und Vergütungen für Nebentätigkeit (0,3 Mill. EUR).

1/11403
Anlagen
(+ 46,6 %)

+ 7 968 069,85 EUR

Mehrausgaben für Kraftfahrzeuge (6,0 Mill. EUR) aufgrund verzögerter Lieferungen im Jahr 2001, für Fernmeldeeinrichtungen (1,6 Mill. EUR) zur Fortführung der Ausstattung aller Gendarmeriedienststellen mit digitalen Telefonanlagen (Projekt: Gend Phone) sowie für Amtsausstattungserfordernisse (0,8 Mill. EUR), Bekleidung und Ausrüstung (0,6 Mill. EUR).

Minderausgaben bei Fernmeldeeinrichtungen - Datennetzen (1,3 Mill. EUR).

1/11407
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(- 10,0 %)

- 1 417 912,25 EUR

Minderausgaben vor allem durch den geringeren Anfall an Familienbeihilfen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/11408
Aufwendungen
(- 6,1 %)

- 6 631 427,13 EUR

Minderausgaben bei Inlandreisen (zusammen 3,5 Mill. EUR) durch Einsparungsmaßnahmen, bei Transferzahlungen an den Massafonds (1,9 Mill. EUR), bei Treibstoffen für Kraftfahrzeuge (1,5 Mill. EUR), bei der Planung für das Funknetz ADONIS (1,1 Mill. EUR) durch geringere Beraterkosten, bei Entgelten für Sicherheitsfachkräfte nach dem Bundes-Bedienstetenschutzgesetz (0,9 Mill. EUR), bei Amtsausstattungen (0,9 Mill. EUR) durch rigorose Bewirtschaftung, bei Mietenvorauszahlungen (0,7 Mill. EUR), Energiebezügen (0,7 Mill. EUR), sonstigen Miet- und Pachtzinsen (0,6 Mill. EUR) sowie Instandhaltungen und Ersatzteilen von Fernmeldeeinrichtungen (zusammen 0,6 Mill. EUR), bei Schulungskosten (0,3 Mill. EUR), Fahrtkostenzuschüssen (0,3 Mill. EUR), Ersatzteilen für Fahrzeuge (0,2 Mill. EUR) und Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (0,2 Mill. EUR).

Mehrausgaben vor allem für Instandhaltung von Gebäuden (2,7 Mill. EUR) durch Adaptierungen von Arbeitsplätzen infolge von Dienststellenzusammenlegungen, für Leistungen der Post (1,8 Mill. EUR), für Reinigungskosten (0,9 Mill. EUR), für Munitionsbeschaffung (0,8 Mill. EUR) aus dem Anschaffungsprogramm 2001 und für die Instandhaltung von Kommunikationstechnik (0,6 Mill. EUR).

1/1141 Bundesgendarmerie (zweckgebundene Gebarung)

1/11410
Personalausgaben
(+ 34,6 %)

+ 3 598 580,30 EUR

Mehrausgaben vor allem für Mehrleistungsvergütungen infolge vermehrter Verkehrsüberwachungstätigkeiten.

1/115 Besondere Einrichtungen

1/1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

1/11507
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 82,4 %)

+ 2 254 176,82 EUR

Mehrausgaben für Sozialversicherungsbeiträge aufgrund der gestiegenen Anzahl bundesbetreuter Asylwerber.

1/11508
Aufwendungen
(+ 25,2 %)

+ 5 712 271,30 EUR

Mehrausgaben für sonstige Leistungen von Gewerbebetreibenden, Firmen und juristischen Personen (zusammen 5,1 Mill. EUR), Lebensmittel (0,4 Mill. EUR) und Taschengeld für hilfsbedürftige Flüchtlinge (0,3 Mill. EUR), vor allem aufgrund einer höheren Anzahl bundesbetreuter Asylwerber.

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



1/1151 KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)

1/11518
Aufwendungen
(– 42,9 %)

– 1 261 562,45 EUR

Minderausgaben bei Instandhaltung von Gebäuden (0,6 Mill. EUR), Instandhaltung von sonstigen Grundstückseinrichtungen (0,4 Mill. EUR) und sonstigen Leistungen von Gewerbebetreibenden, Firmen und juristischen Personen (0,4 Mill. EUR) vor allem im Zusammenhang mit der „Reforminitiative KZ-Gedenkstätte Mauthausen“.

1/12 Bildung und Kultur

Mehrausgaben von 156 Mill. EUR betrafen vorwiegend Aufwendungen für Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz (109 Mill. EUR), Aufwendungen der allgemein bildenden höheren Schulen (3 Mill. EUR), der Schulaufsichtsbehörden (2 Mill. EUR) sowie der Zentralleitung, der bundesstaatlichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, der Museen und der technischen und gewerblichen Lehranstalten (zusammen 5 Mill. EUR). Weiters betrafen sie gestiegene Personalausgaben der Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, sozial- und wirtschaftliche Berufe (10 Mill. EUR) und der Bundesanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik (2 Mill. EUR), Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der pädagogischen Akademien (2 Mill. EUR) und der berufsbildenden Pflichtschulen (2 Mill. EUR) sowie Förderungen des Bundesdenkmalamts und solche im Rahmen der Erwachsenenbildung (zusammen 4 Mill. EUR). Ebenso entstanden Mehrausgaben bei den Anlagen der allgemein bildenden höheren Schulen, der technischen und gewerblichen Lehranstalten sowie der Handelsakademien und Handelsschulen (zusammen 5 Mill. EUR).

Minderausgaben von 45 Mill. EUR entstanden insbesondere bei den Anlagen (11 Mill. EUR) und den Personalausgaben (3 Mill. EUR) der Zentralleitung, bei den Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen für allgemeinpädagogische Erfordernisse (11 Mill. EUR) und der allgemeinbildenden Pflichtschulen (1 Mill. EUR) sowie bei den Personalausgaben der höheren Internatsschulen des Bundes (7 Mill. EUR), der Handelsakademien und Handelsschulen (3 Mill. EUR), der pädagogischen Akademien (2 Mill. EUR) und der Museen (1 Mill. EUR).

1/120 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

1/1200 Zentralleitung (Verwaltungsbereich Bildung)

1/12000
Personalausgaben
(– 4,7 %)

– 2 544 631,17 EUR

Minderausgaben bei Bezügen von Beamten Z (2,2 Mill. EUR) sowie bei den Mehrleistungsvergütungen (0,8 Mill. EUR) infolge vermehrter Pensionierungen und Sparmaßnahmen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/12003
Anlagen
(– 77,7 %)

– 11 073 926,44 EUR

Minderausgaben bei den Maschinen und maschinellen Anlagen (11,0 Mill. EUR) infolge Einsparungsmaßnahmen.

1/12008
Aufwendungen
(+ 1,7 %)

+ 1 189 922,02 EUR

Mehrausgaben bei der Instandhaltung von Gebäuden (11,9 Mill. EUR) infolge gesetzlicher Verpflichtungen, bei den sonstigen Leistungen (ADV) (2,1 Mill. EUR) und bei den Lizenzgebühren (ADV-Software) (0,7 Mill. EUR) infolge verstärkten ADV-Einsatzes.

Minderausgaben bei der Schulraumbeschaffung und -bewirtschaftung (1,6 Mill. EUR), bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden (8,5 Mill. EUR), bei Druckwerken (0,6 Mill. EUR), bei Entgelten (0,6 Mill. EUR) und bei den Leistungen (0,6 Mill. EUR) für Anniversarien infolge rigoroser Sparmaßnahmen sowie für Leistungen der Post (0,6 Mill. EUR) infolge vermehrter elektronischer Datenübermittlung.

1/1201 Zahlungen im Zusammenhang mit dem
Bundesimmobiliengesetz

1/12018
Aufwendungen
(+ 78,8 %)

+ 108 826 597,11 EUR

Mehrausgaben bei den Schulraum-Normmieten (90,5 Mill. EUR), den Betriebskosten (10,4 Mill. EUR), den Mieterinvestitionen (6,5 Mill. EUR) und den Zuschlagsmieten (1,4 Mill. EUR) infolge des BIG-Gesetzes.

1/122 Bundesministerium; Zweckaufwand

1/1220 Allgemein-pädagogische Erfordernisse

1/12207
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(– 19,9 %)

– 11 326 407,72 EUR

Minderausgaben bei den Schülerbeihilfen (6,6 Mill. EUR) sowie bei der Studienförderung (4,6 Mill. EUR) infolge Rückganges bei den Antragstellungen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/1221	Erwachsenenbildung	
1/12216	Förderungen	
(+ 13,2 %)		+ 1 424 148,08 EUR

Mehrausgaben für Bildungsmaßnahmen der EU (insgesamt 2,7 Mill. EUR) infolge zusätzlich bereitgestellter Kofinanzierungsmittel durch die EU.

Minderausgaben bei den gemeinnützigen Einrichtungen (Einstellung von Lehrern) (1,0 Mill. EUR) sowie bei den gesamtösterreichischen Einrichtungen – strukturverbessernde Maßnahmen (0,6 Mill. EUR) infolge Einsparungsmaßnahmen.

1/124	Nachgeordnete Dienststellen	
1/1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung	
1/12438	Aufwendungen	
(+ 65,4 %)		+ 1 493 744,67 EUR

Mehrausgaben bei den Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Ziel 3) (nationaler Anteil) (0,6 Mill. EUR) und bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden (0,6 Mill. EUR) infolge der IT-Offensive.

1/1244	Museen	
1/12440	Personalausgaben	
(– 15,1 %)		– 1 484 828,40 EUR

Minderausgaben durch Nichtnachbesetzung von Planstellen von Beamten und Vertragsbediensteten im Naturhistorischen Museum (1,0 Mill. EUR).

1/12448	Aufwendungen	
(+ 6,0 %)		+ 1 117 235,10 EUR

Mehrausgaben für Entgelte für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (Honorarmoten für die Kommission für Provenienzforschung) und Mitfinanzierung eines Bibliotheksankaufes mittels Leistungsvertrages zwischen dem BMBWK und der Österreichischen Galerie Belvedere (1,7 Mill. EUR).

Minderausgaben durch Verringerung des Bundesbeitrages für das Museumsquartier wegen Mietzahlungen durch das Leopold-Museum (0,6 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/1247	Bundesdenkmalamt	
1/12476 Förderungen (+ 27,7 %)		+ 2 682 234,16 EUR
	Mehrausgaben bei Zuschüssen an Gemeinden (0,5 Mill. EUR), bei Kapitaltransferzahlungen an Unternehmungen (IF) (0,7 Mill. EUR) und bei Baukostenzuschüssen (IF) (1,9 Mill. EUR) für denkmalpflegerisch relevante Restaurierungs- und Sanierungsmaßnahmen.	
1/126	Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene	
1/1260	Schulaufsichtsbehörden	
1/12608 Aufwendungen (+ 26,2 %)		+ 1 916 665,01 EUR
	Mehrausgaben vorwiegend bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden (0,3 Mill. EUR), bei den sonstigen Leistungen (ADV) (0,2 Mill. EUR) und bei den Energiebezügen (0,2 Mill. EUR) infolge allgemeiner Preissteigerungen sowie bei den sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (0,4 Mill. EUR) infolge schwer abschätzbaren Bedarfs.	
1/127	Allgemein bildende Schulen	
1/1270	Allgemein bildende höhere Schulen	
1/12703 Anlagen (+ 21,8 %)		+ 1 531 954,47 EUR
	Mehrausgaben bei den Maschinen und maschinellen Anlagen (1,2 Mill. EUR) infolge der Anschaffung zusätzlicher ADV-Ausstattung.	
1/12708 Aufwendungen (+ 6,5 %)		+ 3 057 381,37 EUR
	Mehrausgaben bei den Inlandsreisen (Schulveranstaltungen) (1,4 Mill. EUR) infolge von Kostensteigerungen, bei den Auslandszulagen (1,3 Mill. EUR) infolge Anstiegs der Kaufkraftausgleichszulage sowie bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden (1,6 Mill. EUR) infolge vermehrten Einsatzes von Reinigungsfirmen.	
	Minderausgaben bei den Energiebezügen (1,1 Mill. EUR) infolge von Verbesserungen im energietechnischen Bereich.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/1271	Höhere Internatsschulen des Bundes	
1/12710	Personalausgaben	
(- 34,4 %)		- 6 999 514,40 EUR
	Minderausgaben bei Bezügen für Beamte (2,6 Mill. EUR), bei Entgelten für Vertragsbedienstete (zusammen 2,7 Mill. EUR) sowie bei Mehrleistungsvergütungen (0,4 Mill. EUR) und bei den Dienstgeberbeiträgen (1,0 Mill. EUR) infolge Verrechnung bei einem anderen finanzgesetzlichen Ansatz.	
1/1275	Allgemein bildende Pflichtschulen	
1/12757	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	
(- 0,1 %)		- 1 401 696,18 EUR
	Minderausgaben bei den laufenden Transferzahlungen gemäß FAG (1,5 Mill. EUR) infolge Stabilisierung der Personalkosten der Pflichtschullehrer durch die Stellenplanrichtlinien.	
1/128	Berufsbildende Schulen	
1/1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	
1/12803	Anlagen	
(+ 16,3 %)		+ 1 240 846,71 EUR
	Mehrausgaben für Maschinen und maschinelle Anlagen (1,2 Mill. EUR) infolge dringend erforderlicher Anschaffungen im ADV-Bereich.	
1/1281	Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe	
1/12810	Personalausgaben	
(+ 4,0 %)		+ 10 259 793,97 EUR
	Mehrausgaben für Bezüge von Beamten (4,9 Mill. EUR), für Entgelte von Vertragsbediensteten (4,8 Mill. EUR) und bei den Dienstgeberbeiträgen (1,8 Mill. EUR) infolge des Struktureffekts.	
	Minderausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen (0,9 Mill. EUR) infolge schwer abschätzbaren Bedarfs sowie bei den Belohnungen (administrative Belastung von Lehrern) (1,3 Mill. EUR) infolge Wegfalls dieser Belohnungen durch geänderte gesetzliche Regelungen.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/1282	Handelsakademien und Handelsschulen	
1/12820 Personalausgaben (- 1,2 %)		- 3 426 226,27 EUR
	Minderausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen (3,8 Mill. EUR) und bei den Belohnungen (administrative Belastung von Lehrern) (1,5 Mill. EUR) infolge Reduzierung von Supplierungen und geänderter gesetzlicher Regelung.	
	Mehrausgaben bei Entgelten von Vertragsbediensteten (0,8 Mill. EUR) infolge gestiegener Schülerzahlen.	
1/12823 Anlagen (+ 55,5 %)		+ 1 771 966,69 EUR
	Mehrausgaben für Maschinen und maschinelle Anlagen (1,2 Mill. EUR) und für Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (0,5 Mill. EUR) infolge vermehrter Anschaffung von ADV-Geräten und Einrichtungsgegenständen.	
1/1283	Technische und gewerbliche Lehranstalten (zweckgebundene Gebarung)	
1/12838 Aufwendungen (+ 31,4 %)		+ 1 376 959,12 EUR
	Mehrausgaben bei den Werkverträgen (0,3 Mill. EUR) infolge vermehrter Prüfungstätigkeiten, bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden (0,5 Mill. EUR) und bei den Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (0,2 Mill. EUR) infolge vermehrter Inanspruchnahme Externer bei Gutachterstellungen.	
1/1285	Berufsbildende Pflichtschulen	
1/12857 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 1,8 %)		+ 1 890 294,-- EUR
	Mehrausgaben bei den laufenden Transferzahlungen gemäß FAG (1,9 Mill. EUR) infolge allgemeiner Bezugserhöhungen.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/129	Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung	
1/1290	Pädagogische Akademien	
1/12900	Personalausgaben	
(- 2,7 %)		- 1 890 758,15 EUR
	Minderausgaben bei Bezügen von Beamten (2,1 Mill. EUR) infolge Reduzierung von Pragmatisierungen.	
	Mehrausgaben bei Entgelten von Vertragsbediensteten (0,6 Mill. EUR) infolge vermehrter Anstellung von Vertragslehrern.	
1/12907	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	
(+ 30,7 %)		+ 2 094 210,18 EUR
	Mehrausgaben bei den Bediensteten gemäß Punkt 4 (7) des Stellenplans (zusammen 1,3 Mill. EUR) und den Lehrern gemäß dem Privatschulgesetz (0,2 Mill. EUR) infolge verminderter Aufnahmen in ein öffentlich-rechtliches Bundesdienstverhältnis; weiters bei den im GG 1956 nicht vorgesehenen Nebengebühren (Prüfungskommission) (0,3 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung.	
1/1291	Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	
1/12910	Personalausgaben	
(+ 4,2 %)		+ 2 052 422,01 EUR
	Mehrausgaben bei den Gehältern von Beamten (0,8 Mill. EUR) sowie bei den Entgelten von Vertragsbediensteten (0,3 Mill. EUR) infolge des Struktureffekts sowie bei den Mehrleistungsvergütungen (0,7 Mill. EUR) infolge gestiegener Schülerzahlen.	
1/13	Kunst	
1/130	Bundesministerium (Zweckaufwand)	
1/1301	Musik und darstellende Kunst; Allgemeine Kulturangelegenheiten	
1/13016	Förderungen	
(- 4,7 %)		- 1 465 500,-- EUR
	Minderausgaben bei der allgemeinen Kulturförderung (0,6 Mill. EUR) und bei der Probebühne der Bregenzer Festspiele (0,6 Mill. EUR), welche für Zwecke der Filmförderung gebunden wurden.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/14 Wissenschaft

Mehrausgaben von 226 Mill. EUR betrafen hauptsächlich Aufwendungen (54 Mill. EUR), Personalausgaben (23 Mill. EUR) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (17 Mill. EUR) der Universitäten, Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz (51 Mill. EUR), Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (14 Mill. EUR), Aufwendungen (7 Mill. EUR) und Förderungen (2 Mill. EUR) der Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation sowie Aufwendungen (13 Mill. EUR) und Förderungen (2 Mill. EUR) der Forschungseinrichtungen. Weitere Mehrausgaben entstanden bei den Förderungen der österreichischen Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstituten (10 Mill. EUR) sowie der wissenschaftlichen Forschung (1 Mill. EUR), bei den Personalausgaben (8 Mill. EUR), Aufwendungen (3 Mill. EUR) und Anlagen (1 Mill. EUR) der Universitäten im zweckgebundenen Gebarungsbereich, bei den Personalausgaben (8 Mill. EUR), Aufwendungen (4 Mill. EUR) und Anlagen (2 Mill. EUR) der Universitäten der Künste sowie bei den Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der Bibliotheken (2 Mill. EUR).

Minderausgaben in Höhe von 43 Mill. EUR entstanden hauptsächlich bei den Anlagen der Universitäten (24 Mill. EUR), bei den Förderungen der hochschulischen Einrichtungen (12 Mill. EUR) und der Fachhochschulen (3 Mill. EUR) sowie bei den Aufwendungen für Forschungsvorhaben (1 Mill. EUR).

1/140 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

1/1400 Bundesministerium (Zweckaufwand I)
(Verwaltungsbereich Wissenschaft)

1/14018
Zahlungen im Zusammenhang mit dem
Bundesimmobiliengesetz
(+ 36,7 %)

+ 50 700 450,63 EUR

Mehrausgaben bei den Normmieten (45,2 Mill. EUR), den Betriebskosten (3,6 Mill. EUR) und den Mietinvestitionen (2,8 Mill. EUR) aufgrund von weiteren Liegenschaftsübertragungen in das Eigentum der BIG.

Minderausgaben bei den Zuschlagsmieten (0,8 Mill. EUR) infolge von geänderten Finanzierungskonditionen.

1/141 Bundesministerium (Zweckaufwand II)

1/1410 Hochschulische Einrichtungen

1/14106
Förderungen
(- 59,0 %)

- 12 044 673,02 EUR

Minderausgaben bei den Studentenheimen (14,0 Mill. EUR) und den Baukostenzuschüssen für Studentenmensen (0,8 Mill. EUR) infolge von Rückstellungen und Verzögerungen bei der Abwicklung von Projekten.

Mehrausgaben bei der Österreichischen Jungarbeiterbewegung (1,3 Mill. EUR), dem Oberösterreichischen Studentenwerk (1,1 Mill. EUR), dem Internationalen

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



Studentenhaus Innsbruck (1,1 Mill. EUR) und bei den Kapitaltransfers an die übrigen Sektoren der Wirtschaft (0,6 Mill. EUR) aufgrund von zahlreichen Renovierungen, Generalsanierungen und Neubauten von Studentenheimen sowie infolge der Zuerkennung einer Investitionsförderung für die Generalsanierung des Südtiroler Studentenheimes und der Kolping-Campus Krems GesmbH.

1/1413 Forschungsvorhaben

1/14138
Aufwendungen
(- 17,2 %)

- 1 149 487,92 EUR

Minderausgaben bei den Forschungsschwerpunkten für Unternehmungen (0,9 Mill. EUR) und Entgelten an physische Personen (0,4 Mill. EUR) aufgrund von Projektverzögerungen.

1/1414 Wissenschaftliche Forschung

1/14146
Förderungen
(+ 25,4 %)

+ 1 299 310,-- EUR

Mehrausgaben bei den Schrödinger-, Meitner- und Habilitationsstipendien (insgesamt 1,3 Mill. EUR) hauptsächlich aufgrund der Ausweitung bestehender Programme.

1/1416 Forschungseinrichtungen

1/14166
Förderungen
(+ 19,6 %)

+ 2 221 920,75 EUR

Mehrausgaben bei den Zahlungen an private Institutionen (0,7 Mill. EUR), dem Forschungszentrum für Kulturwissenschaften (0,7 Mill. EUR), der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft (0,6 Mill. EUR), dem Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (0,3 Mill. EUR) und dem Institut für die Wissenschaft vom Menschen (0,2 Mill. EUR) infolge vermehrter Forschungstätigkeit im Rahmen der Forschungsinitiative der Bundesregierung.

1/14168
Aufwendungen

+ 13 036 704,17 EUR

Mehrausgaben für Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (11,8 Mill. EUR) und bei den Entgelten an universitäre Einrichtungen (1,2 Mill. EUR) aufgrund vermehrter Programme und verstärkter Kooperation mit dem Ausland.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/1417	Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute	
1/14176 Förderungen (+ 29,0 %)		+ 9 619 430,-- EUR
	<p>Mehrausgaben hauptsächlich bei den Transferzahlungen an sonstige Träger öffentlichen Rechts (10,6 Mill. EUR) infolge vermehrter Forschungstätigkeit im Rahmen der Forschungsinitiative der Bundesregierung.</p> <p>Minderausgaben bei den Instituten und Forschungsstellen (0,7 Mill. EUR) aufgrund geringerer Inanspruchnahme von Zuschüssen.</p>	
1/1418	Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation	
1/14186 Förderungen (+ 46,2 %)		+ 2 249 786,53 EUR
	<p>Mehrausgaben für Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen (insgesamt 2,0 Mill. EUR), bei den gemeinnützigen Einrichtungen (1,4 Mill. EUR) und für Zuschüsse an Unternehmungen (insgesamt 0,7 Mill. EUR) infolge vermehrter Forschungstätigkeit im Rahmen der Forschungsinitiative der Bundesregierung.</p> <p>Minderausgaben für Zuschüsse an universitäre Einrichtungen (1,9 Mill. EUR) aufgrund geringer Inanspruchnahme dieser Mittel.</p>	
1/14187 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 479,0 %)		+ 13 928 858,27 EUR
	<p>Mehrausgaben beim Beitrag für die CERN (14,0 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung im Rahmen der Budgetierung.</p>	
1/14188 Aufwendungen (+ 59,2 %)		+ 7 374 450,67 EUR
	<p>Mehrausgaben für Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (insgesamt 7,5 Mill. EUR), bei den START-Wittgenstein-Programmen (2,0 Mill. EUR), für Entgelte an universitäre Einrichtungen (1,3 Mill. EUR), bei den Vorträgen, Seminaren und Tagungen für Unternehmen (0,6 Mill. EUR) und für Beiträge an internationale Organisationen (0,5 Mill. EUR) aufgrund der vermehrten Finanzierung von Studien, der Entwicklung von Programmen und vermehrter Tätigkeiten im Rahmen der Forschungsinitiative der Bundesregierung.</p> <p>Minderausgaben bei der Stimulierung bilateraler Wissenschaftsbeziehungen (3,5 Mill. EUR) und bei der Internationalen Forschungskooperation (1,4 Mill. EUR) infolge geringerer Abschlüsse von Verträgen.</p>	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



1/142	Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen	
1/1420	Universitäten	
1/14200	Personalausgaben	
(+ 2,5 %)		+ 22 723 486,98 EUR

Mehrausgaben bei den Entgelten an Vertragsbedienstete (insgesamt 21,0 Mill. EUR), den Dienstgeberbeiträgen (insgesamt 3,9 Mill. EUR), den Geldaushilfen (1,6 Mill. EUR) und bei der Amtszulage für Beamte (1,0 Mill. EUR) hauptsächlich aufgrund der allgemeinen Bezugserhöhung, Beförderungen und Vorrückungen.

Minderausgaben bei den Bezügen für Beamte (3,4 Mill. EUR) und den Vergütungen für Nebentätigkeit (0,7 Mill. EUR) infolge geringerer Nachbesetzungen.

1/14203	Anlagen	
(- 18,3 %)		- 23 583 208,29 EUR

Minderausgaben bei den Maschinen und maschinellen Anlagen (14,0 Mill. EUR), den Unterrichts- und Forschungserfordernissen (16,1 Mill. EUR) sowie bei den Ersteinrichtungen (10,5 Mill. EUR) hauptsächlich aufgrund von Lieferverzögerungen und Projektverschiebungen.

Mehrausgaben vorwiegend für Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattungen (16,8 Mill. EUR) infolge der Neubeschaffung spezieller Forschungsgeräte im Rahmen der Forschungs- und Technologieoffensive der Bundesregierung.

1/14207	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	
(+ 31,5 %)		+ 17 401 479,49 EUR

Mehrausgaben beim Ausbildungsbeitrag für wissenschaftliche Mitarbeiter in Ausbildung (12,4 Mill. EUR), bei den Lehrauftrags-Remunerationen (5,9 Mill. EUR), bei Dienstgeberbeiträgen (2,5 Mill. EUR), bei Vergütungen an Gastprofessoren (2,3 Mill. EUR), bei der Beseitigung radioaktiven Abfalls (0,6 Mill. EUR) und bei den Aufwendungen für die Mitarbeiter im Lehrbetrieb (0,4 Mill. EUR) aufgrund der Ausweitung des Lehrangebotes.

Minderausgaben bei der Abgeltung der Lehrtätigkeit (Remunerationen, Vergütungen) (3,5 Mill. EUR), bei den Ausbildungsbeihilfen und -beiträgen (2,1 Mill. EUR), bei Prüfungsentschädigungen (1,4 Mill. EUR) sowie bei Lehrveranstaltungsabgeltungen (insgesamt 0,3 Mill. EUR) hauptsächlich infolge des vermehrten Einsatzes von Gastprofessoren.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/14208
Aufwendungen
(+ 10,4 %)

+ 53 976 491,99 EUR

Mehrausgaben beim laufenden klinischen Mehraufwand (30,7 Mill. EUR) aufgrund des Abschlusses eines Vergleiches mit der Stadt Wien, welcher einen Nachzahlungsbetrag beinhaltete, weiters aufgrund eines vermehrten Raumangebotes, der Ausweitung des Lehrbetriebs, des Ausbaus des ADV-Bereichs und infolge von Preissteigerungen bei den Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (25,7 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben entstanden für Rückersätze von Einnahmen aus Studienbeiträgen (4,3 Mill. EUR), für die Instandhaltung von Gebäuden (4,0 Mill. EUR), Reisekostenzuschüsse (3,4 Mill. EUR), Mieten von Datenfernübertragungsleitungen (3,1 Mill. EUR), freie Dienstverträge (2,5 Mill. EUR), Literatur (2,4 Mill. EUR), Lizenzgebühren für ADV-Software (2,4 Mill. EUR), Reinigung der Universitäten durch Unternehmungen (1,3 Mill. EUR), für Bildungsmaßnahmen der EU (insgesamt 2,1 Mill. EUR), ADV-Verbrauchsgüter (0,7 Mill. EUR) und für die Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen (0,7 Mill. EUR).

Minderausgaben aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen und Lieferverzögerungen bei Projektabwicklungen beim klinischen Mehraufwand bei den Klinikneubauten (18,2 Mill. EUR), für Maschinen und maschinelle Anlagen (14,1 Mill. EUR), freiwillige Sozialleistungen (3,0 Mill. EUR), Leistungen der Post (1,9 Mill. EUR), Miet- und Pachtzinse für ADV-Hardware (0,9 Mill. EUR) und für die Instandhaltung von Bibliothekserfordernissen (0,6 Mill. EUR).

1/1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)

1/14210
Personalausgaben
(+ 205,2 %)

+ 8 040 896,70 EUR

Mehrausgaben hauptsächlich bei den Vergütungen für Nebentätigkeit (6,5 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/14213
Anlagen
(+ 55,8 %)

+ 1 014 671,64 EUR

Mehrausgaben hauptsächlich bei der Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (0,5 Mill. EUR) und den Maschinen und maschinellen Anlagen (0,4 Mill. EUR) aufgrund der Ausweitung der Lehr- und Forschungsinfrastruktur.

1/14218
Aufwendungen
(+ 22,9 %)

+ 3 166 543,99 EUR

Mehrausgaben für Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (1,5 Mill. EUR), Reisekostenzuschüsse (0,5 Mill. EUR), Exkursionen (0,3 Mill. EUR), Desinfektionsmittel und Medikamente (0,2 Mill. EUR), Verbrauchsgüter (0,2 Mill. EUR), für die Instandhaltung von Gebäuden

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



(0,2 Mill. EUR), Literatur (0,1 Mill. EUR) und Büromittel (0,1 Mill. EUR) infolge der Ausweitung der Lehr- und Forschungsinfrastruktur.

1/1423 Bibliotheken

1/14237

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

+ 1 716 000,-- EUR

Mehrausgaben für die Österreichische Bibliothekenverbund und Service GesmbH (1,7 Mill. EUR) aufgrund zu geringer Veranschlagung.

1/143 Universitäten der Künste

1/1430 Universitäten der Künste

1/14300

Personalausgaben

(+ 8,6 %)

+ 8 229 761,07 EUR

Mehrausgaben hauptsächlich bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (6,3 Mill. EUR), Dienstgeberbeiträgen (1,2 Mill. EUR) und der Kollegiengeldabgeltung für Vertragsbedienstete (0,9 Mill. EUR) infolge von Entgelterhöhungen.

Minderausgaben bei den Beamten (0,7 Mill. EUR) aufgrund vermehrter Übertritte in den Ruhestand.

1/14303

Anlagen

(+ 34,5 %)

+ 2 141 641,62 EUR

Mehrausgaben bei der ADV-Hardware (0,7 Mill. EUR), Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (0,6 Mill. EUR), Ersteinrichtungen (0,4 Mill. EUR), ADV-Betriebsausstattung (0,3 Mill. EUR) sowie bei Maschinen und maschinellen Anlagen (0,1 Mill. EUR) aufgrund der Forschungs- und Technologieoffensive der Bundesregierung.

1/14308

Aufwendungen

(+ 17,0 %)

+ 3 633 339,37 EUR

Mehrausgaben hauptsächlich bei den Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (1,5 Mill. EUR), Instandhaltung von Gebäuden (0,8 Mill. EUR), Miet- und Pachtzinsen (0,6 Mill. EUR), Miet- und Pachtzinsen für ADV-Hardware (0,3 Mill. EUR) und ADV-Lizenzgebühren (0,3 Mill. EUR) infolge vermehrter Anmietungen, deren Instandhaltung und Ausweitung des Lehrangebotes.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/146	Fachhochschulen	
1/14606 Förderungen (- 3,0 %)		- 2 828 460,93 EUR
	<p>Minderausgaben bei den Zuschüssen an Vereine (10,3 Mill. EUR) aufgrund geringer Inanspruchnahme dieser Mittel.</p> <p>Mehrausgaben bei den laufenden Transferzahlungen an die übrigen Sektoren der Wirtschaft (7,3 Mill. EUR) infolge zu geringer Budgetierung.</p>	
1/15	Soziale Sicherheit und Generationen	
	<p>Minderausgaben von 59 Mill. EUR entstanden insbesondere bei den Versorgungsgebühren (zusammen 20 Mill. EUR), für Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (14 Mill. EUR), bei den Maßnahmen für Behinderte (9 Mill. EUR), bei den Aufwendungen der Bundessozialämter (8 Mill. EUR), bei den Förderungen nach dem Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz (2 Mill. EUR), bei den Anlagen und Aufwendungen der Zentralleitung (zusammen 3 Mill. EUR) sowie für die orthopädische Versorgung (1 Mill. EUR) im Rahmen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung.</p> <p>Mehrausgaben von 53 Mill. EUR betrafen vor allem Zahlungen an den Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung (26 Mill. EUR), Personalausgaben (10 Mill. EUR) und Förderungen (7 Mill. EUR) der Zentralleitung, Entschädigungen für Kriegsgefangenenenschaft (7 Mill. EUR) sowie Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz (2 Mill. EUR).</p>	
1/150	Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen	
1/1500	Zentralleitung	
1/15000 Personalausgaben (+ 30,2 %)		+ 10 269 313,81 EUR
	<p>Mehrausgaben für Beamte (8,2 Mill. EUR) infolge der Übernahme der Beamten der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH ab 1. Juni 2002 gegen Refundierung (siehe auch VA-Ansatz 2/15005) sowie für Beamte des Vorruhestandes und für Vertragsbedienstete (2,1 Mill. EUR) sowie einer geringeren Anzahl von ausscheidenden Beamten als bei Erstellung des Voranschlags angenommen.</p> <p>Überschreitung ohne gesetzliche Grundlage (69 313,81 EUR).</p>	
1/15003 Anlagen (- 40,8 %)		- 1 250 309,35 EUR
	<p>Minderausgaben bei ADV-Software infolge Rückstellung des Projektes elektronischer Akt (ELAK) bzw. e-government auf 2003.</p>	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/15006
Förderungen
(+ 112,1 %)

+ 7 133 179,63 EUR

Mehrausgaben für die Gewährung einer einmaligen Bundeszuwendung an den Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ-G) gemäß Artikel 12 § 1 aus BGBl. I Nr. 158/2002 (4,0 Mill. EUR) sowie für Subventionen an private Institutionen (2,0 Mill. EUR) und Arbeiterkammern (1,1 Mill. EUR) infolge Förderungen der EU-Aktivitäten.

1/15008
Aufwendungen
(- 6,5 %)

- 1 238 594,60 EUR

Minderausgaben bei diversen ADV-Aufwendungen (1,0 Mill. EUR) durch Rückstellung des Projektes elektronischer Akt (ELAK) bzw. e-government auf 2003, bei Leistungen von Dritten (0,6 Mill. EUR) infolge Rückstellung von Projekten zugunsten der Öffentlichkeitsarbeit sowie bei diversen Ausgabenzwecken (0,5 Mill. EUR).

Mehrausgaben für Öffentlichkeitsarbeit (0,9 Mill. EUR).

1/15038
Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz

+ 2 003 228,07 EUR

Mehrausgaben bei den Zahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft mbH aufgrund der Gesetzesänderung.

1/151 Bundesministerium; Opferfürsorge

1/15127
Versorgungsgebühren
(- 17,9 %)

- 2 803 891,41 EUR

Minderausgaben bei Rentengebühren aufgrund stärkeren Rückgangs der Zahl der Versorgungsberechtigten.

1/1516 Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz

1/15166
Förderungen
(- 100,0 %)

- 1 817 000,-- EUR

Minderausgaben infolge verzögerter Durchführung von Projekten der Altenbetreuung.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/153	Bundesministerium; Sonstige Leistungen	
1/1534	Pflegevorsorge (Kostenersatz)	
1/15347	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (- 1,1 %)	- 13 806 703,75 EUR
	Minderausgaben bei Kostenersätzen an die Sozialversicherungsanstalt der Bauern (15,4 Mill. EUR), an die Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues (2,9 Mill. EUR) und an die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (0,6 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.	
	Mehrausgaben für Kostenersätze an die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten (3,4 Mill. EUR) und die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter (1,0 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung.	
1/154	Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge	
1/15446	Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung (+ 541,2 %)	+ 25 567 000,-- EUR
	Mehrausgaben zur Abgeltung der Mehrbelastungen, die Behinderten aus der Besteuerung der Unfallrenten entstehen (14,6 Mill. EUR), für Zuwendungen an den Unterstützungsfonds zur Abgeltung der Hochwasserschäden (10,0 Mill. EUR) und zur Abgeltung der Normverbrauchsabgabe infolge vermehrter Anschaffung von Kraftfahrzeugen (1,0 Mill. EUR).	
1/15456	Maßnahmen für Behinderte (- 11,8 %)	- 8 569 290,59 EUR
	Minderausgaben bei Subventionen an private Institutionen (36,0 Mill. EUR), an Einzelpersonen (4,7 Mill. EUR) und an Gemeinden (0,7 Mill. EUR) infolge Verzögerungen bei der Durchführung von Projekten.	
	Mehrausgaben für Zahlungen an Betriebe (27,7 Mill. EUR) und an private Institutionen (1,7 Mill. EUR) infolge verstärkter Auszahlung von Förderungen für die Arbeitsplatzsicherung, -schaffung und -ausstattung sowie für die Überweisung an den Ausgleichstaxfonds gemäß § 10a Abs. 1 lit. j des Behinderteneinstellungsgesetzes (3,0 Mill. EUR).	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



1/157	Einrichtungen der Kriegsofper- und Heeresversorgung	
1/1570	Bundessozialämter	
1/15708	Aufwendungen (– 35,5 %)	– 7 627 713,45 EUR

Minderausgaben für diverse ADV-Leistungen (4,0 Mill. EUR) infolge restriktiver Auftragsvergabe, bei Leistungen der Post (3,6 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung und bei sonstigen Geldverkehrsspesen (3,2 Mill. EUR) infolge geringerer Anweisungen.

Mehrausgaben für Zahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft mbH (2,7 Mill. EUR) sowie für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (0,7 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/15717	Entschädigung für Kriegsgefangenschaft (+ 123,0 %)	+ 7 148 920,42 EUR
---------	---	--------------------

Mehrausgaben bei Kostenersätzen an die einzelnen Sozialversicherungsträger (6,0 Mill. EUR) sowie bei Überweisungen gemäß § 11 Abs. 1 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes (1,2 Mill. EUR) infolge vermehrter Zahlungen aufgrund einer Novelle dieses Gesetzes (BGBl. I Nr. 40/2002).

1/15757	Orthopädische Versorgung (– 23,9 %)	– 1 474 053,18 EUR
---------	--	--------------------

Minderausgaben bei Handelswaren (0,7 Mill. EUR) sowie bei diversen Ausgabenzwecken (0,7 Mill. EUR) infolge geringerer Inanspruchnahme orthopädischer Hilfsmittel und des Rückgangs der Anzahl der Versorgungsberechtigten.

1/15767	Versorgungsgebühren (– 5,2 %)	– 16 756 007,60 EUR
---------	----------------------------------	---------------------

Minderausgaben in der Kriegsofperversorgung bei Rentengebühren für Beschädigte (7,8 Mill. EUR) und für Witwen bzw. Witwer (5,2 Mill. EUR) sowie für Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (2,5 Mill. EUR) infolge des stärkeren Rückgangs der Anzahl der Versorgungsberechtigten; weiters in der Heeresversorgung bei Rentengebühren für Beschädigte (1,1 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/16 Sozialversicherung

Mehrausgaben von 315 Mill. EUR betrafen vor allem Ausgleichszulagen an die PVA der Arbeiter (107 Mill. EUR) und der Angestellten (56 Mill. EUR), an die SVA der gewerblichen Wirtschaft (17 Mill. EUR) und der Bauern (10 Mill. EUR) sowie an die VA des österreichischen Bergbaues (2 Mill. EUR) und der österreichischen Eisenbahnen (2 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben entfielen auf Bundesbeiträge an die PVA der Angestellten (78 Mill. EUR), an die SVA der gewerblichen Wirtschaft (38 Mill. EUR) sowie an die VA der österreichischen Eisenbahnen (4 Mill. EUR).

Minderausgaben von 34 Mill. EUR betrafen vorwiegend Bundesbeiträge an die VA des österreichischen Bergbaues (13 Mill. EUR), an die PVA der Arbeiter (9 Mill. EUR) und an die SVA der Bauern (3 Mill. EUR) sowie den Betrag gemäß § 31 Abs. 2 BSVG (7 Mill. EUR) und den Bundesbeitrag zur Unfallversicherung an die SVA der Bauern (2 Mill. EUR).

1/160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

1/16007

PVA der Arbeiter; Bundesbeitrag
(- 0,6 %)

- 9 162 000,-- EUR

Minderausgaben infolge der Änderung der tatsächlichen Beitrags- und Pensionsentwicklung seit der Erstellung des Voranschlags.

1/16027

VA der österreichischen Eisenbahnen; Bundesbeitrag
(+ 9,9 %)

+ 4 431 000,-- EUR

Mehrausgaben infolge der Änderung der tatsächlichen Beitrags- und Pensionsentwicklung seit der Erstellung des Voranschlags.

1/16037

PVA der Angestellten; Bundesbeitrag
(+ 7,8 %)

+ 78 424 000,-- EUR

Mehrausgaben infolge der Änderung der tatsächlichen Beitrags- und Pensionsentwicklung seit der Erstellung des Voranschlags.

1/16047

VA des österreichischen Bergbaues; Bundesbeitrag
(- 10,4 %)

- 12 866 000,-- EUR

Minderausgaben infolge der Änderung der tatsächlichen Beitrags- und Pensionsentwicklung seit der Erstellung des Voranschlags.

1/16067

SVA der gewerblichen Wirtschaft; Bundesbeitrag
(+ 12,3 %)

+ 38 308 000,-- EUR

Mehrausgaben infolge der Änderung der tatsächlichen Beitrags- und Pensionsentwicklung seit der Erstellung des Voranschlags.

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/16077
Betrag gemäß § 31 (2) BSVG
(– 2,1 %) – 7 009 631,-- EUR

Minderausgaben infolge geringerer Beitragseinnahmen der Anstalt.

1/16087
SVA der Bauern; Bundesbeitrag
(– 0,4 %) – 2 547 000,-- EUR

Minderausgaben infolge der Änderung der tatsächlichen Beitrags- und Pensionsentwicklung seit der Erstellung des Voranschlags.

1/161 **Bundesministerium; Ausgleichszulagen**

1/16107
PVA der Arbeiter; Ausgleichszulagen
(+ 27,8 %) + 106 712 294,25 EUR

Meherausgaben infolge eines nachträglich gewährten Wertausgleiches.

1/16127
VA der österreichischen Eisenbahnen; Ausgleichszulagen
(+ 52,9 %) + 1 795 641,69 EUR

Meherausgaben infolge eines nachträglich gewährten Wertausgleiches.

1/16137
PVA der Angestellten; Ausgleichszulagen
(+ 120,4 %) + 55 700 864,02 EUR

Meherausgaben infolge eines nachträglich gewährten Wertausgleiches.

1/16147
VA des österreichischen Bergbaues; Ausgleichszulagen
(+ 59,6 %) + 2 374 000,-- EUR

Meherausgaben infolge eines nachträglich gewährten Wertausgleiches.

1/16157
SVA der gewerblichen Wirtschaft; Ausgleichszulagen
(+ 25,8 %) + 16 714 817,47 EUR

Meherausgaben infolge eines nachträglich gewährten Wertausgleiches.

1/16167
SVA der Bauern; Ausgleichszulagen
(+ 4,4 %) + 10 238 000,-- EUR

Meherausgaben infolge eines nachträglich gewährten Wertausgleiches.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/164	Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung	
1/16427	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Unfallversicherung (- 7,1 %)	- 2 069 000,-- EUR

Minderausgaben infolge Überschätzung des zu leistenden Beitrags.

1/17 Gesundheit

Minderausgaben von 49 Mill. EUR entstanden vor allem durch geringere Zweckzuschüsse (10 Mill. EUR) nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG), durch gesunkene Personalausgaben (5 Mill. EUR) und Aufwendungen (3 Mill. EUR) der Dienststellen, bei Personalausgaben (5 Mill. EUR) und Aufwendungen (3 Mill. EUR) der bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten sowie bei den Personalausgaben (4 Mill. EUR) und Aufwendungen (2 Mill. EUR) der veterinärmedizinischen Anstalten. Weitere Minderausgaben betrafen verminderte Aufwendungen im Veterinärwesen (4 Mill. EUR) und zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs (1 Mill. EUR), geringere Ausgaben für die Epizootie (3 Mill. EUR) und für den Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz (1 Mill. EUR) sowie Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen für den Mutter-Kind-Pass (1 Mill. EUR).

Die Mehrausgaben betragen 30 Mill. EUR und betrafen vorwiegend Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (19 Mill. EUR) sowie Ausgaben für Kapitalbeteiligungen (7 Mill. EUR) im Zusammenhang mit Beteiligungen und Abgeltungen sowie Förderungen der Vorsorgemedizin; epidemiologische Maßnahmen und der Gesundheitsförderung, Aufklärung und Information im zweckgebundenen Gebarungsbereich (zusammen 3 Mill. EUR).

1/171	Bundesministerium; Zweckaufwand	
1/1710	Beteiligungen, Abgeltungen	
1/17107	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	+ 25 989 200,-- EUR

Mehrausgaben auf Grund einer Basiszuwendung und einer Bareinlage (ohne Stammkapital) im Zusammenhang mit der Errichtung der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH ab 1. Juni 2002 (BGBl. I Nr. 63/2002 und 64/2002).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/172	Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge	
1/1720	Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen	
1/17206 Förderungen (+ 23,8 %)		+ 1 472 605,57 EUR
	Mehrausgaben bei Subventionen an private Institutionen im Ausland (1,1 Mill. EUR) infolge einer außerordentlichen Zahlung an den UN-AIDS-Fonds und zur Förderung der Institute der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft (0,4 Mill. EUR) zur verstärkten Unterstützung von gesundheitspolitisch relevanten Forschungsprojekten.	
1/1722	Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauches	
1/17228 Aufwendungen (- 79,4 %)		- 1 442 128,09 EUR
	Minderbedarf bei Leistungen an Dritte (1,5 Mill. EUR), da die geplante Fortsetzung der Drogenkampagne nicht durchgeführt wurde.	
1/1723	Gesundheitsförderung, Aufklärung und Information (zweckgebundene Gebarung)	
1/17236 Förderungen (+ 16,6 %)		+ 1 200 000,-- EUR
	Mehrbedarf bei der Auszahlung der Mittel an den Fonds Gesundes Österreich gemäß Gesundheitsförderungsgesetz (BGBl. I Nr. 51/1998) infolge der höheren Anzahl von geeigneten Projektvorschlägen.	
1/1724	Mutter-Kind-Pass (zweckgebundene Gebarung)	
1/17247 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (- 4,7 %)		- 1 443 138,99 EUR
	Minderausgaben für Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen aufgrund des Rückganges der Geburtenzahlen und durch die geringere Inanspruchnahme der Untersuchungen.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/173	Veterinärwesen, Lebensmittelangelegenheiten, Gentechnologie und Strahlenschutz	
1/1731	Veterinärwesen	
1/17317 Epizootie (– 75,4 %)		– 2 822 217,78 EUR
	Minderausgaben für Tierärztekosten und durch geringere Entschädigungszahlungen nach dem Tierseuchen- und Tiergesundheitsgesetz (2,3 Mill. EUR) sowie bei diversen Ausgabenzwecken, insbesondere zur Anschaffung von Tollwutködern für die orale Immunisierung der Füchse infolge der günstigen Tollwutsituation.	
1/17318 Aufwendungen (– 49,6 %)		– 3 682 708,17 EUR
	Minderausgaben bei Leistungen an Dritte auf Grund verringerter Kosten für die Schweinedatenbank sowie infolge Verzögerungen bei Abrechnungen von Forschungsaufträgen.	
1/174	Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten	
1/17427 Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG) (– 2,5 %)		– 9 971 130,73 EUR
	Minderausgaben bei den gemäß § 57 Abs. 1 Z. 1 des Krankenanstaltengesetzes, in der Fassung KAG-Novelle 2000, BGBl. I Nr. 5/2001, zu leistenden umsatzsteuerabhängigen Zweckzuschüssen infolge niedrigeren Umsatzaufkommens.	
1/17437 Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz (– 72,2 %)		– 1 468 742,54 EUR
	Minderausgaben vorwiegend bei Leistungen an die Gemeinden und Länder hinsichtlich Pflegegebühren (1,3 Mill. EUR) infolge geringerer Inanspruchnahme und Rückständen bei der Aufarbeitung der Abrechnungen.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/179	Dienststellen	
1/1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	
1/17900	Personalausgaben (- 62,2 %)	- 5 040 327,80 EUR
	Minderausgaben auf Grund der Errichtung der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH ab 1. Juni 2002 (BGBl. I Nr. 63/2002 und 64/2002).	
1/17908	Aufwendungen (- 69,9 %)	- 3 101 189,66 EUR
	Minderausgaben auf Grund der Errichtung der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH ab 1. Juni 2002 (BGBl. I Nr. 63/2002 und 64/2002).	
1/1793	Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten	
1/17930	Personalausgaben (- 60,6 %)	- 4 872 170,20 EUR
	Minderausgaben auf Grund der Errichtung der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH ab 1. Juni 2002 (BGBl. I Nr. 63/2002 und 64/2002).	
1/17938	Aufwendungen (- 47,9 %)	- 2 770 538,60 EUR
	Minderausgaben auf Grund der Errichtung der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH ab 1. Juni 2002 (BGBl. I Nr. 63/2002 und 64/2002).	
1/1795	Veterinärmedizinische Anstalten	
1/17950	Personalausgaben (- 55,5 %)	- 3 808 354,-- EUR
	Minderausgaben auf Grund der Errichtung der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH ab 1. Juni 2002 (BGBl. I Nr. 63/2002 und 64/2002).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/17958
Aufwendungen
(- 28,1 %)

- 1 671 059,41 EUR

Minderausgaben auf Grund der Errichtung der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH ab 1. Juni 2002 (BGBl. I Nr. 63/2002 und 64/2002).

1/19 Jugend, Familie und Senioren

Minderausgaben in Höhe von 107 Mill. EUR gab es vorwiegend bei den Überweisungen (102 Mill. EUR) sowie bei den Aufwendungen für sonstige familienpolitische Maßnahmen (1 Mill. EUR).

Mehrausgaben von 68 Mill. EUR betrafen Ausgaben für Familienbeihilfen (43 Mill. EUR), für sonstige familienpolitische Maßnahmen (14 Mill. EUR) und für Unterhaltsvorschüsse (2 Mill. EUR) sowie Aufwendungen für Kinderbetreuungsgeld, für den Mutter-Kind-Pass-Bonus und Kleinkindbeihilfen (zusammen 6 Mill. EUR) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen für Schulbücher (2 Mill. EUR) sowie für Lehrlingsfreifahrten (1 Mill. EUR).

1/193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen
(zweckgebundene Gebarung)

1/19307
Familienbeihilfen
(+ 1,6 %)

+ 42 646 407,10 EUR

Mehrausgaben beim Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Sektion B) (42,6 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/1931 Kinderbetreuungsgeld, Mutter-Kind-Pass-Bonus
und Kleinkindbeihilfen

1/19317
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 0,5 %)

+ 4 151 989,63 EUR

Mehrausgaben im Wesentlichen für Karenzgeld im Zusammenhang mit der Überweisung an die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse (36,9 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.

Minderausgaben für Kinderbetreuungsgeld im Zusammenhang mit der Überweisung an die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse (31,1 Mill. EUR), für den Mutter-Kind-Pass-Bonus (1,4 Mill. EUR) und für Kleinkindbeihilfen (0,8 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/19318
Aufwendungen
(+ 32,5 %)

+ 2 126 229,21 EUR

Mehrausgaben für Entgelte für Verwaltungs- und sonstige Aufwendungen (2,1 Mill. EUR) im Zusammenhang mit der Vollziehung des § 38 Abs. 3 des Kinderbetreuungsgeldgesetzes (KBGG), BGBl. I Nr. 103/2001.

1/1934 Schulbücher

1/19347
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 1,9 %)

+ 1 788 097,40 EUR

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der verspäteten Einlösung von Schulbuchgutscheinen im Zusammenhang mit der im Jahre 2001 erfolgten Umstellung der Schulbuchbestellung auf ein Onlinesystem (2,9 Mill. EUR).

Minderausgaben für die Anschaffung von Schulbüchern (1,1 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/1935 Lehrlingsfreifahrten

1/19357
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 9,2 %)

+ 1 338 235,09 EUR

Mehrausgaben für Fahrpreisersätze an die Post (1,2 Mill. EUR) und an die Österreichischen Bundesbahnen (0,9 Mill. EUR) infolge von Tarifierhöhungen und Nachzahlungen.

Minderausgaben für Fahrpreisersätze an sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften (0,8 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/1938 Sonstige familienpolitische Maßnahmen

1/19387
Sonstige Maßnahmen
(+ 4,2 %)

+ 14 159 623,99 EUR

Mehrausgaben für Pensionsbeiträge vom Karenzurlaubsgeld (9,4 Mill. EUR) und für den Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld (9,1 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.

Minderausgaben für die Teilzeitbeihilfe (einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) gemäß § 39 Abs. 3 FLAG 1967 (2,2 Mill. EUR), für Überweisungen an das BMSG (Mutter-Kind-Pass) (1,4 Mill. EUR), für den Teilzeitbeihilfenersatz gemäß § 39a Abs. 4 FLAG 1967 (0,7 Mill. EUR) und für die Kosten der Betriebshilfe (Teilersatz) (0,6 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/19388
Aufwendungen
(- 45,9 %)

- 1 101 834,81 EUR

Minderausgaben im Wesentlichen für Entgelte an Unternehmungen und juristische Personen (0,8 Mill. EUR) insbesondere infolge der Zurückstellung von Projekten.

1/19389
Unterhaltsvorschüsse
(+ 2,2 %)

+ 1 883 018,54 EUR

Mehrausgaben infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/19397
Überweisungen
(- 75,4 %)

- 102 036 764,48 EUR

Minderausgaben infolge eines geringer als angenommen erzielten Überschusses aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von lediglich 33 240 235,52 EUR, welcher gemäß § 40 Abs. 9 FLAG 1967 von der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur nach dem Bundesgesetz vom 4. Dezember 1992, BGBl. Nr. 763/1992, auf ein Sonderkonto des Bundes im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen zu überweisen war.

1/20 Äußeres

Mehrausgaben von 22 Mill. EUR betrafen vor allem vermehrte Aufwendungen (11 Mill. EUR) und Personalausgaben (2 Mill. EUR) der Vertretungsbehörden, höhere Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen für Beiträge an internationale Organisationen (7 Mill. EUR) sowie höhere Ausgaben für Förderungen der Entwicklungshilfe (2 Mill. EUR).

Die Minderausgaben betragen 7 Mill. EUR.

1/200 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

1/2000 Zentralleitung

1/20000
Personalausgaben
(- 3,9 %)

- 1 030 651,82 EUR

Minderausgaben vor allem bei Beamten (1,0 Mill. EUR) infolge unterbliebener Nachbesetzung von Planstellen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/2003 Beiträge an internationale Organisationen

1/20037

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(+ 17,9 %)

+ 7 063 465,66 EUR

Mehrausgaben vor allem für die Mission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) (4,0 Mill. EUR), die Beobachtermision der Vereinten Nationen in Sierra Leone (UNOMSIL) (3,5 Mill. EUR) und die Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea (UNMEE) (2,0 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung sowie beim Beitrag zum Budget der Vereinten Nationen (1,5 Mill. EUR) infolge des hohen US-Dollarkurses zum Zeitpunkt der Überweisung des österreichischen Pflichtbeitrages.

Minderausgaben vor allem für die Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) (3,5 Mill. EUR) und die Mission der Vereinten Nationen in Ost Timor (UNAMET) (0,5 Mill. EUR) infolge Reduzierung von friedenserhaltenden Operationen.

1/20048

Internationale Konferenzen in Österreich

(- 55,5 %)

- 1 442 915,70 EUR

Minderausgaben insbesondere bei Entgelten an Unternehmungen für Werkleistungen (1,4 Mill. EUR) infolge kostengünstiger bzw. nicht ausgerichteter Konferenzen.

1/201

Vertretungsbehörden

1/20100

Personalausgaben

(+ 4,1 %)

+ 1 593 754,96 EUR

Mehrausgaben vor allem für Vertragsbedienstete (0,6 Mill. EUR) infolge vermehrter Übernahmen von Funktionen an den Vertretungen und für Mehrleistungsvergütungen (0,5 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben betrafen Vertragsbedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (0,4 Mill. EUR).

1/20107

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

+ 163 740,43 EUR

Mehrausgaben für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG ohne Überschreitungsgenehmigung, deren Bedeckung allerdings durch eine Ausgaberrückstellung zu Lasten des VA-Ansatzes 1/20308 (Kulturinstitute; Aufwendungen) sichergestellt wurde.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/20108
Aufwendungen
(+ 16,2 %)

+ 11 280 695,05 EUR

Mehrausgaben vor allem bei Auslandsreisen/Übersiedlungen (4,1 Mill. EUR) infolge angewiesener Überhänge aus 2001 sowie infolge von Versetzungen aufgrund des Rotationsprinzips, bei Auslandszulagen (3,4 Mill. EUR) – insbesondere Kaufkraft-Ausgleichszulagen, Auslandsverwendungszulagen und Wohnungs- und Erziehungskostenbeiträge – infolge gestiegener Fremdwährungskurse (vorwiegend des US-Dollars, des Pfunds und des Yen). Weitere Mehrausgaben durch die vermehrte Anmietung von Wohnobjekten – aufgrund aufgelassener Dienst- und Naturalwohnungen bei gleichzeitig weltweit gestiegenen Mietkosten – sowie infolge gestiegener Schulkosten, ferner bei Kursdifferenzen aus der Fremdwährungsgebarung (1,8 Mill. EUR) infolge der Kursentwicklung, bei Mieten von DFÜ-Leitungen (1,2 Mill. EUR) infolge des gestiegenen Leitungsverkehrsaufkommens, bei Entgelten an Unternehmungen für Werkleistungen (0,8 Mill. EUR) infolge vermehrter Fremdvergaben sowie bei Mieten für Gebäude und Räumlichkeiten für Amtszwecke (0,6 Mill. EUR) infolge Zahlung der ersten Miete an die Bundesimmobiliengesellschaft für das neue Amtsgebäude in Berlin.

Minderausgaben vor allem bei Nachrichtenübermittlung durch staatliche Unternehmungen (0,6 Mill. EUR) infolge verstärkter Nutzung alternativer Netzbetreiber und bei Instandhaltung von bundeseigenen Gebäuden (einmalige Ausgaben) (0,6 Mill. EUR) infolge zurückgestellter Bauprojekte.

1/205 Entwicklungshilfe

1/20506
Förderungen
(+ 3,1 %)

+ 1 518 000,-- EUR

Mehrausgaben vor allem infolge der Verwirklichung zusätzlicher Vorhaben im Rahmen der Entwicklungshilfe (15,1 Mill. EUR).

Minderausgaben vor allem wegen der Zurückstellung der Förderung verschiedener Hilfsmaßnahmen (13,6 Mill. EUR).

1/30 Justiz

Mehrausgaben in Höhe von 70 Mill. EUR betrafen hauptsächlich Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz (39 Mill. EUR), Aufwendungen (zusammen 17 Mill. EUR) und Personalausgaben (1 Mill. EUR) der Justizbehörden in den Ländern sowie Aufwendungen (7 Mill. EUR) und Anlagen (5 Mill. EUR) der Justizanstalten.

Die Minderausgaben betragen 7 Mill. EUR.

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



1/300	Bundesministerium für Justiz	
1/30018	Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz	+ 39 492 543,86 EUR
	Mehrausgaben für Mieten (Zentralstelle (0,7 Mill. EUR), Justizbehörden 22,3 Mill. EUR), Justizanstalten (12,6 Mill. EUR)) sowie Betriebskosten (Justizbehörden (2,0 Mill. EUR), Justizanstalten (1,1 Mill. EUR)) aufgrund des BIG-Gesetzes.	
1/302	Justizbehörden in den Ländern	
1/30200	Personalausgaben (+ 0,5 %)	+ 1 339 006,17 EUR
	Mehrausgaben für Vertragsbedienstete (1,7 Mill. EUR) aufgrund der Bezugsregelung zum 1.1.2001 (BGBl. I Nr. 142/2001).	
1/30203	Anlagen (- 17,3 %)	- 1 171 854,59 EUR
	Minderausgaben bei sonstiger Amtsausstattung (1,7 Mill. EUR) aufgrund planmäßiger Ausgabenrückstellungen infolge späterer Lieferung einer Durchsageeinrichtung für einen Wiener Gerichtshof und für erst im Jahr 2003 vorzunehmende Einrichtungen.	
1/30207	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 6,4 %)	+ 5 594 942,23 EUR
	Mehrausgaben für Kinderbetreuungsgeld (0,7 Mill. EUR) aufgrund Nichtveranschlagung im BVA 2002, für ersatzpflichtige Entschädigungen nach dem Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz (4,7 Mill. EUR) durch verstärkte Inanspruchnahme von Sachverständigen in ASG-Sachen sowie für Dienstgeberbeiträge (1,2 Mill. EUR) infolge einer höheren Anzahl von Rechtspraktikanten und durch nicht veranschlagte Sonderzahlungen an Rechtspraktikanten als Folge des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom 27.9.2000 (BGBl. I Nr. 120/2000).	
	Minderausgaben bei Entschädigungen gemäß Gebührenanspruchsgesetz (1,3 Mill. EUR) aufgrund des Rückganges der Zahlungen an Sachverständige und Dolmetscher in Strafsachen.	
1/30208	Aufwendungen (+ 8,5 %)	+ 10 936 990,59 EUR
	Mehrausgaben vor allem für die Instandhaltung von Gebäuden (4,1 Mill. EUR) aufgrund von Baumaßnahmen infolge des BIG-Gesetzes und für die Schaffung bzw. Adaptierung von Büroräumen bei der Zusammenlegung von 42 Bezirks-	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

gerichten, für Leistungen der Post (1,7 Mill. EUR) aufgrund des Anstieges der Ausgaben für gerichtlich angeordnete Überwachungen des Fernmeldeverkehrs sowie für Mieten von Liegenschaften und Räumlichkeiten für sonstige Amts- und Betriebszwecke (1,0 Mill. EUR) infolge einer erst im Jahr 2002 vorgeschriebenen Betriebskostenabrechnung des BG Fünfhaus. Weitere Mehrausgaben für gestiegene Betriebskosten bei privaten Anmietungen, zusätzliche Anmietungen für die Gerichtsunterkunft in St. Johann/Pongau, weiters für die Miete von Verhandlungsräumen im Rahmen des Kaprun-Prozesses und für die Neuanmietung von Räumlichkeiten für die Auktionshalle Innsbruck sowie bei Entgelten an die BRZ-GmbH (ADV) (11,8 Mill. EUR) infolge höherer Entwicklungs- und Betriebskosten der Verfahrensautomation „Justiz neu“ und der Begleichung offener Forderungen aus dem Vorjahr.

Minderausgaben bei Energiebezügen (0,7 Mill. EUR) aufgrund günstigerer Preise für Großabnehmer und der Verlagerung der Kosten für Fernwärme, deren Heizkosten im Wege der Betriebskostenabrechnungen von der BIG vorgeschrieben wurden, auf VA-Ansatz 1/30018 (Zahlungen an die BIG), bei Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen (ADV) (0,9 Mill. EUR) infolge der Senkung der Zahlungen für Wartung aufgrund fortgesetzter Erneuerung der Hardware und der Verlagerung von Wartungskosten zu Lasten der VA-Post Entgelte an die BRZ-GmbH (ADV). Weitere Minderausgaben bei Entgelten für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (6,0 Mill. EUR) aufgrund der Einsparung von Presseinschaltungen im Firmenbuch sowie bei Pauschalvergütungen an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag (0,5 Mill. EUR) aufgrund geringerer Zahlungen für die Pauschalvergütung für Leistungen der nach § 45 der Rechtsanwaltsordnung bestellten Rechtsanwälte in überlangen Verfahren nach § 16 Abs. 4 der Rechtsanwaltsordnung.

1/303 Justizanstalten

1/3030 Justizanstalten

1/30300
Personalausgaben
(- 2,4 %)

- 2 971 980,08 EUR

Minderausgaben vor allem bei Beamten (1,2 Mill. EUR) und sonstigen Nebengebühren (0,9 Mill. EUR) aufgrund einer geringeren Anzahl besetzter Planstellen und der Senkung der Nachtdienststärke sowie bei Mehrleistungsvergütungen (0,5 Mill. EUR).

1/30303
Anlagen
(+ 169,6 %)

+ 4 648 000,-- EUR

Mehrausgaben für Sonderanlagen (0,9 Mill. EUR) sowie für in Bau befindliche Gebäude – Justizanstalten (3,8 Mill. EUR), bedingt durch die Umschichtung der Zahlungen für Anlagegüter von Kapitel 54 (VA-Ansatz 1/54608) zu Kapitel 30.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/30308

Aufwendungen

(+ 8,9 %)

+ 6 857 482,85 EUR

Mehrausgaben vor allem für Mittel zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge (0,7 Mill. EUR) aufgrund der gestiegenen Anzahl Gefangener und des immer schlechter werdenden Gesundheitszustandes der Insassen, für Instandhaltung von Gebäuden (2,1 Mill. EUR) infolge der Umschichtungen der Ausgaben für Bauvorhaben von Kapitel 54 (VA-Ansatz 1/54608) zu Kapitel 30, für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (6,5 Mill. EUR) aufgrund der gestiegenen Anzahl Gefangener und der gestiegenen Unterbringungskosten sowie für Entgelte an die BRZ-GmbH (ADV) (1,5 Mill. EUR) aufgrund der Ausweitung des Projektes „IVV-Strafvollzug“ und zur Begleichung offener Forderungen aus dem Vorjahr.

Minderausgaben vor allem bei Vergütungen für Gefangenearbeiten (4,9 Mill. EUR) aufgrund der Nichtanweisung von Vollzugskostenbeiträgen mangels budgetärer Bedeckung.

1/40

Militärische Angelegenheiten

Minderausgaben in Höhe von 36 Mill. EUR entstanden vor allem durch gesunkene Personalausgaben (24 Mill. EUR) und Aufwendungen (7 Mill. EUR) bei Heer und Heeresverwaltung sowie durch geringere Personalausgaben der Zentralleitung (3 Mill. EUR).

Mehrausgaben in Höhe von 29 Mill. EUR betrafen vorwiegend Aufwendungen für Bauvorhaben (10 Mill. EUR), Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (9 Mill. EUR) und Ausgaben für Liegenschaftsankäufe (2 Mill. EUR) bei Heer und Heeresverwaltung sowie Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz (6 Mill. EUR).

1/400

Bundesministerium für Landesverteidigung

1/40000

Personalausgaben

(- 5,2 %)

- 2 831 504,01 EUR

Minderausgaben (3,3 Mill. EUR) ergaben sich bei den Gehältern der Beamten und Vertragsbediensteten I und bei den Mehrleistungsvergütungen aufgrund der Reorganisation des Bundesheeres.

Mehrausgaben entstanden als Folge eines Mehrbedarfs aufgrund des Sozialplangesetzes (0,4 Mill. EUR).

1/40018

Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz

(+ 132,0 %)

+ 6 045 000,-- EUR

Mehrausgaben entstanden bei Transferzahlungen (Rossauerkaserne) (9,6 Mill. EUR).

Minderausgaben ergaben sich bei den Normmieten (3,5 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/401 Heer und Heeresverwaltung

1/40100
Personalausgaben
(- 3,2 %)

- 24 200 798,91 EUR

Minderausgaben ergaben sich durch die Einhaltung von Kontingentierungsmaßnahmen und verminderte Übernahmen von Zeitsoldaten zu Militärpersonen auf Zeit (11,9 Mill. EUR). Weiters bei den Mehrleistungsvergütungen aufgrund der Reorganisation des BMLV (16,4 Mill. EUR), bei den Jubiläumszuwendungen (1,0 Mill. EUR) und bei den Dienstgeberbeiträgen infolge von Fehlschätzungen (zusammen 5,9 Mill. EUR).

Mehrausgaben ergaben sich durch den Personaltransfer aus der Zentraleitung in die Heeresverwaltung und die vermehrte Übernahme von Militärpersonen auf Zeit zu Berufsmilitärpersonen (2,4 Mill. EUR), durch Maßnahmen infolge des Bundessozialplangesetzes (2,1 Mill. EUR) sowie durch vermehrte Übernahme von Militärpersonen auf Zeit zu Vertragsbediensteten (0,8 Mill. EUR), weiters bei den Dienstgeberbeiträgen infolge ungenauer Budgetierung (zusammen 5,4 Mill. EUR).

1/40103
Liegenschaftsankäufe
(+ 341,8 %)

+ 2 484 962,67 EUR

Mehrausgaben ergaben sich bei Grund und Boden - unbebaut (2,4 Mill. EUR) aufgrund des Grunderwerbs Hief্লাu und Güssing.

1/40107
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 6,1 %)

+ 9 275 097,65 EUR

Mehrausgaben ergaben sich bei Familienunterhalt, Wohnkostenbeihilfe, Monatsgeld, Dienstgradzulage, Prämie im Grundwehrdienst, Entschädigungen und Fahrtkostenvergütung durch erhöhte Inanspruchnahmen, durch die Nichtberücksichtigung einer Bezugserhöhung sowie als Folgewirkung des Hochwassereinsatzes (zusammen 15,4 Mill. EUR).

Minderausgaben durch verminderte Inanspruchnahmen von Familienbeihilfen, bei den Gebühren zur Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen sowie durch die Verringerung des Zeitsoldaten-Standes (zusammen 7,3 Mill. EUR).

1/40108
Aufwendungen
(- 1,2 %)

- 7 400 640,36 EUR

Minderausgaben ergaben sich vorwiegend durch die Zurückstellung beim Ankauf von Treibstoffen (7,5 Mill. EUR), bei Bekleidung, Brennstoffen und sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden (12,1 Mill. EUR) sowie bei Munition, Radar, FM-Gerät, Luftzeuggerät, Pioniergerät und ABC-Ausstattung (43,0 Mill. EUR). Des weiteren durch Einsparungen bei Inlandreisen, Miet- und

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



Pachtzinsen für Wohnzwecke, sonstigen Mieten, Erstellung von Grundstückseinrichtungen und bei der Instandhaltung von Kraftfahrzeugen (16,8 Mill. EUR).

Mehrausgaben entstanden hauptsächlich beim Investitionsaufwand für Maschinen, Kraftfahrgerät, Luftzeuggerät, Waffen, Software, Sonderanlagen und sonstige Einrichtungen (64,8 Mill. EUR) sowie für die Instandhaltung von Gebäuden und sonstige Transporte (7,5 Mill. EUR).

1/40138

Aufwendungen (Bauvorhaben)

(+ 15,0 %)

+ 10 166 013,34 EUR

Mehrausgaben entstanden bei der Gebäudeinstandhaltung (10,2 Mill. EUR), vornehmlich bezüglich der Objekte Maria Theresien-Kaserne, Dabsch-Kaserne, Schwarzenberg-Kaserne sowie Fliegerhorst Aigen, und bei den Verbrauchsgütern für innerbetriebliche Leistungen (0,9 Mill. EUR).

Minderausgaben ergaben sich bei der Erstellung von Gebäuden (0,7 Mill. EUR).

1/50

Finanzverwaltung

Minderausgaben von 271 Mill. EUR betrafen hauptsächlich geringere Personalausgaben (154 Mill. EUR) und Aufwendungen (23 Mill. EUR) der Ämter gemäß Poststrukturgesetz sowie die Personalausgaben (33 Mill. EUR) und Aufwendungen (2 Mill. EUR) der Dienststellen der Zoll- und Abgabenverwaltung. Weitere Minderausgaben entfielen auf geringere Zuschüsse an die Oesterreichische Kontrollbank-AG (20 Mill. EUR), auf Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften (15 Mill. EUR), auf Personalausgaben des Österreichischen Postsparkassenamts (7 Mill. EUR) und der Zentralleitung (2 Mill. EUR) sowie auf die Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen (6 Mill. EUR). Ebenso entstanden sie bei den Entschädigungszahlungen gemäß Staatsvertrag für Schäden im Ausland (2 Mill. EUR) sowie bei sonstigen Förderungen, Bezugsvorschüssen und beim Zuschuss an die Finanzierungsgarantie GesmbH (zusammen 4 Mill. EUR).

Mehrausgaben von 74 Mill. EUR betrafen vorwiegend Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz (39 Mill. EUR), den Zweckaufwand des BMF für die Zurückstellung von Silbermünzen (20 Mill. EUR), die Aufwendungen im IT-Bereich (7 Mill. EUR) sowie Aufwendungen im Bereich der Zentralleitung (5 Mill. EUR).

1/500

Bundesministerium für Finanzen

1/5000

Zentralleitung

1/50000

Personalausgaben

(- 3,8 %)

- 1 663 740,34 EUR

Minderausgaben für Beamte (0,9 Mill. EUR) und Vertragsbedienstete I (0,6 Mill. EUR) aufgrund der nicht genau abschätzbaren Personalentwicklung.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/50008
Aufwendungen
(+ 28,2 %)

+ 5 414 267,54 EUR

Mehrausgaben für sonstige Werkleistungen juristischer Personen (2,9 Mill. EUR) im Zusammenhang mit einer Informationskampagne für kleine und mittlere Unternehmen, für ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiativen (0,6 Mill. EUR) und für Bedienstete gemäß Punkt 4 Abs. 7 des Stellenplans (A/I) (0,6 Mill. EUR) infolge eines höheren Bedarfes.

Minderausgaben für Ersatzzahlungen an die Gebühren Info Service GmbH (0,9 Mill. EUR).

1/5002 IT-Bereich

1/50028
Aufwendungen
(+ 9,3 %)

+ 7 399 967,76 EUR

Mehrausgaben für sonstige ADV-Leistungen von Firmen (10,8 Mill. EUR) aufgrund der Reorganisation des Haushalts- und Rechnungswesens des Bundes mittels SAP R/3 sowie für Entgelte an die BRZ-GmbH (Hausverwaltung) (0,6 Mill. EUR) infolge der Neufestsetzung der Verteilerschlüssel.

Minderausgaben für ADV-Entgelte an die BRZ-GmbH (2,5 Mill. EUR) infolge von Preisverminderungen für CPU-Stunden und Speicherkapazitäten sowie für Vergütungen an das BKA für das Zentrale Ausweichrechenzentrum des Bundes (ZAS) (1,0 Mill. EUR).

1/501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)

1/50107
Zurückstellung von Silbermünzen
(+ 343,8 %)

+ 19 994 019,34 EUR

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Rückstellung von Silbermünzen gemäß § 21 Abs. 1 des Scheidemünzengesetzes 1988, BGBl. Nr. 597 i.d.g.F..

1/50138
Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen
(- 4,1 %)

- 5 745 654,17 EUR

Minderausgaben bei den Kosten für Länder mit mittlerem Einkommen (5,2 Mill. EUR) und bei den Kosten für Post-Toronto-Abkommen und deren Weiterentwicklung (0,5 Mill. EUR) im Wesentlichen infolge von Verzögerungen bei der Abwicklung der HIPC-Initiative (Highly Indebted Poor Countries Initiative).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/502	Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)	
1/5023	ÖKB-AG	
1/50236	Förderungen-Zuschuss	
(- 92,0 %)		- 20 062 052,06 EUR
	Minderausgaben durch die Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen der OeKB-AG gemäß Ausführfinanzierungsförderungsgesetz (10,9 Mill. EUR), für Finanzierungen aufgrund des Schwellenländerprogrammes (6,7 Mill. EUR) und für Kofinanzierungen mit der Weltbank (2,4 Mill. EUR).	
1/50294	Zuschuss an Finanzierungsgarantie GesmbH	
(- 150,3 %)		- 1 092 367,42 EUR
	Minderausgaben für Zuschüsse für Betriebssanierungen im Wesentlichen infolge unerwarteter Rückflüsse von Fördermitteln.	
1/50295	Bezugsvorschüsse	
(- 33,8 %)		- 1 207 884,37 EUR
	Minderausgaben für Bezugsvorschüsse für Wohnbauzwecke für Bedienstete im Bereich der Post und Telekom Austria AG (0,7 Mill. EUR).	
1/50296	Sonstige Förderungen	
(- 16,6 %)		- 1 312 747,04 EUR
	Minderausgaben für die Finanzierung verschiedener Trust Funds der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie des Kooperationsfonds Global Environment Facility-GEF (2,8 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben für den Studienfonds der Finanzierungsgarantie GesmbH (Exportoffensive) (1,1 Mill. EUR) sowie für die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung-Trust Fund (0,6 Mill. EUR).	
1/503	Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag	
1/5031	Schäden im Ausland	
1/50317	Entschädigungszahlungen	
(- 51,1 %)		- 2 415 236,98 EUR
	Minderausgaben im Zusammenhang mit der Vollziehung des Entschädigungsgesetzes CSSR, BGBl. Nr. 125/1997 i.d.g.F., (2,2 Mill. EUR) aufgrund des Ablebens eines Großteils der Geschädigten.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/504	Zoll- und Abgabenverwaltung	
1/5040	Dienststellen	
1/50400 Personalausgaben (- 6,5 %)		- 32 509 268,31 EUR
	Minderausgaben für Beamte (12,9 Mill. EUR) und Vertragsbedienstete I und II (10,0 Mill. EUR), für Mehrleistungsvergütungen (5,2 Mill. EUR), für sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Beamten und Vertragsbediensteten (3,1 Mill. EUR), für Vergütungen für Nebentätigkeit (1,2 Mill. EUR) und für sonstige Nebengebühren (1,1 Mill. EUR) infolge der Sparmaßnahmen der Bundesregierung am Personalsektor.	
	Mehrausgaben für Belohnungen (1,6 Mill. EUR) infolge der Leistungsorientierung des Vergabesystems.	
1/50408 Aufwendungen (- 3,5 %)		- 2 366 335,95 EUR
	Minderausgaben für Inlandreisen (3,2 Mill. EUR), für Energiebezüge (2,0 Mill. EUR) und für Leistungen der Post (1,3 Mill. EUR) infolge von Sparmaßnahmen und von Preisreduktionen für das Ressort.	
	Mehrausgaben für nicht veranschlagte Inlandreisen (Schulung und Weiterbildung) (1,7 Mill. EUR), für sonstige Miet- und Pachtzinse (1,0 Mill. EUR) infolge der Vorschreibung von Mieten und Betriebskosten für Objekte der Zollverwaltung durch die ASFINAG und für die Instandhaltung von Gebäuden (0,8 Mill. EUR) im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Errichtung eines Unabhängigen Finanzsenates (UFS), BGBl. I Nr. 97/2002, ab 1. Jänner 2003.	
1/50418 Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften (- 20,8 %)		- 15 151 720,20 EUR
	Minderausgaben durch das Zollamt Salzburg/Erstattungen, im Wesentlichen infolge niedrigerer Erstattungssätze und zu hoher Veranschlagung.	
1/50428 Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz (+ 754,7 %)		+ 39 487 609,86 EUR
	Mehrausgaben aufgrund der erstmals verrechneten Mieten gemäß dem Bundesimmobiliengesetz, BGBl. I Nr. 141/2000.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/508	Unternehmungen mit Bundesbediensteten	
1/5080	Österreichisches Postsparkassenamt	
1/50800	Personalausgaben (- 16,0 %)	- 6 608 600,60 EUR
	Minderausgaben für Vertragsbedienstete I (3,2 Mill. EUR) und für Beamte infolge der Pensionsreform 2000 (1,6 Mill. EUR), für sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Vertragsbediensteten (0,9 Mill. EUR) und für Mehrleistungsvergütungen (0,6 Mill. EUR) infolge der Verringerung des Personals.	
1/5083	Ämter gemäß Poststrukturgesetz	
1/50830	Personalausgaben (- 13,1 %)	- 153 563 266,77 EUR
	Minderausgaben für Beamte (einschließlich Beamte im Vorruhestand) (123,4 Mill. EUR), für Mehrleistungsvergütungen (30,1 Mill. EUR), für Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Beamten (20,4 Mill. EUR) und für sonstige Nebengebühren (7,5 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben für Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG (15,2 Mill. EUR), für Jubiläumswendungen (7,8 Mill. EUR), für Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen für Beamte (Vorruhestand) (3,1 Mill. EUR) und für Beamte nach dem Pensionsreformgesetz 2000, BGBl. 1 Nr. 95/2000 (1,7 Mill. EUR).	
1/50838	Aufwendungen (- 29,2 %)	- 23 295 402,35 EUR
	Minderausgaben für Aufwandsentschädigungen (16,2 Mill. EUR) und für Inlandreisen (7,3 Mill. EUR) im Zusammenhang mit der Vollziehung des Poststrukturgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996 i.d.g.F..	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

51 Kassenverwaltung

Minderausgaben von 9 563 Mill. EUR entstanden hauptsächlich bei Aufwendungen B für Devisentermingeschäfte (5 001 Mill. EUR), bei der Tilgung (3 925 Mill. EUR) sowie bei Zinsen und Begebungskosten (165 Mill. EUR) von kurzfristigen Verpflichtungen des Bundes, bei den Pauschalvorsorgen für Sachausgaben (zusammen 428 Mill. EUR) und bei den Aufwendungen für die Siedlungswasserwirtschaft (32 Mill. EUR) sowie des Innovations- und Technologiefonds (8 Mill. EUR).

Mehrausgaben von 1 678 Mill. EUR betrafen vor allem Zuführungen an die besondere Rücklage (678 Mill. EUR), an die zweckgebundene Einnahmen-Rücklage (605 Mill. EUR), an die allgemeine Rücklage (170 Mill. EUR), an die besondere Einnahmen-Rücklage (138 Mill. EUR) sowie an die besondere Aufwendungen-Rücklage (69 Mill. EUR) und Aufwendungen für Devisentermingeschäfte (16 Mill. EUR).

1/510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes

1/51038
Kursverluste
(- 97,2 %)

- 3 533 573,80 EUR

Minderausgaben durch geringere Kursverluste.

1/511 Geldverkehr des Bundes (zweckgebundene Gebarung)

1/5110 Innovations- und Technologiefonds

1/51108
Aufwendungen
(- 25,0 %)

- 8 010 691,-- EUR

Minderausgaben durch geringere Überweisungen an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie.

1/511 1 Siedlungswasserwirtschaft

1/511 18
Aufwendungen
(- 13,8 %)

- 32 068 916,99 EUR

Minderausgaben aufgrund geringerer Anforderungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft.

1/512 Rücklagen

Die Zuführung nicht in Anspruch genommener Teile von Ausgabenansätzen sowie solcher von zweckgebundenen Einnahmen und Einnahmen aus EU-Rückflüssen an Haushaltsrücklagen gemäß den Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes und des Bundesfinanzgesetzes 2002 erfolgt durch buchmäßige Ausweisung von Mehrausgaben in entsprechender Höhe bei den nachstehenden Verrechnungsansätzen der Kassenverwaltung (Titel 1/512). Diesen

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



Mehrausgaben stehen als Bedeckung einzelne Ausgabenersparungen und zweckgebundene Mehreinnahmen sowie Reste von nicht in Anspruch genommenen Rücklagenentnahmen bei den in Frage kommenden Voranschlagsansätzen gegenüber.

1/51219
Zuführung an allgemeine Rücklage + 170 334 246,-- EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51229
Zuführung an Rücklage (Flexibilisierungsklausel) + 1 665 636,86 EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51249
Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage + 605 174 613,46 EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51269
Zuführung an besondere Rücklage + 677 511 670,-- EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51279
Zuführung an besondere Einnahmen-Rücklage + 138 089 845,33 EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51289
Zuführung an besondere Aufwendungen-Rücklage + 69 324 669,-- EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/518 Sonstige Pauschalvorsorgen

1/5181 Pauschalvorsorge für Sachausgaben

Diese Pauschalvorsorge für Sachausgaben war zur Bedeckung der bei den einzelnen anweisenden Organen tatsächlich anfallenden unaufschiebbaren Mehrausgaben, insbesondere solcher für Hilfeleistungen in Katastrophen-, Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, weiters für die Durchführung von unvorhersehbaren Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen und Ähnlichem vorgesehen.

1/51816
Förderungen
(- 100,0 %) - 1 017 000,-- EUR

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden insgesamt 0,8 Mill. EUR zur Bedeckung von Sondermaßnahmen der Bundesregierung im Ausland gebunden.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/51817
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(- 100,0 %) - 268 526 000,-- EUR

Bei diesem Voranschlagsansatz erfolgte keine Bindung.

1/51818
Aufwendungen
(- 100,0 %) - 158 020 000,-- EUR

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden insgesamt 6,1 Mill. EUR zur Bedeckung von Mehrausgaben für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im Ausland, für Repräsentationsverpflichtungen des Bundespräsidenten sowie für eine Bindungsumlegung gemäß Art. XV BFG 2002 vom Kapitel 60 – „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“ (5,0 Mill. EUR) gebunden.

519 Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben

5191 Kurzfristige Verpflichtungen

1/51918
Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes (Zinsen und Begebungskosten)
(- 78,1 %) - 165 248 068,02 EUR

Minderausgaben für Zinsen infolge geringerer Aufnahme und geringerer Zinssätze von Kassenstärkern in fremder Währung (170,7 Mill. EUR).

Mehrausgaben für Zinsen infolge verstärkter Aufnahme von Kassenstärkern in heimischer Währung (5,4 Mill. EUR).

7/51919
Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes (Tilgung)
(- 31,8 %) - 3 925 458 955,31 EUR

Minderausgaben infolge geringerer Aufnahme von Kassenstärkern in fremder Währung (5 221,7 Mill. EUR).

Mehrausgaben infolge höherer Aufnahme von Kassenstärkerkrediten in heimischer Währung aufgrund der verstärkten Ausnützung des Austrian Treasury Bill (ATB) Programmes (1 296,2 Mill. EUR).
(Siehe auch VA-Ansatz 8/51919.)

5192 Devisentermingeschäfte

1/51928
Aufwendungen + 15 555 754,65 EUR

Mehrausgaben für die im Zusammenhang mit kurzfristigen Verpflichtungen abgeschlossenen Devisentermingeschäfte.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

7/51929

Aufwendungen (B)

(- 45,9 %)

- 5 001 393 374,94 EUR

Minderausgaben infolge geringerer Aufnahme von Kassenstärkern in fremder Währung und der damit verbundenen Devisentermingeschäfte.
(Siehe auch VA-Ansatz 7/51919.)

1/52

Öffentliche Abgaben

1/527

Verschiedene Kosten

1/52718

Verkaufsvergütungen

(- 61,7 %)

- 3 679 543,98 EUR

Minderausgaben bei den Stempelmarken (allgemein) infolge zu hoher Veranschlagung (4,0 Mill. EUR).

1/53

Finanzausgleich

Mehrausgaben von 1 164 Mill. EUR betrafen Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen für Zuschüsse nach dem Zweckzuschussgesetz 2001 im Zuge der Übertragung von Bundesstraßen (436 Mill. EUR), die Sonderdotierung des Katastrophenfonds gemäß Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbau-Gesetz 2002 (für private Personen und Infrastruktur) (zusammen 500 Mill. EUR) sowie die Zahlungen – ebenfalls gemäß Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbau-Gesetz 2002 – an private Personen (120 Mill. EUR) und für die Infrastruktur (35 Mill. EUR) im zweckgebundenen Gebarungsbereich des Katastrophenfonds. Weiters entfielen die Mehrausgaben auf Zahlungen für Schäden im Vermögen privater Personen (38 Mill. EUR), auf Finanzausgleich in Nahverkehrsangelegenheiten (18 Mill. EUR) und für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen (7 Mill. EUR) sowie auf den Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder (10 Mill. EUR).

Minderausgaben von 114 Mill. EUR entstanden vor allem beim Katastrophenfonds: bei der Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden (60 Mill. EUR), bei Schäden im Vermögen des Bundes (16 Mill. EUR) sowie bei den Zahlungen an die Länder (1 Mill. EUR). Weiters betrafen sie Bedarfszuweisungen an die Länder (25 Mill. EUR), Zuschüsse für Krankenanstalten (5 Mill. EUR) und nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz (2 Mill. EUR) sowie die Zuschüsse nach § 3 Zweckzuschussgesetz 2001 (4 Mill. EUR).

1/530

Leistungen an Länder und Gemeinden

1/53007

Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder

(+ 10,2 %)

+ 10 449 640,-- EUR

Mehrausgaben, weil der aus Bundesmitteln zu leistende Kopfquotenausgleich, der vom Aufkommen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben abhängt, schwer abschätzbar ist.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/53027

Bedarfszuweisung an Länder

(- 3,2 %)

- 25 238 006,-- EUR

Minderausgaben entsprechend dem niedrigeren Aufkommen an den für die Bemessung der Bedarfszuweisung maßgeblichen Abgaben (Einkommen-, Körperschaftsteuer und Wohnbauförderungsbeitrag) in den Monaten Oktober 2001 bis September 2002.

1/53047

Finanzzuweisung für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen

(+ 9,1 %)

+ 7 058 538,-- EUR

Mehrausgaben aufgrund des höheren Aufkommens an Energieabgabe.

1/53097

Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten

(+ 10,4 %)

+ 17 669 144,92 EUR

Mehrausgaben bei den Zuweisungen nach § 20 Abs. 4 FAG 2001 (14,7 Mill. EUR) aufgrund des höheren Aufkommens an Mineralölsteuer sowie bei den Zuweisungen nach § 20 Abs. 2 und 3 FAG 2001 (1,5 bzw. 1,4 Mill. EUR) aufgrund des höheren Aufkommens an Energieabgabe.

1/532

Zweckzuschüsse des Bundes I

1/53207

Zuschüsse für Krankenanstalten

(- 4,1 %)

- 4 520 718,-- EUR

Minderausgaben aufgrund des niedrigeren Aufkommens an Umsatzsteuer.

1/53217

Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz

(- 8,9 %)

- 2 127 756,21 EUR

Minderausgaben infolge geringerer Anforderung von Bundeszuschüssen zu den von den Ländern zur Verfügung gestellten Mitteln für den Wohnbau (Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1982 i.d.F. BGBl. I Nr. 147/1999: 1,3 Mill. EUR; Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1983 i.d.F. BGBl. I Nr. 147/1999: 0,9 Mill. EUR).

1/53237

Zuschüsse nach § 3 des Zweckzuschussgesetzes 2001

(- 88,7 %)

- 3 866 766,32 EUR

Minderausgaben infolge geringerer Zuschüsse für Annuitäten und Wohnbeihilfen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/5326	Zuschüsse nach dem Zweckzuschussgesetz 2001 (Übertragung von Bundesstraßen)	
1/53267	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	+ 435 745 422,53 EUR
	Mehrausgaben infolge von Überweisungen an die Länder zur Finanzierung von Bundesstraßen gemäß § 4a des Zweckzuschussgesetzes 2001.	
1/533	Zweckzuschüsse des Bundes II	
1/53317	Zahlungen an den Katastrophenfonds gemäß Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbau-Gesetz 2002 (private Personen)	+ 250 000 000,-- EUR
	Mehrausgaben für die Dotierung des Katastrophenfonds gemäß § 2 des Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbau-Gesetzes 2002, BGBl. I Nr. 155.	
1/53327	Zahlungen an den Katastrophenfonds gemäß Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbau-Gesetz 2002 (Infrastruktur)	+ 250 000 000,-- EUR
	Mehrausgaben für die Dotierung des Katastrophenfonds gemäß § 3 des Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbau-Gesetzes 2002, BGBl. I Nr. 155.	
1/534	Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)	
1/53408	Schäden im Vermögen privater Personen (+ 331,7 %)	+ 38 232 880,40 EUR
	Mehrausgaben für Privatschäden in Höhe von 21,9 Mill. EUR infolge der Hochwasserkatastrophe im August 2002, sowie für Maßnahmen aufgrund der BSE-Krise (10,9 Mill. EUR) und für Dürreschäden (5,5 Mill. EUR).	
1/53418	Zahlungen an Länder (- 3,9 %)	- 1 257 438,-- EUR
	Minderausgaben für Schäden im Vermögen der Länder (1,9 Mill. EUR) infolge geringeren Bedarfes.	
	Mehrausgaben für Katastropheneinsatzgeräte der Feuerwehren (0,6 Mill. EUR) infolge höheren Bedarfes.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/53458
Schäden im Vermögen des Bundes
(– 77,9 %) – 15 813 657,-- EUR

Minderausgaben für Überweisungen an das BMVIT (16,7 Mill. EUR) infolge geringerer Anforderungen von Bundesmittel.

Mehrausgaben für Überweisungen an das BMLFUW (0,9 Mill. EUR) infolge eines höheren Bedarfes an Bundesmittel.

1/53468
Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden
(– 27,3 %) – 59 989 230,-- EUR

Minderausgaben infolge geringerer Anforderungen von Bundesmittel durch das BMVIT für Zwecke des Wasserbaues (45,7 Mill. EUR) sowie für Zwecke der Bundesstraßen (28,4 Mill. EUR).

Mehrausgaben für Überweisungen an das BMLFUW (14,1 Mill. EUR) infolge höherer Anforderungen von Bundesmittel.

1/535 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung) (Fortsetzung)

1/53508
Zahlungen gemäß Hochwasseropferentschädigungs-
und Wiederaufbau-Gesetz 2002 (private Personen) + 119 941 901,16 EUR

Mehrausgaben für die Behebung von Privatschäden infolge der Hochwasserkatastrophe im August 2002.

1/53518
Zahlungen gemäß Hochwasseropferentschädigungs-
und Wiederaufbau-Gesetz 2002 (Infrastruktur) + 34 629 697,-- EUR

Mehrausgaben für Zuschüsse zum Wiederaufbau der Infrastruktur im Bereich der Länder und Gemeinden (17,8 Mill. EUR), des BMLFUW (14,0 Mill. EUR), der Österreichischen Bundesforste AG (2,4 Mill. EUR) sowie des BMBWK (0,5 Mill. EUR) infolge der Hochwasserkatastrophe im August 2002.

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



54 Bundesvermögen

Minderausgaben von 792 Mill. EUR betrafen vorwiegend geringere Aufwendungen für unbewegliches Bundesvermögen (370 Mill. EUR), Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) (zweckgebundene Gebarung) (166 Mill. EUR) und die Nebengebarung (AFG) (101 Mill. EUR) sowie Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) (Übrige Gebarung) (73 Mill. EUR) im Rahmen der Haftungsübernahmen des Bundes gemäß Ausfuhrförderungsgesetz und Zahlungen an internationale Finanzinstitutionen (67 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben betrafen Förderungen (6 Mill. EUR) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (2 Mill. EUR) für sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen sowie den Kostenersatz an das IAKW (6 Mill. EUR).

Mehrausgaben in Höhe von 10 Mill. EUR betrafen hauptsächlich Aufwendungen für Kapitalbeteiligungen (Sonstiger Aufwand) (5 Mill. EUR) sowie die Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen (4 Mill. EUR).

1/540 Kapitalbeteiligung

1/54052

Internationale Finanzinstitutionen

(– 50,3 %)

– 67 407 628,81 EUR

Minderausgaben beim Europäischen Entwicklungsfonds (49,6 Mill. EUR) aufgrund des geringeren Abrufs des österreichischen Beitrags sowie bei der Internationalen Entwicklungsorganisation (13,0 Mill. EUR) und der Asiatischen Entwicklungsbank (1,6 Mill. EUR) infolge geringerer Einlösung von Bundesschatzscheinen. Weitere Minderausgaben beim Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung aufgrund des bereits im Finanzjahr 2001 getätigten Abrufs des österreichischen Beitrags (2,3 Mill. EUR).

1/541 Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand)

1/54108

Aufwendungen

+ 5 307 519,77 EUR

Mehrausgaben hauptsächlich infolge vermehrter Beratungsleistungen im Zusammenhang mit Anteilskäufen sowie der Ausarbeitung und Umsetzung eines Verwertungskonzepts für im Eigentum des Bundes stehende Wohnungsgesellschaften.

1/546 Unbewegliches Bundesvermögen

1/54608

Aufwendungen

(– 99,4 %)

– 370 415 966,63 EUR

Minderausgaben zwecks Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben im übrigen Bundesbereich im Zusammenhang mit dem BIG-Gesetz, BGBl. I Nr. 141/2000 (371,4 Mill. EUR) und aufgrund geringerer Provisions- und Zinszahlungen an die BIG (0,9 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Mehrausgaben für die an die BIG zu leistenden nicht veranschlagten Transaktionskosten im Zusammenhang mit den Nachbesserungen anlässlich des Verkaufs von Liegenschaften (1,9 Mill. EUR).

1/547 Haftungsübernahmen des Bundes

1/5470 Ausfuhrförderungsgesetz (AFG)
(zweckgebundene Gebarung)

1/54708
Nebengebarung (AFG)
(– 42,0 %)

– 100 629 306,81 EUR

Minderausgaben bei den Kosten gemäß § 7 Abs. 2 AFG insbesondere im Zusammenhang mit der Zinssatzreduktion Polen (101,0 Mill. EUR) und bei der Kursrisikogarantie (3,6 Mill. EUR) in Ermangelung von Anlassfällen.

Mehrausgaben beim Bankanteil an Haftungsentgelten (4,0 Mill. EUR) infolge höheren Anfalls an Haftungsentgelten.

1/54709
Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B)
(– 29,9 %)

– 166 330 236,20 EUR

Minderausgaben wegen geringeren Anfalls von Schadenszahlungen aus Garantieübernahmen gemäß § 1 AFG (173,0 Mill. EUR).

Mehrausgaben aus Wechselbürgschaften gemäß § 2 AFG (6,7 Mill. EUR).

1/5471 Sonstige Finanzhaftungen

1/54718
Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen
(+ 6,6 %)

+ 3 766 338,01 EUR

Mehrausgaben bei der Kursrisikogarantie (AFFG) (zw) (30,3 Mill. EUR) aufgrund des nicht abschätzbaren Austauschverhältnisses zwischen Euro und ausländischen Währungen.

Minderausgaben bei der Kursrisikogarantie (AFFG) (18,2 Mill. EUR) aufgrund des nicht abschätzbaren Austauschverhältnisses zwischen Euro und ausländischen Währungen sowie beim FGG-Ost-West-Fonds (5,6 Mill. EUR) und für Verpflichtungen gemäß Garantiesetz 1977 (2,7 Mill. EUR) wegen geringerer Inanspruchnahme bei Schadensfällen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/5472	Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung)	
1/54729	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B)	
(- 100,0 %)		- 72 671 000,-- EUR
	Minderausgaben infolge geringeren Anfalls von Schadenszahlungen aus Garantieübernahmen gemäß § 1 AFG.	
548	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	
1/5482	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien	
1/54826	Kostenersatz an IAKW	
(- 32,6 %)		- 5 623 000,-- EUR
	Minderausgaben infolge geringerer Kostenersatzzahlungen im Zuge der Asbestentsorgung im Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien.	
5484	Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	
1/54846	Förderungen	
(- 63,6 %)		- 6 473 814,97 EUR
	Minderausgaben hauptsächlich aufgrund geringerer Zahlungen an den Chornobyl Shelter Fund (6,1 Mill. EUR).	
1/54847	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	
(- 27,5 %)		- 2 037 480,27 EUR
	Minderausgaben vor allem infolge fehlender gesetzlicher Ermächtigung zur Leistung des österreichischen Beitrags an die Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR) (1,8 Mill. EUR).	
1/55	Pensionen	
<p>Mehrausgaben von 164 Mill. EUR betrafen vor allem Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der Ämter gemäß Poststrukturgesetz (80 Mill. EUR) und der Österreichischen Bundesbahnen (16 Mill. EUR) sowie Ersätze für Pensionen der Landeslehrer (28 Mill. EUR). Weiters betrafen sie Ruhebezüge (26 Mill. EUR), Versorgungsbezüge (9 Mill. EUR), Dienstgeberbeiträge (3 Mill. EUR) und Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (2 Mill. EUR) der Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes.</p>		
<p>Die Minderausgaben betragen 4 Mill. EUR.</p>		



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/550	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes	
1/55000 Ruhebezüge (+ 1,3 %)		+ 25 615 854,86 EUR
	Mehrausgaben durch einen höheren Zugang an Ruhebezugsempfängern (31,6 Mill. EUR).	
	Minderausgaben im Wesentlichen für Todesfallbeiträge (5,9 Mill. EUR) infolge einer geringeren Anzahl von Anspruchsberechtigten, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.	
1/55010 Versorgungsbezüge (+ 2,0 %)		+ 9 494 109,94 EUR
	Mehrausgaben infolge eines Mehrbedarfs bei den Ansprüchen auf Witwen- und Witwerversorgungsgenüsse, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.	
1/55030 Dienstgeberbeiträge (+ 3,8 %)		+ 2 784 998,32 EUR
	Mehrausgaben infolge eines Mehraufwands bei den Ruhe- und Versorgungsbezügen.	
1/55057 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (+ 6,3 %)		+ 2 401 450,70 EUR
	Mehrausgaben infolge einer höheren Anzahl an Pflegegeldbeziehern beim Ruhebezug (2,7 Mill. EUR).	
	Minderausgaben infolge eines geringeren Anstiegens der Anzahl der anspruchsberechtigten Pflegegeldbezieher bei Versorgungsbezügen und a.o. Versorgungsgenüssen (0,3 Mill. EUR), als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.	
1/551	Ersätze an Länder	
1/55107 Ersätze für Pensionen der Landeslehrer (+ 3,8 %)		+ 27 809 416,77 EUR
	Mehrausgaben infolge des stärkeren Anstiegens der Anzahl der Pensionsempfänger, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde (28,2 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Minderausgaben infolge eines geringeren Zugangs von Empfangsberechtigten beim Pflegegeld (0,4 Mill. EUR), als bei Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.

1/552 Sonstige Bedienstete

1/55210

Versorgungsbezüge
(- 6,4 %)

- 1 161 285,70 EUR

Minderausgaben infolge eines geringeren Zugangs bei den Versorgungsbezugsempfängern, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.

1/555 Sonstige Pensionsleistungen

1/5550 Österreichische Bundesbahnen

1/55507

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 0,9 %)

+ 16 264 193,63 EUR

Mehrausgaben beim Pensionsaufwand (19,2 Mill. EUR) infolge einer höheren Anzahl von Pensionsempfängern.

Minderausgaben für Pflegegeld (2,9 Mill. EUR) infolge einer geringeren Anzahl von Anspruchsberechtigten, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.

1/5551 Ämter gemäß Poststrukturgesetz

1/55517

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 8,7 %)

+ 79 859 756,03 EUR

Mehrausgaben für Pensionen (82,5 Mill. EUR) infolge einer höheren Anzahl von Pensionsbeziehern.

Minderausgaben bei den Dienstgeberbeiträgen (1,5 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung und beim Pflegegeld (1,1 Mill. EUR) infolge eines geringeren Zugangs an Anspruchsberechtigten, als bei der Veranschlagung angenommen wurde.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

58 Finanzschuld, Währungstauschverträge

Mehrausgaben von 4 031 Mill. EUR entstanden hauptsächlich bei der Kapitalauszahlung in fremder Währung durch Währungstauschverträge (2 566 Mill. EUR), bei Verzinsung und Aufgeld von Anleihen (titrierte Finanzschuld in heimischer Währung) (379 Mill. EUR), beim Erwerb von Wertpapieren mit Gegenposition (364 Mill. EUR) sowie bei Aufwendungen (B) aus Devisentermingeschäften (339 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben entstanden bei der Tilgung von Bundesschatzscheinen (titrierte Finanzschuld in heimischer Währung) (164 Mill. EUR), bei den Aufwendungen mit Gegenposition (89 Mill. EUR) sowie bei Verzinsung und Aufgeld für Ausgaben aus Währungstauschverträgen in heimischer Währung (76 Mill. EUR) und von Anleihen (titrierte Finanzschuld in fremder Währung) (51 Mill. EUR).

Minderausgaben von 2 476 Mill. EUR betrafen vor allem die Tilgung von Anleihen (titrierte Finanzschuld in heimischer Währung) (959 Mill. EUR), Zahlungen beim Titel 589 "Sonstiger Aufwand" (542 Mill. EUR), die Tilgung (411 Mill. EUR) sowie Verzinsung und Aufgeld (252 Mill. EUR) für Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV) und ebenso die Tilgung (196 Mill. EUR) sowie Verzinsung und Aufgeld (3 Mill. EUR) von Krediten und Darlehen (nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung). Weitere Minderausgaben entfielen auf Tilgung (50 Mill. EUR) sowie Verzinsung und Aufgeld (21 Mill. EUR) für Ausgaben aus Währungstauschverträgen in fremder Währung, auf die Tilgung von Anleihen (22 Mill. EUR) und von Bundesschatzscheinen (11 Mill. EUR) (titrierte Finanzschuld in fremder Währung) sowie auf Verzinsung und Aufgeld von Krediten und Darlehen (nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung) (5 Mill. EUR) und von Bundesschatzscheinen (titrierte Finanzschuld in heimischer Währung) (3 Mill. EUR).

580 Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung

5800 Anleihen

1/58008

Verzinsung und Aufgeld
(+ 7,3 %)

+ 379 009 166,68 EUR

Mehrausgaben vor allem für Zinsenaufwand infolge der Begebung von Kreditoperationen (405,7 Mill. EUR).

Minderausgaben für Stückzinsenzahlungen beim Erwerb von Bundestitel (19,2 Mill. EUR) sowie infolge günstiger variabler Zinssatzentwicklung (7,6 Mill. EUR).

7/58009

Tilgung
(- 8,9 %)

- 959 144 283,14 EUR

Minderausgaben beim Erwerb von Bundestitel.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

5802	Bundesschatzscheine	
1/58028	Verzinsung und Aufgeld (- 8,4 %)	- 2 829 223,66 EUR
	Minderausgaben infolge der vorzeitigen Tilgung von Kreditoperationen (3,6 Mill. EUR) sowie aufgrund günstiger variabler Zinssatzentwicklung (1,2 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge der Begebung von Kreditoperationen (1,8 Mill. EUR).	
7/58029	Tilgung (+ 99,3 %)	+ 164 266 637,05 EUR
	Mehrausgaben infolge der Tilgung einer Kreditoperation (150,0 Mill. EUR) sowie beim Erwerb von Bundestitel (14,3 Mill. EUR).	
581	Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	
5810	Kredite und Darlehen	
1/58108	Verzinsung und Aufgeld (- 0,2 %)	- 2 500 624,96 EUR
	Minderausgaben infolge der vorzeitigen Tilgung von Kreditoperationen (30,4 Mill. EUR) sowie günstiger variabler Zinssatzentwicklung (5,8 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge der Begebung von Kreditoperationen (34,2 Mill. EUR).	
7/58109	Tilgung (- 9,1 %)	- 195 830 466,30 EUR
	Minderausgaben infolge der vorzeitigen Tilgung einer Kreditoperation.	
582	Titrierte Finanzschuld in fremder Währung	
5820	Anleihen	
1/58208	Verzinsung und Aufgeld (+ 8,7 %)	+ 51 213 148,80 EUR
	Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge der Begebung von Kreditoperationen (56,3 Mill. EUR) sowie infolge ungünstiger variabler Zinssatzentwicklung (8,6 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse (13,4 Mill. EUR).

7/58209
Tilgung
(- 2,0 %) - 21 634 621,14 EUR

Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse.

5822 Bundesschatzscheine

7/58229
Tilgung
(- 3,2 %) - 11 368 669,74 EUR

Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse.

583 Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung

5830 Kredite und Darlehen

1/58308
Verzinsung und Aufgeld
(- 9,4 %) - 5 302 083,74 EUR

Minderausgaben vor allem aufgrund günstiger Devisenkurse.

584 Ausgaben aus Währungstauschverträgen

5840 In heimischer Währung

1/58408
Verzinsung und Aufgeld
(+ 17,9 %) + 76 222 890,58 EUR

Mehrausgaben vor allem infolge der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (49,7 Mill. EUR) sowie ungünstiger variabler Zinssatzentwicklung (26,9 Mill. EUR).

5841 In fremder Währung

1/58418
Verzinsung und Aufgeld
(- 6,5 %) - 21 172 598,50 EUR

Minderausgaben vor allem infolge günstiger variabler Zinssatzentwicklung sowie günstiger Devisenkurse bei Währungstauschverträgen.

7/58419
Tilgung
(- 3,0 %) - 50 106 747,29 EUR

Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

7/5843	In fremder Währung	
7/58439	Kapitalauszahlung	+ 2 565 947 377,32 EUR
	Mehrausgaben infolge der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen.	
587	Ausgaben mit Gegenposition	
5870	Sonstige Wertpapiergebarung	
7/58709	Erwerb von Wertpapieren mit Gegenposition (+ 24,3 %)	+ 364 158 809,90 EUR
	Mehrausgaben beim Erwerb von Bundestitel (360,7 Mill. EUR) sowie infolge des Transfers von Bundestitel in den Sonderverrechnungskreis "Rechtsträgerfinanzierung" (ehemaliges Kap. 56) (3,5 Mill. EUR).	
588	Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte	
5881	Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV)	
	Bei diesem Paragraphen wird der Zinsen- und Tilgungsdienst für die im Vorjahr nach Erstellung des Voranschlags durchgeführten Kreditoperationen und für die im laufenden Jahr jeweils neu durchzuführenden Kreditoperationen mit Zinsenverpflichtungen im selben Jahr pauschal veranschlagt. Da diese neuen Kreditoperationen erst bei ihrer Durchführung den endgültigen Verrechnungsansatzen sachlich zugeordnet werden können, dient die pauschale Vorsorge bei diesem Paragraphen der Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 BHG bzw. Art. V Abs. 3 BFG 2002.	
1/58818	Verzinsung und Aufgeld (- 100,0 %)	- 252 498 000,-- EUR
	Minderausgaben aufgrund der Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Zahlungen bei den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen 1/58008 und 1/58228 (251,7 Mill. EUR) sowie beim Kapitel 63 (0,8 Mill. EUR).	
7/58819	Tilgung (- 100,0 %)	- 411 039 000,-- EUR
	Minderausgaben aufgrund der Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Zahlungen beim sachlich in Betracht kommenden VA-Ansatz 7/58029.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

5882 Devisentermingeschäfte

7/58829
Aufwendungen (B)
(+ 91,9 %)

+ 339 243 968,26 EUR

Mehrausgaben infolge der Tilgung einer Kreditoperation, in deren Zusammenhang ein Devisentermingeschäft abgeschlossen wurde.

1/589 Sonstiger Aufwand

1/58908
Aufwendungen
(- 84,9 %)

- 542 187 309,24 EUR

Minderausgaben infolge geringerer Provisionen und Entgelte bei Kreditoperationen in heimischer Währung (223,5 Mill. EUR) sowie geringeren Disagios in heimischer Währung beim An- und Verkauf von Wertpapieren (207,6 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben aufgrund geringeren Emissionsdisagios vor allem bei Kreditoperationen in heimischer Währung (129,9 Mill. EUR).

Mehrausgaben infolge der Verrechnung von Collateralentgelt (Entgelt für Barsicherheiten) bei Währungstauschverträgen (11,5 Mill. EUR) sowie aufgrund höherer Provisionen und Entgelte in fremder Währung (6,2 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben aufgrund höherer Werbungskosten bei Kreditoperationen in heimischer Währung (1,2 Mill. EUR).

1/58918
Aufwendungen mit Gegenposition

+ 88 605 295,95 EUR

Mehrausgaben infolge höherer Provisionen und Entgelte vor allem bei Kreditoperationen in fremder Währung (29,8 Mill. EUR) sowie für Ausgaben infolge Währungstauschverträgen (22,6 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben aufgrund der Verrechnung von Emissionsdisagios bei Kreditoperationen in heimischer (22,3 Mill. EUR) und fremder (2,7 Mill. EUR) Währung sowie für Disagios in heimischer Währung beim An- und Verkauf von Wertpapieren (11,3 Mill. EUR).

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/60

Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Mehrausgaben von 277 Mill. EUR betrafen vorwiegend die Förderungen der Entwicklung des ländlichen Raumes, EAGFL-Garantie (94 Mill. EUR) und EAGFL-Garantie/tierische Erzeugnisse (51 Mill. EUR), die EAGFL-Garantie/Obst und Gemüse, Weinbau und sonstige pflanzliche Erzeugnisse (9 Mill. EUR) sowie den Bundesanteil zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums (5 Mill. EUR). Weiters betrafen sie Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen für Beteiligungen und Abgeltungen (26 Mill. EUR), qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen (17 Mill. EUR), Bundeszuschüsse für Bau-, Projektierungskosten, Gefahrenzonenpläne für Interessentengewässer (12 Mill. EUR) und für Bundesflüsse (2 Mill. EUR) im zweckgebundenen Gebarungsbereich, Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen der Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds) (9 Mill. EUR) sowie nationale Förderungsmaßnahmen (5 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben entfielen auf Personalausgaben (6 Mill. EUR) und Aufwendungen (5 Mill. EUR) der Zentralleitung, auf Aufwendungen (4 Mill. EUR), Personalausgaben (2 Mill. EUR) und Anlagen (1 Mill. EUR) der landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten, auf Zahlungen an die Agrarmarkt Austria (3 Mill. EUR), auf Aufwendungen und Personalausgaben (zusammen 3 Mill. EUR) des Bundesamt und Forschungszentrums für Wald sowie auf Aufwendungen der Bundesgärten, der agrar- und forstpolitischen sowie wasserwirtschaftlichen Unterlagen, für notstandspolizeiliche Maßnahmen gemäß §§ 31 und 138 WRG 1959 und des Wildbach- und Lawinenverbauungsdiensts (zusammen 6 Mill. EUR). Ausgaben für Anlagen des öffentlichen Wasserguts (3 Mill. EUR), für Förderungen sonstiger Aufgaben und des Forschungs- und Versuchswesens (zusammen 2 Mill. EUR), für Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen (zusammen 3 Mill. EUR) waren ebenfalls für die Entstehung von Mehrausgaben verantwortlich.

Minderausgaben von 117 Mill. EUR betrafen hauptsächlich Förderungen für land- und forstwirtschaftliche Kredite (33 Mill. EUR), die EAGFL-Garantie/Ackerkultur, Zucker und Textilpflanzen (31 Mill. EUR), kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; EAGFL-Ausrichtung (14 Mill. EUR) und Anteile des Bundes (13 Mill. EUR) sowie geringere Personalausgaben (10 Mill. EUR), Aufwendungen (4 Mill. EUR) und Anlagen (3 Mill. EUR) der Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Bundesanstalten. Weitere Minderausgaben entfielen auf Ausgaben für betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen (4 Mill. EUR) und auf Aufwendungen in Vollziehung des Hydrographiegesetzes (1 Mill. EUR).

1/600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft

1/6000 Zentralleitung

1/60000

Personalausgaben
(+ 12,7 %)

+ 5 836 626,-- EUR

Mehrausgaben bei den Beamten aufgrund der Versetzung zur Zentralleitung (3,0 Mill. EUR), bei den Beamten (Bundesbediensteten-Sozialplangesetz) aufgrund fehlender Veranschlagung (2,3 Mill. EUR) sowie bei Vertragsbediensteten I infolge zu geringer Veranschlagung (0,6 Mill. EUR).

Minderausgaben aufgrund der Reorganisation der Verwaltungsabläufe bei den Mehrleistungsvergütungen (0,5 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/60008
Aufwendungen
(+ 47,2 %) + 5 153 856,-- EUR

Mehrausgaben vor allem bei Normmieten (BIG) durch Mietzinszahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft (1,9 Mill. EUR) und bei Entgelten für sonstige Leistungen von Unternehmungen aufgrund verstärkter Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, sowie für Beraterleistungen (1,0 Mill. EUR).

1/60018
Agrarmarkt Austria
(+ 8,3 %) + 3 054 350,-- EUR

Mehrausgaben bei Zahlungen für Administration aufgrund der Übertragung der Projektleitung der INVEKOS-Softwareprogramme (3,1 Mill. EUR).

1/6002 Beteiligungen, Abgeltungen

1/60027
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 794,8 %) + 25 989 477,54 EUR

Mehrausgaben bei Transfer an die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH aufgrund der Errichtung der Gesellschaft mit 1. Juni 2002 (26,0 Mill. EUR).

1/6003 Agrar- und forstpolitische sowie
wasserwirtschaftliche Unterlagen

1/60038
Aufwendungen
(+ 5,2 %) + 1 324 161,54 EUR

Mehrausgaben vor allem beim Lagebericht gemäß § 9 LWG, bei Entgelten an Unternehmungen, aufgrund zu geringer Veranschlagung (0,5 Mill. EUR), und bei laufenden Transferzahlungen an die Länder (INVEKOS) aufgrund neuer Verträge betreffend Nutzungsrechte für Geobasisdaten (0,5 Mill. EUR).

1/6004 Notstandspolizeiliche Maßnahmen gemäß §§ 31 und
138 des Wasserrechtsgesetzes 1959

1/60048
Aufwendungen
(+ 266,9 %) + 1 726 505,96 EUR

Mehrausgaben für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen durch den Kostenersatz für den Ölunfall auf dem Gelände der Firma Leeb in Bruck an der Glocknerstraße (1,8 Mill. EUR).

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/6005	Vollziehung des Hydrographiegesetzes	
1/60058 Aufwendungen (- 19,6 %)		- 1 250 803,44 EUR
	Minderausgaben bei den Kosten für Beobachtungen der Grundwassergüte (0,8 Mill. EUR) und der Oberflächenwassergüte (0,7 Mill. EUR) mangels gesetzlicher Regelung zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie.	
1/6008	Sonstige Aufgaben	
1/60086 Förderungen (+ 107,2 %)		+ 1 557 831,95 EUR
	Mehrausgaben vor allem bei Subventionen an private, nicht auf Gewinn berechnende Institutionen infolge zu geringer Veranschlagung (0,9 Mill. EUR).	
1/601	Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)	
1/60106 Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen (+ 15,2 %)		+ 1 369 718,20 EUR
	Mehrausgaben vor allem beim Beratungswesen und für Personalkosten infolge zu geringer Veranschlagung der Kosten der Beratungskräfte für den im Jahre 2001 neu abgeschlossenen Beratervertrag (0,9 Mill. EUR).	
1/60146 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen (+ 100,9 %)		+ 16 855 224,04 EUR
	Mehrausgaben vor allem bei Maßnahmen im Zusammenhang mit der BSE-Krise mangels Kenntnis des Finanzierungsbedarfes zum Zeitpunkt der Budgeterstellung (14,5 Mill. EUR), bei Dürreschäden für die Auszahlung von Förderungsmaßnahmen infolge der Dürre des Jahres 2001 (2,4 Mill. EUR) sowie bei der Qualitätsverbesserung in der Tierhaltung, Institutionen, für den erforderlichen weiteren Ausbau der Tiergesundheitsdienste und der Geflügelhygienemaßnahmen im Rahmen einer verstärkten Förderung der Zentralen Tierzuchtverbände Österreichs (1,5 Mill. EUR).	
	Minderausgaben für Qualitätsverbesserung und Produktionsalternativen in der Tierhaltung (LWK und LWK, Investitionen) durch Ausgabenrückstellungen zugunsten der Finanzierung von Förderungsmaßnahmen für den dringend notwendigen Ausbau der Tiergesundheitsdienste (1,5 Mill. EUR) und bei der Energie aus Biomasse, da die Errichtung von Biomasse-Heizanlagen verstärkt auch im EU-kofinanzierten Programm im Rahmen der ländlichen Entwicklung bei den VA-Ansätzen 1/60366 und 1/60376 abgewickelt wurde (1,1 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/60156
Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen
(- 17,3 %) - 3 803 718,52 EUR

Minderausgaben vor allem bei der Verkehrserschließung ländlicher Gebiete durch die ausschließliche Abwicklung dieser Förderungsmaßnahme im Rahmen der ländlichen Entwicklung bei den VA-Ansätzen 1/60366 und 1/60376 (4,4 Mill. EUR).

1/60166
Absatz- und Verwertungsmaßnahmen
(+ 100,0 %) + 1 452 737,35 EUR

Mehrausgaben bei Werbung und Markterschließung durch die verstärkte Förderung absatzsteigernder Maßnahmen sowie zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Bauern in Europa (1,7 Mill. EUR).

1/6018 Land- und forstwirtschaftliche Kredite

1/60186
Förderungen
(- 59,3 %) - 33 330 681,-- EUR

Minderausgaben bei den Zinsenzuschüssen für land- und forstwirtschaftliche Investitionskredite (AIK, ASK und BSF), für Konsolidierungskredite und für das EU-Fitnessprogramm ab 1995 (37,3 Mill. EUR) sowie bei den Zinsenzuschüssen für land- und forstwirtschaftliche Investitionskredite (BSF) und für das EU-Fitnessprogramm bis 1994 (1,4 Mill. EUR) durch die günstige Zinsenentwicklung und zu hohe Veranschlagung.

Mehrausgaben bei den Zinsenzuschüssen für land- und forstwirtschaftliche Investitionskredite (AIK und ASK) bis 1994 infolge zu geringer Budgetierung (5,5 Mill. EUR)

1/60198
Forschungs- und Versuchswesen
(+ 54,5 %) + 1 364 778,77 EUR

Mehrausgaben vor allem bei den Überweisungen an Dienststellen aufgrund von Mehreinnahmen an zweckgebundenen Mitteln beim VA-Ansatz 2/60190 „Internationale Forschungs- und Versuchsvorhaben“ (Überweisungen der EU) durch die Beteiligung einiger nachgeordneter Dienststellen des BMLFUW an EU-Forschungsprojekten (0,8 Mill. EUR).

1/602 Agrarische Strukturförderung

1/60206
Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)
(- 88,5 %) - 13 756 881,84 EUR

Minderausgaben vor allem bei Überweisungen an den ERP-Fonds, Maßnahmen gemäß Ziel 5a, Investitionen (6,2 Mill. EUR), bei der Anpassung und Entwick-

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



lung von ländlichen Gebieten (Wegebau, Sonderanlagen, Maschinen, sonstige Anlagen) (5,1 Mill. EUR), bei Maßnahmen im Ziel 5b-Gebiet, Land, Investitionen (2,2 Mill. EUR), bei den landwirtschaftlichen Investitionen (2,0 Mill. EUR), bei Gemeinschaftsinitiativen Rubrik 2, Land (1,8 Mill. EUR), bei den Überweisungen an den ERP-Fonds, Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet, Investitionen (1,5 Mill. EUR) sowie bei Niederlassung von Junglandwirten (1,4 Mill. EUR) aufgrund von Rückzahlungen im Rahmen der Abrechnung.

Mehrausgaben bei der Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten (Gebäude), Investitionen, aufgrund zu geringer Veranschlagung (8,7 Mill. EUR).

1/60216

Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes
(– 564,0 %)

– 13 118 434,19 EUR

Minderausgaben bei der Überweisung an den ERP-Fonds, Maßnahmen gemäß Ziel 5a, Investitionen (8,5 Mill. EUR), bei Maßnahmen im Ziel 5b-Gebiet, Land, Investitionen (3,5 Mill. EUR), bei Überweisungen an den ERP-Fonds, Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet, Investitionen (0,8 Mill. EUR) sowie bei Gemeinschaftsinitiativen Rubrik 2, Land, Investitionen (0,7 Mill. EUR) aufgrund von Rückzahlungen im Rahmen der Abrechnung.

Mehrausgaben bei Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten (Gebäude), Investitionen, durch Unterpräliminierung (1,8 Mill. EUR).

1/60226

Nationale Förderungsmaßnahmen
(+ 78,3 %)

+ 4 550 000,-- EUR

Mehrausgaben bei Ziel 1, Additionalität, Land, Investitionen (6,3 Mill. EUR) und bei der Technischen Hilfe – Land (0,6 Mill. EUR), da diese VA-Posten neu eröffnet wurden.

Minderausgaben bei den Überweisungen an die AMA, Ausgleichszulage national, infolge eines geringeren Bedarfs (2,4 Mill. EUR).

1/603

Marktordnungsmaßnahmen

1/60304

EAGFL-Garantie (Ackerkulturen, Zucker und Textilpflanzen), Überweisungen an die AMA
(– 7,3 %)

– 3 147 656,55 EUR

Minderausgaben bei Hektarbeihilfen an die Erzeuger von Getreide und Mais, (13,8 Mill. EUR) sowie an die Erzeuger von Rapssamen, Sonnenblumenkernen und Sojabohnen (4,8 Mill. EUR), Faserpflanzen (1,6 Mill. EUR) sowie von Leinsamen außer Faserlein, allgemein (0,8 Mill. EUR), und bei Flächenstilllegung im Zusammenhang mit Hektarbeihilfen (10,5 Mill. EUR) aufgrund des nicht vorhersehbaren Anbau- und Antragsverhaltens. Weitere Minderausgaben bei Zucker, Vergütung der Lagerkosten (9,2 Mill. EUR), die eingestellt wurde, bei der Erstattung für die Erzeugung von Maisstärke (3,6 Mill. EUR) und von



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Weizenstärke (1,2 Mill. EUR) aufgrund der Senkung der Erstattungssätze sowie bei den Ackerkulturen, öffentliche Lagerhaltung, technische Kosten (3,4 Mill. EUR) und Wertberichtigung der Bestände (1,2 Mill. EUR) infolge der Dürreschäden im Jahre 2001.

Mehrausgaben bei den sonstigen Hektarbeihilfen aufgrund des nicht vorhersehbaren Anbauverhaltens (11,7 Mill. EUR), bei Zucker, Erstattungen für die Verwendung in der chemischen Industrie, da die Erstattungssätze infolge der niedrigen Weltmarktpreise anstiegen (6,7 Mill. EUR), und bei Ackerkulturen, öffentliche Lagerhaltung, sonstige Kosten, für die Interventionsabgabe infolge des Hochwassers (1,0 Mill. EUR).

1/60314

EAGFL-Garantie (Obst und Gemüse, Weinbau und sonstige pflanzliche Erzeugung)

(+ 137,6 %)

+ 8 999 311,62 EUR

Mehrausgaben bei der Umstellung und Umstrukturierung im Weinbau da aufgrund einer Entscheidung der Europäischen Kommission zusätzliche Mittel bereitgestellt werden mussten (11,5 Mill. EUR), und bei Obst und Gemüse, Beihilfen an anerkannte Erzeugerorganisationen, infolge einer höheren Umsatzentwicklung (1,1 Mill. EUR).

Minderausgaben bei sonstigen Interventionen bei Weinbauerzeugnissen aufgrund irrtümlicher Veranschlagung bei "Umstellung Weinbau" (2,9 Mill. EUR) sowie bei Destillation von Wein mangels Inanspruchnahme der Beihilfe (0,6 Mill. EUR).

1/60324

EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überweisungen an die AMA

(+ 35,4 %)

+ 51 212 152,88 EUR

Mehrausgaben bei der Schlachtprämie (32,7 Mill. EUR), bei der Extensivierungsprämie (19,3 Mill. EUR), beim Ergänzungsbeitrag (8,0 Mill. EUR) und bei den Prämien für Mutterschafe und Mutterziegen (1,1 Mill. EUR) infolge der Erhöhung der Prämien- bzw. Beihilfensätze sowie bei den Einlagerungen von Rindfleisch, öffentliche Lagerhaltung, technische Kosten (1,9 Mill. EUR) und Wertberichtigung der Bestände (0,7 Mill. EUR) aufgrund vermehrter Inanspruchnahme infolge der negativen Marktlage und der BSE-Nachwirkungen.

Minderausgaben bei Sonderprämien (6,2 Mill. EUR) und bei den Prämien für Mutterkühe (2,6 Mill. EUR) infolge des Wegfalls der Vorschusszahlungen, bei den Beihilfen für Magermilchpulver zur Kälberfütterung mangels Inanspruchnahme (2,0 Mill. EUR), bei Interventionskäufen bei Butter und Rahm, Wertberichtigung der Bestände (1,1 Mill. EUR) und bei Einlagerung von Magermilchpulver, Wertberichtigung der Bestände (0,8 Mill. EUR) infolge geringerer Beantragung.

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



1/60366

Förderungen der Entwicklung des ländlichen Raumes,
EAGFL-Garantie

(+ 26,7 %)

+ 94 372 831,54 EUR

Mehrausgaben bei Agrarumweltmaßnahmen, AMA (116,2 Mill. EUR), bei Niederlassung von Junglandwirten (4,7 Mill. EUR), bei landwirtschaftlichen Investitionen (Gebäude) (3,3 Mill. EUR), bei Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten (Sonderanlagen), Investitionen (2,9 Mill. EUR), bei Verarbeitung, Vermarktung (Gebäude), Investitionen (2,6 Mill. EUR) sowie bei Verarbeitung, Vermarktung (Maschinen), Investitionen (2,5 Mill. EUR); weitere Mehrausgaben bei Forstmaßnahmen (2,3 Mill. EUR), bei Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten (Gebäude), Investitionen (1,9 Mill. EUR), bei Berufsbildung (1,2 Mill. EUR) sowie bei Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten (1,2 Mill. EUR) infolge Unterpräliminierung.

Minderausgaben bei den Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten, AMA, infolge der Verwendung der Mittel für den Mehrbedarf bei den Agrarumweltmaßnahmen (28,0 Mill. EUR); weitere Minderausgaben bei Forstmaßnahmen, Überweisungen an die AMA (6,0 Mill. EUR), bei den landwirtschaftlichen Investitionen (5,2 Mill. EUR), bei Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten (Wegebau), Investitionen (2,7 Mill. EUR), bei Berufsbildung (Maschinen), Investitionen (1,0 Mill. EUR) und bei Forstmaßnahmen (Maschinen), Investitionen (0,9 Mill. EUR) wegen geringeren Anfalls.

1/60376

Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes,
Bundesanteil

(+ 1,5 %)

+ 5 000 000,-- EUR

Mehrausgaben bei Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten, AMA (14,6 Mill. EUR) und bei den sonstigen Maßnahmen für ländliche Entwicklung, Überweisungen an die AMA (6,2 Mill. EUR) aufgrund einer Verschiebung des internen Finanzierungsschlüssels innerhalb der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums. Weitere Mehrausgaben bei Niederlassung von Junglandwirten (2,0 Mill. EUR), bei Verarbeitung, Vermarktung (3,2 Mill. EUR), bei Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten (Sonderanlagen), Investitionen (1,6 Mill. EUR) sowie bei Forstmaßnahmen (0,8 Mill. EUR), aufgrund mangelnder Erfahrungswerte.

Minderausgaben bei den landwirtschaftlichen Investitionen (13,8 Mill. EUR), bei der Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten (Wegebau), Investitionen (4,0 Mill. EUR), bei Forstmaßnahmen, Überweisungen an die AMA (2,6 Mill. EUR), bei Forstmaßnahmen (Maschinen), Investitionen (0,9 Mill. EUR), und bei Berufsbildung (Maschinen), Investitionen (0,8 Mill. EUR) aufgrund fehlender Erfahrungswerte. Weitere Minderausgaben bei den Agrarumweltmaßnahmen, AMA, aufgrund einer Verschiebung des internen Finanzierungsschlüssels innerhalb der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums (1,1 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/605	Lehr- und Versuchsanstalten	
1/6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	
1/60500	Personalausgaben (+ 5,8 %)	+ 1 577 465,38 EUR
	Mehrausgaben überwiegend bei Vertragsbediensteten I/L Z (0,4 Mill. EUR) und II Z (0,3 Mill. EUR), bei den Mehrleistungsvergütungen Z (0,2 Mill. EUR) und bei den Dienstgeberbeiträgen-Sonstige/Vertragsbedienstete Z (0,2 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung.	
1/60503	Anlagen (+ 77,9 %)	+ 1 307 178,79 EUR
	Mehrausgaben vor allem bei den Ausgaben für im Bau befindliche Anlagen aufgrund der Refundierung von Zahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft mbH für die Fertigstellung von Neubaumaßnahmen (1,4 Mill. EUR).	
	Minderausgaben bei der sonstigen Betriebsausstattung infolge zu hoher Veranschlagung (0,7 Mill. EUR).	
1/60508	Aufwendungen (+ 66,9 %)	+ 3 852 484,43 EUR
	Mehrausgaben vor allem bei der Instandhaltung von Gebäuden aufgrund der Refundierung von Zahlungen für Instandhaltungsarbeiten (1,4 Mill. EUR) und bei Miete (BIG) aufgrund von Mietzinszahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft mbH (1,2 Mill. EUR) sowie bei den sonstigen Miet- und Pachtzinsen aufgrund einer Mietzinsvorauszahlung der HBLA-Schönbrunn für die Fertigstellung des Staudensichtungsgartens (0,6 Mill. EUR).	
1/6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten	
1/60510	Personalausgaben (- 34,1 %)	- 10 118 082,40 EUR
	Minderausgaben hauptsächlich bei den Beamten Z (4,8 Mill. EUR) sowie bei Vertragsbediensteten I Z (2,9 Mill. EUR) aufgrund der Versetzung der Beamten zur Zentraleitung und der Übernahme der Vertragsbediensteten von der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH mit 1. Juni 2002.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/60513
Anlagen
(- 67,7 %)

- 3 264 080,27 EUR

Minderausgaben bei der Erstausrüstung Hirschstetten infolge der Übertragung der Zahlungsverpflichtung an die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH mit 1. Juni 2002 (4,3 Mill. EUR).

Mehrausgaben bei den Ausgaben für im Bau befindliche Anlagen durch eine Straßenverlegung und Installierung einer neuen Oberflächenentwässerung (0,8 Mill. EUR).

1/60518
Aufwendungen
(- 37,5 %)

- 3 920 140,99 EUR

Minderausgaben vor allem bei den sonstigen Zinsen-Inland (0,9 Mill. EUR) und bei den Energiebezügen (0,6 Mill. EUR) infolge der Ausgliederung von Dienststellen und Aufnahme in die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH mit 1. Juni 2002.

1/6053 Bundesamt und Forschungszentrum für Wald

1/60530
Personalausgaben
(+ 16,4 %)

+ 1 359 242,25 EUR

Mehrausgaben vor allem bei den Beamten Z (0,5 Mill. EUR) und bei den Vertragsbediensteten I Z (0,4 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/60538
Aufwendungen
(+ 99,6 %)

+ 1 918 511,09 EUR

Mehrausgaben vor allem bei Mieten (BIG) durch Mietzinszahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft mbH (0,7 Mill. EUR).

1/608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und
Lawinenverbauung

1/6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst

1/60808
Aufwendungen
(+ 103,7 %)

+ 1 611 299,53 EUR

Mehrausgaben vor allem bei der Instandhaltung von Gebäuden, da mit dem Inkrafttreten des BIG-Gesetzes die Instandhaltungskosten der Bauhöfe vom Nutzer zu finanzieren sind (0,7 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/6081	Öffentliches Wassergut	
1/60813 Anlagen		+ 2 910 329,58 EUR
	Mehrausgaben beim Erwerb von Grund und Boden (unbebaut) in Kärnten, da der Ankauf von Grundstücken im Rahmen des Ringtausches an den Kärntner Seen nicht veranschlagt war (2,9 Mill. EUR).	
1/6083	Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)	
1/60836 Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung) (+ 14,6 %)		+ 8 707 687,34 EUR
	Mehrausgaben bei der Wildbachverbauung gemäß Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbaugesetz 2002 (HWG 2002), da aufgrund der Hochwasserkatastrophe im August 2002 zur Beseitigung der Hochwasserschäden zusätzliche Mittel aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellt wurden (8,7 Mill. EUR), bei den Wildbachverbauungen für dringend notwendige Maßnahmenetzungen infolge der Hochwasserereignisse im Sommer 2002 (6,4 Mill. EUR) sowie bei der Sanierung von geschädigten Wäldern mit Schutzwirkung für verstärkte Förderungsmaßnahmen infolge der Sturmkatastrophe im Herbst 2001 (3,7 Mill. EUR).	
	Minderausgaben bei den Lawinenverbauungen aufgrund der Verschiebung der Arbeitsschwerpunkte von der Lawinenverbauung zur Wildbachverbauung (9,6 Mill. EUR).	
1/6085	Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds)	
1/60858 Bau-, Projektierungskosten, Gefahrenzonenpläne (zweckgebundene Gebarung) (+ 9,7 %)		+ 2 367 612,78 EUR
	Mehrausgaben bei den sonstigen Vorhaben aufgrund dringend notwendiger Maßnahmen infolge der Hochwasserereignisse (2,6 Mill. EUR), für Ausgaben zur Durchführung von Hochwasserschutzmaßnahmen gemäß HWG 2002 (zusammen 3,6 Mill. EUR) sowie bei Raab, Industriepark Heiligenkreuz, für den Mehrbedarf an Bundesmitteln infolge des Ausgleichs der Vorfinanzierung (0,8 Mill. EUR).	
	Minderausgaben beim Rheintalbinnenkanal (1,2 Mill. EUR), bei der Leitharegulierung (1,2 Mill. EUR), bei den Grenzgewässern (0,7 Mill. EUR) und bei der Lech Musau (0,5 Mill. EUR) aufgrund von Verzögerungen bei der Baudurchführung und Zurückstellungen zugunsten der Finanzierung der Behebung der Hochwasserschäden sowie bei der Pinka, HW-Schutz Eberau aufgrund einer Kosteneinsparung infolge der raschen Bauführung (0,5 Mill. EUR).	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/6087 Interessentengewässer (Mittel des
Katastrophenfonds)

1/60876

Bundeszuschüsse für Bau-, Projektierungskosten,
Gefahrenzonenplanung (zweckgebundene Gebarung)
(+ 51,8 %)

+ 12 000 000,-- EUR

Mehrausgaben für die Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung der Hochwasserschäden infolge der Hochwasserkatastrophe im August 2002 gemäß HWG 2002 (12,0 Mill. EUR) sowie bei den sonstigen Vorhaben zur Behebung der Hochwasserschäden aufgrund diverser Hochwasserereignisse während des gesamten Jahres 2002 (2,5 Mill. EUR).

Minderausgaben bei der Großache, Gemeinde Kirchdorf (0,7 Mill. EUR) und beim Purbach, Stadtgemeinde Judenburg (0,7 Mill. EUR) infolge des nicht erreichten Baufortschritts.

1/609 Sonstige nachgeordnete Dienststellen

1/6093 Bundesgärten

1/60938

Aufwendungen
(+ 50,4 %)

+ 1 566 477,45 EUR

Mehrausgaben vor allem bei den sonstigen Miet- und Pachtzinsen aufgrund der Renovierung des Sonnenuhrhauses (0,8 Mill. EUR) und bei der sonstigen Betriebsausstattung für die Einrichtungen der Personalunterkünfte im Beldere und im Sonnenuhrhaus (0,4 Mill. EUR).

1/61 Umwelt neu

Minderausgaben in Höhe von 75 Mill. EUR betrafen vorwiegend geringere Förderungen der Siedlungswasserwirtschaft (26 Mill. EUR) und von sonstigen Umweltmaßnahmen (2 Mill. EUR), Förderungen (24 Mill. EUR) und Aufwendungen (16 Mill. EUR) der Altlastensanierung im zweckgebundenen Gebarungsbereich sowie die Aufwendungen für Ersatzvornahmen im Rahmen der Altlastensanierung (5 Mill. EUR).

Die Mehrausgaben betragen 2 Mill. EUR.

1/612 Umweltschutz

1/6121 Ersatzvornahmen (Altlasten)

1/61218

Aufwendungen
(- 13,3 %)

- 5 258 912,49 EUR

Minderausgaben bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen aufgrund der Einhaltung der finanzgesetzlichen Bindung



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

in Höhe von 3 % (0,5 Mill. EUR) und einer Umschichtung zum VA-Ansatz 1/61208 für Maßnahmen im Zusammenhang mit grenznahen Kernkraftwerken (1,5 Mill. EUR) sowie bei Entgelten an Einzelpersonen (3,6 Mill. EUR) aufgrund geringeren Aufwandes für Ersatzvornahmen.

Mehrausgaben bei den Entgelten an Unternehmungen infolge zu geringer Budgetierung (0,5 Mill. EUR).

1/6122 Altlastensanierung (zweckgebundene Gebarung)

1/61226
Förderungen
(– 37,8 %)

– 23 937 670,69 EUR

Minderausgaben bei den Interventionszuschüssen für die Altlastensanierung, weil die Auszahlungen nur entsprechend dem jeweiligen Projektfortschritt erfolgten (23,9 Mill. EUR).

1/61228
Aufwendungen
(– 80,6 %)

– 15 731 899,31 EUR

Minderausgaben vor allem bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (11,2 Mill. EUR) und bei den Entgelten an Unternehmungen gemäß §18 ALSAG (3,5 Mill. EUR), weil die Auszahlungen nur entsprechend dem jeweiligen Projektfortschritt erfolgten.

1/6123 Siedlungswasserwirtschaft (zweckgebundene Gebarung)

1/61236
Förderungen
(– 9,7 %)

– 25 842 946,37 EUR

Minderausgaben bei den Investitionsförderungen, weil die Auszahlungen nur entsprechend dem jeweiligen Projektfortschritt erfolgten (25,8 Mill. EUR).

1/6124 Sonstige Umweltmaßnahmen

1/61246
Förderungen
(– 6,1 %)

– 2 006 352,29 EUR

Minderausgaben bei den Umweltschutzmaßnahmen im Ausland aufgrund des geringeren Auszahlungsbedarfs (4,5 Mill. EUR).

Mehrausgaben bei den Investitionszuschüssen aufgrund der Projektfortschritte 2002 (2,5 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/6125 Strahlenschutz

1/61258
Aufwendungen
(+ 22,6 %)

+ 1 161 209,60 EUR

Mehrausgaben vor allem bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen für Projekte im Rahmen der Umsetzung des Melker Protokolls (0,5 Mill. EUR) und bei Leistungen der Post aufgrund höherer Leitungsmieten an die Telekom Austria AG (0,5 Mill. EUR).

1/63 Wirtschaft und Arbeit

Mehrausgaben von 1 133 Mill. EUR betrafen vorwiegend den Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (516 Mill. EUR), Leistungen nach dem AIVG und KGG (515 Mill. EUR), Förderungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (AMFG, AMSG, EU) (zusammen 49 Mill. EUR), Ausgaben zur Sicherung der Jugendausbildung (22 Mill. EUR) sowie Überweisungen an das AMS gemäß § 41 (2) AMSG (6 Mill. EUR). Weiters entstanden sie bei den Aufwendungen (5 Mill. EUR), den Anlagen (4 Mill. EUR) und bei den Personalausgaben (3 Mill. EUR) der Zentralleitung, bei den Aufwendungen der Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich) (4 Mill. EUR), bei den Sonderunterstützungen (4 Mill. EUR) sowie bei Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete (2 Mill. EUR).

Minderausgaben in Höhe von 110 Mill. EUR betrafen vor allem geringere Aufwendungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU) (34 Mill. EUR), Förderungen für die unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung gemäß AMFG (zusammen 29 Mill. EUR), verminderte Überweisungen für sonstige Maßnahmen (22 Mill. EUR), Ausgaben für Strukturmaßnahmen EU (15 Mill. EUR), die Personalausgaben der Bergbehörden (2 Mill. EUR) und der Ämter des AMS (1 Mill. EUR) sowie die Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß KGG (1 Mill. EUR).

1/630 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

1/6300 Zentralleitung

1/63000
Personalausgaben
(+ 6,9 %)

+ 3 084 726,15 EUR

Die Mehrausgaben bei den Gehältern der Beamten (2,7 Mill. EUR) sowie den Beamten (Bundesbeamten-Sozialplangesetz) (0,9 Mill. EUR) resultieren aus dem Struktureffekt und der Bezugserrhöhung sowie der Eingliederung der Montanbehörde in die Zentralleitung.

Minderausgaben bei den Vertragsbediensteten VB I (0,9 Mill. EUR) aufgrund äußerst restriktiver Nachbesetzungen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/63003
Anlagen
(+ 342,7 %) + 3 694 020,30 EUR

Mehrausgaben für Hardware (ADV) aufgrund der Neuausstattung im Hinblick auf die Umstellung der Haushaltsverrechnung auf SAP R/3 und den elektronischen Akt (3,9 Mill. EUR).

1/63008
Aufwendungen
(+ 30,9 %) + 5 394 423,09 EUR

Mehrausgaben aufgrund der Fremdvergabe der Wartungs- und Installationsarbeiten im Bereich der ADV (2,4 Mill. EUR), bei Lizenzgebühren im Bereich der ADV-Software (1,0 Mill. EUR), den Werkleistungen von gewerblichen Betrieben (0,6 Mill. EUR) und den Miet- und Pachtzinsen (0,6 Mill. EUR); weitere Mehrausgaben für die Miete von DFÜ-Leitungen (0,5 Mill. EUR), für die Erstellung von ADV-Programmen (0,5 Mill. EUR), sowie für freiwillige Sozialleistungen (0,3 Mill. EUR), Mitgliedsbeiträge an Institutionen im Ausland (0,3 Mill. EUR) und Gerichtsgebühren (0,2 Mill. EUR).

Minderausgaben aufgrund geringerer Aufwendungen für die Miete von DFÜ-Leitungen (BTX) (1,5 Mill. EUR) infolge geänderter Verrechnung, aufgrund geringerer Forderungen seitens der Bundesrechenzentrum GmbH (0,7 Mill. EUR) und durch Überschätzung des Bedarfes an Leihverträgen (0,6 Mill. EUR).

1/631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

1/6317 Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich)

1/63178
Aufwendungen
(+ 168,6 %) + 3 777 449,03 EUR

Mehrausgaben durch zusätzliche Maßnahmen zur Intensivierung der Forschungsprogramme im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive (gesamt 2,6 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben für Zahlungen an die Innovationsagentur (1,4 Mill. EUR) sowie im Bereich der Forschungs-, Technologie- und Bildungskoooperation (0,6 Mill. EUR).

Minderausgaben für Werkleistungen von gewerblichen Betrieben, Firmen und juristischen Personen (1,1 Mill. EUR) infolge geringeren Bedarfs.

1/63186
Strukturmaßnahmen EU
(- 105,7 %) - 15 360 662,42 EUR

Minderausgaben aufgrund der Änderung der Auszahlungsmodalitäten und Rückzahlungen von EU-kofinanzierten Förderungen (15,4 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/633	Sonstige Behörden	
1/6330	Bergbehörden	
1/63300	Personalausgaben (- 100,0 %)	- 1 917 000,-- EUR
	Minderausgaben aufgrund der Eingliederung der Montanbehörde in die Zentralleitung (1,9 Mill. EUR).	
1/634	Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand	
1/63457	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (+ 168,9 %)	+ 515 558 244,56 EUR
	Mehrausgaben zum Ausgleich des Defizits der Gebarung Arbeitsmarktpolitik.	
1/635	Arbeitsmarktpolitik (I)	
1/6350	Ämter des AMS	
1/63500	Personalausgaben (- 2,5 %)	- 1 299 625,51 EUR
	Minderausgaben (1,3 Mill. EUR) aufgrund der rückläufigen Anzahl von Beamten der Ämter des AMS.	
1/6351	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG	
1/63516	(+ 5,0 %)	+ 24 871 574,89 EUR
	Mehrausgaben (24,9 Mill. EUR) durch erhöhtes Fördervolumen zur Abfederung der gestiegenen Arbeitslosigkeit.	
1/63527	Überweisungen für sonstige Maßnahmen (- 54,5 %)	- 21 801 791,-- EUR
	Minderausgaben (21,8 Mill. EUR) durch Sistierung der Überweisung für unternehmensbezogene Förderungen gemäß § 6 Abs. 4 des Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetzes für das Jahr 2002 durch BGBl. I Nr. 158/2002.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/63547
Sonderunterstützung
(+ 8,6 %) + 4 151 523,48 EUR

Mehrausgaben für Überweisungen an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger (2,5 Mill. EUR) und für die Überweisung an die Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaus für die Durchführung des SUG (1,7 Mill. EUR) aufgrund geringeren Rückganges von Leistungsbeziehern als angenommen.

1/6355 Arbeitsmarktpolitische Leistungen gemäß AIVG und KGG

1/63554
Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß KGG
(- 100,5 %) - 1 460 347,47 EUR

Minderausgaben aufgrund des Wegfalls im Zuge der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes (1,5 Mill. EUR).

1/63557
Leistungen nach dem AIVG und KGG
(+ 22,8 %) + 515 109 475,05 EUR

Mehrausgaben bei Arbeitslosengeld (231,7 Mill. EUR) und Altersteilzeitgeld (157,6 Mill. EUR) aufgrund zu optimistischer Annahmen im Bundesvoranschlag. Mehrausgaben weiters bei Krankenversicherungsbeiträgen für Bezieher von Arbeitslosengeld (102,4 Mill. EUR) aufgrund der geänderten Verrechnung der ab 2002 geltenden Pauschalabgeltung der Krankenversicherungsbeiträge für alle Leistungsbezieher gemäß § 42 AIVG, bei Notstandshilfe (68,4 Mill. EUR) aufgrund gestiegenen Bedarfs und bei den Überweisungen an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger (57,3 Mill. EUR) aufgrund zu geringer Budgetierung.

Minderausgaben bei Krankenversicherungsbeiträgen für Bezieher von Not- und Sondernotstandshilfe (87,6 Mill. EUR) aufgrund der geänderten Verrechnung der ab 2002 geltenden Pauschalabgeltung der Krankenversicherungsbeiträge gemäß § 42 AIVG, bei der Sondernotstandshilfe (11,8 Mill. EUR) aufgrund der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes sowie bei Überweisungen an die Krankenversicherungsträger für Karenzurlaubsgeld (1,5 Mill. EUR) aufgrund der Rückverrechnung von im Jahr 2001 zu hoch bevorschussten Überweisungen; weiters bei Weiterbildungsgeld (1,2 Mill. EUR) und Solidaritätsprämie (0,6 Mill. EUR) aufgrund von Fehlschätzungen bei der Erstellung des Bundesvoranschlags.

1/6357 Überweisung an das AMS

1/63578
Überweisung an das AMS gemäß § 41 (2) AMSG
(+ 2,8 %) + 6 017 400,-- EUR

Mehrausgaben (6,0 Mill. EUR) beim Verwaltungskostenersatz aufgrund der veränderten Personalstruktur (rückläufige Anzahl an Beamten im Vergleich zu



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

den Kollektivvertragsbediensteten des AMS) und Abgeltung der Geldverkehrsspesen für Leistungsanweisungen in den eigenen Wirkungsbereich des AMS.

1/636 Arbeitsmarktpolitik (II)

1/63626

Sicherung der Jugendausbildung

+ 21 783 586,74 EUR

Mehrausgaben (21,8 Mill. EUR), da dieser VA-Ansatz nur durch Rücklagenentnahmen bzw. durch die Überweisung aus dem Finanzvermögen des Erstattungsfonds nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz dotiert wird.

1/63627

Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete

(+ 157,7 %)

+ 1 557 902,59 EUR

Mehrausgaben für Unterstützungsleistungen und Krankenversicherungsbeiträge (insgesamt 1,6 Mill. EUR) durch den Einbezug von Leistungsbeziehern (Telekom) im Zuge der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes.

1/6363

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU)

1/63636

Förderungen

(+ 43,3 %)

+ 24 154 214,71 EUR

Mehrausgaben (24,2 Mill. EUR) aufgrund unterschätzter Inanspruchnahme von EU-Finanzierungsanteilen für Förderungen.

1/63638

Aufwendungen

(- 56,9 %)

- 34 462 324,33 EUR

Minderausgaben (34,5 Mill. EUR) aufgrund geringerer Weiterleitung von EU-Finanzierungsanteilen an Endbegünstigte und für Werkverträge.

1/6366

Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung
gemäß AMFG

1/63665

Förderungen (D)

(- 93,1 %)

- 6 767 000,-- EUR

Minderausgaben (6,8 Mill. EUR) infolge geringerer Ausgaben für Darlehensgewährungen für unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderungen gemäß AMFG.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/63666
Förderungen
(– 64,3 %)

– 22 308 396,36 EUR

Minderausgaben (22,3 Mill. EUR) infolge geringerer Ausgaben für Zuschüsse für unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderungen gemäß AMFG.

1/64 Bauten und Technik

Mehrausgaben von 43 Mill. EUR betrafen vor allem Anlagen für sonstige Bundesgebäude (29 Mill. EUR), Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz (8 Mill. EUR), Aufwendungen des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen (2 Mill. EUR) sowie Ausgaben zur Förderung des technischen Versuchswesens (1 Mill. EUR).

Minderausgaben von 15 Mill. EUR betrafen hauptsächlich geringere Personalausgaben des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen (4 Mill. EUR), der Burghauptmannschaft Österreich (2 Mill. EUR) und des Amts der Bundesimmobilien (2 Mill. EUR) sowie die Aufwendungen der Bundesgebäudeverwaltung – Liegenschaftsverwaltung (2 Mill. EUR).

1/640 Verwaltungs- und betriebsähnliche Einrichtungen

1/6404 Amt der Bundesimmobilien

1/64040
Personalausgaben
(– 10,8 %)

– 1 662 321,98 EUR

Minderausgaben bei den Gehältern der Beamten (2,0 Mill. EUR) sowie den Mehrleistungsvergütungen (0,4 Mill. EUR).

Mehrausgaben bei den Beamten (Bundesbediensteten-Sozialplangesetz) (1,2 Mill. EUR) aufgrund von starker Inanspruchnahme des Vorruhestandsmodells.

1/641 Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik)

1/6417 Technisches Versuchswesen

1/64176
Förderungen
(+ 84,2 %)

+ 1 392 977,20 EUR

Mehrausgaben bei Förderungsbeiträgen an Institutionen (0,7 Mill. EUR) sowie beim Förderungsbeitrag Institutionen Offensivprogramm (1,4 Mill. EUR) für die Durchführung technologiepolitisch relevanter Maßnahmen.

Minderausgaben bei Förderungsbeiträgen für die übrigen Sektoren der Wirtschaft (0,8 Mill. EUR) aufgrund von Einsparungen zugunsten anderer Förderungsmaßnahmen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/645	Bundesgebäudeverwaltung	
1/6450	Burghauptmannschaft Österreich	
1/64500	Personalausgaben (– 21,4 %)	– 1 988 225,93 EUR
	Minderausgaben bei den Gehältern der Vertragsbediensteten (2,0 Mill. EUR), den Dienstgeberbeiträgen (gesamt 1,4 Mill. EUR) und den Mehrleistungsvergütungen (0,2 Mill. EUR) aufgrund restriktiver Nachbesetzungen. Weitere Minderausgaben bei den Jubiläumszuwendungen (0,3 Mill. EUR) infolge geringeren Bedarfs.	
	Mehrausgaben bei den Beamtengehältern (2,0 Mill. EUR) aufgrund Struktureffekts und Bezugserhöhung.	
1/64548	Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz	+ 8 132 602,05 EUR
	Die Mehrausgaben bei den Normmieten (8,1 Mill. EUR) ergeben sich durch die Übergabe von Objekten an die Immobilienmanagementgesellschaft des Bundes mbH (IMB) und den daraus für das Ressort entstandenen Mietverhältnissen.	
1/646	Bundesgebäudeverwaltung – Liegenschaftsverwaltung	
1/6460	Betriebskosten und Hauserfordernisse	
1/64608	Aufwendungen (– 46,7 %)	– 2 111 046,56 EUR
	Minderausgaben bei den Instandhaltungen (gesamt 0,5 Mill. EUR), den geringwertigen Wirtschaftsgütern (0,4 Mill. EUR), den Aufwandsentschädigungen (0,3 Mill. EUR), den Energiebezügen (0,3 Mill. EUR), den Verbrauchsgütern (0,3 Mill. EUR) und den Brennstoffen (0,2 Mill. EUR) infolge geringeren Bedarfs.	
	Mehrausgaben bei den Werkleistungen (0,9 Mill. EUR), da aufgrund knapper Personalressourcen Dienstleistungen zugekauft werden mussten.	
1/647	Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)	
1/6475	Sonstige Bundesgebäude	
1/64753	Anlagen (+ 63,5 %)	+ 29 098 980,92 EUR
	Mehrausgaben aufgrund zügigeren Baufortschritts bei der Generalsanierung des Belvedere (1,1 Mill. EUR) und des Amtsgebäudes Himmelfortgasse (3,7 Mill. EUR), für die Sanierung der Außenfassaden des Naturhistorischen	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

(0,6 Mill. EUR) und des Kunsthistorischen Museums (0,5 Mill. EUR) sowie für die Generalsanierung der Kartause Mauerbach (2,0 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben für die bevorzugte Bedeckung von Bauträgerverpflichtungen für die Generalsanierung des Naturhistorischen Museums (3,8 Mill. EUR), des Technischen Museums (9,8 Mill. EUR) und der Albertina (7,8 Mill. EUR) sowie für nicht einzeln auszuweisende Vorhaben (gesamt 8,4 Mill. EUR).

Minderausgaben für die Generalsanierung des Kunsthistorischen Museums aufgrund von bereits geleisteten Vorauszahlungen (3,0 Mill. EUR) sowie langsamen Baufortschritts bzw. verzögerter Abrechnung bei Kulturbauten (Brand-
schutzeinrichtungen) (0,7 Mill. EUR), beim Museum für Völkerkunde (0,6 Mill. EUR), bei der Hofburg (Wiederaufbau) (1,1 Mill. EUR), der Alten Universität (2,0 Mill. EUR), bei Amtsgebäuden (Brandschutzeinrichtungen) (1,0 Mill. EUR) sowie beim Umbau und der Generalsanierung des Pressezen-
trums Wallnerstraße (0,9 Mill. EUR).

1/649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

1/6490 Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens

1/64900
Personalausgaben
(- 7,0 %)

- 3 631 446,28 EUR

Minderausgaben bei den Gehältern der Beamten (1,4 Mill. EUR), der Vertragsbediensteten I Z (0,4 Mill. EUR) und bei den Mehrleistungsvergütungen (1,8 Mill. EUR) durch die Personalreduktion infolge Umstrukturierungsmaßnahmen und Aufnahmesperre.

1/64908
Aufwendungen
(+ 22,2 %)

+ 2 202 735,27 EUR

Mehrausgaben bei sonstigen ADV-Leistungen (0,8 Mill. EUR), Werkleistungen (0,6 Mill. EUR) und Lizenzgebühren (0,6 Mill. EUR) für Leistungen im Zusammenhang mit dem Aufbau eines Geodata-Systems; weitere Mehrausgaben bei Instandhaltungen von Gebäuden (0,8 Mill. EUR) durch Sanierungsarbeiten an Vermessungsämtern.

Minderausgaben bei den Zahlungen an die BRZ GmbH (0,9 Mill. EUR) aufgrund von Rückverrechnungen.

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/65 Verkehr, Innovation und Technologie

Minderausgaben von 487 Mill. EUR betrafen vorwiegend Aufwendungen (zusammen 135 Mill. EUR) und Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung) (18 Mill. EUR) der Bundesstraßen (sonstige Ausgaben), Ausgaben für Aufwendungen (93 Mill. EUR) und Anlagen (81 Mill. EUR) der Bundesstraßen, die Verringerung der Mittel des Katastrophenfonds für den Wasserbau im zweckgebundenen Gebarungsbereich (48 Mill. EUR), die Anlagen (28 Mill. EUR) und Aufwendungen (2 Mill. EUR) für vorbeugende Maßnahmen sowie die Aufwendungen (17 Mill. EUR) zur Beseitigung von Schäden des Katastrophenfonds im zweckgebundenen Gebarungsbereich. Weitere Minderausgaben entstanden bei den Förderungen: für die wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie (15 Mill. EUR), für verkehrswirtschaftliche Maßnahmen (3 Mill. EUR) und im Rahmen der Sondervorhaben-Technologie (2 Mill. EUR) sowie für Innovation und strukturpolitische Maßnahmen und für Forschungsunternehmungen (zusammen 2 Mill. EUR). Ebenso führten geringere Ausgaben für gemeinwirtschaftliche Leistungen (Telefon und Zeitungen) (15 Mill. EUR) und für den allgemeinen Verkehr (2 Mill. EUR) sowie für Aufwendungen des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs (8 Mill. EUR), für post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten (4 Mill. EUR) und für den Forschungs- und Technologietransfer (zusammen 5 Mill. EUR) zu Minderausgaben.

Mehrausgaben von 159 Mill. EUR betrafen hauptsächlich Kosten für Kapitalbeteiligungen (35 Mill. EUR), für gemeinwirtschaftliche Leistungen (16 Mill. EUR), für die Eisenbahn-Infrastruktur (14 Mill. EUR) sowie das Entgelt an Austro-Control (2 Mill. EUR) und ebenso Förderungen (35 Mill. EUR) und Aufwendungen (2 Mill. EUR) der Technologie und Forschungsförderung (gewerblich), Anlagen der Bundesstraßen A und S (24 Mill. EUR) sowie Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs (8 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben betrafen die Aufwendungen für die wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie (7 Mill. EUR), für Sondervorhaben-Technologie (7 Mill. EUR) sowie Aufwendungen für Forschungsunternehmungen, des Österreichischen Verkehrssicherheitsfonds und des Österreichischen Patentamts (zusammen 3 Mill. EUR) und weiters Förderungen der Technologie- und Forschungsförderung (wissenschaftlich) (3 Mill. EUR) und des Forschungs- und Technologietransfers (2 Mill. EUR).

1/650 Bundesministerium für Verkehr,
Innovation und Technologie

1/6502 Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten

1/65028
Aufwendungen
(- 46,0 %)

- 4 123 240,42 EUR

Minderausgaben für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (4,1 Mill. EUR) und für sonstige ADV-Leistungen (0,7 Mill. EUR).

Mehrausgaben für Miet- und Pachtzinse (0,9 Mill. EUR) und für Leistungen der Post (0,5 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/651	Bundesministerium (Zweckaufwand)	
1/6510	Öffentlicher Personennah- und Regionalverkehr (VV/ÖPNRV-G)	
1/65107	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 14,1 %)	+ 7 515 433,-- EUR
	Mehrausgaben bei Zahlungen an den Verkehrsverbund Ost - Region (6,1 Mill. EUR), an den Verkehrsverbund Steiermark (Großraum Graz) (1,0 Mill. EUR), an den Oberösterreichischen Verkehrsverbund (0,6 Mill. EUR), an den Salzburger Verkehrsverbund (0,4 Mill. EUR) und an den Verkehrsverbund Niederösterreich - Burgenland (0,4 Mill. EUR).	
	Minderausgaben bei Zahlungen für zusätzliche Verkehrsdienste an Länder (1,9 Mill. EUR).	
1/65108	Aufwendungen (- 48,4 %)	- 8 012 438,51 EUR
	Minderausgaben bei Zahlungen für zusätzliche Verkehrsdienste an Länder (5,3 Mill. EUR) sowie an Gemeinden (0,5 Mill. EUR) und für die Schülerinte- gration (Abrechnung der Schülerfreifahrten) (1,5 Mill. EUR).	
1/65118	Allgemeiner Verkehr (- 41,4 %)	- 1 770 501,97 EUR
	Minderausgaben für die Sicherheitsarbeit für den Straßenverkehr, für den Österreichischen Bundesverkehrswegeplan, für Werbemaßnahmen für den Straßenverkehr sowie für sonstige ADV-Leistungen für das zentrale Führer- scheinregister (zusammen 1,0 Mill. EUR) und für Grundlagenuntersuchungen für die Schiene (0,6 Mill. EUR).	
1/65133	Kapitalbeteiligungen	+ 35 492 832,-- EUR
	Mehrausgaben wegen der Auszahlung von Kapitalzuschüssen an die Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungs GmbH (BABEG) (18,2 Mill. EUR) und an die Technologieimpulse GmbH (17,3 Mill. EUR).	
1/65148	Kosten für Eisenbahn-Infrastruktur (+ 1,2 %)	+ 13 652 559,18 EUR
	Mehrausgaben bei den Kapitaltransferzahlungen für Sonderanlagen an die ÖBB (74,2 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Minderausgaben bei den Zahlungen an die Schieneninfrastrukturfinanzierungs GmbH (48,7 Mill. EUR) und bei den Transferzahlungen an die ÖBB (12,1 Mill. EUR).

1/65158
Gemeinwirtschaftliche Leistungen
(+ 2,5 %) + 15 818 029,99 EUR

Mehrausgaben, weil offene Forderungen der ÖBB aus Vorjahren beglichen wurden (15,1 Mill. EUR), und wegen Zahlungen für Personenverkehrsleistungen an Privatbahnen (0,7 Mill. EUR).

1/65178
Gemeinwirtschaftliche Leistungen (Telefon und Zeitungen)
(- 28,2 %) - 15 348 429,66 EUR

Minderausgaben bei der Telefonentgeltbefreiung (15,3 Mill. EUR).

1/65198
Entgelt an Austro-Control + 2 448 000,-- EUR

Mehrausgaben aufgrund einer Zahlung an die Austro-Control für entgangene Flugsicherungsstreckengebühren (2,5 Mill. EUR).

1/652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

1/6524 Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen

1/65246
Förderungen
(- 64,8 %) - 3 111 920,69 EUR

Minderausgaben für Investitionsförderungsbeiträge an die Wirtschaft durch Ausgabenrückstellungen zur Finanzierung der Donau Transport Entwicklungs GmbH (DTE) (1,8 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben ergaben sich für Investitionsförderungsbeiträge an die Ennshafen Entwicklungs- und Betriebs GmbH (0,7 Mill. EUR) und an die Kremser Hafen- und Industriebahn GmbH (0,5 Mill. EUR) sowie für sonstige Subventionen (0,6 Mill. EUR).

Mehrausgaben für das Programm Kombiniertes Güterverkehr Straße-Schiene-Schiff (0,9 Mill. EUR).

1/6525 Innovation und strukturpolitische Maßnahmen

1/65256
Förderungen
(- 39,9 %) - 1 221 898,58 EUR

Minderausgaben für die regionale Infrastrukturförderung Oberösterreichs (Gebäude), für den Wirtschaftspark Heiligenkreuz, für den Technologie- und Gründerpark West, für die Telepark Bärnbach GmbH sowie für die Niederösterreichische und Vorarlberger regionale Infrastrukturförderung (Gebäude)



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

(zusammen 1,7 Mill. EUR), weiters für die Technopark Eisenstadt Errichtungs- und Betriebs GmbH (0,7 Mill. EUR).

Mehrausgaben für die Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungs GmbH (BABEG) (1,2 Mill. EUR).

1/653 Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie

1/6530 Mittel des Innovations- und Technologiefonds
(ITF) (zweckgebundene Gebarung)

1/65306
Förderungen
(- 93,3 %)

- 14 722 336,69 EUR

Minderausgaben ergaben sich durch Ausgabenrückstellungen bei Förderungen an Unternehmungen für Forschungsschwerpunkte (7,8 Mill. EUR) und für Technologieschwerpunkte (6,9 Mill. EUR).

1/65308
Aufwendungen
(+ 53,7 %)

+ 6 692 086,77 EUR

Mehrausgaben ergaben sich durch die Ausgabenrückstellungen bei Förderungen an Unternehmungen für Technologieschwerpunkte und damit verbundene Mehraufwendungen für Programmabwicklungen (4,2 Mill. EUR) sowie für ESA-Wahlprogramme (zusammen 3,1 Mill. EUR).

Minderausgaben für das Wahlprogramm ESA-FESTIP (0,9 Mill. EUR).

1/6531 Technologie- und Forschungsförderung (gewerbliche)/FFF

1/65316
Förderungen
(+ 85,0 %)

+ 34 596 117,09 EUR

Mehrausgaben beim Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (Forschungs- und Entwicklungsoffensive) (zusammen 37,4 Mill. EUR).

Minderausgaben beim Forschungsförderungsfonds (ITF) (zweckgebunden) (1,7 Mill. EUR) und beim Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (1,1 Mill. EUR).

1/65318
Aufwendungen

+ 1 516 141,04 EUR

Mehrausgaben beim Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft zur Abwicklung von F&E-Programmen (Forschungs- und Entwicklungsoffensive) (1,6 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/6532	Technologie- und Forschungsförderung (wissenschaftliche)/FWF	
1/65326 Förderungen (+ 6,1 %)		+ 2 530 400,-- EUR
	Mehrausgaben beim Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (Forschungs- und Entwicklungsoffensive) (9,1 Mill. EUR).	
	Minderausgaben beim Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (4,8 Mill. EUR) und für die Stimulierung europäischer Forschungsprojekte (1,3 Mill. EUR) wegen geringerer Mittel.	
1/6533	Forschungs- und Technologietransfer	
1/65336 Förderungen (+ 42,3 %)		+ 1 569 800,58 EUR
	Mehrausgaben beim Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (1,8 Mill. EUR).	
1/65337	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	
(- 6,5 %)		- 1 290 120,45 EUR
	Minderausgaben, weil sich beim Projekt EUMETSAT aufgrund interner Einsparungen eine Verminderung der Mitgliedsbeiträge ergab (0,9 Mill. EUR).	
1/65338	Aufwendungen	
(- 42,2 %)		- 3 258 508,96 EUR
	Minderausgaben bei Forschungsschwerpunkten für Unternehmungen (1,1 Mill. EUR), für Vorträge, Seminare und Tagungen für Unternehmungen (0,8 Mill. EUR), für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (0,6 Mill. EUR), für Technologieschwerpunkte für Unternehmungen (0,5 Mill. EUR) und für Entgelte für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (0,5 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben für Entgelte für die Vergabe von Forschungsaufträgen an universitäre Einrichtungen (0,8 Mill. EUR).	
1/6534	Sondervorhaben – Technologie	
1/65346 Förderungen (- 31,3 %)		- 2 274 432,15 EUR
	Minderausgaben für die Errichtung von Kompetenzzentren (7,3 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Mehrausgaben für Zahlungen an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung (Forschungs- und Entwicklungsoffensive) (3,0 Mill. EUR), für laufende Transferzahlungen an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung (Technologiemilliarde) (1,0 Mill. EUR) und für Kooperationen mit Fachhochschulen (Technologiemilliarde) (0,9 Mill. EUR).

1/65348
Aufwendungen

+ 6 601 302,83 EUR

Mehrausgaben für die Forschungs- und Technologieentwicklung (Forschungs- und Entwicklungsoffensive) (3,2 Mill. EUR), für Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (1,6 Mill. EUR) und für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden und juristischen Personen (Technologiemilliarde) (1,1 Mill. EUR).

1/6535 Forschungsunternehmungen

1/65356
Förderungen
(– 3,3 %)

– 1 224 529,20 EUR

Minderausgaben für Betriebskosten des Österreichischen Forschungszentrums Seibersdorf (ÖFZS GmbH) (1,1 Mill. EUR).

1/65358
Aufwendungen
(+ 10,5 %)

+ 1 242 072,31 EUR

Mehrausgaben bei den Transferzahlungen an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung für die Finanzierung eines Gesellschafterzuschusses an die Donau Transport Entwicklungs GmbH (DTE) (1,6 Mill. EUR).

1/654 Wasserbauverwaltung

1/65466
Wasserbau – Mittel des Katastrophenfonds
(zweckgebundene Gebarung)
(– 84,8 %)

– 48 272 521,35 EUR

Minderausgaben für Hochwasserschutzbauten im Raum von Wien (16,4 Mill. EUR), für vorbeugende Maßnahmen an Länder (9,8 Mill. EUR) und an Gemeinden (3,6 Mill. EUR), für Strengberg, Wallsee und Ardagger (4,4 Mill. EUR), für den Hochwasserschutz Tullnerfeld-Nord (6,6 Mill. EUR), für Instandhaltungsmaßnahmen an Länder (2,8 Mill. EUR) und an Gemeinden (2,7 Mill. EUR) sowie für den Hochwasserschutz Marchland Nord (1,8 Mill. EUR) und Krems-Stein (0,7 Mill. EUR).

Mehrausgaben für Instandhaltungsmaßnahmen in Wien (0,6 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/656	Bundesstraßenverwaltung	
1/6560	Bundesstraßen	
1/65603 Anlagen (- 69,9 %)		- 80 532 482,97 EUR
	Minderausgaben entstanden durch die Abgabe der Bundesstraßen B an die Länder per 1. April 2002.	
1/65608 Aufwendungen (- 91,3 %)		- 93 193 365,38 EUR
	Minderausgaben entstanden durch die Abgabe der Bundesstraßen B an die Länder per 1. April 2002.	
1/6562	Bundesstraßen (sonstige Ausgaben)	
1/65623 Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung) (- 91,5 %)		- 17 559 730,56 EUR
	Minderausgaben entstanden durch die Abgabe der Bundesstraßen B an die Länder per 1. April 2002.	
1/65627 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (- 95,2 %)		- 1 037 252,22 EUR
	Minderausgaben entstanden durch die Abgabe der Bundesstraßen B an die Länder per 1. April 2002.	
1/65628 Aufwendungen (- 74,2 %)		- 134 266 124,55 EUR
	Minderausgaben entstanden durch die Abgabe der Bundesstraßen B an die Länder per 1. April 2002.	
1/6563	Bundesstraßen A + S	
1/65633 Anlagen (+ 335,3 %)		+ 24 368 683,80 EUR
	Mehrausgaben für den Liegenschaftserwerb der ASFINAG (20,7 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/6565	Katastrophenfonds – Vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)	
1/65653 Anlagen (– 94,0 %)		– 28 331 797,87 EUR
	Minderausgaben entstanden durch die Abgabe der Bundesstraßen B an die Länder per 1. April 2002.	
1/65658 Aufwendungen (– 83,2 %)		– 2 437 284,89 EUR
	Minderausgaben entstanden durch die Abgabe der Bundesstraßen B an die Länder per 1. April 2002.	
1/6566	Katastrophenfonds – Beseitigung von Schäden (zweckgebundene Gebarung)	
1/65668 Aufwendungen (– 85,5 %)		– 17 324 039,65 EUR
	Minderausgaben entstanden durch die Abgabe der Bundesstraßen B an die Länder per 1. April 2002.	
1/657	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgebundene Gebarung)	
1/65708 Aufwendungen (+ 141,8 %)		+ 1 013 730,84 EUR
	Mehrausgaben für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen wegen der Durchführung einer bewusstseinsbildenden Verkehrssicherheitsaktion zum Thema „Alkohol am Steuer“ (1,0 Mill. EUR).	
1/658	Einrichtungen des Patentwesens	
1/6580	Österreichisches Patentamt	
1/65808 Aufwendungen (+ 44,8 %)		+ 1 189 933,75 EUR
	Mehrausgaben für Zahlungen an die Bundesimmobilien GmbH (BIG) (1,1 Mill. EUR).	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



1/70 Öffentliche Leistung und Sport

1/700 Bundesministerium für Öffentliche Leistung und Sport

1/7000 Zentraleitung

1/70000

Personalausgaben

(- 14,5 %)

- 1 050 450,88 EUR

Minderausgaben vorwiegend bei Beamtenbezügen wegen Personalabgängen und der bisher nicht erfolgten Umsetzung geplanter Objektivierungsmaßnahmen.

1/70008

Aufwendungen

(+ 25,2 %)

+ 1 260 137,01 EUR

Mehrausgaben bei sonstigen ADV-Leistungen (0,7 Mill. EUR) und bei Normmieten (0,6 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

4.3 Ansatzweise Erläuterungen zu den Einnahmen

2/10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

2/100 Bundeskanzleramt

2/1000 Zentralleitung

2/10004

Erfolgswirksame Einnahmen

(- 78,9 %)

- 7 162 598,97 EUR

Mindereinnahmen insbesondere durch ausstehende Kostenersätze für die Benützung des zentralen Ausweichsystems (2,7 Mill. EUR); weiters bei Vergütungen vom Bundesministerium für Finanzen (1,2 Mill. EUR) und von Bundesorganen (0,6 Mill. EUR), bei Kostenersätzen für die Benützung des Rechtsinformationssystems (0,8 Mill. EUR) und für die Überlassung von Bediensteten (0,6 Mill. EUR), sowie bei Kostenersätzen der EU und für Pensionsbeiträge (insgesamt 0,6 Mill. EUR).

2/11 Inneres

Mindereinnahmen in Höhe von 19 Mill. EUR entstanden vorwiegend durch geringere erfolgswirksame Einnahmen beim Zivildienst (14 Mill. EUR) und bei der Bundespolizei (4 Mill. EUR).

Die Mehreinnahmen betragen 7 Mill. EUR.

2/110 Bundesministerium für Inneres

2/1100 Zentralleitung

2/11000

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

+ 1 343 388,79 EUR

Mehreinnahmen bei Kostenersätzen für von der EU geförderte Projekte.

2/111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)

2/1117 Zivildienst

2/11174

Erfolgswirksame Einnahmen

(- 75,4 %)

- 14 302 036,48 EUR

Mindereinnahmen bei Ersätzen gemäß § 41 des Zivildienstgesetzes aufgrund der Zivildienstgesetz-Novelle 2001.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/113	Bundespolizei	
2/1130	Bundespolizei	
2/11300	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (+ 76,4 %)	+ 1 613 034,78 EUR

Mehreinnahmen aus Strafgeldern gemäß § 37 Abs. 8 des Führerscheinggesetzes infolge vermehrter Anzeigen.

2/11304	Erfolgswirksame Einnahmen (- 11,4 %)	- 3 759 582,17 EUR
---------	---	--------------------

Mindereinnahmen bei Verwaltungsstrafen (2,1 Mill. EUR) vor allem aufgrund der kontenplangemäßen Verrechnung der Straf gelder nach dem Führerscheinggesetz beim VA-Ansatz 2/1 1300, bei Kostenbeiträgen für sonstige hoheitliche Leistungen (1,0 Mill. EUR), bei Kostenersätzen gemäß § 23 der Führerscheinggesetz-Gesundheitsverordnung (0,3 Mill. EUR) und bei Einnahmen der Dienstküchen (0,3 Mill. EUR).

2/115	Besondere Einrichtungen	
2/1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration	
2/11504	Erfolgswirksame Einnahmen (+ 224,5 %)	+ 1 328 783,94 EUR

Mehreinnahmen vor allem bei Kostenersätzen der EU (1,0 Mill. EUR), insbesondere für ein gefördertes Projekt aus dem Jahr 2001, sowie bei Kostenersätzen der Länder für Kriegsflüchtlinge (0,5 Mill. EUR).

2/12 Bildung und Kultur

Mindereinnahmen in Höhe von 37 Mill. EUR entfielen vor allem auf geringere erfolgswirksame Einnahmen von der BIG (34 Mill. EUR) und von Anstalten öffentlichen Rechts (1 Mill. EUR).

Mehreinnahmen in Höhe von 13 Mill. EUR entstanden vorwiegend aus erfolgswirksamen Einnahmen aus der Erwachsenenbildung (5 Mill. EUR) und der Schulaufsichtsbehörden (2 Mill. EUR) sowie im zweckgebundenen Gebarungsbereich der allgemein bildenden höheren Schulen und der technischen und gewerblichen Lehranstalten (zusammen 3 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/120	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	
2/1201	Einnahmen von der BIG	
2/12014	Erfolgswirksame Einnahmen	
(- 100,0 %)		- 33 959 000,-- EUR
	Mindereinnahmen bei den Ersätzen von der BIG (34,0 Mill. EUR), weil das erforderliche Bundesgesetz über den Verkauf eines Optionsrechtes nicht beschlossen worden ist.	
2/1205	Anstalten öffentlichen Rechts	
2/12054	Erfolgswirksame Einnahmen	
(- 11,5 %)		- 1 179 233,86 EUR
	Mindereinnahmen bei den Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten der Bundesmuseen (1,1 Mill. EUR).	
2/122	Bundesministerium; Zweckaufwand	
2/1221	Erwachsenenbildung	
2/12214	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 5 273 406,28 EUR
	Mehreinnahmen bei den Überweisungen vom BMWA (ESF-Mittel) (EU) (5,3 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung.	
2/126	Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene	
2/1260	Schulaufsichtsbehörden	
2/12604	Erfolgswirksame Einnahmen	
(+ 15,0 %)		+ 2 454 865,52 EUR
	Mehreinnahmen bei den Ersätzen der Länder (2,4 Mill. EUR) infolge einer nachträglichen Zahlung der Burgenländischen Landesregierung.	
2/127	Allgemein bildende Schulen	
2/1272	Allgemein bildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung)	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/12720

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

(+ 45,5 %)

+ 1 057 856,60 EUR

Mehreinnahmen bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (0,6 Mill. EUR), bei den Überweisungen vom BMF (0,3 Mill. EUR) und bei den Miet- und Pachtzinsen (0,1 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung.

2/128

Berufsbildende Schulen

2/1283

Technische und gewerbliche Lehranstalten
(zweckgebundene Gebarung)

2/12830

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

(+ 30,9 %)

+ 1 670 005,72 EUR

Mehreinnahmen bei den sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (0,7 Mill. EUR) infolge vermehrter Inanspruchnahme schulischer Einrichtungen durch Dritte sowie bei Gutachten und Prüfungen (0,6 Mill. EUR) infolge vermehrter Nachfrage nach Gutachten.

2/14

Wissenschaft

Die Mindereinnahmen in Höhe von 27 Mill. EUR entfielen vor allem auf Studienbeiträge (23 Mill. EUR) und geringere erfolgswirksame Einnahmen der Universitäten (4 Mill. EUR).

Mehreinnahmen in Höhe von 15 Mill. EUR betrafen vorwiegend zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen der Universitäten (12 Mill. EUR), erfolgswirksame Einnahmen der hochschulischen Einrichtungen (1 Mill. EUR) und höhere Studienbeiträge der Universitäten der Künste (2 Mill. EUR).

2/140

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft
und Kultur

2/141

Bundesministerium (Zweckaufwand II)

2/1410

Hochschulische Einrichtungen

2/14104

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 3,7 %)

+ 1 198 333,70 EUR

Mehreinnahmen bei der Überweisung von Europäische Sozialfonds-Mittel des BMWA (0,9 Mill. EUR) und den Einnahmen von Miet- und Pachtzinsen (0,3 Mill. EUR) aufgrund zu geringer Veranschlagung.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/142	Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen	
2/1420	Universitäten	
2/14204	Erfolgswirksame Einnahmen	
(- 37,6 %)		- 3 511 022,88 EUR
	Mindereinnahmen bei den Ersätzen aus persönlicher Gutachtertätigkeit (1,2 Mill. EUR), Miet- und Pachtzinsen (0,8 Mill. EUR), Kostenersätzen für die Benutzung von Bundeseinrichtungen (0,8 Mill. EUR), verschiedenen Einnahmen (0,6 Mill. EUR), privaten Ferngesprächen (0,3 Mill. EUR) sowie bei Tierhaltung (0,2 Mill. EUR) und Bodenprodukten (0,2 Mill. EUR) infolge zu hoher Budgetierung.	
	Mehreinnahmen beim aliquoten Vorsteueranteil der VAMED (VOEST-Alpine Medizintechnik GesmbH) (1,0 Mill. EUR) infolge gestiegener Steuern.	
2/14205	Studienbeiträge	
(- 16,1 %)		- 22 803 305,76 EUR
	Mindereinnahmen bei den Studienbeiträgen (22,8 Mill. EUR) aufgrund zu hoher Budgetierung.	
2/1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)	
2/14210	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	
(+ 55,5 %)		+ 12 450 041,13 EUR
	Mehreinnahmen bei den Kostenersätzen für Nebentätigkeit im Rahmen der Teilrechtsfähigkeit (7,8 Mill. EUR), den sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (5,6 Mill. EUR) und für die Benutzung von Bundeseinrichtungen (0,5 Mill. EUR) infolge zu geringer Budgetierung.	
	Mindereinnahmen bei den Unterrichtsgeldern und Prüfungsgebühren (2,8 Mill. EUR) aufgrund einer geringeren Anzahl von Teilnehmern an Kursen und Lehrgängen.	
2/143	Universitäten der Künste	
2/1430	Universitäten der Künste	
2/14305	Studienbeiträge	
(+ 43,4 %)		+ 1 515 080,79 EUR
	Mehreinnahmen bei den Studienbeiträgen (1,5 Mill. EUR) infolge zu geringer Budgetierung.	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/15 Soziale Sicherheit und Generationen

Die Mehreinnahmen betragen 17 Mill. EUR und betrafen vorwiegend erfolgswirksame Einnahmen aus der Pflegevorsorge (Kostenersatz) (11 Mill. EUR) sowie Kostenersätze der Ernährungsagentur (6 Mill. EUR).

Die Mindereinnahmen beliefen sich auf 0,8 Mill. EUR.

2/150 Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen

2/1500 Zentraleitung

2/15005

Ernährungsagentur/Kostenersätze

+ 5 998 488,90 EUR

Mehreinnahmen aufgrund der Refundierung der ab 1. Juni 2002 angefallenen Kosten für Beamte der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (vergleiche VA-Ansatz 1/15000).

2/153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen

2/1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)

2/15344

Erfolgswirksame Einnahmen

+ 11 068 074,34 EUR

Mehreinnahmen infolge der Rückzahlung überhöhter Vorschüsse der Sozialversicherungsträger für das Jahr 2000 und aufgrund der Zahlung der Ersatzbeiträge gemäß den Einbeziehungsverordnungen.

2/16 Sozialversicherung

Mehreinnahmen in Höhe von 336 Mill. EUR entstanden durch höhere erfolgswirksame Einnahmen beim Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung (331 Mill. EUR), bei den sonstigen Leistungen zur Sozialversicherung (3 Mill. EUR) und bei den Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (1 Mill. EUR).

Die Mindereinnahmen betragen lediglich 1 000 EUR.

2/160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

2/16004

Erfolgswirksame Einnahmen

+ 331 152 745,16 EUR

Mehreinnahmen infolge Rückersatzes von im Vorjahr geleisteten Vorschüssen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/164	Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung	
2/16404	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 2 788 205,98 EUR
	Mehreinnahmen infolge Rückersatzes von im Vorjahr geleisteten Vorschüssen auf das Sonderruhegeld und auf den Bundesbeitrag zur Unfallversicherung der Bauern.	
2/165	Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)	
2/16504	Erfolgswirksame Einnahmen	
(+ 13,1 %)		+ 1 378 217,32 EUR
	Mehreinnahmen infolge höherer Beitragseinnahmen.	
2/17	Gesundheit	
	Mindereinnahmen von 12 Mill. EUR entstanden vor allem bei den erfolgswirksamen Einnahmen der bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten (9 Mill. EUR) und der Lebensmitteluntersuchungsanstalten (2 Mill. EUR) sowie im zweckgebundenen Gebarungsbereich des Mutter-Kind-Passes (1 Mill. EUR).	
	Die Mehreinnahmen betragen 2 Mill. EUR.	
2/172	Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge	
2/1724	Mutter-Kind-Pass (zweckgebundene Gebarung)	
2/17240	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	
(- 4,7 %)		- 1 443 138,99 EUR
	Mindereinnahmen infolge geringerer Überweisungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds für die Abteilungen von Untersuchungen für den Mutter-Kind-Pass.	
2/179	Dienststellen	
2/1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	
2/17904	Erfolgswirksame Einnahmen	
(- 79,7 %)		- 1 874 484,63 EUR
	Mindereinnahmen auf Grund der Errichtung der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH ab 1. Juni 2002 (BGBl. I Nr. 63/2002 und 64/2002).	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN



2/1793 Bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten

2/17934

Erfolgswirksame Einnahmen

(- 60,5 %)

- 8 543 502,81 EUR

Mindereinnahmen auf Grund der Errichtung der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH ab 1. Juni 2002 (BGBl. I Nr. 63/2002 und 64/2002).

2/1795 Veterinärmedizinische Anstalten

2/17954

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 22,2 %)

+ 1 238 460,36 EUR

Mehreinnahmen begründen sich durch die Einnahmen aus flächendeckenden BSE-Untersuchungen.

2/19 Jugend, Familie und Senioren

Die Mindereinnahmen in Höhe von 45 Mill. EUR entstanden vorwiegend bei den Dienstgeberbeiträgen (Sektion A) (24 Mill. EUR) sowie beim Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer (21 Mill. EUR).

Die Mehreinnahmen betragen 7 Mill. EUR.

2/193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)

2/19300

Dienstgeberbeiträge (Sektion A)

(- 0,7 %)

- 24 128 723,11 EUR

Mindereinnahmen infolge niedrigerer Bruttoarbeitslöhne.

2/19301

Mehrkindzuschlag (Ersatz von Selbstträgern)

+ 2 578 019,02 EUR

Mehreinnahmen von Ländern (1,3 Mill. EUR) und von Bundesdienststellen (0,9 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.

2/19310

Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer

(- 4,8 %)

- 20 723 514,78 EUR

Die Mindereinnahmen entsprechen dem Abgabenaufkommen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/19382
Unterhaltsvorschüsse
(+ 9,6 %) + 3 366 946,33 EUR

Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung.

2/20 Äußeres

2/205 Entwicklungshilfe

2/20509
Darlehensrückzahlungen
(- 71,7 %) - 1 499 651,34 EUR

Mindereinnahmen vor allem bei sonstigen Investitionsdarlehen (Ausland)
(1,5 Mill. EUR) infolge wirtschaftlicher Schwäche einiger Kreditpartner.

2/30 Justiz

Mindereinnahmen von 19 Mill. EUR betrafen vor allem geringere erfolgswirksame Einnahmen
der Justizbehörden in den Ländern (12 Mill. EUR) und der Justizanstalten (7 Mill. EUR).

Die Mehreinnahmen betragen 1 Mill. EUR.

2/302 Justizbehörden in den Ländern

2/30204
Erfolgswirksame Einnahmen
(- 1,9 %) - 11 705 520,15 EUR

Mindereinnahmen vor allem bei Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen
(14,4 Mill. EUR) infolge der konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2002, der
Judikatur des VwGH zur Gebührenbefreiungsbestimmung des § 53 Abs. 3 des
Wohnbauförderungsgesetzes 1984, der erweiterten Gebührenbefreiungsbe-
stimmung des Neugründungs-Förderungsgesetzes 2000, der Herabsetzung der
Bemessungsgrundlage für Unterhaltsansprüche in der Euro-Gerichtsgebühren-
Novelle (BGBl. I Nr. 131/2001) und des Rückgangs in Exekutionssachen sowie
bei Strafgeldern (0,7 Mill. EUR) aufgrund zu hoher Veranschlagung.

Mehreinnahmen vor allem bei Geldbußen (2,4 Mill. EUR) durch die Einführung
diversioneller Maßnahmen sowie bei Einziehungen zum Bundesschatz
(0,9 Mill. EUR) aufgrund zu geringer Veranschlagung.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/303 Justizanstalten

2/3030 Justizanstalten

2/30304

Erfolgswirksame Einnahmen

(- 19,9 %)

- 6 859 606,88 EUR

Mindereinnahmen vor allem bei Einnahmen aus betriebsmäßigen Leistungen (1,3 Mill. EUR) aufgrund zu hoher Veranschlagung sowie bei Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen aus dem Strafvollzug (6,5 Mill. EUR) infolge der Nichtanweisung von Vollzugskostenbeiträgen mangels budgetärer Bedeckung.

Mehreinnahmen bei Einnahmen aus der Erbringung von Nebenleistungen (0,9 Mill. EUR) infolge einer Anhebung des Kostenersatzes aufgrund der Einbeziehung der BIG-Mieten und Betriebskosten in die Berechnungsgrundlage und durch das Einlangen des Haftkostenersatzes des Fürstentums Liechtenstein für das Jahr 2000.

2/40 Militärische Angelegenheiten

Mehreinnahmen in Höhe von 15 Mill. EUR betrafen vorwiegend erfolgswirksame Einnahmen von Heer und Heeresverwaltung (9 Mill. EUR) sowie der Zentralleitung (5 Mill. EUR).

Die Mindereinnahmen betragen 1 Mill. EUR.

2/400 Bundesministerium für Landesverteidigung

2/40004

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 60,9 %)

+ 5 172 872,89 EUR

Mehreinnahmen vornehmlich aus Naturalwohnungsvergütungen.

2/401 Heer und Heeresverwaltung

2/40104

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 39,2 %)

+ 9 383 747,22 EUR

Mehreinnahmen infolge Veräußerung von Anlagen (9,5 Mill. EUR), Einnahme von Miet- und Pachtzinsen (2,0 Mill. EUR) sowie von Pönalzahlungen (3,1 Mill. EUR).

Mindereinnahmen entstanden infolge Ausbleibens der Kostenersätze für Auslandseinsätze (5,5 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/50 Finanzverwaltung

Mindereingänge von 225 Mill. EUR entstanden vor allem bei den erfolgswirksamen Einnahmen der Ämter gemäß Poststrukturgesetz (179 Mill. EUR) und der Dienststellen der Zoll- und Abgabenverwaltung (9 Mill. EUR), bei den Einhebungsvergütungen (27 Mill. EUR) und bei den Erträgen der Österreichischen Postsparkasse (6 Mill. EUR).

Mehreingänge von 38 Mill. EUR betrafen hauptsächlich Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen (20 Mill. EUR) sowie sonstige bestandswirksame Einnahmen aus der Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte (16 Mill. EUR).

2/500 Bundesministerium für Finanzen

2/5001 Einhebungsvergütung gemäß Art. II Abs. 3 Eigenmittelbeschluss

2/50014

Einhebungsvergütungen

(- 22,9 %)

- 27 497 452,36 EUR

Mindereinnahmen infolge geringerer Einnahmen aus Zoll-, Agrar- und Zuckerabgaben.

2/501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)

2/50100

Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen

+ 19 994 219,34 EUR

Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung.

2/503 Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag

2/5035 Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte

2/50358

Sonstige bestandswirksame Einnahmen

(+ 722,5 %)

+ 15 786 553,99 EUR

Mehreinnahmen aus der Veräußerung von bebauten Grundstücken insbesondere gemäß der 5. BIG-Gesetz-Novelle, BGBl. I Nr. 47 /1999 (7,5 Mill. EUR), von unbebauten Grundstücken (7,3 Mill. EUR) und aus Nachbesserungen anlässlich der Veräußerung bebauter Grundstücke (1,0 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/504 Zoll- und Abgabenverwaltung

2/5040 Dienststellen

2/50404

Erfolgswirksame Einnahmen

(- 19,6 %)

- 9 084 957,96 EUR

Mindereinnahmen aus Geldstrafen (7,7 Mill. EUR) insbesondere wegen der Nichtinkraftsetzung der geplanten gesetzlichen Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit und aus Einhebungsvergütungen von Kammern der gewerblichen Wirtschaft (1,1 Mill. EUR).

Mehreinnahmen aus Kosteneinhalten für die Überlassung von Räumlichkeiten (0,5 Mill. EUR) infolge Änderung der kapitelmäßigen Zuordnung.

2/508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten

2/5080 Österreichisches Postsparkassenamt

2/50804

Ersätze der Österreichischen Postsparkasse

(- 15,2 %)

- 6 354 970,50 EUR

Mindereinnahmen im Zusammenhang mit den Minderausgaben beim VA-Ansatz 1/50800.

2/5083 Ämter gemäß Poststrukturgesetz

2/50834

Erfolgswirksame Einnahmen

(- 14,6 %)

- 179 246 923,89 EUR

Mindereinnahmen im Zusammenhang mit den Minderausgaben bei den VA-Ansätzen 1/50830 und 1/50838.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

51 Kassenverwaltung

Mindereinnahmen von 9 090 Mill. EUR gab es vorwiegend durch geringere bestandswirksame (5 176 Mill. EUR) und erfolgswirksame (46 Mill. EUR) Einnahmen aus Devisentermingeschäften, bei der Aufnahme kurzfristiger Verpflichtungen (3 751 Mill. EUR), bei den Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2000 – 2006) betreffend Europäischer Regionalfonds (EU) (70 Mill. EUR) sowie EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU) (5 Mill. EUR) und weiters durch verringerte Zahlungen von der EU betreffend Europäischer Regionalfonds (EU) (Periode 1994 – 1999) (42 Mill. EUR).

Mehreingänge von 950 Mill. EUR betrafen hauptsächlich die nicht veranschlagten Entnahmen aus der besonderen Rücklage (341 Mill. EUR), aus der allgemeinen Rücklage (104 Mill. EUR), aus der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage (85 Mill. EUR), aus der besonderen Aufwendungen-Rücklage (14 Mill. EUR), Erträge aus der Auflösung von Rücklagen (28 Mill. EUR) sowie die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage (23 Mill. EUR). Weiters betrafen die Mehreingänge Zahlungen von der EU betreffend Europäischer Solidaritätsfonds (134 Mill. EUR), Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2000 – 2006) betreffend EAGFL/Garantie (EU) (1 12 Mill. EUR) und Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr des Bundes (108 Mill. EUR).

2/510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes

2/51044

Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr

(+ 191,3 %)

+ 107 600 480,95 EUR

Mehreinnahmen an Zinsen aus der Veranlagung von höheren Kassenbeständen (92,2 Mill. EUR) und aus der bei der Gegenposition verrechneten Veranlagung (15,4 Mill. EUR).

2/512 Rücklagen

Die Entnahmen von Rücklagen hängen vom Bedarf der anweisenden Organe ab. Auflösungen von Rücklagen sind dann vorzunehmen, wenn die seinerzeitige Zweckbestimmung dem Grunde oder der Höhe nach wegfällt. Dies kann im Zeitpunkt der Veranschlagung nicht vorausgesehen werden.

2/51217

Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt)

+ 103 959 471,72 EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der allgemeinen Haushaltsrücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

2/51247

Entnahme aus zweckgebundener Einnahmen-Rücklage

(nicht veranschlagt)

+ 84 921 036,91 EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage sowie Entnahmen gemäß § 53 Abs. 6 BHG zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben und zweckgebundenen Mindereinnahmen.

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN



2/51257
Entnahme aus Ausgleichsrücklage + 23 125 952,-- EUR

Entnahme aus der Ausgleichsrücklage gemäß § 53 Abs. 3 BHG.

2/51267
Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt) + 340 598 611,38 EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der besonderen Haushaltsrücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

2/51287
Entnahme aus besonderer Aufwendungen-Rücklage
(nicht veranschlagt) + 13 863 862,84 EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der besonderen Aufwendungen-Rücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

2/51297
Auflösung von Rücklagen
(+ 10,9 %) + 28 214 147,06 EUR

Mehreinnahmen durch Rücklagenauflösungen gemäß § 53 Abs. 7 BHG, wobei zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben 24,3 Mill. EUR herangezogen wurden.

2/513 Zahlungen von der EU

2/51305
Europäischer Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik) - 1 110 172,20 EUR

Mindereinnahmen aufgrund von Zwischenabrechnungen der Europäischen Kommission. Die Restzahlungen der Periode 1994 bis 1999 aus dem Europäischen Sozialfonds werden von der Europäischen Kommission im Jahr 2003 überwiesen.

2/51306
Europäischer Regionalfonds (EU)
(- 89,8 %) - 41 927 154,67 EUR

Mindereinnahmen, weil die Restzahlungen der Periode 1994 bis 1999 aus dem Europäischen Regionalfonds von der Europäischen Kommission im Jahr 2003 überwiesen werden.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/514	Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2000 - 2006)	
2/51415 Europäischer Regionalfonds (EU) (- 49,9 %)		- 69 512 015,28 EUR
	Mindereinnahmen, weil die tatsächlichen Rückflüsse aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen erfolgten.	
2/51425 EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU) (- 31,5 %)		- 4 573 802,52 EUR
	Mindereinnahmen, weil die tatsächlichen Rückflüsse aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen erfolgten.	
2/51426 EAGFL/Garantie (EU) (+ 11,1 %)		+ 112 429 602,87 EUR
	Mehreinnahmen, weil es aufgrund der Umsetzung der Agenda 2000 im Rahmen EAGFL-Garantie zu Mehreinnahmen im Bereich „Marktordnung“ und „ländliche Entwicklung“ kam.	
2/51504 Europäischer Solidaritätsfonds		+ 134 000 000,-- EUR
	Mehreinnahmen, weil von der Europäischen Kommission gemäß Verordnung (EG) Nr. 2012/2002, des Rates vom 11. November 2002, der Europäische Solidaritätsfonds für die Finanzierung von Nothilfemaßnahmen aus Umweltkatastrophen geschaffen wurde. Österreich erhielt im Jahr 2002 134,0 Mill. EUR.	
519	Sonstige Kassenverwaltungs-Einnahmen	
8/5191	Kurzfristige Verpflichtungen	
8/51919 Kurzfristige Aufnahmen des Bundes (- 30,4 %)		- 3 750 781 965,94 EUR
	Mindereinnahmen infolge geringerer Aufnahme von Kassenstärkern in fremder Währung (5 047,0 Mill. EUR).	
	Mehreinnahmen wegen höherer Aufnahme von Kassenstärkerkrediten in heimischer Währung zur Erhaltung der Verfügbarkeit des Austrian Treasury Bill (ATB) Programmes (1 296,2 Mill. EUR). (Siehe auch Ansatz 7/51919.)	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

5192 Devisentermingeschäfte

2/51924

Erfolgswirksame Einnahmen

(- 97,3 %)

- 46 276 765,23 EUR

Mindereinnahmen aus den im Zusammenhang mit Kassenstärkern abgeschlossenen Devisentermingeschäften.

8/51929

Bestandswirksame Einnahmen

(- 47,5 %)

- 5 176 018 958,77 EUR

Mindereinnahmen infolge geringerer Aufnahme von Kassenstärkern in fremder Währung und der damit verbundenen Devisentermingeschäfte.
(Siehe auch Ansatz 8/51919.)

2/52 Öffentliche Abgaben

Der Bund verzeichnete vor Abzug der Überweisungen Mindereinnahmen von 2 545 Mill. EUR (ungünstiger) und Mehreinnahmen von 719 Mill. EUR (günstiger). Unter Berücksichtigung der Mehrüberweisungen von 63 Mill. EUR (ungünstiger) und der Minderüberweisungen von 577 Mill. EUR (günstiger), die bei den Titeln 2/528 und 2/529 als Abzugsposten verrechnet werden, lag der Bundesanteil an öffentlichen Abgaben in Höhe von 36 666 Mill. EUR somit um 1 312 Mill. EUR (ungünstiger) unter der Voranschlagsannahme von 37 978 Mill. EUR.

Die Mindereinnahmen von 2 608 Mill. EUR entfielen vorwiegend auf Lohnsteuer (860 Mill. EUR), Umsatzsteuer (820 Mill. EUR), veranlagte Einkommensteuer (217 Mill. EUR), Körperschaftsteuer (201 Mill. EUR), Kapitalertragsteuer auf Zinsen (81 Mill. EUR), Kapitalverkehrsteuern (72 Mill. EUR), Kraftfahrzeugsteuer (53 Mill. EUR), Erbschafts- und Schenkungssteuer (48 Mill. EUR), auf die Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben (47 Mill. EUR), auf Zölle, Ein- und Ausfuhrabgaben (36 Mill. EUR), Kapitalertragsteuer (26 Mill. EUR), Normverbrauchsabgabe (22 Mill. EUR), Grunderwerbsteuer (14 Mill. EUR), Alkoholsteuer (12 Mill. EUR), auf die zweckgebundenen Einnahmen des Altlastenbeitrags (12 Mill. EUR), Konzessionsabgabe (11 Mill. EUR), Sicherheitsabgabe (4 Mill. EUR), Schaumweinsteuer (4 Mill. EUR), Wohnbauförderungsbeitrag (3 Mill. EUR) sowie auf die Biersteuer (1 Mill. EUR).

Die Mehreinnahmen von 1 296 Mill. EUR entfielen hauptsächlich auf Mineralölsteuer (311 Mill. EUR), auf Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben (116 Mill. EUR), motorbezogene Versicherungssteuer (80 Mill. EUR), Versicherungssteuer (55 Mill. EUR), auf die zweckgebundenen Einnahmen der Kraftfahrzeugsteuer (47 Mill. EUR), Tabaksteuer (40 Mill. EUR), Energieabgabe (38 Mill. EUR), Werbeabgabe (12 Mill. EUR), auf die Straßenbenützungsabgabe (8 Mill. EUR), Spielbankabgabe (4 Mill. EUR), Gewerbesteuer (4 Mill. EUR) und auf die Bundesgewerbesteuer (3 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/520 Einkommen- und Vermögensteuern

2/52004

Veranlagte Einkommensteuer

(- 6,5 %)

- 216 920 226,66 EUR

Mindereinnahmen infolge schwächerer Konjunktorentwicklung als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung erwartet sowie infolge der bereits im Jahre 2001 in einem nicht vorhersehbar hohen Ausmaß geleisteten Anzahlungen. In einem geringen Ausmaß bewirkte auch die Hochwasserkatastrophe Mindereinnahmen.

2/52014

Lohnsteuer

(- 5,0 %)

- 859 520 941,27 EUR

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung sowie aufgrund der geringeren Steigerung der Beschäftigung und der Pro-Kopf-Löhne als angenommen.

2/52024

Kapitalertragsteuer

(- 5,4 %)

- 26 264 919,58 EUR

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung.

2/52025

Kapitalertragsteuer auf Zinsen

(- 4,7 %)

- 81 387 009,34 EUR

Mindereinnahmen infolge höherer Senkung der Zinssätze als bei Erstellung des Voranschlages erwartet.

2/52034

Körperschaftsteuer

(- 4,2 %)

- 200 862 778,90 EUR

Mindereinnahmen infolge schwächerer Konjunktorentwicklung als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung erwartet sowie infolge der bereits im Jahre 2001 in einem nicht vorhersehbar hohen Ausmaß geleisteten Anzahlungen. In einem geringen Ausmaß bewirkte auch die Hochwasserkatastrophe Mindereinnahmen.

2/52044

Gewerbsteuer

+ 4 324 842,36 EUR

Mehreinnahmen, weil die Resteingänge aufgelassener Steuern schwer abschätzbar sind.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/52054
Bundesgewerbesteuer + 3 246 145,28 EUR

Mehreinnahmen, weil die Resteingänge aufgelassener Steuern schwer abschätzbar sind.

2/52066
Erbschafts- und Schenkungssteuer
(- 24,5 %) - 48 134 364,87 EUR

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung.

2/52086
Wohnbauförderungsbeitrag
(- 0,4 %) - 2 639 474,77 EUR

Eine Abweichung vom Voranschlag in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.

2/522 Umsatzsteuer

2/52204
Umsatzsteuer
(- 4,4 %) - 820 328 927,66 EUR

Mindereinnahmen infolge geringeren Wirtschaftswachstums als erwartet.

2/523 Ein- und Ausfuhrabgaben

2/52304
Zölle, Ein- und Ausfuhrabgaben
(- 14,1 %) - 35 820 991,41 EUR

Mindereinnahmen infolge eines stärkeren Rückganges der Importe als erwartet.

2/524 Verbrauchsteuern

2/52404
Tabaksteuer
(+ 3,2 %) + 39 646 766,22 EUR

Mehreinnahmen infolge Anhebung des Steuersatzes und der Verkaufspreise im Jahr 2002.

2/52414
Biersteuer
(- 0,7 %) - 1 384 075,94 EUR

Eine Abweichung vom Voranschlag in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/52444
Mineralölsteuer
(+ 11,1 %)

+ 310 828 837,80 EUR

Mehreinnahmen infolge geringerer Treibstoffpreise als im benachbarten Ausland.

2/52464
Alkoholsteuer
(- 9,9 %)

- 12 179 234,80 EUR

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung.

2/52484
Schaumweinsteuer
(- 15,2 %)

- 3 862 497,65 EUR

Mindereinnahmen infolge Verbrauchsrückgangs trotz fallender Preise.

2/525 Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben

2/52514
Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben
(- 5,8 %)

- 46 805 024,07 EUR

Mindereinnahmen bei den in Stempelmarken entrichteten Gebühren (174,7 Mill. EUR) sowie bei den Gebühren aus dem Glückspielmonopol (14,5 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehreinnahmen bei den sonstigen Gebühren infolge zu niedriger Veranschlagung (142,4 Mill. EUR).

2/526 **Verkehrsteuern**

2/52604
Kapitalverkehrsteuern
(- 58,6 %)

- 72 412 165,28 EUR

Mindereinnahmen infolge Mitveranschlagung der Börsenumsatzsteuer, die mit Ablauf des 30. September 2000 außer Kraft getreten ist (Steuerreformgesetz 2000, BGBl. I Nr. 106/1999).

2/52605
Sicherheitsabgabe
(- 13,1 %)

- 4 292 710,46 EUR

Mindereinnahmen infolge Rückganges der Passagierzahlen im Jahr 2002.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/52606 Werbeabgabe (+ 17,0 %)	+ 12 355 823,19 EUR
Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung.	
2/52615 Energieabgabe (+ 5,8 %)	+ 38 219 562,34 EUR
Mehreinnahmen infolge erhöhten Energieverbrauches aufgrund des kalten Winters sowie zu niedriger Veranschlagung.	
2/52624 Normverbrauchsabgabe (- 4,9 %)	- 21 535 010,49 EUR
Mindereinnahmen infolge Rückganges der Neuzulassungen.	
2/52634 Grunderwerbsteuer (- 3,1 %)	- 14 304 416,75 EUR
Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung.	
2/52644 Versicherungssteuer (+ 7,2 %)	+ 55 414 846,52 EUR
Mehreinnahmen, weil das Prämienvolumen stärker als erwartet angestiegen ist, sowie infolge zu niedriger Veranschlagung.	
2/52645 Motorbezogene Versicherungssteuer (+ 7,3 %)	+ 80 349 355,27 EUR
Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung.	
2/52654 Straßenbenützungabgabe (+ 10,0 %)	+ 7 979 350,60 EUR
Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung.	
2/52661 Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen) (+ 59,2 %)	+ 46 901 590,98 EUR
Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/52664
Kraftfahrzeugsteuer
(– 41,2 %) – 52 616 831,89 EUR

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung. Insgesamt wurde die KFZ-Steuer um rd. 3 % zu hoch veranschlagt.

2/52674
Spielbankabgabe
(+ 3,8 %) + 4 095 235,58 EUR

Mehreinnahmen infolge nicht abschätzbaren Spielverhaltens.

2/52675
Konzessionsabgabe
(– 5,2 %) – 11 011 163,95 EUR

Mindereinnahmen infolge einer geringeren Anzahl an Jackpot-Spielrunden gegenüber dem Vorjahr.

2/52690
Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)
(– 11,6 %) – 12 193 873,83 EUR

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung.

2/52704
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben
(+ 63,8 %) + 115 943 811,67 EUR

Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung insbesondere der Abgabenguthaben (105,6 Mill. EUR), weil deren Bestand zum Jahresende infolge starker Schwankungen schwer abschätzbar ist; weiters infolge zu niedriger Veranschlagung von sonstigen Abgaben (14,9 Mill. EUR) und von Geldstrafen (2,4 Mill. EUR).

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung des Außenhandelsförderungsbeitrages (2,1 Mill. EUR), der Abgabe von alkoholischen Getränken (1,9 Mill. EUR), der Sonderabgabe von Erdöl (1,0 Mill. EUR), der Weinststeuer (1,0 Mill. EUR) und der Einnahmen gemäß § 60 des Zollgesetzes und § 69 des Zollrechts-Durchführungsgesetzes (0,7 Mill. EUR).

2/528 Ab Überweisungen (I)

2/52804
Ertragsanteile der Länder und Gemeinden
(+ 1,6 %) + 212 316 034,08 EUR

Minderüberweisungen aufgrund des geringeren Aufkommens an gemeinschaftlichen Bundesabgaben.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/52805

Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung

(+ 4,1 %)

+ 4 520 718,-- EUR

Minderüberweisungen aufgrund des niedrigeren Aufkommens an Umsatzsteuer.

2/52814

Gewerbsteuer an die Gemeinden

- 3 257 492,30 EUR

Mehrüberweisungen infolge Mehreinnahmen an Gewerbesteuer.

2/52825

Für Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz

(- 4,9 %)

- 59 738 842,27 EUR

Mehrüberweisungen an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger (64,1 Mill. EUR) und an den Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger gemäß § 447a des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (18,0 Mill. EUR) sowie Minderüberweisungen an die Länder (18,7 Mill. EUR) und an das Österreichische Rote Kreuz (3,7 Mill. EUR), weil das tatsächliche Ausmaß der Beihilfen und Ausgleichszahlungen schwer abschätzbar ist.

2/52874

An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)

(+ 4,8 %)

+ 20 723 514,78 EUR

Minderüberweisungen infolge Mindereinnahmen bei den Steuern, von denen Anteile für den FLAF abzuziehen sind.

2/52894

An den Katastrophenfonds

(+ 15,1 %)

+ 49 185 932,-- EUR

Minderüberweisungen infolge Mindereinnahmen bei den Steuern, von denen Anteile für den Katastrophenfonds abzuziehen sind.

2/529

Ab Überweisungen (II)

2/52904

Beitrag zur Europäischen Union

(+ 12,1 %)

+ 290 027 288,49 EUR

Minderüberweisungen infolge von Gutschriften zugunsten Österreichs aufgrund des Berichtigungs- und Nachtragshaushaltes 3/2002 (rd. 370,0 Mill. EUR). Weiters bewirkte die nicht volle Inanspruchnahme des im europäischen Haushalt bei der Rubrik 2-Strukturfonds veranschlagten Betrages Minderüberweisungen an die EU.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/53 Finanzausgleich

Die Mehreinnahmen in Höhe von 500 Mill. EUR entstanden durch die Dotierung des Katastrophenfonds gemäß Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbau-Gesetz 2002 betreffend private Personen (250 Mill. EUR) und betreffend Infrastruktur (250 Mill. EUR) im zweckgebundenen Gebarungsbereich.

Mindereinnahmen in Höhe von 50 Mill. EUR betrafen die Dotierung des Katastrophenfonds (45 Mill. EUR) und die Überweisungen für die Krankenanstaltenfinanzierung (5 Mill. EUR).

2/532 Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen, Beiträge und Ersätze

2/53205

Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung
(– 4,1 %)

– 4 520 718,-- EUR

Mindereinnahmen aufgrund des niedrigeren Aufkommens an Umsatzsteuer.

2/534 Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

2/53400

Dotierung des Katastrophenfonds
(– 14,0 %)

– 45 384 625,57 EUR

Mindereinnahmen aus den Anteilen an Einkommen- und Körperschaftsteuer infolge eines niedrigeren Aufkommens (49,2 Mill. EUR).

Mehreinnahmen aus der nutzbringenden Veranlagung der Fondsmittel (3,8 Mill. EUR).

2/535 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung) (Fortsetzung)

2/53510

Dotierung gemäß Hochwasseropferentschädigungs-
und Wiederaufbau-Gesetz 2002 (private Personen)

+ 250 000 000,-- EUR

Mehreinnahmen infolge zusätzlicher Dotierung des Katastrophenfonds.

2/53520

Dotierung gemäß Hochwasseropferentschädigungs-
und Wiederaufbau-Gesetz 2002 (Infrastruktur)

+ 250 000 000,-- EUR

Mehreinnahmen infolge zusätzlicher Dotierung des Katastrophenfonds.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/54 Bundesvermögen

Mindereingänge von 463 Mill. EUR betrafen hauptsächlich geringere zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen gemäß Ausfuhrförderungsgesetz (250 Mill. EUR) im Rahmen der Haftungsübernahmen des Bundes, Erlöse aus Veräußerungen (103 Mill. EUR) sowie Fruchtgenussentgelte und Abgeltung (1 Mill. EUR) von unbeweglichem Bundesvermögen, Darlehensrückzahlungen von der Österreichischen Industrieholding AG (98 Mill. EUR), zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen gemäß Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (3 Mill. EUR) im Rahmen der sonstigen Finanzhaftungen, verschiedene Abfahren (3 Mill. EUR) und sonstige Einziehungen zum Bundeschatz (2 Mill. EUR).

Mehreingänge von 377 Mill. EUR entfielen vorwiegend auf erfolgswirksame Einnahmen der Österreichischen Nationalbank (169 Mill. EUR) und der Elektrizitätswirtschaft (1 Mill. EUR), auf Erträge aus Kapitalbeteiligungen an sonstigen Unternehmungen (104 Mill. EUR), auf sonstige Veräußerungen (24 Mill. EUR) sowie Fruchtgenussentgelte (24 Mill. EUR) und zweckgebundene Einnahmen aus Veräußerungen (7 Mill. EUR) von unbeweglichem Bundesvermögen, auf zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG) aus sonstigen Finanzhaftungen (23 Mill. EUR) und gemäß Ausfuhrförderungsgesetz (21 Mill. EUR) im Rahmen der Haftungsübernahmen des Bundes sowie auf bestandswirksame Einnahmen aus Veräußerungserlösen von Kapitalbeteiligungen (3 Mill. EUR).

2/540 Kapitalbeteiligung (Erträge)

2/5404 Elektrizitätswirtschaft

2/54044

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 7,5 %)

+ 1 371 750,-- EUR

Mehreinnahmen aus einer höheren Dividendenabfuhr seitens der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG für das Geschäftsjahr 2001.

2/5407 Oesterreichische Nationalbank

2/54074

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 21,1 %)

+ 169 195 543,01 EUR

Mehreinnahmen aus der Gewinnabfuhr zufolge eines günstigeren Geschäftsergebnisses.

2/54094

Sonstige Unternehmungen

+ 103 736 755,50 EUR

Mehreinnahmen vor allem aufgrund höherer Dividendenzahlungen verschiedener Wohnbaugesellschaften (zusammen 98,9 Mill. EUR) und vermehrter öffentlicher Dienstleistungen seitens der BRZ GmbH (4,4 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/541	Kapitalbeteiligung (Erlöse)	
2/5418	Veräußerungserlöse	
2/54187	Bestandswirksame Einnahmen	+ 2 536 549,20 EUR
	Mehreinnahmen aus dem Anteilverkauf an der Salzburger Flughafen GmbH.	
2/542	Bundesarlehen	
2/5421	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft	
2/54219	Darlehensrückzahlungen	
(- 99,6 %)		- 98 104 868,98 EUR
	Mindereinnahmen infolge geringerer Darlehensrückzahlungen der ÖIAG.	
2/545	Einziehungen zum Bundesschatz	
2/5451	Einziehungen aufgrund besonderer Bestimmungen	
2/54514	Sonstige Einziehungen	
(- 46,3 %)		- 2 036 946,68 EUR
	Mindereinnahmen insbesondere wegen geringeren Anfalls von erblosen Nachlässen (3,2 Mill. EUR).	
	Mehreinnahmen hauptsächlich zufolge vermehrten Anfalls von Abgabenüberzahlungen (1,2 Mill. EUR).	
2/546	Unbewegliches Bundesvermögen	
2/54602	Veräußerungen (zweckgebundene Einnahmen)	+ 7 463 932,85 EUR
	Mehreinnahmen aus den nicht veranschlagten Veräußerungen von Anlagungsgrundstücken an die Anrainer betreffend unbebaute Liegenschaften an öffentlichem Wassergut in Kärnten ("Ringtausch").	
2/54607	Veräußerungen	
(- 11,9 %)		- 103 366 340,94 EUR
	Mindereinnahmen überwiegend aufgrund unterbliebener Übertragung von Seen an die Österreichische Bundesforste AG (109,0 Mill. EUR) und geringerer Veräußerungen von bebauten Liegenschaften an sonstige Interessenten durch die BIG gemäß 5. BIG-Gesetz-Novelle, BGBl. I Nr. 47/1999 (7,7 Mill. EUR).	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN



Mehreinnahmen vor allem aus den nicht veranschlagten Nachbesserungen für Veräußerungen bebauter Liegenschaften durch die BIG (10,6 Mill. EUR) sowie aus dem Erwerb von bebauten Liegenschaften (0,8 Mill. EUR) und Gebäuden (0,8 Mill. EUR) durch Gemeinden.

2/54608

Veräußerungen (sonstige)

+ 24 232 897,64 EUR

Mehreinnahmen aus der nicht veranschlagten Veräußerung der militärischen Liegenschaft Wilhelmskaserne in Wien (18,6 Mill. EUR), aus den nicht veranschlagten Veräußerungen von Liegenschaften des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten im Ausland (3,6 Mill. EUR) und aus den Veräußerungen weiterer militärischer Liegenschaften (2,0 Mill. EUR).

2/54624

Fruchtgenussentgelte und Abgeltung

(- 18,9 %)

- 1 473 463,41 EUR

Mindereinnahmen vor allem wegen geringerer Überweisungen von Fruchtgenussentgelten seitens der Österreichischen Bundesforste AG.

2/54626

Fruchtgenussentgelt

(+ 336,3 %)

+ 24 441 817,78 EUR

Mehreinnahmen infolge höherer Überweisungen von Fruchtgenussentgelten seitens der ASFINAG.

2/547

Haftungsübernahmen des Bundes

2/5470

Ausfuhrförderungsgesetz (AFG)
(zweckgebundene Gebarung)

2/54700

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

(+ 7,9 %)

+ 20 542 552,48 EUR

Mehreinnahmen infolge höheren Anfalls an Haftungsentgelten aus Garantien gemäß AFG (26,2 Mill. EUR) und Zinsen zu dem höheren Guthaben bei der Österreichischen Kontrollbank AG gemäß § 7 AFG (2,3 Mill. EUR) sowie infolge höheren Anfalls an Haftungsentgelten bei den Wechselbürgschaften (1,7 Mill. EUR).

Mindereinnahmen bei den sonstigen Einnahmen (AFG) (9,7 Mill. EUR) aufgrund verminderten Kostenanfalls.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/54702

Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen

(- 46,6 %)

- 250 336 249,60 EUR

Mindereinnahmen bei Rückersätzen aus Haftungsansprüchen von Garantien (246,1 Mill. EUR) infolge geringeren Anfalls und durch geringere Rückersätze aus Wechselbürgschaften (4,3 Mill. EUR).

2/5471

Sonstige Finanzhaftungen

2/54710

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG)

(+ 624,8 %)

+ 22 706 519,40 EUR

Mehreinnahmen aus der Erstattung von Erträgen aus der Kursrisikogarantie (AFFG) aufgrund des nicht abschätzbaren Austauschverhältnisses zwischen Euro und ausländischen Währungen.

2/54714

Erfolgswirksame Einnahmen

(- 7,3 %)

- 2 975 031,74 EUR

Mindereinnahmen aufgrund geringerer Haftungsübernahmen nach dem AFFG (6,5 Mill. EUR) sowie an Haftungsentgelten (1,6 Mill. EUR).

Mehreinnahmen an Haftungsentgelten ÖPSK (5,0 Mill. EUR).

2/548

Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen

2/54834

Verschiedene Abfahren

(- 100,0 %)

- 2 539 000,-- EUR

Mindereinnahmen infolge unterbliebener Mittelabschöpfungen, bedingt durch die schweren Katastrophenschäden im Jahr 2002.

2/55

Pensionen

Mindereinnahmen von 65 Mill. EUR entstanden vor allem im Rahmen der sonstigen Pensionsleistungen beim Beitrag der Ämter gemäß Poststrukturgesetz (44 Mill. EUR) und der Österreichischen Bundesbahnen (5 Mill. EUR) sowie beim Beitrag zur Pension gemäß § 13a PG (16 Mill. EUR).

Mehreinnahmen von 28 Mill. EUR betrafen hauptsächlich Überweisungen von Pensionsträgern (14 Mill. EUR), Beiträge von Landeslehrern gemäß § 107a LDG (7 Mill. EUR), Pensionsbeiträge (4 Mill. EUR) sowie Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten (3 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/550	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes	
2/55006	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten (+ 40,7 %)	+ 2 933 303,22 EUR
	Mehreinnahmen aus den Beiträgen der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (2,0 Mill. EUR) und der Immobilienmanagementgesellschaft des Bundes mbH (2,7 Mill. EUR).	
	Mindereinnahmen im Gesamtausmaß von rd. 1,8 Mill. EUR lagen unter der Erläuterungsgrenze.	
2/551	Ersätze von Ländern	
2/55104	Beiträge von Landeslehrern gemäß § 107a LDG (+ 46,2 %)	+ 6 630 426,43 EUR
	Mehreinnahmen infolge Ansteigens des Bruttopensionsaufwandes.	
2/555	Sonstige Pensionsleistungen	
2/5550	Österreichische Bundesbahnen	
2/55504	Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen (- 1,0 %)	- 5 131 146,59 EUR
	Mindereinnahmen beim Beitrag der ÖBB (2,8 Mill. EUR) und beim Pensionsversicherungsbeitrag der Aktiven (4,1 Mill. EUR) infolge der Verringerung der Anzahl der Aktivbeamten.	
	Mehreinnahmen beim Pensionsversicherungsbeitrag (1,8 Mill. EUR) infolge eines höheren Pensionsaufwandes, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.	
2/5551	Ämter gemäß Poststrukturgesetz	
2/55514	Beitrag der Ämter gemäß Poststrukturgesetz (- 15,1 %)	- 43 546 736,06 EUR
	Mindereinnahmen infolge Verringerung der Anzahl der Aktivbeamten.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/556 Sonstige Pensionseinnahmen

2/55604
Pensionsbeiträge
(+ 0,7 %)

+ 3 775 338,22 EUR

Mehreinnahmen vor allem bei Pensionsbeiträgen (2,2 Mill. EUR) infolge geringerer Reduzierung der Anzahl der Beamten des Aktivstandes und bei Beiträgen gemäß dem Bundesbeamten-Sozialplangesetz (1,3 Mill. EUR) durch den Anstieg der Anzahl der Empfänger von Vorruhestandsgeld, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.

2/55614
Überweisungen von Pensionsträgern
(+ 76,5 %)

+ 13 898 765,36 EUR

Mehreinnahmen infolge höherer Überweisungen von den Pensionsträgern.

2/55615
Beitrag zur Pension gemäß § 13a PG
(- 17,8 %)

- 16 201 995,54 EUR

Mindereinnahmen bei Beiträgen von Bediensteten der Hoheitsverwaltung durch zu hohe Schätzung bei der Erstellung des Voranschlags (20,1 Mill. EUR).

Mehreinnahmen im Wesentlichen bei Beiträgen von Bediensteten der PTA (3,5 Mill. EUR) infolge stärkeren Anstiegs der Anzahl an Ruhegenussemphängern, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.

58 Finanzschuld, Währungstauschverträge

Die Mehreinnahmen betragen 18 128 Mill. EUR. Sie entstanden insbesondere bei allen VA-Ansätzen für Erlöse aus Schuldaufnahmen (zusammen 11 847 Mill. EUR), weil die Veranschlagung dieser Erlöse – abgesehen von Erinnerungsbeträgen – beim VA-Ansatz 8/58809 als Pauschalvorsorge in einer Gesamtsumme erfolgte. Weitere Mehreinnahmen betrafen die sonstige Wertpapiergebarung: Kapitalaufnahmen (2 930 Mill. EUR) und Stückzinsen (44 Mill. EUR) mit Gegenposition, Erlöse/Schulden aus Währungstauschverträgen in heimischer (1 879 Mill. EUR) und fremder (697 Mill. EUR) Währung, bestandswirksame Einnahmen aus Devisentermingeschäften (329 Mill. EUR), erfolgswirksame Einnahmen (149 Mill. EUR) und erfolgswirksame Einnahmen mit Gegenposition (45 Mill. EUR) bei den sonstigen Einnahmen, erfolgswirksame Einnahmen aus Anleihen (titrierte Finanzschuld in heimischer Währung) (124 Mill. EUR) sowie Zinsen und Aufgeld von Währungstauschverträgen in fremder (66 Mill. EUR) und in heimischer (16 Mill. EUR) Währung.

Die Mindereinnahmen betragen 14 335 Mill. EUR und entstanden beim VA-Ansatz 8/58809 „Schuldaufnahmen gemäß Art. II BFG“ (14 313 Mill. EUR) sowie beim Kapital von Währungstauschverträgen in fremder Währung (22 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

580	Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	
5800	Anleihen	
2/58004	Erfolgswirksame Einnahmen	
(+ 43,1 %)		+ 124 238 333,14 EUR
	Mehreinnahmen vor allem aufgrund der Verrechnung von Stückzinsen infolge der Begebung von Kreditoperationen sowie beim Erwerb von Bundestitel (73,5 Mill. EUR). Weitere Mehreinnahmen infolge der Verrechnung von Zinsen verliehener Bundestitel (56,3 Mill. EUR).	
	Mindereinnahmen bei der Verrechnung von Zinsen für im Bundesbesitz befindliche Bundestitel (5,6 Mill. EUR).	
8/58009	Erlöse – Anleihen	
(+ 583,3 %)		+ 9 410 230 389,35 EUR
	Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen (10 211,3 Mill. EUR); dem gegenüber Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58809.	
	Mindereinnahmen bei der Entnahme aus dem Bundesbesitz (801,0 Mill. EUR).	
5801	Bundesobligationen und Schuldverschreibungen	
2/58014	Erfolgswirksame Einnahmen	
		+ 1 257 446,01 EUR
	Mehreinnahmen vor allem aufgrund der Verrechnung von Zinsen für im Bundesbesitz befindliche Bundestitel.	
8/58019	Erlöse – Bundesobligationen und Schuldverschreibungen	
		+ 2 686 894,86 EUR
	Mehreinnahmen bei der Entnahme aus dem Bundesbesitz.	
5802	Bundesschatzscheine	
8/58029	Erlöse – Bundesschatzscheine	
		+ 181 481 497,01 EUR
	Mehreinnahmen bei der Entnahme aus dem Bundesbesitz (126,5 Mill. EUR). Weitere Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen (55,0 Mill. EUR); dem gegenüber Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58809.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

581	Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	
5810	Kredite und Darlehen	
8/58109	Erlöse – Kredite und Darlehen	+ 1 319 999 000,-- EUR
	Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen; dem gegenüber Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58809.	
582	Titrierte Finanzschuld in fremder Währung	
5820	Anleihen	
8/58209	Erlöse – Anleihen	+ 883 606 862,04 EUR
	Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen; dem gegenüber Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58809.	
5822	Bundesschatzscheine	
8/58229	Erlöse – Bundesschatzscheine	+ 48 730 887,94 EUR
	Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen; dem gegenüber Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58809.	
584	Einnahmen aus Währungstauschverträgen	
5840	In heimischer Währung	
2/58404	Zinsen und Aufgeld (+ 2,1 %)	+ 16 179 355,55 EUR
	Mehreinnahmen infolge günstiger variabler Zinssatzentwicklung bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (12,7 Mill. EUR) sowie aufgrund der Verrechnung von Zinsen infolge der Begebung von Kreditoperationen (3,6 Mill. EUR).	
5841	In fremder Währung	
2/58414	Zinsen und Aufgeld (+ 16,4 %)	+ 66 154 331,97 EUR
	Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung von Zinsen infolge der Begebung von Kreditoperationen (60,8 Mill. EUR) sowie infolge günstiger variabler Zinssatzentwicklung bzw. günstiger Devisenkurse bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (5,6 Mill. EUR).	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

8/58419	Kapital (- 2,0 ‰)	- 21 635 621,12 EUR
	Mindereinnahmen infolge ungünstiger Devisenkurse.	
8/5842	In heimischer Währung	
8/58429	Erlöse – Schulden aus Währungstauschverträgen	+ 1 879 098 513,94 EUR
	Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen; dem gegenüber Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58809.	
8/5843	In fremder Währung	
8/58439	Erlöse – Schulden aus Währungstauschverträgen	+ 696 759 048,70 EUR
	Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen; dem gegenüber Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58809.	
587	Einnahmen mit Gegenposition	
5870	Sonstige Wertpapiergebarung	
2/58704	Stückzinsen mit Gegenposition	+ 44 220 159,39 EUR
	Mehreinnahmen infolge der Verrechnung von Stückzinsen aus der Wertpapiergebarung in heimischer (26,4 Mill. EUR) und fremder (17,7 Mill. EUR) Währung.	
8/58709	Kapitalaufnahmen mit Gegenposition (+ 195,3 ‰)	+ 2 930 106 187,22 EUR
	Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen in fremder (2 565,9 Mill. EUR) und heimischer (1 730,0 Mill. EUR) Währung sowie aufgrund des Verkaufs von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis "Rechtsträgerfinanzierung" (ehemaliges Kap. 56) (3,5 Mill. EUR).	
	Mindereinnahmen bei der Entnahme von Bundestitel aus dem Bundesbesitz (1 369,3 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

588	Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte	
8/58809	Schuldaufnahmen gemäß Art. II BFG (– 100,0 %)	– 14 313 404 000,-- EUR
	Den Mindereinnahmen von 14 313,4 Mill. EUR stehen auf den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen 8/58009, 8/58029, 8/58109, 8/58209, 8/58229, 8/58429 und 8/58439 verteilt Mehreinnahmen von zusammen 15 095,9 Mill. EUR sowie die bei 8/58709 verrechneten Bundesschätze und Eigenquoten des Bundes in Höhe von 1 730,0 Mill. EUR gegenüber. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Finanzschulden wurde um die Ausnützung von in Art. II und VII BFG 2002 ausgesprochenen Ermächtigungen im Ausmaß von 3 497,1 Mill. EUR erhöht. Im Ausmaß von 984,6 Mill. EUR wurde von der diesem VA-Ansatz zugrundeliegenden Schuldaufnahmeermächtigung nicht Gebrauch gemacht.	
5882	Devisentermingeschäfte	
8/58829	Bestandswirksame Einnahmen (+ 91,4 %)	+ 329 298 404,32 EUR
	Mehreinnahmen infolge der Begebung einer Kreditoperation, in deren Zusammenhang ein Devisentermingeschäft abgeschlossen wurde (340,7 Mill. EUR).	
	Mindereinnahmen infolge ungünstiger Devisenkurse bei der Tilgung von Kreditoperationen (11,4 Mill. EUR).	
2/589	Sonstige Einnahmen	
2/58904	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 148 722 638,16 EUR
	Mehreinnahmen aufgrund von Emissionsagios vor allem bei Kreditoperationen in heimischer Währung (139,5 Mill. EUR). Weitere Mehreinnahmen infolge der Verrechnung eines Agios in heimischer Währung beim Kauf bzw. Verkauf von Wertpapieren (8,0 Mill. EUR) sowie aus Leihentgelten von im Bundesbesitz befindlichen Bundestitel (1,1 Mill. EUR).	
2/58914	Erfolgswirksame Einnahmen mit Gegenposition	+ 44 875 493,57 EUR
	Mehreinnahmen infolge der Verrechnung von Emissionsagios vor allem bei der Begebung von Kreditoperationen in fremder Währung (33,0 Mill. EUR). Weitere Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung eines Agios in heimischer Währung beim Kauf bzw. Verkauf von Wertpapieren (6,8 Mill. EUR) sowie von Einnahmen infolge von Währungstauschverträgen (5,0 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Die Mehreingänge in Höhe von 37 Mill. EUR betrafen vor allem zweckgebundene Einnahmen aus Mitteln des Katastrophenfonds (28 Mill. EUR) sowie zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen im Zusammenhang mit der Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens (5 Mill. EUR).

Mindereingänge von 26 Mill. EUR betrafen hauptsächlich Marktordnungsmaßnahmen bei Zucker (EU-Eigenmittel) (13 Mill. EUR) sowie die erfolgswirksamen Einnahmen der Zentralleitung (7 Mill. EUR), im Zusammenhang mit öffentlichem Wassergut (2 Mill. EUR) und der Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Bundesanstalten (1 Mill. EUR).

2/600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

2/6000 Zentralleitung

2/60004

Erfolgswirksame Einnahmen

(– 25,0 %)

– 6 654 742,33 EUR

Mindereinnahmen vor allem bei den Erträgen aus Kapitalbeteiligungen (7,3 Mill. EUR), bei den sonstigen verschiedenen Einnahmen (3,0 Mill. EUR) und bei Zinsen aus dem Geldverkehr (0,6 Mill. EUR) aufgrund überhöhter Veranschlagung.

Mehreinnahmen bei Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten (Ernährungsagentur) (4,9 Mill. EUR).

2/601 Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)

2/60100

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

+ 5 448 520,45 EUR

Mehreinnahmen durch Überweisungen aus dem Katastrophenfonds (Dürreschäden) zur Existenzsicherung betroffener landwirtschaftlicher Betriebe aufgrund der Dürreschäden im Jahr 2001 und Finanzierung notwendiger Maßnahmen beim korrespondierenden Ausgabenansatz (5,4 Mill. EUR).

2/603 Marktordnungsmaßnahmen

2/60305

Zucker, EU-Eigenmittel

(– 35,8 %)

– 12 962 293,18 EUR

Mindereinnahmen bei der Lagerabgabe infolge Einstellung (13,8 Mill. EUR).

Mehreinnahmen bei der Produktionsabgabe, da die niedrigen Weltmarktpreise eine Erhöhung der Erstattungssätze für die Zuckerverarbeitung in der chemischen Industrie und den Export von Quotenzucker bedingten (0,8 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/605	Lehr- und Versuchsanstalten	
2/6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten	
2/60514	Erfolgswirksame Einnahmen (– 22,7 %)	– 1 342 066,91 EUR
	Mindereinnahmen vor allem bei den Untersuchungsgebühren infolge der Ausgliederung von Dienststellen und Aufnahme in die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH mit 1. Juni 2002 (0,9 Mill. EUR).	
2/608	Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung	
2/6081	Öffentliches Wassergut	
2/60814	Erfolgswirksame Einnahmen (– 62,9 %)	– 2 232 067,64 EUR
	Mindereinnahmen vor allem bei den Miet- und Pachtzinsen, da die im Jahre 2001 erfolgte Übertragung von bis dahin als öffentliches Wassergut verwalteten Seen in Kärnten und Oberösterreich an die Österreichische Bundesforste AG zu einer Verringerung der Pachteinahmen führte (2,0 Mill. EUR).	
2/60890	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen) (+ 23,9 %)	+ 27 998 000,-- EUR
	Mehreinnahmen für den Schutzwasserbau (16,0 Mill. EUR) und die Wildbach- und Lawinenverbauung (12,0 Mill. EUR) gemäß dem Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbaugesetz 2002 (HWG 2002), da aufgrund der Hochwasserkatastrophe im August 2002 zur Beseitigung der Hochwasserschäden zusätzliche Mittel aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellt wurden.	
2/61	Umwelt neu	
	Mindereinnahmen in Höhe von 26 Mill. EUR betrafen vorwiegend geringere zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen aus der Siedlungswasserwirtschaft (26 Mill. EUR).	
	Die Mehreinnahmen beliefen sich auf 0,2 Mill. EUR.	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/612 Umweltschutz

2/6123 Siedlungswasserwirtschaft (zweckgebundene Gebarung)

2/61230

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

(- 9,8 %)

- 26 482 891,68 EUR

Mindereinnahmen bei Überweisungen von Steueranteilen und Zinsen (Sonderkonto) aufgrund eines geringeren zweckgebundenen Liquiditätsbedarfes bei dem korrespondierenden Ausgabenansatz (32,1 Mill. EUR) und bei Überweisungen vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (UWF) (Abwicklungskosten) aufgrund einer Verschiebung der prozentuellen Aufteilung auf die einzelnen Förderungsbereiche beim Abwicklungsaufwand der Kommunalkredit Austria AG (0,6 Mill. EUR).

Mehreinnahmen bei Überweisungen vom UWF (Sondertranchen) aufgrund eines jährlich aktualisierten Aufteilungsschlüssels zwischen Sonderkonto und UWF (6,2 Mill. EUR).

2/63 Wirtschaft und Arbeit

Mehreinnahmen in Höhe von 677 Mill. EUR betrafen vorwiegend den Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (516 Mill. EUR), Erträge aus Kapitalbeteiligungen (93 Mill. EUR), erfolgswirksame Einnahmen der Zentralleitung (40 Mill. EUR) und des Amtes der IAF-Service GmbH (Insolvenz-Ausfalls-Fonds) (2 Mill. EUR) und zweckgebundene Einnahmen aus Arbeitslosenversicherungsbeiträgen (11 Mill. EUR). Weitere Mehreinnahmen entfielen auf sonstige erfolgswirksame Einnahmen beim sonstigen Zweckaufwand des Bundesministeriums (8 Mill. EUR), auf Überweisungen vom AMS (3 Mill. EUR) und von der BUAK (2 Mill. EUR) sowie auf Darlehensrückzahlungen der unternehmensbezogenen Arbeitsmarktförderung gemäß AMFG (2 Mill. EUR).

Die Mindereinnahmen in Höhe von 49 Mill. EUR entstanden vor allem durch geringere erfolgswirksame Einnahmen der unternehmensbezogenen Arbeitsmarktförderung gemäß AMFG (21 Mill. EUR), sonstige erfolgswirksame Einnahmen der sonstigen Behörden (20 Mill. EUR), durch den verminderten Beitrag der Gebietskörperschaften im zweckgebundenen Gebarungsbereich (4 Mill. EUR) sowie bei den Überweisungen vom Familienlastenausgleich (3 Mill. EUR).

2/630 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

2/6300 Zentralleitung

2/63004

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 303,2 %)

+ 40 052 566,42 EUR

Mehreinnahmen bei den sonstigen verschiedenen Einnahmen aufgrund der Eingliederung der Montanbehörde in die Zentralleitung (40,1 Mill. EUR) sowie bei den Abfragegebühren für die Grundstücksdatenbank (2,1 Mill. EUR) infolge eines geänderten Verrechnungsmodus und eines leichten Anstiegs der Abfragen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

Damit im Zusammenhang stehen auch die Mindereinnahmen (1,9 Mill. EUR) bei den Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen (BTX).

2/6301	Kapitalbeteiligungen	
2/63014	Erträge	+ 92 805 000,-- EUR
	Mehreinnahmen (92,8 Mill. EUR) infolge Gewinnausschüttung der BIG.	
2/633	Sonstige Behörden	
2/63305	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen (- 100,0 %)	- 19 915 000,-- EUR
	Mindereinnahmen infolge der Eingliederung der Montanbehörden in die Zentralleitung.	
2/634	Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand	
2/63465	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen	+ 7 744 386,65 EUR
	Mehreinnahmen (7,7 Mill. EUR) durch die Überweisung vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger gemäß § 19a (8) EFZG durch die Auflösung des Finanzvermögens des Erstattungsfonds.	
2/635	Arbeitsmarktpolitik (I)	
2/63550	Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgebundene Einnahmen) (- 69,6 %)	- 2 528 046,23 EUR
	Mindereinnahmen (2,5 Mill. EUR) aufgrund des Übergangs des Karenzgeldes an den Familienlastenausgleichsfonds. Der Leistungsmonat Dezember 2001, welcher von der Gebarung Arbeitsmarktpolitik im Jänner 2002 getragen wurde, war vom FLAF nicht mehr abzugelten.	
2/6357	Überweisung vom AMS	
2/63570	Überweisung vom AMS	+ 3 089 000,-- EUR
	Mehreinnahmen (3,1 Mill. EUR) durch Auflösung der Arbeitsmarktrücklage des AMS zur Finanzierung des Jugendförderungsprogramms.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/63580

Arbeitslosenversicherungsbeiträge
(zweckgebundene Einnahmen)
(+ 0,3 %)

+ 10 970 103,49 EUR

Mehreinnahmen bei den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen (8,7 Mill. EUR) infolge geringfügig günstigeren Beitragsaufkommens und höherer Rückersätze aus Arbeitslosenversicherungsabkommen (3,6 Mill. EUR).

Mindereinnahmen beim Sicherungsbeitrag GSVG (0,9 Mill. EUR) aufgrund aufgehobener Regelungen.

2/63581

Beitrag der Gebietskörperschaften
(zweckgebundene Gebarung)
(- 26,1 %)

- 3 790 855,66 EUR

Mindereinnahmen (3,8 Mill. EUR) beim Beitrag der Gebietskörperschaften aufgrund des rückläufigen Aufwands für Sondernotstandshilfe durch Einführung des Kinderbetreuungsgeldes.

2/63590

Überweisungen von der BUAK
(+ 78,2 %)

+ 1 759 876,03 EUR

Mehreinnahmen bei den Überweisungen der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (1,8 Mill. EUR) infolge erhöhter Beiträge der BUAK an die Gebarung Arbeitsmarktpolitik gemäß § 13 des Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetzes betreffend Winterfeiertagsvergütung.

2/63591

Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik
(+ 168,9 %)

+ 515 558 244,56 EUR

Mehreinnahmen (515,6 Mill. EUR) infolge Erhöhung des Bundesbeitrages zur Abdeckung des Defizits der Gebarung Arbeitsmarktpolitik gemäß § 6 (5) AMPFG.

2/636

Arbeitsmarktpolitik (II)

2/6366

Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung gemäß AMFG

2/63664

Erfolgswirksame Einnahmen
(- 98,5 %)

- 21 468 365,65 EUR

Mindereinnahmen bei der Überweisung für unternehmensbezogene Förderungen (21,8 Mill. EUR) durch Sistierung für das Jahr 2002 durch BGBl. I Nr. 158/2002.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/63669	Darlehensrückzahlungen	+ 2 474 606,26 EUR
	Mehreinnahmen (2,5 Mill. EUR) infolge Darlehensrückzahlungen.	
2/639	Verschiedene Dienststellen	
2/6391	Amt der IAF-Service GmbH	
2/63914	Erfolgswirksame Einnahmen (+ 81,0 %)	+ 1 548 746,21 EUR
	Die Mehreinnahmen (1,5 Mill. EUR) resultieren aus Nachzahlungen aus dem Jahr 2001.	
2/64	Bauten und Technik	
2/640	Verwaltungs- und betriebsähnliche Einrichtungen	
2/6404	Amt der Bundesimmobilien	
2/64044	Erfolgswirksame Einnahmen (- 11,3 %)	- 1 812 734,87 EUR
	Mindereinnahmen bei den Personalkostensätzen der Immobilienmanagementgesellschaft des Bundes (IMB) (1,8 Mill. EUR) infolge Überpräliminierung.	
2/646	Bundesgebäudeverwaltung – Liegenschaftsverwaltung	
2/64604	Erfolgswirksame Einnahmen (+ 100,7 %)	+ 3 780 732,10 EUR
	Mehreinnahmen bei Miet- und Pachtzinsen (4,9 Mill. EUR) durch Mietzahlungen von Bundesmuseen.	
	Mindereinnahmen bei den Einnahmen aus Nebenleistungen (0,3 Mill. EUR) und Vergütungen vom BMLV (0,3 Mill. EUR) infolge Fehleinschätzung.	
2/649	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen	
2/6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	
2/64904	Erfolgswirksame Einnahmen (+ 12,7 %)	+ 1 710 870,47 EUR
	Mehreinnahmen durch Erlöse aus dem Verkauf vermessungstechnischer Unterlagen (2,5 Mill. EUR) und bei den Vergütungen durch Bundesdienststellen	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN



(0,9 Mill. EUR) infolge verstärkter Nachfrage im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe.

Mindereinnahmen aus Eich- und Prüfgebühren (0,9 Mill. EUR), da durch den Beitritt zur EU – gemäß EU-Konformitätsbewertungsverfahren – Prüfungen vermehrt durch autorisierte Privatfirmen durchgeführt werden. Weitere Mindereinnahmen bei den Vergütungen des BMLV (0,3 Mill. EUR) und den Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten (0,2 Mill. EUR) infolge Fehleinschätzung sowie bei den Vermessungsgebühren (0,2 Mill. EUR) aufgrund geringerer Nachfrage.

2/65 Verkehr, Innovation und Technologie

Mindereinnahmen in Höhe von 160 Mill. EUR betrafen hauptsächlich die geringere zweckgebundene Zuweisung von Mittel des Katastrophenfonds für den Wasserbau (47 Mill. EUR), erfolgswirksame Einnahmen (TKG) aus fernmeldebehördlichen Tätigkeiten (43 Mill. EUR), die zweckgebundenen Einnahmen für vorbeugende Maßnahmen (28 Mill. EUR) und zur Beseitigung von Schäden (17 Mill. EUR) des Katastrophenfonds sowie zweckgebundene Einnahmen aus Veräußerungserlösen (7 Mill. EUR) und erfolgswirksame Einnahmen (1 Mill. EUR) bei der Bundesstraßenverwaltung. Weitere Mindereinnahmen ergaben sich bei zweckgebundenen erfolgswirksamen Einnahmen aus Mittel des ITF (8 Mill. EUR), bei den Ersätzen der Österreichischen Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft (5 Mill. EUR) sowie bei den erfolgswirksamen Einnahmen des Bundesamt FPZ Arsenal (1 Mill. EUR).

Mehreingänge von 124 Mill. EUR betrafen vorwiegend Erträge (102 Mill. EUR) und Erlöse (6 Mill. EUR) aus Kapitalbeteiligungen, erfolgswirksame Einnahmen aus fernmeldebehördlichen Tätigkeiten (10 Mill. EUR), die Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz (2 Mill. EUR) sowie zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen bei der Zentraleitung (2 Mill. EUR).

2/650 Bundesministerium für Verkehr,
Innovation und Technologie

2/6500 Zentraleitung

2/65000

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen
(+ 150,1 %)

+ 1 747 626,90 EUR

Mehreinnahmen durch Verwaltungsstrafen (Ökopunktesystem) (1,7 Mill. EUR).

2/6502 Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten

2/65024

Erfolgswirksame Einnahmen
(+ 73,1 %)

+ 10 015 772,14 EUR

Mehreinnahmen bei den Funkgebühren (11,0 Mill. EUR).

Mindereinnahmen bei den Strafen (1,0 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/65025	Erfolgswirksame Einnahmen (TKG)	
	(- 74,5 %)	- 43 338 000,-- EUR
	Mindereinnahmen beim Frequenznutzungsentgelt nach dem Telekommunikationsgesetz (TKG) wegen zu hoher Veranschlagung für erwartete Versteigerungserlöse für TETRA-Funk und e-GSM (43,3 Mill. EUR).	
2/651	Bundesministerium (Zweckaufwand)	
2/6513	Kapitalbeteiligungen	
2/65134	Erträge	+ 102 198 347,03 EUR
	Mehreinnahmen aus Dividendenausschüttungen der ÖBB (90,0 Mill. EUR) und aus sonstigen Dividendenausschüttungen von Industrie und Gewerbe (12,2 Mill. EUR).	
2/65137	Erlöse	+ 5 945 217,-- EUR
	Mehreinnahmen bei Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau) (5,9 Mill. EUR).	
2/653	Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie	
2/6530	Mittel des Innovations- und Technologiefonds (ITF) (zweckgebundene Gebarung)	
2/65300	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	
	(- 25,0 %)	- 8 006 700,-- EUR
	Mindereinnahmen wegen geringerer Inanspruchnahme von Mittel aus dem Innovations- und Technologiefonds (ITF) (8,0 Mill. EUR).	
2/6536	Bundesamt FPZ Arsenal	
2/65364	Erfolgswirksame Einnahmen	
	(- 30,6 %)	- 1 417 332,66 EUR
	Mindereinnahmen bei den Ersätzen der österreichischen Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GmbH (ÖFPZ) für die Refundierung der Gehaltskosten (1,4 Mill. EUR).	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/654	Wasserbauverwaltung	
2/6542	Amt der Wasserstraßendirektion	
2/65424	Ersätze der Österreichischen Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft (- 78,7 %)	- 4 635 113,14 EUR
	Mindereinnahmen bei den Ersätzen der Österreichischen Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft (ÖDOBAG) für Personalrefundierungen (4,6 Mill. EUR).	
2/65460	Wasserbau-Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen) (- 82,4 %)	- 46 898 800,-- EUR
	Mindereinnahmen bei den Überweisungen für vorbeugende Maßnahmen (46,9 Mill. EUR).	
2/656	Bundesstraßenverwaltung	
2/65602	Veräußerungserlöse (zweckgebundene Einnahmen) (- 89,6 %)	- 7 004 805,23 EUR
	Mindereinnahmen entstanden durch die Abgabe der Bundesstraßen B an die Länder per 1. April 2002.	
2/65604	Erfolgswirksame Einnahmen (- 83,4 %)	- 1 359 664,29 EUR
	Mindereinnahmen entstanden durch die Abgabe der Bundesstraßen B an die Länder per 1. April 2002.	
2/65650	Katastrophenfonds – Vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Einnahmen) (- 85,8 %)	- 28 359 430,-- EUR
	Mindereinnahmen entstanden durch die Abgabe der Bundesstraßen B an die Länder per 1. April 2002.	
2/65660	Katastrophenfonds – Beseitigung von Schäden (zweckgebundene Einnahmen) (- 82,5 %)	- 16 717 900,-- EUR
	Mindereinnahmen entstanden durch die Abgabe der Bundesstraßen B an die Länder per 1. April 2002.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/658	Einrichtungen des Patentwesens	
2/6580	Österreichisches Patentamt	
2/65804	Gebühren nach dem Patent- und Markenschutzgesetz (+ 8,4 %)	+ 2 041 954,62 EUR
	Mehreinnahmen bei den europäischen Patentgebühren (1,9 Mill. EUR) und bei den Veröffentlichungsgebühren (1,6 Mill. EUR).	
	Mindereinnahmen bei den europäischen Recherchegebühren aufgrund der Beendigung des Abkommens zwischen der Europäischen Patentorganisation und dem österreichischen Patentamt (1,2 Mill. EUR) sowie bei den Patentgebühren (0,3 Mill. EUR).	
2/70	Öffentliche Leistung und Sport	
2/700	Bundesministerium für Öffentliche Leistung und Sport	
2/7000	Zentralleitung	
2/70004	Erfolgswirksame Einnahmen (- 98,3 %)	- 3 259 294,85 EUR
	Mindereinnahmen bei den Refundierungen der Ausgleichszahlungen zum Ausgleichstaxfonds mangels Entscheidung über die Zurechnung zu den jeweiligen Ressorts.	



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

5. ERLÄUTERUNG DER VERÄNDERUNGEN DES VERMÖGENS UND DER SCHULDEN IN DER JAHRESBESTANDSRECHNUNG

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahresbestandsrechnung 2002 (siehe Band 2, Tabelle B.1) gegenüber dem Jahre 2001 eingetretenen Veränderungen von über 5 Mill. EUR betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen bereichsweise gegliedert aufgezeigt. Im Einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (ausgenommen Grundkapital und Kapitalausgleich) im Band 2, Tabellen B.2.1 (Aktiva) und B.2.2 (Passiva) nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.

AKTIVA

I. ANLAGEVERMÖGEN

2. Bebaute Grundstücke – 82 880 056,84 EUR

Abgänge im Bereich BMWA (71,7 Mill. EUR) resultierten vorwiegend aus der Übergabe von Liegenschaften an die Immobiliengesellschaft des Bundes gemäß Bundesimmobiliengesetz, im Bereich BMVIT (1 1,2 Mill. EUR) aus der Übertragung an Länder bzw. an die ASFINAG gemäß Bundesstraßen-Übertragungsgesetz.

3. Grundstückseinrichtungen – 7 236 658 518,75 EUR

Die Abgänge im Bereich BMVIT (7 236,2 Mill. EUR) entstanden durch die Übertragung an Länder bzw. an die ASFINAG gemäß Bundesstraßen-Übertragungsgesetz.

4. Gebäude – 368 931 686,10 EUR

Abgänge im Bereich BMWA (217,5 Mill. EUR) resultierten vorwiegend aus der Übergabe von Liegenschaften an die Immobiliengesellschaft des Bundes gemäß Bundesimmobiliengesetz; im Bereich BMVIT (157,6 Mill. EUR) entstanden sie durch die Übertragung an Länder bzw. an die ASFINAG gemäß Bundesstraßen-Übertragungsgesetz.

5. Sonderanlagen – 15 842 495,72 EUR

Abgänge vorwiegend im Bereich BMVIT (16,3 Mill. EUR) entstanden durch die Übertragung an Länder bzw. an die ASFINAG gemäß Bundesstraßen-Übertragungsgesetz.

6. Maschinen und maschinelle Anlagen – 53 740 780,85 EUR

Abgänge im Bereich BMVIT (42,1 Mill. EUR) entstanden durch die Übertragung an Länder bzw. an die ASFINAG gemäß Bundesstraßen-Übertragungsgesetz; im Bereich BMLFUW (14,4 Mill. EUR) entstanden sie durch die Übertragung der Vermögenswerte des Bundesamtes und Forschungszentrums für Landwirtschaft und der Bundesanstalt für Milchwirtschaft an die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH mit 1. Juni 2002. Abgänge im Bereich BKA (5,1 Mill. EUR) sind auf die Ausgliederung der Statistik Austria zurückzuführen.



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

8. Fahrzeuge und sonstige Beförderungsmittel – 46 895 106,50 EUR

Abgänge im Bereich BMVIT (54,6 Mill. EUR) entstanden durch die Übertragung an Länder bzw. an die ASFINAG gemäß Bundesstraßen-Übertragungsgesetz.

Zugänge im Bereich BMI (6,4 Mill. EUR) resultierten aus Investitionen in den Fuhrpark der Exekutive.

9. Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung – 73 596 063,92 EUR

Abnahmen im Bereich BMSG/Gesundheit (30,0 Mill. EUR) betrafen die Übergabe der Bestände der Bundesanstalten für Lebensmitteluntersuchung sowie der bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen und veterinärmedizinischen Untersuchungsanstalten an die mit 1. Juni 2002 neu errichtete Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH, desgleichen im Bereich BMLFUW (8,7 Mill. EUR), wo die Vermögenswerte des Bundesamtes und Forschungszentrums für Landwirtschaft und der Bundesanstalt für Milchwirtschaft an diese Gesellschaft übertragen wurden; gleichzeitige Vermögenszugänge in diesem Bereich resultierten aus der Übertragung der Agenden des Strahlenschutzes vom BMSG an das BMLFUW. Abgänge sind im Bereich Bildung und Kultur (20,3 Mill. EUR) auf die weitere Ausgliederung der Museen zurückzuführen; im Bereich Wissenschaft (11,5 Mill. EUR) entstanden sie hauptsächlich durch die im Zuge der Gesamtinventur der Veterinärmedizinischen Universität Wien erfolgten nachträglichen Bestandsminderungen im Ersteinrichtungsbereich; im Bereich BMVIT (10,3 Mill. EUR) sind die Abgänge auf die Übertragung an Länder bzw. an die ASFINAG gemäß Bundesstraßen-Übertragungsgesetz zurückzuführen.

Zugänge im Bereich BMI (8,9 Mill. EUR) betrafen vor allem die Modernisierung der ADV-Betriebsausstattung, der technischen Ausstattung und der Fernmeldeeinrichtungen.

10. In Bau befindliche unbewegliche Anlagen – 653 841 450,63 EUR

Abgänge im Bereich BMVIT (626,6 Mill. EUR) entstanden durch die Übertragung an Länder bzw. an die ASFINAG gemäß Bundesstraßen-Übertragungsgesetz, im Bereich BMWA (48,6 Mill. EUR) resultierten sie vorwiegend aus der Übergabe von Liegenschaften an die Immobiliengesellschaft des Bundes gemäß Bundesimmobiliengesetz.

Zugänge im Bereich BMLV (18,3 Mill. EUR) ergaben sich durch die Fortsetzung des Rahmenbauprogramms von Kasernen.

15. Beteiligungen + 14 689 876,43 EUR

Zugänge im Bereich BMVIT (41,5 Mill. EUR) entstanden durch die Kapitalaufstockung bei der Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungs GmbH sowie durch einen Kapitalzuschuss an die Technologieimpulse Gesellschaft; gleichzeitige Verminderungen durch eine Kapitalherabsetzung bei der Gesellschaft des Bundes für industrielle Maßnahmen.

Abgänge im Bereich BMF (16,5 Mill. EUR) entstanden durch die Auflösung der Finanzierungsgesellschaft und der BÜRGES-Förderungsbank des BMWA sowie durch eine Verminderung bei der Salzburger Flughafen GmbH; gleichzeitige Zugänge resultierten aus der Neugründung der Austria Wirtschaftsservice GmbH. Im Bereich BMWA (11,4 Mill. EUR) entstanden die Verminderungen durch die Ausbuchung der Anteile an der Wasserstraßendirektion nach der Übergabe an das BMVIT.



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

II. UMLAUFVERMÖGEN

1. Werkstoffe, Handelswaren und Verbrauchsgüter - 7 125 577,47 EUR

Abgänge im Bereich BMVIT (5,8 Mill. EUR) entstanden durch die Übertragung an Länder bzw. an die ASFINAG gemäß Bundesstraßen-Übertragungsgesetz.

6. Guthaben bei der OeNB - 10 983 443,95 EUR

Abgänge im Bereich BMF (11,0 Mill. EUR) entstanden durch geringere Guthaben des ITF bei der OeNB infolge Veranlagung bei sonstigen Kreditunternehmungen.

7. Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen + 251 422 877,25 EUR

Die Erhöhungen vorwiegend im Bereich BMF (262,6 Mill. EUR) entstanden aus höheren Fondsveranlagungen auf Termingeldkonten, höheren Guthaben bei verschiedenen Banken, höheren Rückstellungen bei der OeKB und höheren Termineinlagen bei der RLB-NÖ.

Abgänge im Bereich BMA (11,2 Mill. EUR) entstanden durch eine Umstellung des Dotierungssystems der Vertretungsbehörden im Ausland.

8. Schwebende Geldgebarungen + 144 330 249,38 EUR

Vermehrungen sind vor allem auf ein Ansteigen nicht abgebuchter Aufträge an Kreditunternehmungen (insgesamt 151,8 Mill. EUR) zurückzuführen.

Verminderungen entstanden im Bereich BKA (8,4 Mill. EUR) durch Umbuchungen im Zusammenhang mit der Umstellung der Haushaltsverrechnung auf SAP R/3.

10. Wertpapiere und Gesellschaftsanteile des Umlaufvermögens + 1 180 896 909,14 EUR

Die Zugänge vorwiegend im Bereich BMF (1 181,9 Mill. EUR) ergaben sich einerseits aus der Veranlagung von Geldmitteln mit Sicherstellung durch „Commercial Paper“-Wertpapiere, andererseits kam es zu Verminderungen infolge der Bewertung von Finanztermingeschäften – Besicherung mit „SWAP-Collaterals“-Wertpapieren.

11. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen + 33 637 447,70 EUR

Zugänge im Bereich BMSG (502,4 Mill. EUR) entstanden durch Umbuchungen im Zusammenhang mit der vorjährigen Umstellung der Haushaltsverrechnung auf SAP R/3, im Bereich BMWA (31,5 Mill. EUR) durch Erhöhungen im Bereich Arbeitsmarktpolitik, im Bereich BMLV (16,6 Mill. EUR) durch die Vormerkung der zweiten Rate des Verkaufserlöses für den Panzer M60.

Abgänge im Bereich BMSG/Jugend, Familie und Senioren (505,4 Mill. EUR) entstanden durch Umbuchungen im Zusammenhang mit der vorjährigen Umstellung der Haushaltsverrechnung auf SAP R/3, im Bereich BMSG/Gesundheit (8,4 Mill. EUR) durch die Übergabe der Untersuchungsanstalten an die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH. Im Bereich BMJ (5,4 Mill. EUR) entstanden die Abgänge bei den Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen aus dem Strafvollzug.



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

12. Forderungen aus Darlehen - 30 109 519,95 EUR

Abgänge ergaben sich im Bereich BMF (20,7 Mill. EUR) vorwiegend durch geringere Forderungen gegenüber Gesellschaften mit Bundesbeteiligung und an einige Staaten sowie durch eine niedrigere Rückzahlung des Darlehens an den EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal. Im Bereich BMWA (7,5 Mill. EUR) entstanden sie durch die geringere Auszahlung von Darlehen aus dem Bereich Arbeitsmarktpolitik.

13. Forderungen aus der Inanspruchnahme von Haftungen - 161 483 752,65 EUR

Die Verminderung im Bereich BMF (161,5 Mill. EUR) ergab sich durch geringere Forderungen aus Rückersätzen von Haftungsinanspruchnahmen gemäß AFG.

14. Forderungen aus voranschlagswirksamen Vorschüssen + 51 625 216,79 EUR

Zugänge im Bereich BMSG/Jugend, Familie und Senioren (47,4 Mill. EUR) entstanden durch die Zunahme der Forderungen aus Unterhaltsvorschüssen im Bereich sonstiger familienpolitischer Maßnahmen.

16. Ersatzforderungen + 25 023 728,24 EUR

Zugänge im Bereich BMF (19,6 Mill. EUR) entstanden vor allem aus den Ertragsanteilen der Länder und Gemeinden; im Bereich BMWA (8,7 Mill. EUR) resultierten sie aus der Erhöhung von Forderungen im Bereich Arbeitsmarktpolitik.

17. Forderungen aus gegebenen Anzahlungen - 112 712 996,11 EUR

Abgänge im Bereich BMLV (102,7 Mill. EUR) entstanden durch die Abrechnung eines Großteils der für Beschaffungen vertraglich festgelegten Anzahlungen, im Bereich BMJ (12,8 Mill. EUR) resultierten sie vorwiegend aus abgerechneten Akontozahlungen an die BRZ-GesmbH und entstanden im Rahmen der Umstellung der Haushaltsverrechnung auf SAP R/3 im Mai 2002.

18. Forderungen aus Währungstauschverträgen + 52 748 101,63 EUR

Vermehrungen entstanden im Bereich BMF (52,7 Mill. EUR) durch neue Vertragsabschlüsse und höhere Devisentermingeschäfte sowie durch eine günstigere Devisenkursentwicklung; dem standen Verminderungen durch Tilgungen von Währungstauschverträgen und von Devisentermingeschäften sowie durch ungünstigere Devisenkursentwicklung gegenüber.

20. Sonstige Forderungen + 1 292 321 944,75 EUR

Zugänge im Bereich BMF (1 198,9 Mill. EUR) betrafen höhere Forderungen aus Wertpapieren im Bundesbesitz, höhere sonstige Forderungen im Bereich der Finanz- und Zollämter sowie erhöhte Forderungen bei Einlageverträgen der 0%-Französische-Francs-Schuldverschreibungen 1991-2006/I, II und III; gleichzeitige Abgänge entstanden aus geringeren fälligen sonstigen Forderungen, aus einer Verminderung der im Bundesbesitz befindlichen Anleihen, aus geringeren nicht-fälligen sonstigen Forderungen im Bereich der Finanzämter sowie aus der Dotierung im Dezember 2002 für den Katastrophenfonds. Zugänge in den Bereichen BMJ (93,5 Mill. EUR) und BMI (6,3 Mill. EUR) sind auf den Anstieg fälliger Forderungen bei Strafgeldern zurückzuführen, im



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

Bereich BMSG (22,6 Mill. EUR) entstanden sie durch Umbuchungen im Zusammenhang mit der vorjährigen Umstellung der Haushaltsverrechnung auf SAP R/3.

Abgänge im Bereich BMSG/Jugend, Familie und Senioren (12,0 Mill. EUR) entstanden durch Korrekturbuchungen im Zusammenhang mit der Umstellung der Haushaltsverrechnung auf SAP R/3, im Bereich Bildung und Kultur (6,5 Mill. EUR) resultierten sie aus der Abstattung von Forderungen durch das Bundesland Wien.

21.	Haushaltsrücklagen	+ 583 193 198,74 EUR
-----	--------------------	----------------------

Siehe die gleichbezeichnete Position unter Passiva.

III.	AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	+ 64 886 824,29 EUR
-------------	-----------------------------------	----------------------------

Zugänge im Bereich BMJ (77,9 Mill. EUR) betrafen Korrekturbuchungen im Bereich der Unterhaltsvorschussgebarung bei den Oberlandesgerichten Graz, Linz und Innsbruck. Im Bereich BMF (72,4 Mill. EUR) ergaben sie sich durch höhere Vorlaufausgaben für die Pensionen der Post und Telekom AG sowie im Bereich des GSBG (Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz); gleichzeitige Verminderungen entstanden bei den Einnahmen von Cash-Collateral-Barsicherheiten im Auslaufzeitraum. Im Bereich BMSG/Jugend, Familie und Senioren (33,2 Mill. EUR) betrafen Zugänge die Ertragsabgrenzung zum abgelaufenen Jahr infolge der Überweisung des Überschusses aus der Gebarung 2002 an den Reservefonds für Familienbeihilfen. Im Bereich BMLFUW (5,0 Mill. EUR) entstanden Zugänge durch die Jänneranweisung des Personal- und Sachaufwandes der AMA bereits im Dezember 2002 als Vorlaufzahlung.

Abgänge im Bereich BMWA (102,7 Mill. EUR) entstanden durch geringere Einzahlungen zur Abgangsdeckung im Bereich Arbeitsmarktförderung; im Bereich BMSG (24,0 Mill. EUR) entstanden sie bei den Vorschusszahlungen an die Sozialversicherungsträger für Beiträge zur Pensionsversicherung sowie für Leistungen nach dem Bundespflegegesetz.

V. KAPITALAUSGLEICH

Der negative schließliche Kapitalausgleich betrug 109 454 Mill. EUR. Er erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 9 702 Mill. EUR. Auf die Ausführungen unter TZ 3.3.1 dieses Berichtes wird verwiesen.

PASSIVA

I. RÜCKLAGEN

1.	Haushaltsrücklagen	+ 583 193 198,74 EUR
----	--------------------	----------------------

Bei den im Bereich des BMF verrechneten Haushaltsrücklagen veränderte sich der Stand der Rücklagen entsprechend den im Finanzjahr 2002 erfolgten Zuführungen und Inanspruchnahmen (Entnahmen bzw. Auflösungen). Einzelheiten sind der TZ 3.10 dieses Berichtes zu entnehmen.



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

III. SCHULDEN

1. Schulden aus Lieferungen und Leistungen + 467 965 764,37 EUR

Zugänge im Bereich BMVIT (546,3 Mill. EUR) entstanden durch die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber der SCHIG; gleichzeitige Verminderungen entstanden durch die Übertragung der Aufwendungen an Länder bzw. an die ASFINAG gemäß Bundesstraßen-Übertragungsgesetz. Im Bereich BMLV (8,3 Mill. EUR) kam es durch die Reorganisation der Buchhaltungsaufgaben zu einem Überhang an Rechnungen, welche für das Rechnungsjahr als Schuld darzustellen waren. Im Bereich BMSG/Jugend, Familie und Senioren (6,7 Mill. EUR) betrafen die Zugänge erhöhte fällige und nicht fällige Schulden, vorwiegend aus Schüler- und Lehrlingsfreifahrten, im Bereich BMF (5,6 Mill. EUR) höhere Schulden für das Internationale Zentrum Wien.

Abgänge im Bereich BMWA (67,9 Mill. EUR) entstanden durch die Abstattung von Verpflichtungen; im Bereich BMLFUW (20,0 Mill. EUR) ergaben sie sich vorwiegend bei den nichtfälligen Lieferschulden und entstanden durch die Übernahme der Gebarung des Bundesamtes und Forschungszentrums für Landwirtschaft durch die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH. Im Bereich BMJ (7,3 Mill. EUR) entstanden die Verminderungen durch Umbuchungen im Zusammenhang mit der Umstellung der Haushaltsverrechnung auf SAP R/3.

2. Schulden aus voranschlagsunwirksamen Erlägen - 515 541 332,11 EUR

Abgänge im Bereich BMF (513,2 Mill. EUR) ergaben sich vorwiegend durch weniger Wertpapierpensionsgeschäfte sowie durch die Verrechnung von Cash-Collateral Barsicherheiten und Wertpapiersicherheiten, gleichzeitige Erhöhungen durch höhere Ausbuchungen infolge Euro-Umstellung, durch höhere Lohnsteuerabfuhr an das Finanzamt und durch höhere Finanzverwahrisse. Im Bereich BMLFUW (10,5 Mill. EUR) entstanden Verminderungen hauptsächlich durch die verspätete Begleichung von Finanzierungsbeiträgen der Länder und Gemeinden sowie durch den Wegfall der Gebarung der Länderanteile, welche nunmehr über die Zahlstelle AMA abgewickelt wird.

Zugänge im Bereich BMJ (8,1 Mill. EUR) entstanden durch höhere Verwahrisse bei den Verwahrisabteilungen und den Gerichten.

3. Ersatzschulden + 194 052 704,32 EUR

Zugänge entstanden vor allem im Bereich BMF (195,3 Mill. EUR) durch die Zunahme der Guthaben auf dem Abgabekonto der Finanzverwaltung.

5. Schulden aus Währungstauschverträgen + 1 036 536 400,42 EUR

Vermehrungen entstanden im Bereich BMF (1 036,5 Mill. EUR) durch Neuabschlüsse von Währungstauschverträgen, durch die ungünstigere Devisenkursentwicklung sowie bei den Devisentermingeschäften; gleichzeitige Abgänge aufgrund der Tilgung von Währungstauschverträgen und von Devisentermingeschäften sowie infolge günstiger Devisenkursentwicklung.

6. Sonstige Schulden + 679 512 902,28 EUR

Die Erhöhungen im Bereich BMF (550,7 Mill. EUR) entstanden aus fälligen „Commercial Paper“-Wertpapieren in heimischer Währung sowie aus der Zurückstellung von Silbergedenkmünzen;

JAHRESBESTANDSRECHNUNG

gleichzeitige Abgänge resultierten aus geringeren sonstigen fälligen Schulden, aus der fälligen Schuld bei der Verpflichtung aus SWAP-Collaterals in heimischer Währung, aus Verminderungen bei den Ertragsanteilen und beim Finanzausgleich an Länder und Gemeinden, sie entstanden durch geringere Schulden an die EU, durch die Rückführung von Wertpapierleihegeschäften in heimischer Währung, durch die Abstattung von Schulden an die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), bei den Zweckzuschussen des Bundes, beim Katastrophenfonds sowie bei den Schulden an das IAKW, an den KRAZAF und an den Afrikanischen Entwicklungsfonds (AFEF). Zugänge gab im Bereich BMSG (451,8 Mill. EUR) durch Umbuchungen im Zusammenhang mit der vorjährigen Umstellung der Haushaltsverrechnung auf SAP R/3, im Bereich BMI.V (12,6 Mill. EUR) resultierten sie aus – die Bundesbesoldung betreffenden – Nachträgen, welche erst im Auslaufzeitraum gebucht wurden.

Verminderungen im Bereich BMSG/Jugend, Familie und Senioren (400,5 Mill. EUR) entstanden durch Umbuchungen im Zusammenhang mit der vorjährigen Umstellung der Haushaltsverrechnung auf SAP R/3; gleichzeitige Zugänge durch die Erhöhung der nichtfälligen sonstigen Schulden an Karenzgeld, Teilzeitbeihilfe, Krankenversicherung, etc.. Im Bereich BMVIT (64,9 Mill. EUR) entstanden Abgänge durch verminderte Kapitaltransferzahlungen an die ÖBB für Sonderanlagen sowie durch die Übertragung der Aufwendungen an Länder bzw. an die ASFINAG gemäß Bundesstraßen-bertragungsgesetz. Die Verminderungen in den Bereichen BMWA (31,0 Mill. EUR) und BKA (8,2 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch die Abstattung von Verpflichtungen, im Bereich Bildung und Kultur (5,1 Mill. EUR) durch den geringeren Anfall von Zahlungsverpflichtungen und durch die Abstattung der Schuld an die „Stiftung Leopold“.

7.	Finanzschulden	+ 2 132 048 135,68 EUR
----	----------------	------------------------

Die Zugänge im Bereich BMF ergaben sich im Zusammenhang mit der Aufnahme neuer Finanzschulden und ungünstigerer Devisenkursentwicklung; gleichzeitige Verminderungen betrafen die Tilgung von Finanzschulden und entstanden durch die günstigere Devisenkursentwicklung.

V.	PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	– 28 488 349,26 EUR
-----------	------------------------------------	---------------------

Die Verminderungen im Bereich BMVIT (137,1 Mill. EUR) betrafen geringere Zahlungen von Förderungen im Auslaufzeitraum, im Bereich BMSG (74,1 Mill. EUR) geringere Zahlungen im Auslaufzeitraum (insbesondere von Beiträgen zur Pensionsversicherung), ebenso im Bereich BMSG/Jugend, Familie und Senioren (32,3 Mill. EUR), hier: des Überschusses 2002 aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen. In den Bereichen Bildung und Kultur (36,7 Mill. EUR) sowie BMWA (7,3 Mill. EUR) ergaben sich die Abgänge ebenso durch geringere Zahlungen im Auslaufzeitraum; im Bereich BMI (15,6 Mill. EUR) entstanden sie durch allgemeine Einsparungsmanahmen sowie durch verringerte Kreditbelastungen im Auslaufzeitraum als Folge der Umstellung der Haushaltsverrechnung auf SAP R/3.

Erhöhungen im Bereich BMJ (80,5 Mill. EUR) betrafen Korrekturbuchungen im Bereich der Unterhaltsvorschussgebarung bei den Oberlandesgerichten Graz, Linz und Innsbruck. Im Bereich BMF (65,6 Mill. EUR) entstanden sie durch höhere Zahlungen für die Pensionen der Post und Telekom AG, durch Umbuchungen im Bereich des Finanzamtes Innsbruck, durch Beihilfen- und Ausgleichszahlungen im Rahmen des GSBG, für Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten sowie durch höhere Zinsen für Finanzschulden und Währungstauschverträge; gleichzeitige Verminderungen entstanden durch geringere Zahlungen an die Europäische Kommission, bei den Zinsen für Finanzschulden und Währungstauschverträge sowie für Ausgaben von Cash-Collateral-Barsicherheiten im Auslaufzeitraum. In den Bereichen BMA (88,4 Mill. EUR), BKA (17,5 Mill. EUR) und Wissenschaft (6,2 Mill. EUR) ergaben sich Erhöhungen durch ein vermehrtes



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

Zahlungsaufkommen im Auslaufzeitraum; im Bereich BMLV (13,5 Mill. EUR) entstanden sie im Zuge der Reorganisation der Buchhaltungsaufgaben, wobei sich ein Überhang an Rechnungen ergab, welche erst im Auslaufzeitraum angewiesen wurden.

JAHRESERFOLGSRECHNUNG

6. ERLÄUTERUNG DER VERÄNDERUNGEN DER AUFWENDUNGEN UND ERTRÄGE IN DER JAHRESERFOLGSRECHNUNG

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahreserfolgsrechnung 2002 (siehe Band 2, Tabelle B.4) gegenüber dem Jahre 2001 eingetretenen Veränderungen von über 5 Mill. EUR betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen bereichsweise gegliedert aufgezeigt. Im Einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (ausgenommen Vermögensabgang) im Band 2, Tabellen B.5.1 (Aufwendungen) und B.5.2 (Erträge) nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.

AUFWENDUNGEN

I. AUFWAND FÜR BEDIENSTETE

1. Aktivitätsaufwand - 72 769 620,03 EUR

Minderaufwendungen im Bereich BMF (91,0 Mill. EUR) resultierten vorwiegend aus geringeren Personalausgaben mangels Nachbesetzungen und durch die Reduktion des Personalstandes im BMF, bei der Post AG, der Telekom Austria AG und in einzelnen FLDionen; ein gleichzeitiger Mehraufwand aus höheren Ausgaben für Jubiläumswendungen, Belohnungen und Geldaushilfen für Bedienstete im Finanzressort. Im Bereich BMSG/Gesundheit (11,7 Mill. EUR) entstanden Verminderungen durch die Ausgliederung der staatlichen Untersuchungsanstalten infolge Neugründung der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH, im Bereich BMLV (10,5 Mill. EUR) vorwiegend durch einen Rückgang der Mehrleistungsvergütungen.

Höhere Aufwendungen im Bereich Bildung und Kultur (26,2 Mill. EUR) entstanden durch Gehaltserhöhungen und Vorrückungen; im Bereich Wissenschaft (10,3 Mill. EUR) entstanden sie vor allem infolge der allgemeinen Bezugserhöhung, der Vorrückungen sowie durch Nachzahlungen für EU/EWR-Vordienstzeiten, im Bereich BMSG (5,8 Mill. EUR) - vorwiegend bei den Geldbezüglern für Beamte - durch deren Übernahme in die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH.

2. Pensionsaufwand + 86 136 781,67 EUR

Höhere Aufwendungen entstanden vorwiegend im Bereich BMF (86,2 Mill. EUR) infolge der allgemeinen Pensionserhöhung sowie durch eine höhere Anzahl von Ruhe- und Versorgungsbezugsempfängern.

3. Gesetzlicher Sozialaufwand + 10 902 135,31 EUR

Höhere Aufwendungen, hauptsächlich im Bereich BMF (10,9 Mill. EUR), betrafen vorwiegend den höheren gesetzlichen Sozialaufwand bei der Telekom Austria AG.



JAHRESERFOLGSRECHNUNG

III. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN

1. Anlagevermögen + 15 114 949,22 EUR

Höhere Aufwendungen im Bereich BMWA (33,7 Mill. EUR) resultierten vorwiegend aus aktivierungspflichtigen Baumaßnahmen der Burghauptmannschaft Österreich; im Bereich Wissenschaft (29,9 Mill. EUR) entstanden sie durch vermehrte Anschaffungen sowie durch Ausscheidungen infolge Überalterung bei den Universitäten, im Bereich BMF (9,6 Mill. EUR) durch den unter dem Buchwert erzielten Veräußerungserlös der Salzburger Flughafen GmbH.

Minderaufwendungen im Bereich BMVIT (48,5 Mill. EUR) ergaben sich durch geringere Abschreibungen bei der Straßenverwaltung; im Bereich BMLFUW (7,0 Mill. EUR) entstanden sie durch den Wegfall der im Jahre 2001 verbuchten Abschreibungen von Sanierungsmaßnahmen an höheren Bundeslehranstalten.

2. Umlaufvermögen + 235 523 384,15 EUR

Mehraufwendungen im Bereich BMF (212,6 Mill. EUR) betrafen vor allem die Uneinbringlichkeit von Forderungen im Bereich des AFG und vermehrte Abschreibungen im Zollbereich; im Bereich BMJ (20,0 Mill. EUR) resultierten sie aus höheren Abschreibungen von Forderungen bei Geldstrafen.

IV. ÜBRIGE AUFWENDUNGEN

5. Aufwandsentschädigungen – 7 045 686,22 EUR

Der Minderaufwand vorwiegend im Bereich BMF (7,2 Mill. EUR) ergab sich hauptsächlich durch geringere Zahlungen an die Bediensteten der Post AG und Telekom AG.

9. Instandhaltung durch Dritte – 81 032 404,95 EUR

Geringere Aufwendungen im Bereich BMVIT (93,6 Mill. EUR) entstanden durch die Übertragung des Instandhaltungsaufwands an Länder bzw. an die ASFNAG gemäß Bundesstraßenübertragungsgesetz.

Höhere Aufwendungen im Bereich BMLV (8,3 Mill. EUR) sind durch den vermehrten Instandhaltungsaufwand für Gebäude begründet.

10. Transporte durch Dritte + 8 874 702,26 EUR

Steigerungen im Bereich BMSG/Jugend, Familie und Senioren (6,9 Mill. EUR) entstanden durch Mehraufwendungen für Transporte durch die Bahn, insbesondere für Schüler- und Lehrlingsfahrten; gleichzeitige Verminderungen gab es bei den sonstigen Transporten.

11. Zinsaufwand + 280 807 600,50 EUR

Höhere Aufwendungen ergaben sich im Bereich BMF (283,5 Mill. EUR) aus dem höheren Schuldenstand sowie höheren Aufschlägen bei Devisentermingeschäften; der gleichzeitige Minderaufwand aus geringeren Aufnahmen von kurzfristigen Verpflichtungen des Bundes – Ausland.

JAHRESERFOLGSRECHNUNG

13. Sonstige Aufwendungen + 3 185 720 471,03 EUR

Höhere Aufwendungen im Bereich BMVIT (3 386,3 Mill. EUR) betrafen vorwiegend den Anstieg der Zahlungsverpflichtungen gegenüber der SCHIG. Zugänge im Bereich Wissenschaft (41,4 Mill. EUR) ergaben sich bei den Entgelten für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen – überwiegend im Forschungsbereich aus den Mitteln der Forschungs- und Entwicklungsoffensive der Bundesregierung –, und durch höhere Mietverpflichtungen infolge des BIG-Gesetzes 2000. Im Bereich BMI (18,7 Mill. EUR) betrafen die Mehraufwendungen Ausgaben für Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen sowie für ADV-Leistungen. Zugänge im Bereich BMJ (17,3 Mill. EUR) betrafen hauptsächlich angestiegene Ausgaben für Zahlungen an die BRZ-GesmbH sowie für die Unterbringung von Häftlingen. Im Bereich BMWA (14,1 Mill. EUR) verursachten Personalreduktionen Mehrausgaben für Werkleistungen Dritter. Im Bereich BMSG/Jugend, Familie und Senioren (12,4 Mill. EUR) entstanden die Erhöhungen hauptsächlich für Leistungen der Post; im Bereich BMLFUW (7,3 Mill. EUR) betrafen sie die Kosten für Ersatzvornahmen nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz im Umweltbereich.

Minderaufwendungen im Bereich BMF (174,3 Mill. EUR) betrafen Gebührenrichtigstellungen, geringere Kursverluste beim Erwerb von Bundstiteln, Gebührenrichtigstellungen durch die Wechselkursentwicklung sowie die niedrigere Stormierung von Forderungen aus Dienstbarkeiten infolge Abtretung an die BIG; gleichzeitige Mehraufwendungen entstanden aus Devisentermingeschäften, aus der Erhöhung der sonstigen nicht fälligen Schulden, beim SAK-Geldverkehrsaufwand (Sammelaufwandskonten) durch höhere Emissionsverluste, durch höhere Zahlungen an die BRZ-GesmbH sowie durch höhere Ausgaben betreffend Währungstauschverträge und für die Rückstellung von Silbergedenkmünzen. Minderaufwendungen im Bereich BMA (77,6 Mill. EUR) resultierten aus Gebührenrichtigstellungen, ebenso im Bereich BMLV (38,0 Mill. EUR), in dem zusätzlich noch geringere Ausgaben für Werkleistungen Dritter zu niedrigeren Aufwendungen führten. Im Bereich BMSG/Gesundheit (8,6 Mill. EUR) betrafen sie vorwiegend Miet- und Pachtzinse sowie Entgelte für sonstige Leistungen von Einzelpersonen und Firmen und entstanden durch die Abgabe der staatlichen Untersuchungsanstalten an die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH. Im Bereich Bildung und Kultur (8,6 Mill. EUR) führten geringere Ausgaben für BIG-Mieten sowie für Entgelte an Gewerbetreibende, Firmen und juristische Personen zu Minderaufwendungen; im Bereich BKA (7,8 Mill. EUR) entstanden sie durch Ausgabeneinsparungen.

14. Vergütungen und Überweisungen + 689 286 659,37 EUR

Der Mehraufwand im Bereich BMF (513,5 Mill. EUR) entstand durch höhere Zahlungen im Rahmen des Katastrophenfonds (insbesondere nach dem Hochwasseroferentschädigungs- und Wiederaufbaugesetz 2002 (HWG 2002)) sowie durch höhere Zahlungen für Siedlungswasserwirtschaft an das BMLFUW. Höhere Aufwendungen im Bereich BMWA (511,4 Mill. EUR) entstanden durch zusätzliche Zahlungen im Bereich Arbeitsmarktpolitik.

Niedrigere Aufwendungen im Bereich BMSG/Jugend, Familie und Senioren (332,7 Mill. EUR) entstanden durch geringere Zahlungen an Organe des Bundes für Beiträge zum Karenzurlaubsgeld, zur Teilzeit- und Wiedereinstellungsbeihilfe, etc..

15. Anlagen für Zwecke des Bundesheeres + 152 288 292,31 EUR

Höhere Aufwendungen im Bereich BMLV (152,3 Mill. EUR) resultierten aus der Realisierung von Ankäufen von Waffen und Luftzeuggerät.



JAHRESERFOLGSRECHNUNG

V. BESTANDSMINDERUNGEN – 691 354 118,68 EUR

Niedrigere Aufwendungen im Bereich BMVIT (728,0 Mill. EUR) entstanden durch den Wegfall der im Vorjahr gebuchten Beteiligungserhöhung im Zusammenhang mit den ÖBB. Im Bereich BMWA (9,2 Mill. EUR) resultierten sie vorwiegend aus der Übergabe von Liegenschaften an die Immobiliengesellschaft des Bundes gemäß Bundesimmobiliengesetz.

Höhere Aufwendungen im Bereich Wissenschaft (39,5 Mill. EUR) ergaben sich aus der Ausscheidung von Datenverarbeitungsanlagen an der Technischen Universität Wien sowie aus den ausstehenden Abschreibungen aus den Vorjahren bei der Veterinärmedizinischen Universität Wien.

VI. TRANSFERS + 1 758 833 258,64 EUR

Mehraufwendungen im Bereich BMF (1 214,9 Mill. EUR) resultierten aus der Berichtigung der ÖIAG-Schulden, aus erhöhten Transferzahlungen an die Länder und Gemeinden für den Kopfquotenausgleich; sie entstanden für Bedarfszuweisungen sowie als Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut, aus höheren Zahlungen für Schäden im Vermögen von Privatpersonen, aus höheren Zuschüssen für Post-Toronto Nachfolgeabkommen, höheren Pensionszahlungen an die Post AG sowie aus Bezugserhöhungen und höherem Pensionsaufwand der Landeslehrer, beim Bundespensionsamt und bei den ÖBB. Der gleichzeitige Minderaufwand ergab sich infolge geringerer nicht fälliger Schulden für Post-Toronto-Abkommen und Ägypten II, durch die Nichterbringung von Leistungen an die Bank Austria, aus niedrigeren Kosten gemäß § 7 AFG, aus der Nichtzahlung für den HIPC-Trust Fund sowie durch die Nichtgewährung eines Kostenersatzes an Gemeinden für die Volkszählung 2001.

Mehraufwendungen im Bereich BMSG (563,8 Mill. EUR) betrafen höhere Transferzahlungen an die Träger öffentlichen Rechts und an Unternehmungen (an Sozialversicherungsträger, an den Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung, an Gebietskörperschaften und an die übrigen Sektoren der Wirtschaft); gleichzeitige Verminderungen entstanden bei den Transferzahlungen an Haushalte und private Institutionen (für Versorgungsgebühren, Härteausgleiche und Kostenersätze).

Im Bereich BMSG/Familie, Jugend und Senioren (416,1 Mill. EUR) betrafen Mehraufwendungen erhöhte Transferzahlungen an Sozialversicherungsträger, Gebietskörperschaften, etc. für familienpolitische Maßnahmen, wie: Beiträge für das Karenzgeld, zur Schülerunfallversicherung, zur Krankenversicherung, usw. und erhöhte Transferzahlungen an Haushalte und private Institutionen, wie Beihilfen zur Familienförderung, Schul- und Lehrlingsfahrtbeihilfen. Gleichzeitige Verminderungen betrafen Pensionsbeiträge vom Karenzurlaubsgeld sowie Überweisungen an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger und an den Reservefonds für Familienbeihilfen.

Im Bereich BMWA (158,7 Mill. EUR) entstanden Mehraufwendungen durch einen erhöhten Bedarf (insb. im Bereich Arbeitslosenunterstützung) im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik. Im Bereich BMLFUW (135,6 Mill. EUR) ergaben sie sich durch höhere Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts und an Unternehmungen, vor allem für Marktordnungsmaßnahmen, für die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums sowie durch erstmalige Transferzahlungen an die mit 1. Juni 2002 gegründete Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH; weitere Mehraufwendungen betrafen Transfers an Haushalte und private Institutionen für Investitionsförderungen und Sanierungsmaßnahmen im Umweltbereich. Gleichzeitige Minderaufwendungen im Bereich BMLFUW entstanden bei der agrarischen Strukturförderung sowie bei den land- und forstwirtschaftlichen Krediten durch die Verringerung des Zinsniveaus. Höhere Aufwendungen im Bereich Wissenschaft (47,3 Mill. EUR) entstanden durch erhöhte

JAHRESERFOLGSRECHNUNG

Transferzahlungen an Träger öffentlichen Rechts und Unternehmungen – sowohl im Bereich des klinischen Mehraufwands als auch im Forschungsbereich. Im Bereich BMSG/Gesundheit (41,0 Mill. EUR) entstanden sie infolge der Zahlungen an die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH sowie durch höhere Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz und an private Institutionen.

Im Bereich Bildung und Kultur (12,2 Mill. EUR) resultierten Mehraufwendungen überwiegend aus den laufenden Transferzahlungen gemäß FAG, den Aufwendungen für die Basisabgeltung der ausgegliederten Museen, den Schülerbeihilfen und den Studienförderungen, im Bereich BMLV (10,1 Mill. EUR) aus dem Mehraufwand für die Krankenfürsorge für Angehörige von Wehrpflichtigen.

Niedrigere Aufwendungen im Bereich BMVIT (381,4 Mill. EUR) entstanden durch verminderte Transferzahlungen an die ÖBB (für Infrastrukturausgaben), für die Straßenerhaltung sowie im Bereich der Technologie- und Wirtschaftsförderung. In den Bereichen BKA (289,8 Mill. EUR) und BMA (11,3 Mill. EUR) kam es durch ein insgesamt vermindertes Förderungsaufkommen zu Verringerungen. Im Bereich Bundesgesetzgebung (154,8 Mill. EUR) resultierten die Abgänge aus geringeren Zuwendungen an den Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus.

ERTRÄGE

I. HAUPTERTRÄGE

4. Vergütungen und Überweisungen + 1 077 396 334,95 EUR

Mehrerträge im Bereich BMWA (533,0 Mill. EUR) entstanden vor allem infolge gestiegener Überweisungen im Bereich Arbeitsmarktpolitik, im Bereich BMF (500,1 Mill. EUR) aus der Fondsaufstockung des Katastrophenfonds nach dem HWG 2002 (Infrastruktur und Privatschäden). Im Bereich BMLFUW (50,6 Mill. EUR) ergaben sie sich vorwiegend durch zusätzliche, zur Beseitigung der Schäden der Hochwasserkatastrophe 2002 bereitgestellte Mittel des Katastrophenfonds sowie durch zweckgebundene Mehreinnahmen für Investitionsförderungen im Rahmen der Siedlungswasserwirtschaft. Im Bereich Wissenschaft (32,4 Mill. EUR) resultierten Mehrerträge aus Überweisungen von Mitteln für die Studienförderungen.

Geringere Erträge im Bereich BMVIT (32,3 Mill. EUR) ergaben sich im Bereich der Straßenverwaltung infolge der Übertragung an Länder bzw. an die ASFINAG gemäß Bundesstraßen-Übertragungsgesetz.

5. Direkte Abgaben - 663 863 656,74 EUR

Weniger Erträge im Bereich BMF (756,4 Mill. EUR) ergaben sich grundsätzlich aus dem nur nominellen Wachstum der direkten Abgaben sowie durch geringere Steuereinnahmen infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage.

Höhere Erträge im Bereich BMSG/Jugend, Familie und Senioren (49,1 Mill. EUR) entstanden bei den Einnahmen aus Dienstgeberbeiträgen zum Ausgleichsfonds sowie bei den Beiträgen von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zum FLAG; gleichzeitige Verminderungen betrafen den geringeren Steueranteil für Familienbeihilfen. Im Bereich BMWA (43,3 Mill. EUR) kam es infolge erhöhter Einzahlungen im Bereich Arbeitsmarktpolitik zu Mehrerträgen.



JAHRESERFOLGSRECHNUNG

6. Indirekte Abgaben + 1 467 676 309,53 EUR

Höhere Erträge im Bereich BMF (1 466,6 Mill. EUR) entstanden hauptsächlich aus dem nominalen Wachstum der indirekten Abgaben.

IV. ÜBRIGE ERTRÄGE

1. Erlöse für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter + 30 864 119,60 EUR

Höhere Erträge im Bereich BMLV (24,7 Mill. EUR) entstanden aus der Veräußerung von Anlagen, im Bereich BMF (15,2 Mill. EUR) aus höheren Einschmelzerlösen aus der Zurückstellung von Silbergedenkmünzen.

Geringere Erträge im Bereich BMLFUW (7,5 Mill. EUR) entstanden aus dem Wegfall von Mehrerträgen für bereits im Jahr 2001 durchgeführte Verkäufe.

2. Zinserträge + 157 914 542,44 EUR

Die höheren Erträge vorwiegend im Bereich BMF (157,8 Mill. EUR) resultierten aus höheren Emissionsgewinnen bei der Begebung von Finanzschulden, Zinserträgen bei Währungstauschverträgen, aus Abschlägen bei Devisentermingeschäften und entstanden bei der Verzinsung von Darlehen und Wertpapieren durch höhere Stückzinsen und Zinsen aus dem Bundesbesitz und der Wertpapierleihe; gleichzeitige Mindererträge sind auf geringere Zinseinnahmen aus der Veranlagung von Kassenmitteln und von Siedlungswasserwirtschaft-Geldern zurückzuführen.

3. Erträge aus Beteiligungen + 337 350 749,40 EUR

Höhere Erträge im Bereich BMVIT (204,4 Mill. EUR) resultierten vorwiegend aus Rückflüssen der Kapitalherabsetzung der SCHIG; im Bereich BMWA (99,9 Mill. EUR) entstanden sie durch eine Gewinnausschüttung der BIG, im Bereich BMF (91,1 Mill. EUR) aus höheren Dividendenzahlungen der Wohnungsanlagen-GmbH Linz und der BUWOG; gleichzeitige Mindererträge entstanden durch die geringere Gewinnabfuhr der OeNB.

Niedrigere Erträge im Bereich BMLFUW (58,1 Mill. EUR) ergaben sich durch den Wegfall der Verbuchung einer Sonderdividende von der ÖBF AG im Jahre 2001.

5. Aufwandsberichtigungen + 286 946 380,99 EUR

Höhere Erträge im Bereich BMSG (297,0 Mill. EUR) resultierten aus der Erhöhung der Rückersätze nicht absetzbarer Aufwendungen, insb. an Bundesbeiträgen zur Pensionsversicherung, an Ausgleichszulagen und sonstigen Aufwendungen; bei gleichzeitigen Verminderungen bei den Kostenersätzen nach dem Bundespflegegesetz.

Mindererträge im Bereich BMF (7,8 Mill. EUR) entstanden dadurch, dass im Vergleich zum Vorjahr keine Rückersätze von nicht beanspruchten Raumheizungszuschüssen durch die Länder geleistet wurden.

6. Sonstige Erträge + 3 046 661 464,27 EUR

Höhere Erträge im Bereich BMVIT (3 431,1 Mill. EUR) resultierten insbesondere aus der Berichtigung von Vorbelastungen an Schulden im Zusammenhang mit der SCHIG; im Bereich BMWA

JAHRESERFOLGSRECHNUNG

(32,0 Mill. EUR) ergaben sie sich hauptsächlich bei den Flächen-, Feld- und Förderzinsen durch die Übertragung dieser Agenden in die Zentraleitung und die damit geänderte Verbuchung; im Bereich BMLFUW (17,5 Mill. EUR) entstanden Mehrerträge vorwiegend durch Gebührenrichtstellungen.

Mindererträge im Bereich BMF (404,8 Mill. EUR) entstanden aus geringeren Erträgen bei den Devisentermingeschäften, aus der Änderung von Schulden durch Wechselkursentwicklung (Gebührenrichtstellungen), durch die Nichtabschöpfung von Mitteln des Katastrophenfonds, durch geringere Fruchtgenussentgelte von BIG, ASFINAG und ÖBF AG sowie durch geringere Einnahmen aus Währungstauschverträgen; gleichzeitige Mehrerträge resultierten aus Gebührenrichtstellungen und höheren Einnahmen AFG (Zinsen aus Schadensfällen). Niedrigere Erträge im Bereich BMLV (8,7 Mill. EUR) entstanden durch die Bundesbesoldung betreffende Gebührenrichtstellungen; im Bereich Bildung und Kultur (7,5 Mill. EUR) ergaben sie sich bei den Miet- und Pachtzinsen sowie aus den sonstigen verschiedenen Einnahmen; im Bereich BMI (6,3 Mill. EUR) entstanden sie vorwiegend durch Gebührenrichtstellungen.

VI. BESTANDSMEHRUNGEN - 721 038 001,12 EUR

Mindererträge im Bereich BMVIT (726,8 Mill. EUR) entstanden durch den Wegfall der im Vorjahr gebuchten Grundkapitalzuführung an die ÖBB.

Mehrerträge im Bereich BMSG/Gesundheit (6,4 Mill. EUR) resultierten aus nachträglichen Übergabebuchungen betreffend Anlagegüter des Strahlenschutzes. Im Bereich Wissenschaft (5,1 Mill. EUR) betrafen sie die Einbuchung von maschinellen Anlagen nach einer Gesamtinventur bei der Veterinärmedizinischen Universität Wien.

VII. TRANSFERS + 358 173 543,03 EUR

Höhere Erträge im Bereich BMF (334,5 Mill. EUR) ergaben sich aus geringeren Überweisungen an die Europäische Union, aus einer erstmaligen Transferzahlung (Solidaritätsfonds), aus höheren Einhebungsvergütungen (EU), aus der Erhöhung der EAGFL/Garantie, durch höhere Einnahmen aus dem Europäischen Sozialfonds sowie durch höhere Pensionsersätze der Postbus AG und der ÖBB; gleichzeitige Mindererträge betrafen geringere Ersätze für Pensionisten und Aktive der Telekom Austria AG, der Post AG und der PTA sowie geringere Einnahmen aus dem Europäischen Regionalfonds.

Im Bereich BMJ (73,8 Mill. EUR) entstanden Mehrerträge durch die Erhöhung fälliger Forderungen bei Strafgeldern, im Bereich BMLFUW (14,1 Mill. EUR) durch den erhöhten Liquiditätsbedarf bei Investitionsförderungen im Rahmen der Siedlungswasserwirtschaft und daraus resultierenden Mehreinnahmen vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds. Im Bereich BMI (5,7 Mill. EUR) resultierten sie vorwiegend aus höheren Kostenersätzen der EU.

Mindererträge im Bereich BMWA (56,5 Mill. EUR) ergaben sich aus geringeren Einzahlungen im Bereich Arbeitsmarktpolitik; im Bereich Bildung und Kultur (11,5 Mill. EUR) entstanden sie vorwiegend bei den laufenden Transferzahlungen von den übrigen Sektoren der Wirtschaft, Unternehmen und privaten Institutionen.

IX. VERMÖGENSABGANG

Der schließliche Vermögensabgang betrug 1 861 Mill. EUR. Er erhöhte sich somit gegenüber dem Jahr 2001 um 192 Mill. EUR.

7. BERICHT ZUR FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS UND ZUM STAND DER BUNDESSCHULDEN

7.1 Allgemeines

Gemäß § 9 RHG 1948 hat der Rechnungshof den Bundesrechnungsabschluss zu verfassen und zugleich dem Nationalrat jährlich einen Nachweis über den Stand der Bundesschulden vorzulegen. Der folgende Bericht gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Finanzierung des Bundeshaushaltes. Einzelheiten dazu enthalten die Tabellen C.1.1 bis C.7.7.3 im Band 2. Weiters werden Besonderheiten des Berichtsjahrs erläutert.

Zusammen mit dem vom Staatsschuldenausschuss zu verfassenden Bericht über die öffentlichen Finanzen 2002 ist damit eine umfassende Information gewährleistet; allenfalls auftretende Unterschiede oder Besonderheiten in der Darstellung werden im Anlassfall gesondert erläutert. So ist vorab darauf hinzuweisen, dass im Bericht über die öffentlichen Finanzen 2002 der Saldo aus den Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen dem Finanzschuldenstand sowie den Summen der Finanzschuldenaufnahmen und Tilgungen zugeschlagen bzw. davon abgezogen wird. Die Werte des BRA folgen hingegen dem Bruttogrundsatz gemäß § 75 Abs. 1 BHG und der Bestimmung des § 65 Abs. 1 BHG, wonach Schulden aus Währungstauschverträgen keine Finanzschulden begründen. Der sich daraus ergebende Unterschiedsbetrag zwischen dem Endbestand an nichtfälligen Finanzschulden gemäß BHG ("Finanzschulden im engeren Sinn") und den "Finanzschulden im weiteren Sinn" wird in TZ. 7.6.2 erläutert.

Gemäß § 65c Z. 1 BHG sind Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger nicht als Finanzschulden des Bundes zu behandeln. Gemäß § 16 Abs. 2 Z. 15 i.V.m. § 81 Abs. 4 BHG ist die Gebarung gemäß § 65c BHG (Finanzierung für sonstige Rechtsträger oder für Länder) von der Einnahmen-/Ausgabenveranschlagung ausgenommen und in einem gesonderten Verrechnungskreis zu erfassen. Die durch den Bund vorgenommene Finanzierung für Rechtsträger und Länder wird daher in TZ. 7.9 gesondert beschrieben.

In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass die Definitionen für den naturgemäß auf den Stand der Bundesschulden Einfluss nehmenden Finanzierungssaldo bzw. für das Defizit des Bundeshaushaltes – für die Zwecke des Bundesrechnungsabschlusses, für jene der Notifizierung („Maastrich-Kriterien“) und für die Ermittlung des Stabilitätsbeitrages im Sinne des österreichischen Stabilitätspaktes – voneinander abweichen und daher jeweils unterschiedliche Ergebnisse zufolge haben. Für den Bundesrechnungsabschluss ist die Definition der Finanzschulden gemäß Bundeshaushaltsgesetz maßgeblich, während für EUROSTAT mehr wirtschaftliche Kriterien als formale gesetzliche Definitionen im Vordergrund stehen. Beim österreichischen Stabilitätspakt sind für die Ermittlung der Höhe des Finanzierungssaldos auch die ausgelagerten Rechtsträger zu berücksichtigen.

Entwicklung und Stand der gesamten Bundesschulden (einschließlich Verwaltungsschulden) werden in TZ. 7.2 nachgewiesen.

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS



7.2 Entwicklung und Stand der gesamten Bundesschulden

Gemäß § 9 Abs. 2 RHG ist dem Nationalrat jährlich ein Nachweis über den Stand der Bundesschulden vorzulegen. In Übersicht 19 werden die Finanzschulden sowie die sonstigen Schulden ("Verwaltungsschulden") in fällige und nichtfällige Schulden unterschieden.

Unter den sonstigen nichtfälligen Schulden finden sich vor allem die Schulden zu Lasten künftiger Jahre für Aufwendungen an die ÖIAG aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen des Bundes in Höhe von 1,978 Mrd. EUR (VA-Ansatz 7/54847). Im Zusammenhang mit diesen Schulden, die aus den der ÖIAG gewährten Krediten resultieren, sind die nichtfälligen Verpflichtungen (Zinsenleistung zu den Krediten) in Höhe von 0,352 Mrd. EUR (VA-Ansatz 1/54847) zu sehen.

Weiters werden unter den nichtfälligen Schulden insbesondere jene an Internationale Finanzinstitutionen von insgesamt 2,402 Mrd. EUR (VA-Ansätze 1/54052 und 1/54847), für Zahlungen an die Schieneninfrastrukturfinanzierungs-GesmbH in Höhe von 4,164 Mrd. EUR und an die ÖBB in Höhe von 1,951 Mrd. EUR (VA-Ansatz 1/65148) nachgewiesen.

Übersicht 19

Entwicklung der Schulden des Bundes

Bezeichnung	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Millionen EUR (Index 1993 = 100)									
1. Voranschlagswirksam verrechnete Schulden:										
1.1 Finanzschulden und Rechtsträgerschulden (Tilgung):										*)
Fällige (Bund)	0,7 (100)	0,7 (100)	0,7 (100)	0,6 (86)	0,6 (86)	0,5 (71)	0,5 (71)	0,5 (71)	172,8 (24.686)	0,5 (71)
Nichtfällige (Bund)	80.276,4 (100)	88.523,7 (110)	96.926,2 (121)	102.907,9 (128)	108.817,8 (136)	114.016,3 (142)	122.658,4 (153)	127.010,7 (158)	129.349,6 (161)	131.653,9 (164)
Nichtfällige (Rechtsträger)	-	-	-	-	-	2.209,7	5.508,7	8.014,9	-	-
Summe 1.1	80.277,1 (100)	88.524,4 (110)	96.926,9 (121)	102.908,5 (128)	108.818,4 (136)	116.226,5 (145)	128.167,6 (160)	135.026,1 (168)	129.522,4 (161)	131.654,4 (164)
1.2 Sonstige voranschlagswirksame Schulden:										
Fällige	441,6 (100)	345,8 (78)	672,2 (152)	969,2 (219)	341,6 (77)	1.480,2 (335)	1.667,6 (378)	1.776,0 (402)	2.091,8 (474)	1.939,8 (439)
Nichtfällige	30.458,5 (100)	31.963,0 (105)	33.731,2 (111)	31.460,5 (103)	16.931,3 (56)	17.234,8 (57)	24.067,7 (79)	26.555,3 (87)	26.264,7 (86)	28.793,4 (95)
Summe 1.2	30.900,1 (100)	32.308,8 (105)	34.403,4 (111)	32.429,7 (105)	17.272,9 (56)	18.715,0 (61)	25.735,3 (83)	28.331,3 (92)	28.356,5 (92)	30.733,2 (99)
Summe I	111.177,2 (100)	120.833,2 (109)	131.330,3 (118)	135.338,2 (122)	126.091,3 (113)	134.941,5 (121)	153.902,9 (138)	163.357,4 (147)	157.878,9 (142)	162.387,6 (146)
2. Voraanschlagsunwirksam verrechnete Schulden	1.712,0 (100)	1.564,0 (91)	1.937,5 (113)	2.128,9 (124)	1.510,9 (88)	439,3 (26)	2.718,2 (159)	3.525,6 (206)	4.498,2 (263)	2.992,2 (175)
Gesamtsumme	112.889,2 (100)	122.397,2 (108)	133.267,8 (118)	137.467,1 (122)	127.602,2 (113)	135.380,8 (120)	156.621,1 (139)	166.883,0 (148)	162.377,1 (144)	165.379,8 (146)

*) Im Jahr 2001 waren neben den fälligen Finanzschulden von 0,5 Mill. EUR auch 172,3 Mill. EUR Schulden aus Swap-Collateralgeschäften (d.s. Sicherheitenverträge zur Verringerung des Kreditrisikos aus Finanzierungsmaßnahmen) ausgewiesen, die im Jahr 2002 ausgebucht wurden.

7.3 Gliederung des Ausgleichshaushalts

Der Gesamthaushalt wird gemäß § 16 Abs. 1 BHG aus dem Haushalt der allgemeinen Einnahmen und Ausgaben (Allgemeiner Haushalt) und dem Ausgleichshaushalt gebildet. Der Ausgleichshaushalt wird durch Finanzschuldenaufnahmen, Währungstauschverträge und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangene Geldverbindlichkeiten finanziert; im Zusammenhang mit diesen Finanzierungen werden auch Devisentermingeschäfte abgewickelt. Der Überschuss des Ausgleichshaushaltes dient zum Ausgleich des Abgangs des Allgemeinen Haushalts.

Zusammengefasst zeigt der Ausgleichshaushalt für 2002 folgendes Bild:

		Voranschlag	Zahlungen	Unterschied Günstiger (+) Ungünstiger (-)
		Mrd. EUR		
1.	Finansschulden (Kapitel 58)			
1.1	Ausgaben	15,029	13,594	+ 1,435
1.2	Einnahmen	15,927	13,460	- 2,467
2.	Währungstauschverträge (Kapitel 58)			
2.1	Ausgaben	1,686	4,202	- 2,516
2.2	Einnahmen	1,624	4,178	+ 2,554
3.	Wertpapiergebarung (Kapitel 58)			
3.1	Ausgaben	1,500	1,864	- 0,364
3.2	Einnahmen	1,500	4,430	+ 2,930
4.	Devisentermingeschäfte (Kapitel 58)			
4.1	Ausgaben	0,369	0,708	- 0,339
4.2	Einnahmen	0,360	0,690	+ 0,330
5.	Kurzfristige Verpflichtungen zur Kassenstärkung (Kapitel 51)			
5.1	Ausgaben	12,354	8,429	+ 3,925
5.2	Einnahmen	12,354	8,604	- 3,750
6.	Devisentermingeschäfte (Kapitel 58)			
6.1	Ausgaben	10,901	5,900	+ 5,001
6.2	Einnahmen	10,901	5,725	- 5,176
7.	Tilgung für ÖIAG (Kapitel 54)			
7.1	Ausgaben	0,000	0,000	0,000
8.	Summen			
8.1	Ausgaben	41,839	34,697	+ 7,142
8.2	Einnahmen	42,666	37,087	- 5,579
9.	Überschuss	0,827	2,390	+ 1,563

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

7.4 Finanzschulden

7.4.1 Ausnützung des Ermächtigungsrahmens

Mit Art. II BFG 2002 wurde der Ermächtigungsrahmen mit 14,313 Mrd. EUR festgelegt. Der Rahmen erhöhte sich, insbesondere durch die 9. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 155/2002, und durch den Erwerb von Eigenquoten, auf 17,811 Mrd. EUR. Die Ausnützung des Rahmens für die Bedeckung des Abgangs im Allgemeinen Haushalt und für die Tilgung von Schulden unter Einbeziehung des Saldos aus der Gebarung mit Währungstauschverträgen betrug 16,826 Mrd. EUR.

Die Ermächtigung gemäß Art. II Abs. 2 Z. 2 BFG 2002 (Deckung von Ausgabenüberschreitungen) sowie die Ermächtigungen gemäß Art. III BFG 2002 (Einnahmenausgleich und Erhöhung der EG-Beitragsverpflichtung) wurden im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht in Anspruch genommen.

7.4.2 Aufnahme nach Schuldgattungen

Von den gemäß Art. II BFG 2002 durchgeführten Kreditoperationen im Ausmaß von 16,826 Mrd. EUR wurden 16,815 Mrd. EUR Finanzschulden – unter Einbeziehung von Schuld- aufnahmen für die Wertpapiergebarung – aufgenommen. Die Differenz von 0,011 Mrd. EUR ergibt sich insbesondere aus der Anrechnung des Saldos aus den Währungstauschverträgen und des Saldos aus den Kreditoperationen zur Kassenstärkung. Die Aufnahme von Finanzschulden einschließlich jener für die Wertpapiergebarung verteilte sich auf die einzelnen Schuldgattungen wie folgt (siehe Band 2, Tabelle C.4):

	In heimischer Währung	In Fremdwährung	Summe	
	Mrd. EUR	Mrd. EUR	Mrd. EUR	%
Anleihen	11,441	3,297	14,738	(87,6)
Schuldverschreibungen	-	0,153	0,153	(0,9)
Bundesschatzscheine	0,555	0,049	0,604	(3,6)
Darlehen, Kredite	1,320	-	1,320	(7,9)

Insgesamt wurde der Finanzierungsbedarf im Jahr 2002 von 16,815 Mrd. EUR zu 79,2 % (13,316 Mrd. EUR) in heimischer Währung und zu 20,8 % (3,499 Mrd. EUR) in fremder Währung bedeckt. 2001 betrug bei einem Gesamtfinanzierungsbedarf von 12,763 Mrd. EUR der Anteil der Schuld in heimischer Währung 88,1 % und jener der Fremdwährungsschuld 11,9%.

7.4.3 Tilgung

Für die planmäßige Tilgung von Finanzschulden waren im Kapitel 58 15,029 Mrd. EUR und für die Tilgung betreffend Wertpapiergebarung 1,500 Mrd. EUR (zusammen 16,529 Mrd. EUR) veranschlagt.

Tatsächlich wurden 15,458 Mrd. EUR an Ausgabenzahlungen geleistet, von denen 1,864 Mrd. EUR der Wertpapiergebarung zuzuordnen sind, während 13,594 Mrd. EUR zur Tilgung von Finanzschulden verwendet wurden.

Die Differenz aus den veranschlagten (16,529 Mrd. EUR) und den tatsächlich verwendeten (15,458 Mrd. EUR) Tilgungsbeträgen zeigt saldomäßige Minderausgaben von 1,071 Mrd. EUR; diese sind teils auf geringere Wertpapierkäufe einschließlich der Eigenquote bei Bundesanleihen, teils auf günstige Wechselkurse zurückzuführen (siehe TZ. 4.2, ansatzweise Erläuterung zu den Ausgaben 7/58009 und 7/58109).

7.4.4 Zinsendienst und sonstiger Aufwand

Die Ausgaben für die Verzinsung und für den sonstigen Aufwand zu Finanzschulden, wie Aufgeld, Provisionen, Entgelte und Spesen, waren im Allgemeinen Haushalt zu veranschlagen und zu verrechnen (siehe Band 2, Tabelle C.2.1).

Im Finanzjahr 2002 waren für Verzinsung einschließlich Aufgeld und sonstige Aufwendungen für Finanzschulden 7,678 Mrd. EUR an Ausgaben zu leisten. Die Zahlungen unterschritten den veranschlagten Rahmen von 7,963 Mrd. EUR um 0,285 Mrd. EUR.

Vom Gesamtbetrag dienten 0,185 Mrd. EUR für die mit der Begebung von Finanzschulden einhergehenden Kosten (z.B. Provisionen, Emissionsverluste). Diesen Kosten standen Emissionsgewinne, Einnahmen aus dem Abschluss von Währungstauschverträgen und sonstige Einnahmen von insgesamt 0,194 Mrd. EUR und Einnahmen aus Stückzinsen aus der Aufstockung von Bundesanleihen sowie Zinseinnahmen aus den im Bundesbesitz befindlichen Anleihen des Bundes von insgesamt 0,459 Mrd. EUR (zusammen 0,653 Mrd. EUR) gegenüber.

7.4.5 Entwicklung und Stand der Finanzschulden sowie der diesbezüglichen Zinsen

Der Gesamtbestand an Finanzschulden des Bundes erhöhte sich im Finanzjahr 2002 von 129,350 Mrd. EUR auf 131,654 Mrd. EUR oder um 1,8 % (im Jahr 2001: + 1,8 %) (siehe Band 2, Tabelle C.7.1.1).

Die im Gesamtstand enthaltenen fälligen Finanzschulden verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,01 Mill. EUR auf 0,51 Mill. EUR. Als fällig gelten jene Finanzschulden, die der Bund mangels Vorlage der Anleihewertpapiere durch die Gläubiger nach Ende ihrer Laufzeit im Finanzjahr 2002 nicht tilgen konnte (Gläubigerverzug).

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

Der Stand an nichtfälligen Finanzschulden zum Jahresbeginn 2002 im Ausmaß von 129,350 Mrd. EUR erhöhte sich durch Schuldaufnahmen in der Höhe von 16,815 Mrd. EUR zusätzlich eines Devisentermingeschäftes in Höhe von 0,001 Mrd. EUR auf den Erlös einer CHF-Schuldaufnahme und durch den Saldo aus der Durchführung von Schuldumwandlungen (Konversionen) in der Höhe von 0,010 Mrd. EUR.

Vermindert wurde der nichtfällige Finanzschuldenstand hingegen durch Schuldtilgungen im Ausmaß von 13,085 Mrd. EUR und durch den Saldo aus Kurswertänderungen in Höhe von 1,433 Mrd. EUR. Diese Kurswertänderungen beruhten vor allem auf den fallenden Kurswerten des USD (1,117 Mrd. EUR) und des JPY (0,299 Mrd. EUR) (Band 2, Tabellen C.7.1.2 und C.7.1.3). Schließlich wirkte sich die gemäß § 16 Abs. 2 Z. 15 BHG von der Veranschlagung auszunehmende Verrechnung der Gebarung für Rechtsträger in der Höhe von 0,004 Mrd. EUR vermindern aus.

Die nichtfälligen Finanzschulden wuchsen demnach im Finanzjahr 2002 um 2,304 Mrd. EUR oder 1,8 % und betragen somit am 31. Dezember 2002 131,654 Mrd. EUR. Die nichtfälligen Finanzschulden in Fremdwährung erhöhten sich um 5,2 %, die in heimischer Währung um 1,4 %.

Die Verpflichtungen aus Zinsenzahlungen einschließlich Aufgeld mit Fälligkeit in künftigen Jahren, die im Allgemeinen Haushalt ausgewiesen werden, beliefen sich zum Jahresende 2002 auf 44,273 Mrd. EUR. Das entspricht einem Anteil an den nichtfälligen Finanzschulden (131,654 Mrd. EUR) von 33,6 % (2001: 34,9 %).

Der nach Höhe und Fälligkeit gegliederte Zinsendienst der einzelnen Schuldverträge ist in Band 2, Tabelle C.3.1.1 dargestellt.

Übersicht 20

Entwicklung der Finanzschulden des Bundes und ihrer Zinsverpflichtungen

Bezeichnung	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Milliarden EUR (Index 1993 = 100)									
Nichtfällige Finanzschulden (ohne WTV)	80.276 (100)	88.524 (110)	96.926 (121)	102.908 (128)	108.818 (136)	114.016 (142)	122.658 (153)	127.011 (158)	129.350 (161)	131.654 (164)
Verpflichtungen (Zinsen, Aufgeld) für nichtfällige Finanzschulden	39.942 (100)	42.491 (106)	45.719 (114)	45.156 (113)	45.125 (113)	44.226 (111)	45.621 (114)	46.411 (116)	45.146 (113)	44.273 (111)
Anteil der Verpflichtungen an den nichtfälligen Finanzschulden in %	49,8	48,0	47,2	43,9	41,5	38,8	37,2	36,5	34,9	33,6

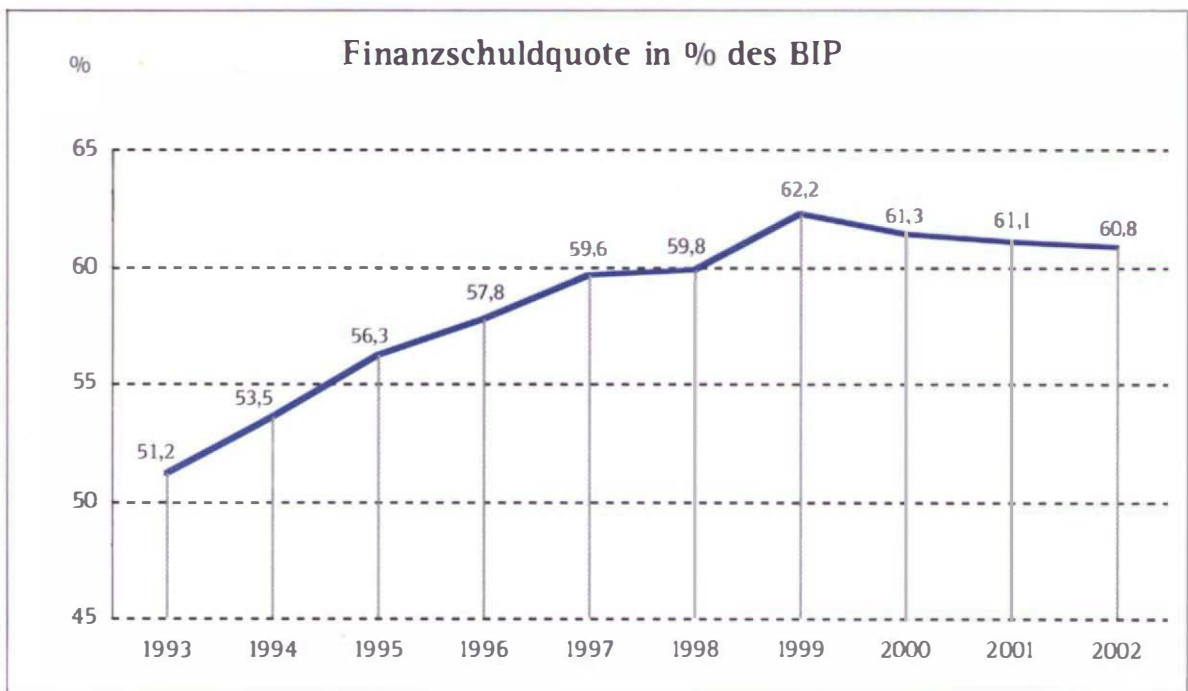
7.4.6 Finanzschulquote

Gemessen an der für 2002 vorläufigen Höhe des Brutto-Inlandsproduktes (216,598 Mrd. EUR) erreichte der Bestand an Finanzschulden (131,654 Mrd. EUR) einen Anteil von 60,8 % (2001: 61,1 %). Setzt man die Nettoveränderung der nichtfälligen Finanzschulden des Jahres 2002 (2,304 Mrd. EUR) mit dem Brutto-Inlandsprodukt in Beziehung, so folgt daraus eine Netto-Neuverschuldungsquote von 1,1 % (2001: 1,1 %).

Übersicht 21

Entwicklung der Finanzschulquote des Bundes

Bezeichnung	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Milliarden EUR									
Finanzschulden	80,277	88,524	96,927	102,908	108,818	114,017	122,659	127,011	129,350	131,654
Brutto-Inlandsprodukt	156,939	165,411	172,287	178,045	182,486	190,628	197,154	207,037	211,857	216,598
Finanzschulquote in %	51,2	53,5	56,3	57,8	59,6	59,8	62,2	61,3	61,1	60,8



FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

7.5 Währungstauschverträge

7.5.1 Kapitaltausch und Verzinsung

Die Einnahmen und Ausgaben aus Währungstauschverträgen sind – soweit sie den Kapitaltausch betreffen – im Ausgleichshaushalt brutto zu veranschlagen und zu verrechnen.

Für 2002 waren 1,624 Mrd. EUR in Einnahme und 1,686 Mrd. EUR in Ausgabe veranschlagt. Tatsächlich wurden 4,178 Mrd. EUR aus Währungstauschverträgen eingenommen und 4,202 Mrd. EUR ausgegeben. Der wesentliche Vorteil der Währungstauschverträge liegt in der günstigeren Verzinsung:

Für Aufgeld und Verzinsung der ausgetauschten Fremdwährungsbeträge waren im Finanzjahr 2002 Einnahmen von 1,181 Mrd. EUR und Ausgaben von 0,751 Mrd. EUR veranschlagt. Tatsächlich wurden 1,263 Mrd. EUR an Einnahmen erzielt und 0,806 Mrd. EUR an Ausgaben geleistet. Die erwarteten "Nettoeinnahmen" (veranschlagte Einnahmen abzüglich veranschlagte Ausgaben) von 0,430 Mrd. EUR aus der Verzinsung der Währungstauschgeschäfte wurden somit von den tatsächlichen "Nettoeinnahmen" (erhaltene Einnahmen abzüglich geleistete Ausgaben) in Höhe von 0,457 Mrd. EUR um 0,027 Mrd. EUR übertroffen (siehe Band 2, Tabelle C.2.1).

7.5.2 Entwicklung und Stand der Währungstauschverträge sowie der diesbezüglichen Zinsen

Währungstauschverträge waren gemäß § 65b Abs. 4 Z. 3 BHG mit den letztlich erhaltenen Fremdwährungsbeträgen auf die Obergrenzen für Kreditoperationen anzurechnen. Entsprechend der regelmäßigen Vertragsgestaltung, wonach die Vertragspartner Beträge in verschiedenen Währungen gegenseitig austauschen und sich zu einem Rücktausch dieser Fremdwährungsbeträge zu einem in der Zukunft gelegenen Zeitpunkt verpflichten, stehen einander Forderungen und Verbindlichkeiten aus diesen Verträgen gegenüber. Die Entwicklung dieser Bestände ist in Band 2, Tabellen C 7.2.1 und C 7.3.1 dargestellt; zusammengefasst ergab sich für das Finanzjahr 2002 folgendes Bild:

	Anfangsbestand 2002	Endbestand 2002
	Mrd. EUR	
Kapitalforderungen	13,956	14,009
Kapitalschulden	- 13,505	- 14,541
Überhang aus den Kapitalschulden		- 0,532
Überhang aus den Kapitalforderungen	+ 0,451	

Der Überhang aus den Kapitalschulden von 0,532 Mrd. EUR lässt noch keine endgültigen Aussagen über den wirtschaftlichen Erfolg der Währungstauschgebarung zu. Dieser wird wesentlich vom Verhältnis der Wechselkurse zueinander und zur heimischen Währung im Zeitpunkt des vereinbarten Rücktausches mitbestimmt.



FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

Die Bestände an Schulden und an Forderungen aus Währungstauschverträgen (WTV) erhöhten sich im Jahresabstand zu den Bewertungsstichtagen 31. Dezember 2001 bzw. 2002 wie folgt (siehe Band 2, Tabellen C.7.2.1 und C.7.3.1):

	Schulden	Forderungen
	Mrd. EUR	
Anfangsbestand	13,505	13,956
Erhöhung durch Aufnahme von WTV	+ 2,576	+ 2,566
Saldo aus Konversionen	+ 0,000	+ 0,017
Saldo aus Devisentermingeschäften	- 0,320	- 0,300
Saldo aus nachträglichen WTV	+ 0,647	+ 0,648
Saldo aus Kurswertänderungen	- 0,231	- 1,275
Abgang durch Tilgungen von WTV	- 1,636	- 1,603
Endbestand	14,541	14,009

Übersicht 22 bietet eine Zeitreihe über die in den letzten zehn Jahren ausgewiesenen Stände an Schulden und Forderungen aus Währungstauschgeschäften.

Übersicht 22

Entwicklung der Forderungen und Schulden des Bundes aus Währungstauschverträgen

Bezeichnung	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Milliarden EUR (Index 1993 = 100)									
Forderungen aus Währungstauschverträgen	7,135 (100)	7,845 (110)	8,083 (113)	7,903 (111)	7,640 (107)	6,995 (98)	9,528 (134)	10,897 (153)	13,956 (196)	14,009 (196)
Schulden aus Währungstauschverträgen	7,457 (100)	8,591 (115)	9,291 (125)	7,982 (107)	7,518 (101)	7,285 (98)	9,706 (130)	10,869 (146)	13,505 (181)	14,542 (195)
Forderungen abzüglich Schulden	- 0,321	- 0,746	- 1,208	- 0,079	+ 0,122	- 0,290	- 0,177	+ 0,028	+ 0,451	- 0,533

Währungstauschgeschäfte dienen insbesondere der Erzielung günstigerer Zinssatzbedingungen. Die nichtfälligen Verpflichtungen zu bzw. Forderungen aus der Zinsenleistung nahmen im Berichtsjahr folgende Entwicklung (siehe Band 2, Tabellen C.3.2.1 und C.3.3.1):

	Anfangsbestand 2002	Endbestand 2002
	Mrd. EUR	
Zinsforderungen	9,380	8,892
Zinsverpflichtungen	- 6,445	- 6,346
Überhang aus den Zinsforderungen	2,935	2,546

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

Vom Überhang der höheren Zinsforderungen gegenüber den Zinsenverpflichtungen aus Währungstauschverträgen (2,546 Mrd. EUR) ist unter Beachtung der Wechselkurse der Schuldenüberhang (0,532 Mrd. EUR) abzuziehen, der sich aus den Beständen an Kapitalschulden und -forderungen ergibt. Demnach verbleibt mit Ende 2002 ein "künftiger Gewinn" von 2,014 Mrd. EUR, dessen Realisierung allerdings von der weiteren Entwicklung der Wechselkurse abhängt.

7.6 Netto-Gesamtbetrachtung der Finanzschulden einschließlich der Währungstauschverträge

7.6.1 Nettozinsenaufwand

Werden die im Jahr 2002 geleisteten Nettozinsen in Höhe von 6,567 Mrd. EUR, d.h. der Nettoaufwand für die Verzinsung der Finanzschulden unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, zum Nettoabgabenerfolg des Bundes (36,666 Mrd. EUR) in Beziehung gesetzt, so ergibt dies eine Zinsen-Steuer-Quote von 17,9 % (2001: 17,1 %).

7.6.2 Nettostand

Aus der Bruttodarstellung der Finanzschulden und Währungstauschverträge lässt sich der Finanzschuldenstand "netto" zum Jahresende 2002 wie folgt ableiten:

	Mrd. EUR
nichtfälliger Finanzschuldenstand	131,654
zuzüglich Schulden aus WTV	+ 14,541
abzüglich Forderungen aus WTV	- 14,009
"Nettoschuld" ⁵⁾	132,186

Auf die gleiche Weise lassen sich auch die Zinsenverpflichtungen darstellen:

	Mrd. EUR
Zinsenstand zu den nichtfälligen Finanzschulden	44,273
zuzüglich Zinsenverpflichtungen zu WTV	+ 6,346
abzüglich Zinsforderungen zu WTV	- 8,892
"Nettozinsen"	41,727

Der unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten und Forderungen aus Währungstauschverträgen dargestellte Nettostand der Finanzschulden war gegenüber dem Bruttostand der nichtfälligen Finanzschulden um 0,532 Mrd. EUR oder 0,4 % höher. Den Zinsenverpflichtungen aus den brutto dargestellten Finanzschulden standen um 2,546 Mrd. EUR oder 5,8 % niedrigere künftige Nettozinsenverpflichtungen gegenüber.

⁵⁾ Siehe dazu den Bericht über die öffentlichen Finanzen 2002, Tabelle 15.

Der durchschnittliche Zinssatz für die Nettoschuld betrug 5,0 % (2001: 5,2 %). Er wurde durch die aufgrund von Währungstauschgeschäften erzielte geringere Fremdwährungsverzinsung von durchschnittlich 3,2 % (2001: 3,5 %) erreicht, während die Schulden in heimischer Währung mit durchschnittlich 5,3 % (2001: 5,5 %) verzinst waren.

7.7 Kreditoperationen zur Kassenstärkung

Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung, die noch im Jahr ihrer Aufnahme getilgt werden, zählen gemäß § 65 Abs. 2 BHG nicht zu den Finanzschulden. Sie bedürfen zu ihrer Aufnahme auch keiner bundesgesetzlichen Ermächtigung i.S.d. Art. 42 Abs. 5 B-VG; wohl aber besteht eine betragsliche Bindung an Voranschlagsansätze.

Im Kapitel 51 waren zunächst je 12,354 Mrd. EUR für Ausgaben und Einnahmen als Rahmen veranschlagt. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenstärkern wurde im Ausmaß von 8,604 Mrd. EUR genutzt.

Die Aufnahme erfolgte teils in heimischer Währung (2,750 Mrd. EUR) und teils in Fremdwährung (5,854 Mrd. EUR). Bei der Rückzahlung der Kassenstärker (in Summe 8,429 Mrd. EUR) kam es bei jenen in Fremdwährung (5,679 Mrd. EUR) zu einem Kursverlust von 0,175 Mrd. EUR. Dieser Kursverlust wurde durch den aus den Devisentermingeschäften (Aufnahme 5,725 Mrd. EUR, Rückzahlung 5,900 Mrd. EUR) erzielten Gewinn von 0,175 Mrd. EUR ausgeglichen.

An Ausgaben für die Verzinsung der Kassenstärkerkredite waren 0,211 Mrd. EUR veranschlagt. Tatsächlich wurden jedoch für die Kassenstärkerkreditaufnahmen Zinszahlungen in der Höhe von 0,046 Mrd. EUR geleistet. Aus den Einnahmen und Ausgaben aus Devisentermingeschäften zu Zinsen wurde ein Verlust von 0,014 Mill. EUR geschrieben, so dass die Zinsenleistungen insgesamt ein Ausmaß von 0,060 Mrd. EUR ergaben.

7.8 Nicht voranschlagswirksam zu verrechnende Kreditoperationen

7.8.1 Umwandlung von Finanzschulden

Der Bundesminister für Finanzen ist gemäß § 65b Abs. 3 Z. 1 lit. a bzw. lit. b BHG ermächtigt, bis zu 20 % der zu Beginn des vorangegangenen Finanzjahres bestehenden Verpflichtungen des Bundes aus Finanzschulden unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge zu prolongieren bzw. zu konvertieren.

In allen Fällen hatte die Höhe der zu konvertierenden Schuldverpflichtung der Höhe der neuen Schuldaufnahme zu entsprechen, wobei die Obergrenzen mit 25,397 Mrd. EUR vorgegeben waren.

Die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und Währungstauschverträgen im Rahmen einer Konversion oder Prolongation waren nicht zu veranschlagen. Die Ermächtigung zur Prolongation wurde nicht genutzt. Die Konversionen sind in Band 2, Tabelle C.5.1 dargestellt.

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

Die im Jahr 2002 vollzogenen Konversionen umfassten hinsichtlich Aufnahme von Finanzschulden ein Ausmaß von 3,690 Mrd. EUR und hinsichtlich Zahlungen aus Finanzschulden für die vorzeitige Tilgung im selben Jahr 3,673 Mrd. EUR. Es entstand somit eine buchmäßige Differenz von 0,17 Mill. EUR.

Hinsichtlich Konversion von Währungstauschverträgen wurden 0,472 Mrd. EUR aufgenommen und 0,489 Mrd. EUR ausgegeben. Die sich daraus ergebende buchmäßige Differenz von 0,017 Mrd. EUR wird durch oben genannte Differenz ausgeglichen.

Der Konversionsüberhang aus dem Jahr 2001 in Höhe von 0,007 Mrd. EUR wurde im Jahr 2002 getilgt.

7.8.2 Kreditoperationen gemäß § 65b Abs. 3 Z. 1 lit. c BHG

Wie auch Prolongationen und Konversionen sind gemäß § 65b Abs. 3 Z. 1 lit. c BHG durchgeführte Kreditoperationen für Rückkauffinanzierungen von Wertpapieren und für die nachträgliche Veränderung bestehender Verpflichtungen aus Finanzschulden und Währungstauschgeschäften nicht voranschlagswirksam zu verrechnen. Die aus Währungstauschverträgen herangezogenen Beträge zur nachträglichen Veränderung bestehender Verpflichtungen mit 1 679,48 Mill. EUR auf der Einnahmenseite und 1 679,71 Mill. EUR auf der Ausgabenseite ergaben Nettoausgaben von 0,23 Mill. EUR. Die Einnahmen und Ausgaben aus den Asset-Swaps waren ausgeglichen (siehe Band 2, Tabelle C.5.2).

7.9 Rechtsträgerfinanzierung

Gemäß § 65c BHG darf der Bundesminister für Finanzen Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger und für Länder durchführen bzw. Währungstauschverträge abschließen. Aus diesen Mitteln sind den betreffenden Rechtsträgern bzw. Ländern Finanzierungen zu gewähren. Als sonstige Rechtsträger bestimmt das BHG jene Rechtsträger, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist oder für deren Kreditoperationen der Bund die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien übernommen hat (z.B. ÖBB, ASFINAG, SCHIG).

Gemäß § 16 Abs. 2 Z. 15 i.V.m. § 81 Abs. 4 BHG ist die vom Bund für die Rechtsträger und Länder durchgeführte Schuldengedarung von der Veranschlagung ausgenommen und in einem gesonderten Verrechnungskreis erfasst. Den Nachweis über die vom Bund vorgenommenen Kreditoperationen enthalten die mit K56.C bezeichneten Tabellen in Band 2.

Im Jahr 2002 wurden Kreditoperationen (Schuldaufnahmen, Währungstauschverträge, Devisentermingeschäfte und kurzfristige Verpflichtungen) im Ausmaß von 12,359 Mrd. EUR durch den Bund aufgenommen und an die Rechtsträger und Länder weitergeleitet (siehe Band 2, Tabelle K56.C.2.2). Die den Kreditoperationen entsprechenden Zinsenleistungen einschließlich des sonstigen Aufwandes betragen 0,857 Mrd. EUR (siehe Band 2, Tabelle K56.C.2.1). Die Ausgeglichenheit der Gebarung wurde beim Kapital und bei den Zinsenleistungen durch jeweils gleich hohe Beträge auf der Ausgaben- und Einnahmenseite bestätigt.



FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

Die Entwicklung der Rechtsträger- und Länderfinanzierung im Jahr 2002 stellte sich, wie folgt, dar (siehe Band 2, Entwicklung der Schulden in Tabelle K56.C.7.1.1 sowie der Forderungen in Tabelle K56.C.7.2.1).

Der Anfangsbestand an nichtfälligen Rechtsträger- und Länder-Schulden in Höhe von 10,107 Mrd. EUR wurde durch Schuldaufnahmen im Ausmaß von 3,268 Mrd. EUR sowie durch Darlehensaufnahmen, finanziert aus dem Verkauf von Wertpapieren des Bundes, im Ausmaß von 0,004 Mrd. EUR erhöht. Schuldtilgungen im Ausmaß von 0,620 Mrd. EUR und Kurswertänderungen von netto 0,218 Mrd. EUR verminderten den Schuldenstand. Aufgrund dieser Entwicklung betrug der Endbestand an nichtfälligen Rechtsträger- und Länder-Schulden 12,541 Mrd. EUR (dies entspricht 9,5 % des Endbestandes der nichtfälligen Finanzschulden im Ausmaß von 131,654 Mrd. EUR; 2001: 7,8 %).

Die nichtfälligen Forderungen des Bundes an die Rechtsträger und Länder betragen zu Jahresbeginn 2002 10,021 Mrd. EUR. Sie erhöhten sich durch weitere, unterjährige Zugänge an Forderungen um 3,271 Mrd. EUR, während die Begleichung von Forderungen in Höhe von 0,619 Mrd. EUR und der Saldo aus Erhöhungen und Verminderungen der Fremdwährungskurse im Ausmaß von 0,133 Mrd. EUR den Stand an Forderungen verminderten. Der Endbestand an nichtfälligen Forderungen betrug somit 12,540 Mrd. EUR.

Der Bund schloss für die Finanzierung der Rechtsträger und Länder Währungstauschverträge ab, wobei mit Jahresende 2002 den Schulden aus Währungstauschverträgen in Höhe von 6,171 Mrd. EUR (Ende 2001: 4,992 Mrd. EUR) Forderungen in Höhe von 6,173 Mrd. EUR (Ende 2001: 5,078 Mrd. EUR) gegenüber standen (siehe Band 2, Tabellen K56.C.7.3.1 und K56.C.7.4.1).

BUNDESHAFTUNGEN

8. BERICHT ZU DEN BUNDESHAFTUNGEN

8.1 Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen

Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden, gelten als Eventualverbindlichkeiten des Bundes, dem hiebei die Rechtsstellung eines Bürgen oder eines Garanten zukommt (siehe Band 2, Tabelle C.8.3). Desgleichen haftet der Bund aufgrund § 1 Abs. 2 und Abs. 4 des Postsparkassengesetzes 1969 i.d.g.F. für die bis 31. Dezember 2000 eingegangenen Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse.

Übersicht 23

Bezeichnung	Entwicklung der Haftungen des Bundes									
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Millionen EUR (Index 1993 = 100)									
Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden	57.966,32 (100)	56.344,34 (97)	57.628,61 (99)	56.523,91 (98)	58.982,73 (102)	59.336,79 (102)	61.391,47 (106)	60.197,60 (104)	63.285,18 (109)	56.604,86 (98)
Haftungen gemäß § 1 Abs 2 des Postsparkassengesetzes 1)	13.949,77 (100)	13.396,00 (96)	14.911,67 (107)	15.941,80 (114)	17.881,51 (128)	19.010,27 (136)	20.446,79 (147)	20.192,80 (145)	10.946,35 (78)	10.886,83 (78)

1) Bereinigt um die Guthabenbestände des Bundes.

Haftungsübernahmen, die sich auf Fremdwährungsbeträge beziehen, wurden mit den zum 31. Dezember 2002 gültigen Devisenmittelkursen in Euro umgerechnet und daraus das gesamte zu diesem Stichtag bestehende Haftungsobligo des Bundes ermittelt.

Zum Jahresende 2002 betrug der Stand an vertraglich übernommenen Bundeshaftungen 56,605 Mrd. EUR (2001: 63,285 Mrd. EUR); das entspricht einer Verminderung im Jahresabstand um 10,6 %. Die Veränderung im Gesamtstand der Bundeshaftungen ergab sich aus Zugängen aus Haftungsübernahmen von 10,508 Mrd. EUR und durch Verminderungen von 16,587 Mrd. EUR, die auf die Bezahlung der Haftungsschuld bzw. das vertragmäßige Erlöschen der Haftung ohne Inanspruchnahme zurückzuführen sind. Zusätzlich verminderten Kurswertänderungen – insbesondere des USD und JPY – die Haftungen in fremder Währung um 0,601 Mrd. EUR (siehe Band 2, Tabellen C.8.1 und C.8.2.2 bis C.8.2.4).

Aus Anlass des Terroranschlages in New York am 11. September 2001 wurden vom Bundesminister für Finanzen namens des Bundes gemäß Art IX Abs. 1 Z. 7 BFG 2002 für das nicht versicherbare Risiko aus Schäden, die durch Terror und Kriegsereignisse verursacht werden, im Jahr 2002 – wie bereits im Vorjahr – Haftungen im Ausmaß von 3,010 Mrd. EUR übernommen. Im Berichtsjahr wurden diese Haftungen zu Gunsten der Österreichischen Luftfahrtunternehmen zurückgenommen und auf Null gesetzt.

Bei Haftungen zu Gunsten der Exportförderung war eine Nettoverminderung von 2,335 Mrd. EUR zu verzeichnen. Durch Kurswertänderungen, insbesondere des USD und JPY,



BUNDESHAFTUNGEN

verminderten sich die Haftungen in Fremdwährung um weitere 0,485 Mrd. EUR. Die Haftungen zu Gunsten der ASFINAG verminderten sich um 1,018 Mrd. EUR sowie durch die Kursbewertung um weitere 0,133 Mrd. EUR. Einzelheiten dazu sind in Band 2, Tabellen C.8.2.1 und C.8.2.2 dargestellt.

Die Haftung des Bundes für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse sank gegenüber dem Jahr 2001 um 0,059 Mrd. EUR oder 0,5 %. Da der Bund nicht für jenen Teil der in der Bilanz der Österreichischen Postsparkasse ausgewiesenen Verbindlichkeiten haftet, der seinen diesbezüglichen Guthabenbeständen entspricht, wurden diese in die Berechnung des Haftungsrahmens nicht miteinbezogen.

8.2 Schadenszahlungen zu und Rückersätze aus Haftungsübernahmen

Aus den Haftungsübernahmen erwachsen dem Bund für Schadenszahlungen und sonstige Kosten Ausgaben von 0,594 Mrd. EUR; diesen standen Einnahmen aus Entgelten und Rückersätzen von 0,633 Mrd. EUR gegenüber. Daraus ergab sich ein Einnahmenüberhang 0,039 Mrd. EUR (siehe TZ. 4.2 und 4.3 der Erläuterungen zu Ausgaben-Titel 1/547 und Einnahmen-Titel 2/547). In der nachstehenden Zeitreihe sind die Schadenszahlungen zu und die Rückersätze aus Haftungsübernahmen einander gegenübergestellt, wobei diese Beträge beinahe zur Gänze dem Bereich der Exportförderung entstammen. Kosten bzw. Entgelte sind in den Beträgen nicht enthalten.

Übersicht 24

Bezeichnung	Schadenszahlungen und Rückersätze									
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Millionen EUR (Index 1993 = 100)									
Schadenszahlungen ohne sonstige Kosten	715,90 (100)	842,79 (118)	552,97 (77)	545,99 (76)	450,14 (63)	361,62 (51)	406,10 (57)	419,10 (59)	361,69 (51)	390,85 (55)
Rückersätze ohne Entgelte	587,20 (100)	526,51 (90)	591,19 (101)	336,84 (57)	496,79 (85)	283,50 (48)	326,81 (56)	339,96 (58)	322,81 (55)	287,44 (49)

Für das Jahr 2002 bestanden Zusagen zu Umschuldungskrediten in Höhe von 0,107 Mrd. EUR. Kredite dieser Art werden in Einzelfällen bestimmten Schuldnerländern zur Begleichung bundesgarantierter Forderungen gewährt. Zusagen zu Forderungsankäufen durch die Oesterreichische Kontrollbank AG wurden im Jahr 2002 keine abgegeben (Quelle: Oesterreichische Kontrollbank AG, Geschäftsbericht 2002). Die Einnahmen aus Rückersätzen (ohne Entgelte), in die unter anderen auch die Einnahmen aus den Umschuldungskrediten und den Forderungsankäufen einfließen, erreichten im Jahr 2002 ein Ausmaß von 0,287 Mrd. EUR.

ABSCHLUSSRECHNUNGEN VOM BUND VERWALTETER RECHTSTRÄGER



9. BERICHT ZU DEN ABSCHLUSSRECHNUNGEN VOM BUND VERWALTETER RECHTSTRÄGER

9.1 Allgemeines

Der RH veröffentlicht die Abschlussrechnungen der mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Einrichtungen, die von Organen des Bundes oder von Personen (Personengemeinschaften) verwaltet werden, die hiezu von Organen des Bundes bestellt sind. Form und Gliederung der Abschlussrechnungen entsprechen grundsätzlich den bundeseinheitlichen Bestimmungen (siehe dazu Band 2, Tabellen D).

Gemäß den §§ 14 Abs. 3 und 32 Abs. 3 des Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetzes, BGBl. Nr. 11/1975, sind die Stiftungs- und Fondsorgane verpflichtet, der Stiftungs- oder Fondsbehörde bis Ende Juni eines jeden Jahres einen Rechnungsabschluss über das abgelaufene Kalenderjahr vorzulegen.

Gemäß den Richtlinien über die Rechnungslegung 2002 wären diese Abschlussrechnungen bis 4. Juli 2003 geprüft und genehmigt dem RH vorzulegen gewesen.

9.2 Ausstehende Fondsabschlüsse

9.2.1 Die Abschlussrechnungen des "Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds" (KRAZAF) ab dem Jahr 1978 können nicht veröffentlicht werden, weil diese von den Fondsorganen noch nicht oder nur vorbehaltlich der Klärung offener Fragen genehmigt wurden.

Der RH verweist in diesem Zusammenhang auf seine nicht verwirklichte Empfehlung zur Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Endabrechnungen und zur Schaffung einer gesetzlichen Regelung für die Erstellung der Rechnungsabschlüsse des KRAZAF sowie zu seiner Auflösung (siehe Wahrnehmungsbericht des RH über den KRAZAF und das Allgemeine Krankenhaus Wien, Reihe Bund 1995/6; nicht verwirklichte Empfehlungen Nr. 29 sowie Wahrnehmungsbericht des RH über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung, Weitere Feststellungen, Reihe Bund 2000/4).

Aufgrund der bereits ratifizierten Vereinbarung gem. Art. 15a BVG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung, BGBl. I Nr. 60/2002, könnte eine Endabrechnung des KRAZAF erfolgen, sobald sich die Vertragsparteien über ihre gegensätzlichen Standpunkte betreffend allfällige Nachzahlungen geeinigt bzw. die noch offenen Fragen geklärt haben.

9.2.2 Die Abschlussrechnungen des Künstlerhilfefonds und des Künstler-Sozialversicherungsfonds für das Jahr 2002 konnten im BRA 2002 nicht veröffentlicht werden, weil die Darstellungen nicht in der vorgesehenen Form übermittelt wurden.

9.3 Reservefonds für Familienbeihilfen

Die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen sollen betragsmäßig einem Drittel des Gesamtaufwandes des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen im letztabgelaufenen Jahr entsprechen (§ 40 Abs. 2 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, in der geltenden Fassung).

Aufgrund des Ergebnisses der Bereichs-Voranschlagsvergleichsrechnung des Kapitels 19 "Jugend, Familie und Senioren" für das Jahr 2002 wurden im Jahre 2002 insgesamt rd. 4,49 Mrd. EUR aufgewendet; ein Drittel dieses Aufwandes beträgt somit rd. 1,49 Mrd. EUR. Das Eigenkapital 2002 des Reservefonds für Familienbeihilfen betrug rd. 214,87 Mill. EUR.

Demnach lagen die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen um rd. 1,28 Mrd. EUR (2001: 1,30 Mrd. EUR) unter der im Gesetz geforderten Betragsgrenze.

9.4 Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

Seit der Neuregelung der Umweltförderung durch das Umweltförderungsgesetz 1993 werden im Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (UWF) nur mehr die Darlehen und Förderungszusagen nach dem Wasserbautenförderungsgesetz abgewickelt.

Im Berichtsjahr wurden im Gegensatz zum Vorjahr keine Darlehen verkauft. Die verbleibenden Darlehensbestände in Höhe von 307,04 Mill. EUR sollen dem Koalitionsabkommen der Bundesregierung zufolge in dieser Legislaturperiode verkauft werden. Zur Behebung von Hochwasserschäden im Jahr 2002 wurde eine Sondertranche im Höchstausmaß von 50 Mill. EUR gesetzlich vorgesehen (BGBl. I Nr. 155/2002). Hievon wurden 12 Mill. EUR entsprechend der zu erwartenden Mittelinanspruchnahme in den Jahresabschluss aufgenommen.

Das Reinvermögen des UWF erhöhte sich um 18,27 Mill. EUR und beträgt nunmehr 1,3 Mrd. EUR. Die vom UWF zur Finanzierung der Siedlungswasserwirtschaft zur Verfügung zu stellenden Mittel (571,581 Mill. EUR) wurden als Verbindlichkeiten ausgewiesen und deren Verzinsung durch eine Rückstellung berücksichtigt.

9.5 Erstmals veröffentlichte Jahresabschlüsse

Erstmals veröffentlicht werden die Jahresabschlüsse des Museums Moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien (MUMOK) und der Österreichischen Nationalbibliothek als Wissenschaftliche Anstalten öffentlichen Rechts.

9.6 Nachträglich veröffentlichte Fondsabschlüsse

Die für den BRA 2001 nicht rechtzeitig vorgelegten Abschlussrechnungen für 2001 des Künstlerhilfefonds und des Künstler-Sozialversicherungsfonds konnten auch im BRA 2002 mangels entsprechender Darstellung nicht veröffentlicht werden.



ABSCHLUSSRECHNUNGEN VOM BUND VERWALTETER RECHTSTRÄGER

9.7 Agrarmarkt Austria (AMA)

Die Jahresbestandsrechnung 2002 der Agrarmarkt Austria (AMA) umfasst den Haushaltsbereich (Verwaltung) und den Zweckbereich (Zahlungen an die Begünstigten), die Jahreserfolgsrechnung 2001 hingegen ausschließlich den Haushaltsbereich.

Zur besseren Veranschaulichung der Bedeutung der AMA, die im Zweckbereich überwiegend als EU-Marktordnungs- und Förderungsabwicklungsstelle tätig ist, wird der Gesamtumfang der abgewickelten Maßnahmen wie folgt dargestellt:

Von der AMA abgewickelte Maßnahmen

	2001 in Mill. EUR	2002 in Mill. EUR
Pflanzlicher Bereich	1 228,73	1 303,44
Tierische Maßnahmen	153,55	253,03
Übergangsbeihilfen	-	0,06
Zusatzzahlungen (national)	-	-
Summe der von der AMA abgewickelten Maßnahmen	1 382,28	1 556,53

Quelle: AMA-Geschäftsbericht 2002, Einnahmen-Ausgabenrechnung. Bereich EU, Ausgaben (ohne Bankspesen, Kapitalertragsteuer und überwiesene Bankzinsen).

Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgte mit (vom Bund vorfinanzierten) EU-, Bundes- und Ländermitteln. Die Bundesanteile (Zahlungen an die AMA) sind im Bundesrechnungsabschluss bei Kap 60 "Land-, Forst- und Wasserwirtschaft" unter den folgenden Titel erfasst worden:

1/602.....Agrarische Strukturförderung

1/603.....Marktordnungsmaßnahmen

9.8 Bundes-Wertpapieraufsicht und Finanzmarktaufsichts- behörde

Mit BGBl. I Nr. 97/2001 gingen die Aufgaben der Bundes-Wertpapieraufsicht auf die Finanzmarktaufsichtsbehörde über. Im vorliegenden BRA wurden die Abschlussrechnung zum 31. März 2002 der Bundes-Wertpapieraufsicht und die Abschlussrechnung 2002 der Finanzmarktaufsichtsbehörde aufgenommen.

10. ÄUßERUNGEN DES BUNDESMINISTERS FÜR FINANZEN

Gemäß § 9 Abs. 1 RHG gibt der Bundesminister für Finanzen zum vorliegenden BRA 2002 nachstehende Äußerung ab:

Zu Band 1. TZ 3.9.4 Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Forderungen

Im Gesamtstand an voranschlagsverbundenen Forderungen ist auch eine durch den RH gem. § 9 RHG beim VA-Ansatz 2/65134 "Bundesministerium (Zweckaufwand); Kapitalbeteiligungen; Erträge" gebuchte Forderung gegenüber der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH (SCHIG) in Höhe von 203,484 Mio. EUR enthalten.

Die im BRA 2001 dargelegten Auffassungsunterschiede zwischen BMVIT, BMF und RH wurden durch die im Budgetbegleitgesetz 2003 (BGBl. I Nr. 71/2003) erfolgte Novellierung des § 63 BHG 1986 bereinigt.

Zu Band 1. TZ 7.2 Entwicklung und Stand der gesamten Bundesschulden

Hinsichtlich der Verbuchung des Betrages von insgesamt 4,164 Mrd. EUR als nichtfällige Schulden für Zahlungen an die Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH bestehen weiterhin die im BRA 2000, Band 1, TZ 10 dargelegten Auffassungsunterschiede zwischen RH und dem BMF.

Im Zuge der in Vorbereitung befindlichen ÖBB-Reform wird auch die entsprechende Anpassung im SCHIG-Gesetz vorgenommen.

GEGENBEMERKUNGEN DES RECHNUNGSHOFES

11. GEGENBEMERKUNGEN DES RECHNUNGSHOFES

Gemäß § 9 Abs. 1 RHG gibt der RH nachstehende Gegenbemerkungen zu den unter TZ 10. angeführten Äußerungen des Bundesministers für Finanzen ab:

Zu TZ 3.9.4 (Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Forderungen)

Gemäß § 63 Abs. 7 BHG 1986 idF BGBl. I Nr. 71/2003 stellt die Herabsetzung des Grundkapitals (Stammkapitals), sofern dadurch die Beteiligung des Bundes nicht verändert wird, keine Verfügung über Bundesvermögen dar. Diese Bestimmung trat am 21. August 2003 in Kraft, so dass ihr keine rückwirkende Geltung für den im Jahr 1999 gelegenen Sachverhalt zukommt.

Zu TZ 7.2 (Entwicklung und Stand der gesamten Bundesschulden)

Wie schon im BRA 2001, S. 233, hält der Rechnungshof dazu fest:

Nach Ansicht des Rechnungshofes ist aus der Refundierungsbestimmung des § 6 Abs. 2 des Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, bei Anwendung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ableitbar, dass vom BMF anerkannte Forderungen der SCHIG gegen die Republik Österreich bei dieser als Schulden darzustellen sind.

Das BMF bzw. BMVIT hat auch bisher dem für die SCHIG bestellten Wirtschaftsprüfer bestätigt, dass die Forderung der Gesellschaft gegen den Bund zu Recht besteht.

Der Rechnungshof erblickt für diese laufenden Verschuldungen des Bundes allerdings nach wie vor keine wirtschaftliche Notwendigkeit. Dazu wäre vorzusorgen, dass die von der SCHIG finanzierten Anlagen künftig bei dieser Gesellschaft aktiviert werden können.

Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung

Gliederung nach Haushalten, Voranschlagsansätzen und Aufgabenbereichen



Die 5. Dekade (Unterteilung) dient der finanzwirtschaftlichen Gliederung und kennzeichnet folgende Gebarungsgruppen:

Ausgaben

Personalausgaben:

0 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben

Sachausgaben:

- 2 Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)
- 3 Anlagen (Ermessensausgaben)
- 4 Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
- 5 Förderungen - Darlehen (Ermessensausgaben)
- 6 Förderungen - Zuschuß (Ermessensausgaben)
- 7 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben
- 8 Aufwendungen - erfolgswirksam (Ermessensausgaben)
- 9 Aufwendungen - bestandswirksam (Ermessensausgaben)

Einnahmen

- 0-1 Zweckgebundene Einnahmen (erfolgswirksam)
- 2-3 Zweckgebundene Einnahmen (bestandswirksam)
- 4-6 Sonstige Einnahmen (erfolgswirksam)
- 7-9 Sonstige Einnahmen (bestandswirksam)

Die Aufgabenbereichs-Kennziffer dient der funktionellen Gliederung:

- 11 Erziehung und Unterricht (EU)
- 12 Forschung und Wissenschaft (FW)
- 13 Kunst (Kn)
- 14 Kultus (Kl)
- 21 Gesundheit (Gh)
- 22 Soziale Wohlfahrt (SW)
- 23 Wohnungsbau (Wb)
- 32 Straßen (St)
- 33 Sonstiger Verkehr (Vk)
- 34 Land- und Forstwirtschaft (LF)
- 35 Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft) (En)
- 36 Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau) (IG)
- 37 Öffentliche Dienstleistungen (ÖD)
- 38 Private Dienstleistungen (einschließlich Handel) (PD)
- 41 Landesverteidigung (Lv)
- 42 Staats- und Rechtssicherheit (SR)
- 43 Übrige Hoheitsverwaltung (Hv)

D	Darlehen	hfl	holländische Gulden
DDSG	Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft	HKG	Handelskammergesetz
DEM	Deutsche Mark	HLA	Höhere Lehranstalt
DFÜ	Datenfernübertragungseinrichtungen	HTBLA	Höhere Technische Bundeslehranstalt
dgl.	dergleichen	HTL	Höhere Technische Lehranstalt
DRTM	Data Relay Satellite and Technology Mission	IIVG	Heeresversorgungsgesetz
DVA	Datenverarbeitungsanlage		
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft	i. Liqu.	in Liquidation
ECU (XEU) ...	European Currency Unit	IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
EDV	Elektronische Datenverarbeitung	IAKW	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien
EDVA	Elektronische Datenverarbeitungsanlage	i.d.F.	in der Fassung
EE	Entwicklung und Erneuerung	i.d.g.F.	in der geltenden Fassung
EFTA	European Free Trade Association	IESG	Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz
EFZG	Entgeltfortzahlungsgesetz	IF	Investitionsförderung
EG	Europäische Gemeinschaft	inkl.	inklusive
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	inländ.	inländisch
EÖESP, EÖSPC	Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG	InvEG	Invalideinstellungsgesetz
EP	Europaparlament	INVEKOS	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem für bestimmte gemeinschaftliche Beihilferegulungen
ERP	European Recovery Program	IPU	Interparlamentarische Union
ESA	European Space Agency	IT	Informations-Technologie
ESP	Spanische Peseten	ITF	Innovations- und Technologiefonds
EstG	Einkommensteuergesetz	ITFG	Innovations- und Technologiefondsgesetz
EU	Europäische Union	ITL	Italienische Lire
EUR	Euro	i.v.m.	in Verbindung mit
EURES	Europaweite Arbeitskräftevermittlung	IWF	Internationaler Währungsfonds
EUROFIMA ..	Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial	i.w.S.	im weiteren Sinne
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	JGG	Jugendgerichtsgesetz
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	JPY	Japanische Yen
Fa.	Firma	Kap.	Kapitel
FAG	Finanzausgleichsgesetz	Kat. F.	Katastrophenfonds
FAO	Food and Agriculture Organization	KAVA	Konjunkturausgleich-Voranschlag
FB	Familienbeihilfen	KEST	Kapitalertragsteuer
FFF	Forschungsförderungsfonds	KFB	Kunstförderungsbeitrag
FinStrG	Finanzstrafgesetz	KFG	Kraftfahrzeuggesetz
FLAF	Familienlastenausgleichsfonds	KFZ	Kraftfahrzeug
FLAG	Familienlastenausgleichsgesetz	KGG	Karenzgeldgesetz
FLD	Finanzlandesdirektion	KHVG	Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz
FMG	Fernmeldeinvestitionsgesetz	KOVG	Kriegsopferversorgungsgesetz
FOG	Forschungsorganisationsgesetz	KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ForstG	Forstgesetz	Kto.	Konto
FRE	Fondsrechnungseinheiten	KVSG	Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz
FRF	Französische Francs	Kz.	Kennzahl
FRN	Floating Rate Notes	LA	Lehranstalt
F-VG	Finanz-Verfassungsgesetz	LB	Landesbedienstete
FWF	Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung	leg. cit.	legis citatae
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade	LFG	Luftfahrtgesetz
GBI	Gesellschaft des Bundes für industriepolitische Maßnahmen GmbH	LIÄ	Landesinvalidenämter
GBP, Gbp	Britische Pfund	lit.	litera
gem.	gemäß	Lit	Italienische Lire
gemeinn.	gemeinnützige	LKW	Lastkraftwagen
Ger. Bez.	Gerichtsbezirk	LSR	Landesschulrat
GesmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Ltd.	Limited
GG	Gehaltsgesetz	LUF	Luxemburgische Francs
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	LuftVG	Luftverkehrsgesetz
GOG	Geschäftsordnungsgesetz	LWK	Landwirtschaftskammer
GSBG	Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz	m. b. H	mit beschränkter Haftung
GSPVG	Gewerbliches Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz	MFRM	Multilateral Forces Reduction Measures
GSVG	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz	Mill.	Millionen
GÜG	Gehaltsüberleitungsgesetz	MO:EL	mittel- und osteuropäische Länder
GWF	Getreidewirtschaftsfonds	MOG	Marktordnungsgesetz
H	Haben (vor Beträgen in Tabellen)	Mrd.	Milliarden
IIAK	IIandelsakademie	MRG	Mietrechtsgesetz
IIBLA	IIöhere Bundeslehranstalt	NLG	Niederländische Gulden
IIBLVA	IIöhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt	NOK	Norwegische Kronen
HDG	Heeresdisziplinargesetz	NÖ	Niederösterreich
HeimAG	Heimarbeitsgesetz	Nr.	Nummer
		NSchG	Nachtschwerarbeitsgesetz
		N.SWAP	Nachtrags-SWAP

NUS	Neue unabhängige Staaten	SZR	Sonderziehungsrechte
ÖAF	Österreichische Automobilfabrik	TB	Tätigkeitsbericht
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen	TGM	Technologisches Gewerbe-Museum
ÖBF	Österreichische Bundesforste AG	TNF	Technisch-naturwissenschaftliche Fakultät
ÖBFA	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	Tr.	Tranche
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development	TU	Technische Universität
OeKB	Österreichische Kontrollbank	TZ	Textzahl
OeNB	Österreichische Nationalbank	u.ä.	und ähnliches
ÖFEG	Österreichische Fernmeldetechnische Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H.	UAE	UAE-Dirham
ÖFG	Opferfürsorgegesetz	udgl.	und dergleichen
ÖFZS	Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf	Ugl.	Untergliederung
ÖIAG	Österreichische Industrieholding AG	UIT	Union Internationale des Telecommunications
ÖKA	Oberösterreichische Kraftwerke AG	UN	United Nations
ÖKB	Österreichische Kontrollbank	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
ÖMIG	Österreichische Milchinformationsgesellschaft	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
OÖ	Oberösterreich	UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries	UNO	United Nations Organization
ÖPSK	Österreichische Postsparkasse AG	UOG	Universitäts-Organisationsgesetz
ORE	Office de recherches et d'essais de l'UIC	US	United States
ORF	Österreichischer Rundfunk	USA	United States of America
ÖS	Österreichische Schilling	USD	US-Dollar
ÖSTAT	Österreichisches Statistisches Zentralamt	usw.	und so weiter
ÖWuV	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	UT	Unterteilung
Par.	Paragraph	UWF, UWWF	Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds
PG	Pensionsgesetz	VA	Voranschlag, Versicherungsanstalt
Pkt.	Punkt	VAMED	VOEST-ALPINE Medizintechnik Gesellschaft m. b. H.
PLZ	Polnische Zloty	VAP	Voranschlagspost
PRÄKO	Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs	VB	Vertragsbediensteter
PRODEX	Programme for the development of scientific experiments	VBG	Vertragsbedienstetengesetz
PSK	Postsparkasse	VfGG	Verfassungsgerichtshofgesetz
Ptas	Spanische Peseten	VfGH	Verfassungsgerichtshof
PTA	Post und Telekom Austria AG	vgl.	vergleiche
PVA	Pensionsversicherungsanstalt	VIAG	Vorarlberger Illwerke AG
rd.	rund	VIBOR	Vienna Interbank Offered Rate
RE	Rechnungseinheiten	VMW	Vereinigte Metallwerke AG
reg. Gen.	registrierte Genossenschaft	VStG	Verwaltungsstrafgesetz
RGBL.	Reichsgesetzblatt	VVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
RGV	Reisegebührenvorschrift	VVR	Voranschlagsvergleichsrechnung
RH	Rechnungshof	VWG	Viehwirtschaftsgesetz
RHG	Rechnungshofgesetz	VwGG	Verwaltungsgerichtshofgesetz
RLV	Rechnungslegungsverordnung	VwGH	Verwaltungsgerichtshof
RM	Reichsmark	VWV	voranschlagswirksame Verrechnung
RT-Schuld ...	Rechtsträgerschuld(en)	W	Währung
S	Soll (vor Beträgen in Tabellen)	WBFG	Wohnbauförderungsgesetz, Wasserbautenförderungs-gesetz
SA	Societe Anonyme	WBF-ZG	Wohnbauförderungs-Zweckzuschussgesetz
SAC	Surplus Agriculture Commodities	WEG	Wohnungseigentumsgesetz
SAL	Strategic Arms Limitation	WG	Weingesetz
SCHIG	Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH	WRG	Wasserrechtsgesetz
SEK	Schwedische Kronen	WSchG	Währungsschutzgesetz
sfr	Schweizer Franken	WSD	Wasserstraßendirektion
SfzG	Sonderfinanzierungsgesetz	WTV	Währungstauschverträge
skr	Schwedische Kronen	WW-Fonds ..	Wohnhaus Wiederaufbaufonds
StbG	Staatsbürgerschaftsgesetz	ZAR	Südafrikanische Rand
STEWEAG	Steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts-AG	zB	zum Beispiel
StG	Strafgesetz	ZDG	Zivildienstgesetz
StPO	Strafprozessordnung	ZEDVA	Zentrale elektronische Datenverarbeitungsanlage
StVG	Strafvollzugsgesetz	Zl.	Zahl
StVO	Straßenverkehrsordnung	ZOR	Zentral- und Osteuropäische Republiken
SUG	Sonderunterstützungsgesetz	zw.	zweckgebunden
SVA	Sozialversicherungsanstalt		

